

Proletarier/innen aller Länder, vereinigt euch!

Nr. 59

# Proletarische

unabhängig  
von Staat und Kapital

# Revolution



15. Jg.

im 144. Jahr  
der Pariser Kommune

revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

Februar 2015

Spendenempfehlung: 2,- Euro



Gegen imperialistische Kriege  
gegen die Politik der Herrschenden

den revolutionären Kampf organisieren



# Inhalt

## Je suis Charlie manipulé

Korrespondenz aus Frankreich

Zu Religion, Islamismus, Meinungsfreiheit, Klassenkampf und Revolution

„Welle von Antisemitismus“ in Frankreich?

Erklärung der IA\*RKP zu den Morden in Paris und anderswo

Erklärung von Bloc Rouge (Frankreich)

Erklärung von OCML-VP (Frankreich)

## Kurdistan: „Roadmap für Verhandlungen“

Türkei/Nordkurdistan: Demokratischer Kongress der Völker (HDK)

Öcalans „Roadmap“ - Verrat und Kapitulation

Öcalans Philosophie

„Kategorien“ des Professor Wallerstein

## Internationales

US-„Normalisierung“ gegenüber Kuba?

Ernesto Che Guevara

Erhebung in Burkina Faso

## Klassenkampf in Österreich

Novemberpogromnacht 1938

Lohnkampf...

Demokratisches Recht auf Asyl

Umweltkatastrophe für Profit der Multis

Hinter den Faschisten steht das Kapital (OGR NoW-KR 2015)

## International gegen imperialistische Reaktion und Krieg

Nationalsozialistischer Untergrund (Trotz alledem, Deutschland)

KP Indiens-Maoistisch und MKPM: Kampf gegen den indischen Staat

KP Philippinen: Nationaldemokratische Propaganda-Bewegung

Akram Yari - Gedenkveranstaltung afghanischer Genoss/innen in Wien

KP Griechenlands (ml): Wahlergebnisse

MKP Italiens: Wahlergebnisse in Griechenland

Soli mit Kampf der griechischen Arbeiter/innen... (IgmK)

Plattform gegen den imperialistischen Krieg (PIK, November 2014)

OSZE Flugblatt (PIK)

Beitrag auf der OSZE-Kundgebung am Wiener Heldenplatz (PIK)

Plattform der Initiative gegen Militarismus und Krieg (IGMK, Jänner2015)

Grußwort von Georges Ibrahim Abdallah aus dem Gefängnis

# Editorial

3 Die Morde in Paris Anfang Jänner haben nicht nur wochenlang die öffentliche Debatte über „Europäische Werte“ bestimmt, sondern auch Pläne zu verschiedenen Verschärfungen des staatlichen Repressionsapparats an die Öffentlichkeit gebracht, so etwa in Österreich die (Wieder)Einführung langfristiger Datenspeicherung, Anschaffung weiterer Polizeihubschrauber und Einsatz des Militärs im Inneren – alles Dinge, die in Frankreich und anderswo „normal“ sind, die aber natürlich diese Anschläge nicht verhindern konnten. Außer Aufrüstung und Repression kein Wort aus Regierungskreisen zu den immer katastrophaleren Zuständen in den Vorstadt- und Arbeitslosen-Ghettos der Großstädte. Die ersten 30 Seiten dieser Nummer sind Beiträgen und Erklärungen zu dieser Massenmanipulation gewidmet.

33 Die Neuwahlen in Griechenland haben die Syriza an die Regierung gebracht, die den verelendeten und kämpfenden Volksmassen ein Ende des brutalen Sparkurses zu Lasten der Arbeiter/innen und des Volkes versprach. Erste plakative Maßnahmen wurden inzwischen verkündet; Aber mit einer Wahl (allein) werden die EU-Imperialisten nicht zu stoppen sein. Wir bringen zwei Stellungnahmen zum Wahlergebnis (eine von der KKEml) und einen Aufruf zur Solidaritäts-Demo in Wien. Für die nächste Ausgabe planen wir einen ausführlichen Artikel zur weiteren Entwicklung.

69 Zu den Klassenkämpfen in Österreich drucken wir eine Reihe von Flugblättern nach, insbesondere von der IA.RKP und zwei Plattformen von Wiener Antikriegs-Initiativen, die sich im November und Jänner gebildet haben. Die behandelten Kampffronten reichen vom Lohnkampf über Asyrecht, Umweltkatastrophe, Faschismus und Antisemitismus bis zur OSZE, zu Militarismus und Krieg und widerspiegeln trotzdem nur einen Teil der Aktivitäten.

76 Im Internationalen Teil beschäftigen wir uns mit den Vorschlägen Öcalans zu Friedensverhandlungen mit dem türkischen Staat (Roadmap), ein Beitrag, der schon in einer PR-Sondernummer im Jänner erschienen ist.

78 Dazu kommt ein Flugblatt von TA zu den Verwicklung des deutschen Staates in die faschistischen Morde des NSU und Artikel zum Ende der us-amerikanischen Kuba-Blockade und zum Volksaufstand in der französischen Neokolonie Burkina Faso (Westafrika).

83 Außerdem drucken wir Erklärungen der KP Philippinen, KP Indien (maoistisch) und der MKP Manipur, sowie einen Beitrag von Sympathisant/innen der KPm Afghanistans ab.

88 Zum Nachdruck „Frauenbefreiung in Kurdistan“ in der PR 58 haben wir im November 2014 einen kritischen Leserbrief erhalten, der samt Antwort auf [prolevo.wordpress.com](http://prolevo.wordpress.com) nachzulesen ist.

90 Wir freuen uns über kritische Beiträge und Zuschriften von euch Leser/innen – und auch über eine Verlängerung eures Abos mit Geldscheinen an unsere Genoss/innen oder im Kuvert an die Postadresse.

Euer Kollektiv Proletarische Revolution

94



## „Je suis Charlie manipulé“

Ein paar Funken

der Feuersbrünste,

die in Nahost gelegt wurden,

fliegen zu uns zurück ...

„Je suis Charlie manipulé“ - auch das ist inzwischen in Frankreich als Plakat bzw. Aufkleber zu sehen. Das aber, im Unterschied zum „Original“, wahrlich mit gutem Grund, denn eine immense Flutwelle reaktionärer Propaganda überrollte das Land und schwächte sich tagelang nicht ab. Widerlicher Höhepunkt waren die Massendemonstrationen, zu denen der Staat für das Wochenende 10./11. Jänner in den größeren Städten und insbesondere in Paris aufgerufen hatten. Fast 4 Millionen Menschen (von insgesamt 66 Millionen) folgten diesem Aufruf - was viel ist, aber angesichts der von der Regierung betriebenen und teilweise (im Öffentlichen Dienst) befohlenen ideologischen Generalmobilmachung und angesichts des tagelangen medialen Trommelfeuers, das man über sich ergehen lassen musste, eigentlich auch wieder nicht allzu viel. Es waren in der Tat denk- und merkwürdige Manifestationen - aber nicht aus dem Grund, den die Regierung

nennt: Das französische Volk habe sich erhoben, die Nation habe ihre Reihen geschlossen und sei wie ein Mann gegen den Terrorangriff auf die „republikanischen Werte“<sup>1</sup> aufgestanden, Paris sei heute die Hauptstadt der Welt bzw. die Welthauptstadt der Freiheit usw. Phrasen dieser Art sind immer gut, um Arbeiterklasse und Volk ideologisch noch ein Stück weiter unter den Stiefel der Bourgeoisie zu treten, aber in der Intensität und Repressivität wie diesmal hört man solche Dinge normalerweise nur vor einem Krieg - Premierminister Valls trommelt ja seither auch unablässig Krieg, „Krieg gegen den Terror“ natürlich, aber dieser würde jetzt eben zu einem wirklichen Krieg und diesen müsste man auch beim Namen nennen.

### **Aufmärsche für Reaktion und Imperialismus**

Das alles war schon denk- und würdig genug, vor allem aber war denk- und würdig, dass es der imperialistischen französische Bourgeoisie

gelang, immerhin fast 4 Millionen Menschen dazu zu bringen, sich für diese Demonstrationen einzuspannen zu lassen - Demonstrationen für die Stärkung und Aufrüstung der Staatsmacht, für den weiteren und noch schärferen Ausbau des Polizeistaates, die Generalisierung und Intensivierung von Bespitzelung und Repression, für die noch stärkere Anwendung faschistischer Methoden gegen Immigranten und Roma und vor allem gegen die degradierten, pauperisierten und marginalisierten Millionenmassen in den sog. banlieues (den proletarischen Vorstädten), für das weitere Anstacheln von Chauvinismus und Rassismus und einer imperialistischen Festungsmentalität und - auch das! - für forcierte Kriegshetze und Kriegstreiberei. Sicher war das nicht allen Manifestanten klar, aber objektiv haben sie für Reaktion und Imperialismus demonstriert.

Es hätte genügt, einen Blick darauf zu werfen, wer beim Fotoshooting die

<sup>1</sup> Die „republikanischen Werte“ sind nicht etwa etwas ganz Eigenes der französischen „Nation“, sondern nur eine Sonderform der „westlichen Wertegemeinschaft“. Sie sind zugleich pervertierter Nachhall der Französischen Revolution, die man nicht ganz verhetzen und verleumden kann (immerhin kam durch sie die Bourgeoisie an die Macht, gegen deren „Auswüchse“ aber ohnedies ständig gehetzt wird (die „Auswüchse“ begannen damit, dass die Revolution 1792 endlich ernst machte). „Republikanische Werte“ - das ist nichts anderes als die ordinäre imperialistische „westliche Wertegemeinschaft“, ergänzt um den Laizismus (der ohnehin zunehmend durchlöchert wird) und dementsprechend abzüglich des katholischen und protestantischen Fundamentalismus, der anderswo Kernbestandteil der „Wertegemeinschaft“ ist. Der faschistische Wertkonservatismus“ gehört ebenfalls zu dieser „Wertegemeinschaft“.

erste Reihe des Zugs für „Freiheit und Toleranz“ bildete: Mit Staatspräsident Hollande in der Mitte posierten ein halbes Dutzend der größten Reaktionsäre und Kriegstreiber Europas: Cameron, Junker, Merkel, Orbán, Rajoy, Renzi, Tusk und auch Mme. Lagarde vom IWF. Im Mittelpunkt stand neben Hollande beim Marsch und die folgenden zwei Tage der israelische Ministerpräsident Netanjahu, der schlimmste Kriegsverbrecher des Nahen Ostens, ein zionistischer Rassist, Faschist gegenüber den Palästinensern - ein Reaktionsär, wie er im Buche steht<sup>2</sup>. Was ist es für ein Gefühl, hinter Gestalten für die „Freiheit“ zu marschieren, die vor wenigen Wochen neuerlich zweieinhalb Tausend Palästinenser in Gaza umgebracht und große Landstriche in Schutt und Asche gelegt bzw. die dies - wenn auch manchmal mit

etwas jämmerlicher Miene - unterstützt und dazu applaudiert haben? Was ist es für ein Gefühl, gemeinsam mit den Verantwortlichen oder Mitverantwortlichen für Millionen Tote und Vertriebene in Libyen, Syrien, Palästina, dem Irak, Afghanistan und - im Falle Frankreichs speziell - in einem Dutzend afrikanischer Länder Trauer für die 16 Opfer der zwei jüngsten Terrorakte zu bekunden oder zu heucheln? Dann waren noch mit im Zuge etliche afrikanische Präsidenten, alle von Frankreichs Gnaden; der von Mali, Keita (2013 im Gefolge der französischen Militärintervention an die Macht gekommen), durfte sogar in der ersten Reihe mitgehen. Und auch der Palästinenserpräsident Abbas ließ es sich nicht nehmen, Hand in Hand mit seinen imperialistischen Sponsoren aufzutreten<sup>3</sup>.

Die französische Regierung erkannte sofort nach den beiden Terrorakten die Gunst der Stunde für ihren Feldzug für eine reaktionäre und imperialistische „nationale Einheit“. Die gesamte „politische Klasse“ marschierte Hand in Hand - mit Ausnahme des faschistoiden „Front National“<sup>4</sup>, der nicht eingeladen war, daher schmolte und seine eigenen Kundgebungen veranstaltete. Mit Sicherheit war in diesen Demonstrationen die gesamte französische Reaktion versammelt, aber natürlich marschierte nicht nur sie, sondern auch Menschen, die wirklich glauben, für die „republikanischen Werte“ und speziell die Pressefreiheit demonstrieren zu müssen. Unter den gegebenen Umständen müssen das allerdings überwiegend Leute mit einem sehr bornierten „Tunnelblick“ gewesen sein. Sie müssten jetzt im Nach-

<sup>2</sup> Für solche Worte könnte man in Frankreich eingesperrt werden. Vor einigen Jahren hatte die Sarkozy-Regierung das Strafrecht dahingehend verschärft, dass jede ernsthafte Kritik an Israel, aber auch der Aufruf zum Boykott israelischer Produkte, zum Abzug französischen Kapitals aus Israel, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel, zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel u.a.m. als „Antisemitismus“ verfolgt werden kann. Die Hollande-Regierung begann 2013 mit der tatsächlichen gerichtlichen Verfolgung von Israel-Kritikern in fünf Prozessen wegen Aufrufs zum Boykott.

<sup>3</sup> Die USA haben ihre Nichtteilnahme inzwischen gerechtfertigt bzw. sich beschwert, dass „kein hochrangiger Regierungsvertreter auf diplomatischem Wege zur Teilnahme eingeladen worden sei“ - vielleicht wollte Hollande einfach nicht die Bühne Obama überlassen, was ansonsten unvermeidlich gewesen wäre. Außerdem wollte er vielleicht in der „angespannten Situation“ die USA, die in den meisten arabischen und moslemischen Ländern als Feind Nr.1 betrachtet werden, lieber außen vor lassen.

<sup>4</sup> Wir sagen „faschistoid“, denn nicht jede Partei, die faschistisches Gedankengut in diversen Fragen (wie z.B. Chauvinismus, Rassismus, Xenophobie, Kriegslüsterheit etc.) vertritt, ist auch schon eine faschistische Partei. Eine faschistische Partei ist eine Partei, die wirklich den Umsturz in dem Sinn anstrebt, dass sie die bürgerliche Demokratie beseitigen und eine faschistische Diktatur errichten möchte, die sich dabei auf verhetzte Teile der Arbeiterklasse und des Volkes stützt (und nicht nur auf radikalisierte Kleinbürger) und die ihre Ziele nicht in erster Linie durch Wahlen, sondern „auf der Strasse“ und durch Gewalt erreichen will. Der FN ist dem relativ näher als z.B. die FPÖ. Er hat sich ja auch schon einmal als „Nachfolger“ des PCF (d.i. die sogenannte „Kommunistische Partei Frankreichs“, die den Kommunismus vor fünfzig Jahren verraten hat) bezeichnet und einen seiner Parteitage am Gründungsort des PCF, in Tours, abgehalten. Ob er, im Falle einer Regierungsbeteiligung wie die FPÖ sofort in den Staatsapparat integriert und sich nur mehr darum kümmern würde, sich möglichst rasch möglichst viele Pfründen zu sichern, kann man nicht voraussehen. Aber der FN ist nicht an der Macht und daher gilt nach wie vor die französische Redeweise: „Le FN aboit, le PS mord.“ („Der FN bellt, die PS (= die Sozialdemokratie) beißt.“)



hinein allmählich merken, wofür diese Demonstrationen der Startschuss waren und vielleicht gibt ihnen das zu denken. Und, das darf man trotz der Sturmflut bourgeoiser Propaganda nicht vergessen, es demonstrierten auch viele nicht, viele sogar bewusst und ausdrücklich nicht (und zwar gerade diejenigen, die tatsächlich demokratische und antiimperialistische Einstellungen haben) und es riefen viele Organisationen dazu auf, sich nicht für dieses Spektakel herzugeben.

Außer den Märschen wurde auch eine Schweigeminute verordnet. Viele (hauptsächlich moslemische) Schüler und Studenten und etliche Lehrer weigerten sich, diese einzuhalten. Sofort am Montag, den 12.1., wurden die Lehrgewerkschaften zum Minister vorgeladen, um sich zu rechtfertigen, warum sie die Schweigeminute nicht „mit der notwendigen Energie“ durchgesetzt hätten. Inzwischen werden Lehrer und Professoren, die die Einhaltung der Schweigeminute abgelehnt oder deren Boykott toleriert hatten, vom Öffentlichen Dienst suspendiert<sup>5</sup>. Es wurde der Ukas ausgegeben, ab sofort in den Schulen energisch „gegen den Terror“ und für die „republikanischen Werte“ aufzutreten, alle zum Einreihen in diesen Feldzug zu zwingen und

alle, die es trotzdem nicht täten, zu denunzieren und einer Sonderbehandlung zuzuführen.

Am Wochenende 10./11.1. wurde nicht nur demonstriert, sondern - als Begleitmusik dazu - wurden auch 50 Anschläge diverser Art auf moslemische Einrichtungen verübt. Die Medien sind peinlich berührt - als ob das nicht vorauszusehen gewesen wäre. Chauvinismus, Rassismus, Faschismus marschieren - begleitet von verlogenen Phrasen der Bourgeoisie, des Staates, der Medien über die „republikanischen Werte“, „Toleranz“ und „offenen Gesellschaft“. Jeder ist angeblich willkommen, wenn er die kapitalistischen und imperialistischen Werte teilt. Wenn man Chauvinismus und Rassismus anstacheln und Spaltung ins Volk tragen will, muss man so agieren, wie es die französische Regierung tat und tut. Die „union nationale“ als Dämpfungsmittel für den Klassenkampf wird bald wieder verflogen sein, die weiter angeheizte chauvinistische und rassistische Verhetzung leider nicht.

Was nicht heißt, dass es keinen Widerstand gibt. Er entfaltet sich zuerst einmal ganz konkret am Arbeitsplatz, in der Schule etc. und findet dort tausend konkrete Gründe. Seit ein paar Tagen wird nämlich überall „Je suis Charlie“ plakatiert, angeklebt, ver-

teilt, manchmal auch die übelsten Mohammed-Karikaturen. Menschen werden von ihren Patrons und den staatlichen Stellen gezwungen, sich in diesem Sinn zu „deklarieren“. Die arabischen Genossen und Kollegen fühlen sich so, wie sich wahrscheinlich die Juden häufig gefühlt haben. Staatliche und zionistische Organisationen verteilen Gratis-Drucke von „Charlie Hebdo“ und haben heute früh auch die neueste Nummer an den Metro-Stationen verteilt - wieder mit einer Mohammed-Karikatur. Wie wenn jemand gewalttätige Auseinandersetzungen provozieren wollte! Diesen Provokationen und Einschüchterungen wird jedoch passiver und aktiver Widerstand entgegengesetzt, manchmal ziemlich heftig und militant. In den Gewerkschaften wird, obwohl die Führungen vom „republikanischen“ Taumel besoffen sind, gegen Chauvinismus und Rassismus aufgetreten. Und es sind Demonstrationen gegen diesen Taumel geplant. Für den 18. Jänner wird in Paris eine Manifestation geplant unter der Losung „Gegen die Islamophoben - den Volkswiderstand!“

Für Hollande, dessen „Popularität“ zwischen 10 und 20% herumgrundelte, war es auch die Möglichkeit, von den wirklichen Problemen der Arbeiter- und Volksmassen abzulen-

<sup>5</sup> Der erste konkrete Fall, der bekannt wurde, war die Suspendierung dreier Lehrer in Lille. Der Antrag auf Suspendierung wurde blitzartig von der Bürgermeisterin, Martine Aubry, gestellt, einer früheren Parteivorsitzenden der Sozialdemokratie - wahrscheinlich auch der Grund, warum der Fall eine prominente Öffentlichkeit bekam, denn Madame wollte sich unbedingt als flotteste Frontfrau der Reaktion profilieren.

ken und sich als Führer der Nation aufzuspielen und seinen Score zu heben. Am 14.1. meinten (angeblich, denn bei diesen Umfragen weiß man ja meist nicht, was genau gefragt und vom wem was geantwortet wird) 79% der Franzosen, Hollande sei im Zusammenhang mit den Attentaten „auf der Höhe seiner Aufgaben gewesen“. Ähnlich hohe Werte hatte ihm die Militärintervention in Mali 2013 beschert - aber damals hielt das „Hoch“ nur ein paar Monate. Hollande, sonst meist als schwachbrüstige, zaudernde, hilflose Figur dargestellt (nicht nur in „Charlie Hebdo“), profiliert sich gerne als „Kriegsherr“, was seltsamerweise auch tatsächlich wirkt. Der „Versager“ mutiert bei solchen Gelegenheiten plötzlich zu jemandem, der „seinen Mann stellt als oberster Feldherr einer Nation im Krieg“ (so vorgestern „Les Echos“, eine Zeitung der Finanzbourgeoisie).

### **Die Attentate auf „Charlie Hebdo“ und den „Hypermarché Kacher“**

Diese beiden Akte individuellen Terrors waren der Auslöser und boten der Bourgeoisie den Vorwand für das, was wir seither erleben. Wir brauchen nicht

darüber zu reden, dass diese Attentate nichts als gemeine Verbrechen waren. Wobei dasjenige auf den „Koscheren Supermarkt“, obwohl dort „nur“ vier Menschen umgebracht wurden und nicht zwölf wie bei „Charlie Hebdo“, noch einmal gemeiner und niederträchtiger ist, denn konnte man in letzterem Fall wenigstens noch ausmachen (wenn auch nicht verstehen und schon gar nicht rechtfertigen), warum die Redakteure und Zeichner der Wochenzeitung zur Zielscheibe wurden, konnte man also noch irgendeinen ideologischen oder politischen Grund, wenn auch einen perversen, erkennen, so ist die Ermordung irgendwelcher Kunden eines koscheren Geschäftes nichts als blanker Antisemitismus. Die Menschen dort wurden umgebracht, einfach weil sie Juden waren<sup>6</sup>. Es hätte ja auch sein können, dass sie gar keine Zionisten und Araberhitzer waren, dass sie vielleicht gegen den Zionismus waren und womöglich sogar aktiv gegen ihn auftraten, denn es gibt auch solche jüdische Organisationen in Frankreich. Aber so etwas geht natürlich in das Hirn eines Rassisten, diesmal halt eines antisemitischen, nicht hinein. Jedenfalls waren beides gemeine Verbrechen<sup>7</sup>.

Wir brauchen allerdings auch nicht darüber reden, dass selbst solche Verbrechen keine Rechtfertigung abgeben für das Kriegsgeschrei und die Generalmobilisierung der französischen Regierung. Dies heißt im Gegenteil das chauvinistische und rassistische Klima und die Spaltung im Volk weiter an, führt dazu, dass Araber, ob Moslems oder nicht, und sonstige „Terrorverdächtige“ noch mehr drangsaliert werden, und dass der Boden, auf dem solche Attentate erwachsen, regelrecht gedüngt wird. Was die französische Staatsmacht jetzt an Maßnahmen ankündigt, hätte sie früher oder später sowieso gemacht, aber die Attentate bieten den Vorwand, alles nochmals zu verschärfen und zu beschleunigen.

Ein Wort ist auch notwendig zu „Charlie Hebdo“ selbst, denn wenn überall Leute herumlaufen mit „Je suis Charlie“ ist es angebracht, sich anzuschauen, was das überhaupt ist und womit man sich identifiziert (im Ausland zweifellos in den allermeisten Fällen, ohne jemals auch nur eine einzige Nummer der Zeitung in der Hand gehabt zu haben). Manchmal, allerdings hauptsächlich im Ausland, hört man, das sei eine „linke“ Zeitung. Vielleicht rührt das daher, dass die Vorläufer-

<sup>6</sup> Netanjahu nutzte dies übrigens sofort und gegen den Willen der französischen Regierung für zionistische Propaganda und ließ die Leichen der vier Opfer, obwohl keine Israelis, nach Israel transportieren, um sie in ihrer „Heimat“ zu bestatten und dabei auch in Israel einen zionistischen Rummel abzuziehen (an dem sich dann auch die französische Regierung beteiligte, indem Ségolène Royal, Umweltministerin, mitreiste und die Toten vor Ort posthum in die „Ehrenlegion“ aufnahm).

<sup>7</sup> Die libanesische Hisbollah und auch die palästinensische Hamas haben sich übrigens von den beiden Attentaten scharf distanziert.



zeitung namens „Harakiri“ ursprünglich aus anarchistischen Kreisen stammte und vor einigen Jahrzehnten heftig Staatsmacht, Würdenträger, Bourgeois und auch den Klerus unter Beschuss nahm - damals freilich noch auf einer anderen Linie als heute. Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass die Zeitung einer Firma „Les Editions Rotatives“ gehört, deren Patron wiederum Stéphane Charbonnier war, einer der Ermordeten, und dass dieser sich im Umfeld des PCF (der reaktionären sogenannten „Kommunistischen Partei Frankreichs“) und des Front de Gauche (ein „Linksbündnis“ von „linken“ Sozialdemokraten, PCF-„Kommunisten“ und ein paar Revisionisten) umtrieb und auch für die „Humanité“ (Zeitung des PCF) arbeitete<sup>8</sup>. Vielleicht glauben auch manche, dass es „links“ sei, „provokant“ und anzüglich zu sein - unabhängig vom Inhalt. Fakt ist, dass die Zeitung in den letzten Jahren massiv gegen den Islam hetzt und sich damit in die wachsende Welle von Islamophobie einreihet, welche ihrerseits Kernelement faschistischer

Strömungen ist. Die Islamophobie spielt hier und heute eine Rolle, wie sie in anderen Konstellationen der Antisemitismus spielte. Die Zeitung ist de facto dem rechten Lager, mit starker Affinität zu dessen ganz rechtem Rand, zuzurechnen<sup>9</sup>.

Sie hetzt (d.h. sie verspottet und parodiert nicht nur, sondern sie hetzt und verhetzt!) gegen den Islam, nicht etwa bloß gegen den sogenannten Islamismus. Sie verspottet die Religion, d.h. den Koran und den „Propheten“ Mohammed, und sie tut das noch dazu in einer sehr spezifischen Weise. Ihr Mohammed schaut in der Hälfte der Karikaturen haargenau so aus wie die „Judenfrazen“ aus der Nazi-propaganda. Der „Prophet“, der in der islamischen Kultur gar nicht abgebildet werden dürfte, wird gerne auch als „Kameltreiber“ gezeichnet; die große und damals Aufsehen erregende Sondernummer „Das Leben Mohammeds“ zeigt auf dem Titelbild einen hässlichen Mohammed, allein in der Wüste, mit einem Kamel an der Leine. Er wird auch

gerne nackt dargestellt, in einer Karikatur kann man ihm sogar in den Anus schauen. In einer anderen beklagt er sich („angefressen über die Islamisten“, wie erläutert wird): „Es ist hart, von lauter Arschlöchern geliebt zu werden ...“. Die Zeitung strotzt in ihrer Islamophobie vor rassistischen, sexistischen und homophoben Zoten und Stereotypen. Sehr „provokativ“, sehr „libertär“, sehr „geil“ ...

Es ist wahr, sie attackiert auch Politiker und den christlichen Klerus, fallweise auch das Christentum selbst und dessen Jesus - aber auch diese „Satire“ schaut entsprechend aus. Hollande, normalerweise als Wursttel dargestellt, hält eine Potenzpille in der Hand und sondert seinem Wählervolk gegenüber analsexistische Zoten ab. Sarkozy, über den von den „Satirikern“ gemutmaßt wurde, er müsse einen riesigen Penis haben, denn wie hätte er sonst seine Carla gewinnen können, gibt Anlass für das Gewitzel, dass sich bereits Hunderte Frauen ihre Scheide hätten weiten lassen. Am

<sup>8</sup> Der PCF tut sich seit langem in patriotisch-nationalistischer Propaganda und in rassistischer und xenophobischer Hetze hervor. Viele PCF-Bürgermeister gehören zu den schlimmsten Scharfmachern gegen und Feinden der Sans-Papiers.

<sup>9</sup> Die revolutionär-kommunistische OCML-VP spricht zur Charakterisierung von Charlie Hebdo davon, dass von der seinerzeitigen kritischen Art der Zeitung nur mehr die „Pseudoprovokation“ übriggeblieben sei und dass „ein langsames Abgleiten Charlie Hebdo dazu geführt (hat), eine echt reaktionäre, rassistische, homophobe und sexistische Linie zu entwickeln. Charlie Hebdo ist nicht eine Zeitung der extremen Rechten wie Minute oder Valeurs Actuelles, aber es wurde eine Zeitung der ‚beaufs‘ (d.s. vulgäre, bornierte, misogyne („weiberfeindliche“), chauvinistische Kleinbürger) ... Dies reflektiert das Abgleiten eines Teils des reformistischen Kleinbürgertums, das durch die Instabilität auf der Welt orientierungslos geworden ist und sich aus lauter Angst an die Werte der Bourgeoisie klammert. Die Zeitung hat sich übrigens institutionalisiert und mehr und mehr in die Bourgeoisie integriert (Philippe Val wurde Direktor bei France Inter, Bernard Maris bei der Banque de France, um nur diese beiden zu nennen) und in das bourgeoise Pressewesen. Heute setzt der Staat alle Mittel ein, um dieser Zeitung zu helfen - aber die Verbreitung der militanten Presse über die Zeitungskioske wurde unterbunden...“

Papst, einem Reaktionär und verlogenen Heuchler und Rosstäuscher, gäbe es genug zu kritisieren, sodass man ihn nicht breitärschig über Kinder gebeugt abbilden und ihm Pädophilie unterstellen bräuchte („Lasset die Kindlein zu mir kommen!“). Und viele andere ähnlich seltsame „Scherze“, von Jesus (der leider, da die Hände ans Kreuz genagelt, zu diesem oder jenem Blödsinn seiner Anhänger „nicht applaudieren kann“) bis zu zwar als „kritisch“ ausgegebenen, aber bestenfalls „peinlichen“ „Witzen“ über Hitler - eine Titelseite stellt einen „Hitler Super Sympa“ dar, der fragt: „Gast es?“. „Charlie Hebdo“ ist ein Schmutzblatt, das dumpfe gedankenlose Verblödung und reaktionäres Gedankengut unter dem Deckmantel der „Satire“ transportiert <sup>10</sup>. So etwas gilt der Bourgeoisie als Inbegriff der zu verteidigenden Pressefreiheit und der „offenen Gesellschaft“!

Unsere Position zur Presse- bzw. Medienfreiheit ist klar: Man muss dieses wie alle anderen demokratischen Rechte (es geht ja um konkrete Rechte, nicht um eine nebulöse bürgerliche „Freiheit“) verteidigen <sup>11</sup>.

Aber wer bedroht diese Rechte und schränkt sie immer weiter ein? Sie werden in Frankreich sicher nicht von IS oder Al-Qaida bedroht, sondern in erster Linie vom bürgerlichen Staat, der immer neue Straftatbestände erfindet (z.B. die oben erwähnte strafrechtliche Verfolgung von Antizionismus (siehe Fußnote 2) oder die „Apologie des Terrorismus“, unter welchem Deckmantel eine Prozesslawine gegen alle mögliche Kritik an Reaktion und Imperialismus anrollt). Oder dadurch, dass das Staatsfernsehen in einer Weise gleichgeschaltet ist, die international ihresgleichen sucht. Ein bürgerliches Recht zu verteidigen, ist nun aber eine Sache, eine andere Sache ist es, welcher ideologische und politische Inhalt bei der Wahrnehmung dieses Rechtes transportiert wird. Und wenn wie bei „Charlie Hebdo“ Rassismus und Verhetzung transportiert werden und unablässig Öl ins Feuer der ohnehin schon lodernden Islamophobie geschüttet wird, muss das entsprechend angeprangert werden, nicht aber begrüßt und bewundert. Es geht nicht darum, ob solche Mohammed-Karikaturen oder so eine Zeitung die „Pressefreiheit“

in Anspruch nehmen dürfen oder nicht, natürlich „dürfen“ sie; natürlich soll und darf der reaktionäre bürgerliche Staat nicht alles verbieten, was ihm nicht passt (abgesehen davon, dass ihm „Charlie Hebdo“ in der Gesamtlinie sowieso in den Kram passt und die gerade wieder aufgeflamnte „Diskussion“, „wie weit die Pressefreiheit gehen“ dürfe, sicher nicht auf „Charlie Hebdo“ zielt, sondern ganz woanders hin). Aber zugleich muss man hinter der „Provokation“ den eigentlichen Inhalt entlarven und sich das Recht nehmen, diesen Inhalt politisch zu bekämpfen - übrigens auch durchaus heftig, eventuell auch sehr heftig, z.B. auch mit einer Protestversammlung in den oder Besetzung der Redaktionsräume und anschließender Presseerklärung, warum nicht?

Was „Charlie Hebdo“ betreibt, ist - das fragt sich nämlich wahrscheinlich der eine oder andere in Österreich - mit den Karikaturen eines Deix z.B. nicht vergleichbar. Es ist ein großer Unterschied, ob man im Kern die Herrschenden angreift, ihre Ideologie, die „Leitkultur“, auch die ihnen alles glaubenden Blödmänner

<sup>10</sup> Daher ist auch das bürgerliche Geschwätz, es gäbe eine ganz besondere und einzigartige französische Tradition der Satire, von besonderer Bedeutung für den „Nationalcharakter“ usw., und deshalb sei „Charlie Hebdo“ sozusagen ein wertvolles Kulturgut, nur Geschwätz und die Referenz auf den berühmten Honoré Daumier ein Hohn, denn dieser vergriff sich nie an den Schwachen, Unterdrückten, Ausgebeuteten, sondern stets an den Herrschenden und ihrem spießbürgerlichen Gefolge und war ein fortschrittlicher Mensch, auch in der Revolution von 1848.

<sup>11</sup> Deshalb muss man in Österreich die Abschaffung des §188 des Strafgesetzbuches, des „Blasphemie“-Paragrafen („Herabwürdigung religiöser Lehren“), fordern - was nämlich nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat mit der Sicherstellung der Freiheit der religiösen Überzeugung und der ungestörten Ausübung seiner Religion, was unbedingt verfassungsrechtlich sichergestellt werden muss.



und das ihnen nachlaufende Spießertum - oder ohnehin schon ausgegrenzte und diskriminierte Minderheiten und Teile des Volkes. Es ist ein Unterschied, ob man den Klerus und die Pfaffen angreift oder religiöse Überzeugungen. Und wenn man Pfaffen angreift, ist es ein Unterschied, ob man einfach durch Sexismus auffallen möchte oder auf konkrete Verhaltensweisen und Taten dieser Leute (wozu auch Missbrauch und Pädophilie gehören) Bezug nimmt.

Eine der letzten Nummern von „Charlie Hebdo“ vor dem Jahreswechsel zeigte als Titelseite eine Karikatur eines „Islamisten“ samt Kalaschnikow; darüber steht: „Immer noch keine Attentate in Frankreich“ und in der Sprechblase steht: „Wartet, es ist immer noch Zeit bis Ende Jänner, um seine (Neujahrs)wünsche zu überbringen“. Wieder eine „Provokation“, könnte man sagen, aber diesmal mit einem unheimlichen Hintergrund, denn was geht wirklich in dem Zeichner vor, der sich so etwas „Witziges“ ausdenkt? Vielleicht war „Charlie Hebdo“ tatsächlich frustriert, dass es trotz aller seiner Bemühungen außer dem Brand seiner Räumlichkeiten 2011 (von dem bis heute nicht klar

ist, wer ihn gelegt hat!) keine „stärkere Reaktion“ von islamistischer Seite auf seine Provokationen gab. Natürlich, sicher wollte niemand so ein Gemetzel bzw. überhaupt Tote, aber ein neuerlicher kleiner Brand(anschlag) z.B. hätte die Publizität der Zeitung sicher gewaltig erhöht<sup>12</sup>, ihr in ihrer Hetzerei recht gegeben, und im Interesse ihrer ideologischen Strippenzieher wäre so etwas ohnehin gewesen. Es ist wirklich kein Wunder, wenn einige französische Medien außerhalb des main stream sich des Gedankens nicht erwehren können, es könnten auch bei diesem Attentat wieder Geheimdienste ihre Finger im Spiel gehabt haben, z.B. der israelische Mossad. Es wäre nicht das erste Mal, dass CIA, Mossad oder andere Geheimdienste die Verbrechen, die sie brauchen, selbst fabrizieren. Die französische Internetseite „Alter Info“ fragt daher - bezugnehmend auf die erwähnte Titelseite - nicht ohne Grund: „Hat Mossad die Wünsche von ‚Charlie Hebdo‘ erhört?“

### **Warum wird gerade Frankreich zum Ziel von Terrorattacken?**

24 Stunden am Tag wird man aus allen medialen Rohren mit „Hintergrundberichterstattung“, Spe-

kulation und „Diskussion“ angeschüttet, aber kaum ein Wort wird über diese einfache und elementare Frage verloren. Der islamistische Terror wird sich wohl nicht wegen der Großartigkeit der „republikanischen Werte“ auf Frankreich stürzen oder weil eine Zerstörung des Abendlandes ausgerechnet in Frankreich ansetzen müsste. Immerhin ist allgemein anerkannt, dass ein gewisses terroristisches Potenzial hausgemacht ist und auf französischem Boden gedeiht.

Frankreich ist eine der wichtigsten und militärisch aggressivsten imperialistischen Mächte. Unter der Regierung Hollande hat sich diese Aggressivität nochmals deutlich verstärkt. Eine Blutspur hat der französische Imperialismus durch Afrika und den Nahen Osten gezogen, Länder neokolonisiert, Regierungen gestürzt und eingesetzt, „Bürgerkriege“ angezettelt, Terroristen dieser oder jener Art, wie es eben passte, aufgepäppelt, auch islamistische, die man vorgab, zu bekämpfen, vorsätzlich und aktiv Völkermorde wie in Kamerun und in Ruanda betrieben, fortschrittliche oder revolutionäre Kräfte ermordet, Länder besetzt, Militärstützpunkte unterhalten, Bodenschätze ge-

<sup>12</sup> Das Attentat vom 7.1. bedeutet rein kommerziell betrachtet ein Bombengeschäft für „Charlie Hebdo“. Das zu sagen mag zwar „pietätlos“ erscheinen, aber es ist so und beschäftigt die zuständigen Manager sicher mehr als alles andere. Die Auflage lag stets bei etwa 75.000, die erste nach dem Attentat startete am 14.1. mit den ersten 700.000 und soll schlussendlich bei 5 Millionen liegen (angeblich in fünf Sprachen und zwanzig Ländern). Le Monde und Libération haben sich darum gebalgt, wer die Infrastruktur für das unverzügliche und sozusagen „reguläre“ Erscheinen dieser Nummer bereitstellen und vielleicht überhaupt einen Fuß in so ein Bombengeschäft hineinkriegen darf, wobei Libération das Rennen machte.

raubt, ganze Industrien ruiniert, Elend über die Völker gebracht usw. Alleine in den letzten fünf oder sechs Jahren gab es größere Militäroperationen, Invasionen und Okkupationen im Tschad, in Côte d'Ivoire, in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik und Dutzende kleinere, wobei die nächste in Burkina Faso, wo der französische Lakai Compaoré kürzlich gestürzt wurde, vielleicht schon bald bevor steht. Der Algerienkrieg (1954-1962) war einer der brutalsten Kolonialkriege und nie wurden die Schlächter und Folterknechte belangt. Mit jedem Krieg, jedem Putsch, jeder angezettelten ethnischen Säuberung wächst der Hass der Volksmassen gegen diesen Imperialismus. Frankreich war zusammen mit Großbritannien führend beim Angriff auf Libyen. Frankreich war der größte Kriegshetzer gegen Syrien und unterstützte massiv die sog. Opposition gegen das Assad-Regime. Frankreich war an der Niederschlagung von Rebellionen in Djibouti beteiligt, wo sich sein größter Militärstützpunkt in Afrika befindet. Frankreich unterstützte den US-Imperialismus in Afghanistan und im Irak. Frankreich wollte nach den Erdbeben Haïti „zurückholen“, allerdings kamen ihm dort die USA zuvor. Frankreich stand immer auf der Seite des Zionistenstaates, aber unter der Regierung Hollande wurde die prozionistische

Scharfmacherei nochmals deutlich akzentuiert. „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“ lautet das Sprichwort. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Attentäter in Paris zwar in zweiter oder dritter Generation, aber dennoch algerischen und malischen Ursprungs waren.

Dazu kommt die Lage der arabisch- und afrikanischstämmigen Volksmassen in Frankreich. Sie sind arbeits- und aussichtslos und haben keinerlei Perspektive. Sie sind marginalisiert und degradiert. Die banlieues sind in desolatem Zustand. Gibt man sie als Adresse an, kann man sich das Bewerbungsschreiben für einen Job von vornherein sparen. Die Bewohner stehen alle unter Generalverdacht, alle, auch wenn sie überhaupt nichts mit Terror oder Islamismus zu tun haben. Sogar wenn man nur von Haus zu Haus geht, schaut man sich nach allen Seiten um, um nicht ohne jeden Grund, aber mit kaum absehbaren Folgen ins Fadenkreuz der Polizei zu geraten. Man erlebt tagtäglich Belästigungen, Leibesvisitationen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Hetzjagden (wenn einer vor lauter Angst lieber wegrennt), Aggressivität und Gewalttätigkeit der Polizei. Man erlebt, wie die Polizei dabei in der Regel nur ein Raster hat: die Hautfarbe. Die Menschen werden vom Staatsapparat drangsaliert und gedemü-

tigt, müssen in manchen Bezirken ein halbes Dutzend Leibesvisitationen am Tag über sich ergehen lassen. In manchen Zonen herrscht ständig latenter Ausnahmezustand. Immer wieder werden Menschen ange- oder erschossen. Der Polizeiwillkür fielen in den letzten Jahren wesentlich mehr Menschen zum Opfer als bei den beiden Attentaten. Viele sitzen in den Gefängnissen, Frankreich hat eine der höchsten Quoten bei den Untersuchungshäftlingen. Isolationshaft ist nicht selten und die Regierung möchte diese jetzt auf alle „Terroristen“ ausweiten. In den Gefängnissen wird nicht „resozialisiert“, nur 15% der Insassen können irgendeiner Beschäftigung oder Ausbildung nachgehen. Zu den staatlichen, den „republikanischen“ sozusagen, kommen rassistische Übergriffe von Faschisten, manchmal auch von Zionisten.

Der Staatsrassismus ist allgegenwärtig. Der Staat bereitet sich von der Polizei bis zum Städtebau auf den Krieg gegen sie vor<sup>13</sup>. Selbstverständlich gibt es Widerstand gegen diese Unterdrückung, latente Rebellion sozusagen, und von Zeit zu Zeit flammen große Revolten auf (zuletzt im Herbst 2005) und werden niedergeschlagen. Dann werden „Probleme“ eingeräumt, aber es wird nichts besser, sondern alles immer schlechter. Ist es ein Wunder, dass unter

<sup>13</sup> Ausgezeichnet dazu: Hacène Belmessous: „Opération Banlieues. Wie der Staat den urbanen Krieg in den französischen Städten vorbereitet“, Verlag La Découverte 2010, leider nur auf französisch.



diesen Umständen und mangels echter Alternativen zu diesem System ein Teil der Menschen, und gerade der Jungen, im Islam einen Hoffnungs-schimmer sieht, sich von der rassistischen „weißen Leitkultur“ abschottet und ein kleiner Teil davon zu „Terroristen“ mutiert? Dass sie ihre Diskriminierung und Herabsetzung - aus gutem Grund! - auf ihre ganze (z.B. arabische) Nation oder auch ihre Religion projizieren und sich wehren, sich rächen und - manche von ihnen - zurückschlagen wollen? Es gibt zwar sowohl in den arabischen und afrikanischen Ländern wie auch in Frankreich selbst revolutionäre Organisationen, aber leider sind sie noch zu schwach, um eine tatsächliche Kampfperspektive für die meisten dieser Menschen darzustellen. So geraten dann eben einige, die den französischen Imperialismus nicht nur kritisieren, sondern wirklich bekämpfen wollen, auf die islamistische oder terroristische Bahn. Das ist der Nährboden für den „Terrorismus“ und das Problem ist eben dieser Nährboden, nicht dass einige, die den Staat ablehnen und bekämpfen wollen, dabei falsche Wege einschlagen. Der bürgerliche Staat hingegen kann natürlich, jedenfalls in den offiziellen Äußerungen, keinen solchen Nährboden erkennen, der ja in ihm selbst und der Gesellschaftsordnung, die er repräsentiert, besteht. Er kann nur das Niederschlagen jedes Aufbegehrens ins Auge fassen.

Während also der Nährboden in Frankreich und durch Frankreich selbst bereitet wird, spielt zweifellos die Gesamtentwicklung im islamischen Raum und heute speziell im Nahen Osten ebenfalls eine Rolle. Die Millionen Toten und Vertriebenen, die Zerschlagung von Staaten, die Verwüstung ganzer Regionen, die die Bestrebungen des US-Imperialismus für seinen „Greater Middle East“ nach sich gezogen haben, sind in einem Aufleben des „islamischen Terrorismus“ ausgemündet, der noch dazu ganz wesentlich von den westlichen Imperialisten selbst gefördert und nachgerade betrieben wurde. Dass dieses Aufleben auch auf den „Islamismus“ in den imperialistischen Ländern selbst ausstrahlt, braucht einen wirklich nicht zu wundern. Selbstverständlich stellen Organisationen wie die IS (Islamischer Staat) oder AQ (Al-Qaida) Bezugspunkte und „Hoffnungsträger“ für Leute mit terroristischen Ambitionen dar und können sie auch eine finanzielle und logistische Infrastruktur liefern. Mit dem Aufschwung jener nach den Überfällen auf den Irak, Libyen, vor allem aber Syrien musste die diesbezügliche „Szene“ in den imperialistischen Ländern ebenfalls einen Aufschwung erfahren.

Wenn Horden von Psycho-, Polito- und sonstigen -logen sich das Hirn verrenken und herumrätseln, welche Gründe wohl zu diesem islamistischen Terrorismus führen, dann dient das nur der Verschleierung der

wirklichen Ursachen und der Verursacher dieser Ursachen.

Es mutet irgendwie „surrealistisch“ an, wenn tagaus tagein über den IS oder die AQ gequasselt wird - als ob diese aus dem blauen Himmel gefallen wären und es keine politische und militärische Vorgeschichte gäbe. Als hätte nie jemand, weder die USA, noch Frankreich, den Irak, Somalia, Libyen, Syrien etc. (um nur den Nahen Osten zu nehmen) überfallen, Regime gestürzt, Bürgerkriege jeder Art angestachelt, Terroristenbanden aufgezogen usw. und hätte nicht gerade das dazu geführt, was heute dort ist. Als käme das alles wie eine unerklärliche Plage über uns, entweder überhaupt aus dem Nichts oder jedenfalls derart, dass „wir“ damit nicht das Geringste zu tun hätten. Dabei fliegen doch nur ein paar Funken der Feuersbrünste, die die Imperialisten im Nahen Osten gelegt haben, zu uns zurück. Gegenüber den Hekatomben von Bomben und Granaten, die über die betroffenen Länder gebracht wurden, erscheint der islamistische Terrorismus, der auf die imperialistischen Länder zurückfällt, nur wie ein paar unbedeutende verirrte Splitter.

### ***Aktionen und Pläne der Staatsmacht***

Die Konsequenz, die die Staatsmacht aus den Ereignissen der letzten Tage zieht, ist - wie könnte es anders sein - der weitere Ausbau des Polizeistaates und

die weitere Verschärfung von Rassismus, Repression, Drangsalierung. Sie weiß oder ahnt jedenfalls, dass sie die tatsächlich vorhandenen Klassen- und sonstigen Widersprüche nicht mit „republikanischen“ Phrasen zuleistern kann.

Die höchste („dunkelrote“) Alarmstufe des „Plan Vigipirate“<sup>14</sup> wurde ausgerufen, die Armee rückte massiv ins tägliche Straßenbild, am 14.1. waren immer noch 15.000 Soldaten an „neuralgischen Punkten“ präsent. Hauptsächlich dient das der Einschüchterung der Leute und dazu, dass sie sich an Militärpräsenz gewöhnen. In den drei Tagen nach den Attentaten wurden 54 Gerichtsverfahren wegen „Apologie des Terrorismus“ eingeleitet - es muss also längst fertige Dossiers geben und jetzt wird zugeschlagen. Wir wissen nicht, in wie vielen Fällen es dabei tatsächlich um Rechtfertigung und Lob der Attentate geht und nicht bloß um kritische Bemerkungen zum „Krieg gegen den Terror“.

Am 13.Jänner präsentierte der Premierminister Valls im Parlament seine

„Maßnahmen“ im Gefolge der „Lehren“ des vergangenen Wochenendes. Alle waren begeistert und anschließend stimmte ein UMPLer (d.i. die „konservative“ Partei der Sarkozy, Fillon etc.) im Parlament die Nationalhymne, die „Marseillaise“<sup>15</sup> an und alle sangen mit - im Parlament erstmals seit 1918, wie berichtet wurde. Was schlägt er vor? Ausbau des Polizeistaates auf der ganzen Linie, Verstärkung der faschistoiden Praktiken und Tendenzen, Verschärfung aller Formen von Bespitzelung (wobei die Legalisierung der Vorratsdatenspeicherung in Frankreich bereits realisiert ist - tun dürften sie es sowieso schon längst und überall!), Drangsalierung aller, die nicht der „weißen Wertegemeinschaft“ anhängen, ggf. auch derer, die ihr zwar anhängen, dabei aber wegen ihrer Hautfarbe „unglaublich“ sind, vor allem auch (das ist Valls besonders wichtig!) Verschärfung des Gefängnisregimes (was auf mittlere Sicht wahrscheinlich mit der Privatisierung dieses Regimes und seiner Verwandlung in ein lukratives kapitalistisches Gewerbe à la USA verbunden sein

dürfte), der Dauerüberwachung von aus dem Gefängnis Entlassenen (samt Reiseverboten und Meldepflichten), eine Bespitzelungs- und Denunziationskampagne sondergleichen, auch in den Schulen, und - wie könnte es anders sein - „eine neue Debatte über die Immigrationspolitik ist unumgänglich“<sup>16</sup>.

Hollande begab sich am 14.1. auf das Deck des Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“, der - soeben aus dem Reparaturdock in Toulon entlassen - bald Kurs auf den Persischen Golf nehmen soll, um „den Krieg gegen der Terror zu unterstützen“. Das bedeutet in Kumpanei mit den USA Luftangriffe und Raketenbeschuss auf Syrien und den Irak. Er erklärte dort, dass Frankreich auch in Afrika und in Nahost verteidigt und die geplante Reduzierung der Streitkräfte (nach dem Motto: bessere Waffen, aber weniger Soldaten) ausgesetzt würde. Der „Charles de Gaulle“ kann bis zu 40 Kampffjets tragen; damit wird sich das derzeit im Nahen Osten stationierte französische Effektiv (9 Jets in den Emiraten und 6 in Jordanien) massiv er-

<sup>14</sup> Vigipirate steht für eine Art Notstandsplan gegen „Terrorismus“ jeder Art. In demokratischen Kreisen wird er oft als „Vichyirate“ bezeichnet. Vichy war der Sitz des faschistischen Pétain-Regimes, das mit Nazideutschland zusammenarbeitete.

<sup>15</sup> Dass die Marseillaise heute von solchem reaktionären Gesindel gesungen wird ist auch so ein Anachronismus. Sie stammt aus den Verteidigungskriegen der Französischen Revolution und ist dementsprechend militant. Und so singt denn heute ein französischer Imperialist „Marschieren wir, marschieren wir, damit ein unwürdiges Blut unsere Äcker düngt“ und denkt sich nichts dabei. Oder doch?

<sup>16</sup> Die Immigrationspolitik wurde gegenüber der Sarkozy-Regierung durch die Sozialdemokratie nochmals massiv verschärft. Die „Sans-papiers“ („illegale“ Einwanderer ohne Aufenthaltsgenehmigung) werden noch schärfer unterdrückt und statt 8.455 Roma im Jahr 2011 (Sarkozy) und 9.409 in 2012 (Sarkozy bis, Hollande ab Mai) wurden 2013 19.380 (!) ausgewiesen.



höhen und Frankreich zur zweitgrößten Streitmacht im nahöstlichen „Kampf gegen den Terror“ - und natürlich, das muss jedem denkenden Menschen klar sein, zum zweitnaheliegenden Ziel für Terrorat-tacken<sup>17</sup>.

Aus den massiven Widersprüchen, die den Sprengstoff der französischen Gesellschaft darstellen, wird der Schluss gezogen, diese weiter zu verschärfen und die Sprengladung aufzustocken. Aber hätte die Bourgeoisie eine Alternative? Sie können weder die Ausbeutung abmildern, noch die Arbeitslosigkeit beseitigen, sie können und wollen die soziale Lage in den banlieues nicht verbessern, sie können daher nur versuchen, den Dampfkessel mit Unterdrückung am Explodieren zu hindern - und vor allem brauchen sie die Spaltung von Arbeiterklasse und Volk, sie müssen Verhetzung betreiben, sie brauchen den Rassismus wie einen Bissen Brot. Sie müssen sich auf extreme

Verschärfung der Klassen-gegensätze und des Klassenkampfes vorbereiten. Sie halten sich deshalb auch die faschistische Option offen. Sie müssen der Welt ihre Kriegsmaschinerie vorführen und speziell im Nahen Osten Flagge zeigen, um diesen nicht dem US-Imperialismus zu überlassen. Zumal die letzte Nagelprobe, der Libyen-Krieg, zwar zur Zerstörung des Landes, aber nicht zu gesicherter französischer Herrschaft und Ausbeutung geführt hat.

### **Offene Fragen zu den Attentaten und zur „Hetzjagd“**

Die Attentate, vor allem aber auch die „Hetzjagd“ - das war tagelang die Schlagzeile und das Thema der Medien. Vor allem sollte die Macht des staatlichen Gewaltapparats ins Licht gestellt und das Volk eingeschüchtert werden. 88.000 Polizisten und Soldaten wurden mobilisiert (drei Tage später waren es schon 122.000) - das war

freilich die Zahl der insgesamt in ganz Frankreich verfügbaren Kräfte und nicht die der „Jäger“ im konkreten Fall. Der Anlass wurde zu einer riesigen Bürgerkriegsübung genutzt. „Erstmals“ wurde (angeblich!) in so großem Stil die Koordination aller Teile des Staatsapparats (samt Feuerwehren, Rettung etc.) geübt, vor allem natürlich zwischen Armee, Luftwaffe, Geheimdienst, Gendarmerie und Polizei.

Umso merkwürdiger, dass man die Terroristen, in diesem Fall die Brüder Kouachi, in einem 11 km<sup>2</sup> großen Raum nicht aufspüren konnte und diese entkamen und anderswo - ohne Geiseln zu nehmen - eine Druckerei<sup>18</sup> besetzten, wo sie schließlich erschossen wurden. Wollte man sie überhaupt lebend einfangen? Oder wollte man sie lieber kurzerhand erschießen (oder einen „Selbstmord“ herbeiführen, wäre auch nichts Neues), damit sie nicht mehr aussagen könnten? Per heute weiß das niemand, jedoch hat-

<sup>17</sup> Nachtrag 17.1.: Heute war das gesamte Abendprogramm eines der französischen Fernsehprogramme, vier Stunden lang!, der Verherrlichung dieses Flugzeugträgers und seiner Bedeutung in „Krieg gegen den Terror“ gewidmet. Die Sendung wurde im Hangar des Trägers abgewickelt. Anlass war der 25. Jahrestag der Indienstellung. Admiral Kogel, der Flottenchef, und viele Offiziere, ein Teil der Mannschaft als Staffage, Segelweltmeister und Schlagersänger traten auf, ein paar auf Krieg einstimmende Schlager waren auch dabei, Rückblenden auf frühere Kriegseinsätze in Afghanistan und Libyen wurden gezeigt und für den nächsten im Persischen Golf wurde die Trommel gerührt. Zu Libyen sah man ein paar Rafale-Jets starten und Raketen abfeuern - „und dann war Gaddafi gestürzt und die humanitäre Aktion erfolgreich abgeschlossen“, wobei man den Eindruck hatte, Gaddafi sei alleine von diesem Flugzeugträger gestürzt worden. Der „Starmoderator“ verging in freudiger Erregung, der Admiral lächelte zufrieden. Opfer am libyschen Boden wurden nicht erwähnt und ebenso wenig, was bei diesem Krieg herauskam. Krieg liegt in der Luft.

<sup>18</sup> Folgendes seltsame Ereignis verschwand nach wenigen Stunden wieder ganz aus den Medien: Kaum waren die beiden Kouachi in der Druckerei, betrat der Patron derselben die Räumlichkeiten, war anscheinend bass erstaunt, zeigte aber seinen Schrecken nicht, diskutierte mit den Terroristen, bot ihnen sogar einen „taktischen“ Café an und konnte wieder unbehelligt abziehen. Offensichtlich wollten die beiden weder in der Redaktion von „Charlie Hebdo“ als Märtyrer fallen (was ja angeblich unter islamistischen Terroristen üblich ist) noch wollten sie Geiseln nehmen (was ebenfalls unter islamistischen Terroristen üblich ist).

te man von Anfang an einen merkwürdigen Eindruck. Ähnliches gilt für Coulibaly, den Geiselnehmer im „Koscheren Supermarkt“. Alle „Terroristen“ waren früher schon einmal im Gefängnis, wo sie sich auch kennenlernten, und hatten sich bereits als „Islamisten“ verdächtig gemacht und waren seit längerem im Visier der Polizei. Der Polizei wird jetzt vorgeworfen, sie hätte die Terroristen fahrlässig „aus dem Auge verloren“. Die Polizei antwortet, sie hätte 5.000 (!) solche Terroristen im Visier und ihre vollständige Überwachung - ganz abgesehen von der Frage nach Motiv und Berechtigung derselben - erforderte 5 Beamte pro Kopf und Nase, also 25.000 Beamte und die gäbe es ganz banal nicht. Außerdem habe es bei den gegenständlichen Terroristen keinerlei Anhaltspunkte für tatsächlich geplante terroristische Aktionen gegeben, ganz im Gegenteil. In Wirklichkeit stellt sich aber eher die Frage, ob man sie, sofern es überhaupt stimmt, nicht vorsätzlich „aus dem Auge verloren hatte“ - wie man sie ja auch während der Hetzjagd mehr als einmal „aus dem Auge verlor“. Es gibt jede Menge „Ungeheimheiten“ bezüglich der Hetzjagd: Wie konnten sie trotz aller Drohnen, Infrarot-Kameras, Hunden etc. aus dem Waldgebiet flüchten? Ließ man sie flüchten, um die Hetzjagd noch ein, zwei Tage spektakulär inszenieren zu können, um sie anschließend doch irgendwo zu erwischen und zu erschießen? Wie konnte einer von ihnen seinen

Personalausweis in einem gestohlenen Auto liegen lassen bzw., blöd gefragt, wieso hatte er ihn überhaupt mit? Wie kann man ohne Hilfe von Dritten und Transportmittel und auf so einer Flucht so viele Waffen (zwei Sturmgewehre, einen leichten Granatwerfer (dieser ist aus der Liste der gefundenen Waffen nach zwei, drei Tagen wieder verschwunden), Panzerfäuste, diverse Handgranaten, Pistolen, Sprengstoff ...) mit sich führen? Was geschah in der Druckerei? Wie spielte sich die Erschießung bzw. Befreiung der Geiseln im Supermarkt tatsächlich ab?

Vor allem stellen sich viele die Frage nach einer eventuellen Rolle des einen oder anderen Geheimdienstes - und nicht ohne Grund. 2012 gab es den Fall eines anderen „Terroristen“, Mohammed Merah. Er war offenbar Agent des französischen Auslandsgeheimdienstes (eine „ressource infiltrée“) und hatte auch Verbindungen mit dem Inlandsgeheimdienst. Jahrelang reiste er im Auftrag des Auslandsgeheimdienstes auf der Welt herum. Zurück in Frankreich erschoss er in Toulouse und Montauban sieben Menschen, um anschließend selbst - vielleicht von seinem früheren Auftraggeber - liquidiert zu werden. Vielleicht wollten die Geheimdienste ihn nicht nur als Spion bezüglich Strukturen, Logistik etc. des islamistisch-terroristischen Lagers benutzen, sondern ihn sich auch als „terroristische Reserve“, d.h. als agent provocateur, halten,

ähnlich wie die deutschen Behörden sich den NSU und die Nazi-„V-Männer“ hielten. Ähnlich düster ist der Hintergrund in der Affäre Nemmouche, d.i. der Attentäter, der im Mai 2014 im Jüdischen Museum in Brüssel zwei Menschen erschoss, diesmal möglicherweise unter Verwicklung des Mossad. Beide Fälle sind bisher „nicht aufgeklärt“ und werden es sicher auch nicht so rasch.

Warum sollte es nicht ähnliche Fragen bei den Kouachi und bei Coulibaly geben. Viele Fragen, keine Antworten. Wenn nicht ohnehin genug solcher „Terroristen“ verfügbar und „herrichtbar“ wären, gäbe es jedenfalls viele gute Gründe für imperialistische und zionistische Staatsapparate, sich solche Leute zu halten, sie zu finanzieren, sie zu decken - und sie zum gegebenen Zeitpunkt für ihre Zwecke einzusetzen.

Die Berichterstattung des Staatsapparats und der Bourgeoismedien über die Vorgänge musste zu Propagandazwecken immer detaillierter und farbenprächtiger ausgemalt werden - und wurde dabei mit jedem Tag, der verging, dubioser und widersprüchlicher. Es begann schon am 7.1. selbst, als nur wenige Stunden (!) nach dem Attentat im Fernsehen eine umfangreiche „Dokumentation“ über die Kouachi-Brüder erschien - als ob jemand „erwartet“ hätte, dass sich früher oder später dieses (oder ein anderes) Attentat abspielen würde. Angesichts

all dessen gingen manche sogar davon aus, dass das Attentat überhaupt nicht von den Kouachi-Brüdern verübt, sondern sie nur vorgeschoben und geopfert wurden. Das ist aber reine Spekulation, wie sich verständlicherweise überhaupt viele Spekulationen um die zwielichtige Bourgeoispropaganda ranken. Wir sagen freilich allen, sie sollten ihr Interesse nicht zu sehr auf solche sowie so derzeit nicht klärbaren Spekulationen lenken und ihre Kräfte nicht dafür vergeuden, sondern sich lieber auf den Aufbau einer Front gegen die Angriffe des Staatsapparats konzentrieren.

**Welche Rolle spielt der „Kampf gegen den Terror“ für den Klassenkampf?**

Weder kann die Bourgeoisie die Probleme, die sich angesammelt haben, mit „republikanischen“ Phrasen zukleistern, noch kann

sie sie immer weiter unterdrücken. Sie weiß oder ahnt das, hat aber keine andere Wahl. Sie braucht daher rassistische, religiöse etc. Widersprüche zur Spaltung von Arbeiterklasse und Volk und zur Befestigung ihres repressiven Systems. Sie geht daher den Weg des Anheizens von Chauvinismus und Rassismus und der Verschärfung von Unterdrückung und Diskriminierung. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Widersprüche in scharfen und irgendwann einmal bürgerkriegsähnlichen Kollisionen aufbrechen. In diesen stünden sich allerdings im schlimmsten Fall vielleicht nicht das französische Proletariat aller Hautfarben, Religionen, Herkunftsländer ... unter Einschluss der Immigranten, Sans-Papiers etc. auf der einen Seite und die französische Bourgeoisie auf der anderen gegenüber, sondern ein faschistoider, rassistischer,

„weißer“ Polizeistaat samt Gefolge, mit oder ohne FN-Regierungsbeteiligung, und eine „farbige“, teils moslemische „Paria“. Es geht daher darum, alles zu tun, um den proletarischen Klassenkampf voranzubringen und das heißt an vorderster Stelle auch, die berechtigte Empörung und den Widerstand dieser potentiellen oder schon tatsächlichen „Paria“ in die Bahnen des Klassenkampfes und einer revolutionären Bewegung zum Sturz von Kapitalismus und Imperialismus zu lenken. Die chauvinistischen, rassistischen und faschistischen Ablenkungs- und Spaltungsmänöver der Bourgeoisie zu durchkreuzen und zunichtezumachen ist dabei eine erstrangige Aufgabe und sie steht in diesen Tagen im Mittelpunkt der revolutionären Arbeit.

*Korrespondenz aus Frankreich, 15.1.2015*

**Nachtrag 6.2.2015:**

Seit den Attentaten nimmt der weitere Ausbau des Polizeistaates, der Klassenjustiz und der tagtäglichen Repression gegen jede Abweichung vom „republikanischen Denken“ ihren Lauf. Die Gerichtsprozesse wegen „Apologie (Rechtfertigung) des Terrorismus“ gehen schon in die Hunderte, die Suspendierung bzw. Entlassung von Lehrern steht auf der Tagesordnung usw. Bei der „Aufklärung“ der Attentate geht nichts weiter, jedenfalls hört man nichts davon. „Charlie Hebdo“ ist, nach dem gigantischen kommerziellen Erfolg der ersten und einzige Nummer nach den Attentaten (7 Millionen Auflage international!) vorläufig eingestellt. Bemerkenswert war nur eine Rede des Ministerpräsidenten Valls am 20.1.2015, bei der er „aufrüttelnde Worte“ fand, die allerdings, da nun wirklich nichts Neues, niemanden aufrüttelten (außer ein, zwei Tage die Medien). Er, ausgerechnet er, einer der größten reaktionären Scharfmacher, sprach davon, dass es in Frankreich eine „territoriale, soziale und ethnische Apartheid“, Ghettos und eine regelrechte „Spaltung der Gesellschaft“ gebe und dass die „Stigmata“ (Wunden) von 2005 „immer noch präsent“ seien (2005 hatte es in den „sensiblen Stadtteilen“ heftige Revolten gegen die Staatsmacht gegeben). Offenbar fürchtet er sich vor dem neuerlichen Ausbruch solcher Revolten als Gegenreaktion auf seinen Kurs - und das verweist darauf, dass ihm von seiner Polizei, seinen Lehrerorganisationen usw. zugetragen werden dürfte, dass der rund um die „Charlie Hebdo“-Geschichte gestartete Feldzug auf mehr Widerstand und Protest stößt als erwartet. Er sprach nur ein einziges Mal von „Apartheid“ und „Stigmata“, tags darauf ging der „Kampf gegen den Terrorismus“ in der üblichen Art weiter. In derselben Rede kündigte er das einzig Konkrete an, das er sich als Abhilfe vorstellt: Aufstockung der Polizei um weitere 2.680 Posten.



# Zu Religion, Islamismus, Meinungsfreiheit, Klassenkampf und Revolution

(aus Anlass des Wirbels um „Charlie Hebdo“)

*„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüth einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist... Sie ist das Opium des Volks... Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ (Marx: Einleitung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, 1844)*

*„Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. Die Religion ist das Opium des Volks. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.“ (Lenin: „Sozialismus und Religion“, 1905)*

## Zur Religion

1. Religionen sind Phantasiegespinste, die die Menschheit hervorgebracht hat. Da die Menschheit seit langer Zeit in Klassengesellschaften lebt und da die herrschenden Ideen bekanntlich die Ideen der Herrschenden sind, sind alle Religionen Instrumente der Klassenherrschaft. Wir Kommunisten, als historische Materialisten und Atheisten, führen einen ideologischen Kampf nicht nur gegen Kirchen und Pfaffen, wie immer sie heißen mögen, also gegen die Institutionen der Religionen, sondern auch gegen die Religionen selbst, gegen den religiösen Fusel jeder Art, und auch gegen allen sonstigen Aberglauben, wobei wir natürlich die „staatstragenden“ Religionen mehr im Visier haben als irgendwelche Nischenprodukte. (Die ideologische Auseinandersetzung mit der Religion, wiewohl auf ideologischer Ebene äußerst wichtig, steht allerdings nicht im Zentrum unserer politischen Arbeit und unseres politischen Programms, denn weder Christentum, noch Katholische Kirche sind der Hauptfeind der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes.)

2. Im praktischen Klassenkampf muss jede religiöse Strömung oder Bewegung konkret auf ihren politischen und Klassencharakter hin betrachtet werden. Dass z.B. das Christentum - in seiner herrschenden Strömung und seinen Institutionen - in seiner ganzen Karriere immer Werkzeug der jeweils herrschenden Klassen war, ist richtig, aber noch keine konkrete Analyse einer konkreten christlichen (bzw. sich als christlich verstehenden) Weltanschauung oder Bewegung. Es gab schon viele Sorten von Christen (bzw. Menschen, die sich als Christen verstanden) und sie haben manchmal nicht viel gemein - außer dass sie einer Phantasmagorie namens Jesus Christus anhängen. Politisch kann man sie nicht über einen Kamm scheren. Christen waren auch die „Theologen der Befreiung“, die den demokratischen und antiimperialistischen Befreiungskrieg in einigen südamerikanischen Ländern unterstützten - und ebenso die faschistischen Juntas und mit ihnen im Bunde

die Katholische Kirche (wobei die „Befreiungstheologie“ nur eine kurzlebige Randerscheinung gegenüber der reaktionären und im Bedarfsfall faschistischen Kirche darstellte). In den Bauernkriegen des 16. Jhdts. waren sowohl die Anhänger Thomas Münzer's als auch die feudal-klerikale Konterrevolution Christen. Christen waren auch die Hussiten, jede Menge chiliastischer „Sekten“, die Albigenser, Katarer und Geusen, die gegen Papsttum und Königsmacht kämpften, etc.

3. Ähnlich war es auch in der Geschichte des Islam und ist es bis heute. Dass jemand dem Islam anhängt oder sich jedenfalls als Moslem betrachtet, sagt noch nichts über seine politischen Anschauungen in puncto Kapitalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Reaktion. In den demokratisch-antiimperialistischen Bewegungen, z.B. in der Bewegung der und für die Sans-papiers (illegal lebende Immigranten), arbeiten Kommunisten Hand in Hand mit Moslems, zugegeben nicht gerade mit den „bekennendsten“, aber doch Moslems. Bei den „Islamisten“ ist das anders, denn sie hängen einem äußerst reaktionären politischen Islam an.

4. Im Zeitalter des Imperialismus dient der Bezug auf eine Religion zwar im Regelfall reaktionären Zwecken, er kann aber im Einzelfall auch fortschrittlichen Zwecken dienen. Wenn jemand angesichts der entsetzlichen Zustände, die Kapitalismus und Imperialismus bedeuten, zu der Auffassung kommt, dass seine Religion „eigentlich“ den Sturz des Kapitalismus und Imperialismus und die Errichtung einer egalitären wahrhaft demokratischen Gesellschaft verlangte oder besser: wenn er zur Auffassung gelangt, für diese Ziele eintreten zu müssen, und diese seine sehr irdische Haltung in religiöse Formen gießt, dann spielt er mitsamt seiner Religion eine positive Rolle (obwohl man eine solche positive Rolle auch und sogar viel eher ohne so eine Religion spielen wird). Wenn dagegen jemand aufgrund derselben entsetzlichen Zustände zu der Auffassung kommt, dass der Ausweg aus der Misere im Zurück zu eigentlich vorkapitalistischen und vorbürgerlichen, mehr oder weniger tribalen und feudalen, extrem patriarchalischen und klerikalen, antidemokratischen und barbarischen Zuständen liegt, und diese Haltung in religiöse Formen gießt, dann spielt er mitsamt seiner Religion eine reaktionäre Rolle.

5. Unter bestimmten historischen Bedingungen kleiden sich soziale und politische Bewegungen zwangsläufig oder mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in ein religiöses Gewand. Dieses Gewand kann ein wirkliches Kleidungsstück sein oder nur eine Verkleidung, also Maske und Kostüm. Am Ende des Mittelalters und in der beginnenden Neuzeit (15. und 16. Jhd.) z.B. war die Entwicklung noch nicht reif, die religiösen Kleider abzustreifen und so nahm der frühbürgerliche Kampf gegen die feudal-klerikale Ausbeutung und Unterdrückung, obwohl um ein soziales und politisches Forderungsprogramm gruppiert, unvermeidlich religiöse Ausdrucksformen an (den Kampf gegen den Klerus als Teil der Unterdrücker- und Ausbeuterklasse klarerweise miteingeschlossen). Heute müsste das nicht so sein, denn inzwischen wissen wir ja, dass die Erde keine Scheibe ist, aber auch heute, im späten und für die sozialistische Revolution längst überreifen Kapitalismus, kann eine Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine religiöse Kleidung annehmen. Dies nicht, weil es noch zu früh wäre, den Widerspruch in weniger mystifizierter Form zu artikulieren, sondern weil es bereits so spät ist, sodass die Protestation der bedrängten Kreatur in einer zunehmend ausweglos erscheinenden Situation erfolgt und unter diesen Bedingungen regressive Züge annehmen kann. Diese Regressivität ist umgekehrt proportional zur Entfaltung des Klassenkampfes. Je auswegloser der Sumpf erscheint, desto mehr irrlichternde religiöse Sumpflüthen.

6. Wenn einer sagt, dass man den heutigen „Islamismus“ mit der südamerikanischen „Theologie der Befreiung“ vergleichen könne, schaut er - bestenfalls! - nur auf die religiöse Form, während ihn der politische Inhalt, d.s. die jeweiligen Ziele, überhaupt nicht interessiert, und er sieht nur, dass es in beiden Fällen irgendwie gegen das im-

perialistische Ausland geht. Man kann ja auch die faschistische und die kommunistische Bewegung z.B. der 1920er Jahre nicht miteinander „vergleichen“, obwohl beides Antworten, und zwar die einzigen noch verbliebenen Antworten, auf die Krise des Kapitalismus waren (obwohl gerade das eine Lieblingsbeschäftigung bourgeoiser „Historiker“ und Medienschreiberlinge ist).

7. „Rückbesinnung“ auf den Islam auch der „Islamismus“ in den neokolonial abhängigen Ländern sind zunächst einmal in gewisser Weise in religiöse Formen gekleidete Reaktionen und Antworten auf Kapitalismus und Imperialismus. Wo es imperialistischen Mächten aus ihren strategischen Interessen heraus passt, greifen sie solche Strömungen auf, pöppeln sie hoch, finanzieren sie und bewaffnen sie (Iran, Afghanistan, Palästina, Algerien, Syrien, Irak ...). Selbst wo ein solcher „Islamismus“ ein imperialistisches Manöver ist oder dazu wird, braucht es den Boden religiöser Reaktion, damit daraus etwas wird. Unterdrückung und Ausbeutung drücken sich auch aus in Chauvinismus, Rassismus, Erniedrigung, Demütigung und eben auch (und dies heute weit mehr als früher) in kreuzzüglerischer Herabwürdigung des Islam und der ganzen islamischen Welt durch imperialistische Kretins - kann es dann wundern, dass sich ein Aufbegehren dagegen in ein islamisches Gewand kleidet? Wenn die Massen gegen Unterdrückung und Ausbeutung rebellieren, aber keinen besseren und tatsächlich vorwärts weisenden Weg sehen, weil es nach den erlittenen Niederlagen der internationalen kommunistischen Bewegung noch keine ausreichend starke revolutionäre Bewegung gibt, die ihren Kämpfen eine Perspektive, die Ursachen des ganzen Elends tatsächlich zu beseitigen, weisen könnte - dann landet ein Teil von ihnen leicht bei reaktionären, nach rückwärts weisenden Scheinauswegen. Ganz anders war es in den 1950er und 1960er Jahren, als der bewaffnete Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus einen gewaltigen Aufschwung nahm. Damals wäre niemand, auch nicht in den islamischen Ländern, auf die Idee gekommen, dem Imperialismus in Gestalt des Islam oder eines „Islamismus“ entgegenzutreten, im Gegenteil wäre das jedem völlig abwegig erschienen. Da es aber dem Imperialismus gelang, diesen Aufschwung zu stoppen und alle Erfolge zunichtezumachen, und es uns bisher nicht gelang, wieder in die Offensive zu kommen, erleben wir in den letzten zwei Jahrzehnten (mehr ist es nämlich nicht - und das ist verdammt kurz gemessen an den fast eineinhalb Jahrtausenden seit Mohammed), wie so manche bedrängte Kreatur einen Ausweg aus ihrem Elend im Islam zu finden glaubt. Islam-Revival und „Islamismus“ sind unerwartete Resultate der Niederlagen der Arbeiterbewegung und der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und der Schwäche der heutigen revolutionären und antiimperialistischen Bewegung. Die „Theologie der Befreiung“ z.B. war eine Begleiterscheinung des Aufschwungs der Klassen- und Volkskämpfe und Ausdruck von revolutionärem Optimismus, der heutige „Islamismus“ ist eine Sumpflüthe der Niederlagen der vergangenen Jahrzehnte, er resultiert aus der Empfindung völliger Ohnmacht und Perspektivlosigkeit und gibt vor, diese Ohnmacht durch einen „dijihadistischen“ Gewaltakt zu „überwinden“. Ohnmächtiger Hass religiösen Zuschnitts hat nichts gemein mit revolutionärem Klassenhass und führt, wie man sieht, beim „Islamismus“ in ein äußerst reaktionäres Fahrwasser. Deshalb können ja die Reaktionäre und Imperialisten der ganzen Welt die „Islamisten“ gut für ihre Zwecke einspannen - auch wenn sie immer wieder einmal ihrer Kontrolle entgleiten.

8. Die Wurzel aller gesellschaftlichen Übel auf der Welt liegt nicht in einer religiösen Nebelwelt, in der sich Gläubige und Ungläubige umtreiben, sondern alleine im durch und durch irdischen Kapitalismus und Imperialismus. Der internationale Klassenkampf muss sich darauf richten, eine gemeinsame Front der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen Kapitalismus und Imperialismus aufzubauen. Die Weltbourgeoisie ist interessiert, Arbeiterklasse und Völker mit vielen Mitteln, aber eben auch mittels religiöser Widersprüche zu spalten. Die internationale Arbeiterklasse muss im Gegenteil interessiert sein, sich nicht spalten zu lassen, und über alle religiösen, nationalen, tribalen, ethnischen usw. Unterschiede hinweg ihre Klasseneinheit zu erkämpfen.



### ***Zu bürgerlicher Demokratie und revolutionär-demokratischem Kampf***

9. Die Klasseneinheit wird auch im revolutionär-demokratischen Kampf erkämpft. Die revolutionäre Demokratie bzw. der revolutionäre Demokratismus (der Kampf um revolutionäre Demokratie) schließt die vollständige Trennung von Staat und Religion(en) und Kirche(n) ebenso ein wie das Recht auf Religionsfreiheit und freie und ungestörte Ausübung des religiösen Kultes (ebenso wie andererseits auch das Recht auf Kritik an der Religion und antireligiöse Propaganda). Religionsfreiheit ist ein Recht, aber eben nur ein Recht, ohne dass über den Inhalt, der bei dessen Ausübung transportiert wird, etwas ausgesagt wäre. Dieses Recht kann - wie auch die anderen „Grund- und Freiheitsrechte“ - für verschiedene Zwecke benutzt werden, auch reaktionäre. Wir verteidigen und kämpfen um demokratische Rechte, weil sie den Klassenkampf erleichtern und der Kampf um sie diesen befördert. Die imperialistische Bourgeoisie dagegen ist stets bemüht und derzeit fest dabei, alle demokratischen Rechte einzuschränken und abzubauen. Die Pressefreiheit ist angesichts der Realität der Medienlandschaft sowieso nur ein Trugbild, aber immerhin verbietet uns derzeit z.B. in Frankreich niemand (jedenfalls nicht generell) die Produktion und Verbreitung unserer Publikationen. Die reaktionäre antidemokratische Tendenz des Imperialismus unterstreicht die Bedeutung des revolutionär-demokratischen Kampfes für den Klassenkampf insgesamt.

10. Wenn solche Rechte, z.B. die bürgerlich-demokratische Meinungs- oder Pressefreiheit, für über das normale Maß an Reaktion hinausgehende, z.B. besonders faschistische, chauvinistische, rassistische, kriegstreiberische etc. Zwecke benutzt werden (dass sie für reaktionäre Zwecke benutzt werden, ist der Regelfall), muss man diese reaktionären Zwecke bekämpfen, nicht aber den bürgerlichen Staat auffordern, diese Rechte zu beschneiden. Wenn die demokratische Bewegung vom Staat, dem politischen Hauptquartier der Reaktion, fordert, dieser möge etwas Reaktionäres verbieten, wird das allenfalls zu neuen oder schärferen Paragraphen führen, die gegen sie selbst eingesetzt werden. (Besonders absurd wäre es, eine solche Forderung gegen „Charlie Hebdo“ zu erheben, das gerade zum „Helden der Freiheit, Toleranz und Wahrheit“ (US-Kerry an Hollande) und zum Liebling der Bourgeoisie geworden ist.) „Charlie Hebdo“ z.B. soll das Recht haben, seine Schmutzkübel über die Öffentlichkeit zu schütten. Aber wofür wird in diesem Fall die Pressefreiheit genutzt? Für chauvinistische, rassistische, islamophobe, sexistische, misogynie Propaganda. Nicht jede Zeitung sondert solche Propaganda ab, bloß weil sie das Recht dazu hätte. „Charlie Hebdo“ ist eine Speerspitze der Islamophobie in Frankreich, stachelt ständig alles reaktionäre Empfinden an, hat alle Kriegszüge des französischen Imperialismus begleitet. Trotzdem verlangen wir nicht, „Charlie Hebdo“ zu verbieten oder zu zensieren - abgesehen davon, dass das derzeit gleichbedeutend wäre mit dem Verlangen, die französische Regierung möge sich selbst verbieten.

11. Es haben allerdings alle demokratischen antiimperialistischen Kräfte und speziell auch diejenigen Abteilungen der französischen Arbeiterklasse und des Volkes, die arabischen bzw. afrikanischen Ursprungs sind, und die Immigranten und Sans-papiers ihrerseits das Recht, sich zu wehren. Zumal z.B. „Charlie Hebdo“ ja nicht nur etwas schreibt, sondern damit direkt rassistische und islamophobe Aktionen anstachelt. Sich zu wehren heißt nicht bloß, sich mit den Armen über dem Kopf recht und schlecht zu schützen, sondern solchem Treiben aktiv entgegenzutreten und möglichst auch zurückzuschlagen. So haben wir es immer schon in der kommunistischen und Arbeiterbewegung gehalten. Wir nehmen uns das Recht, unsere Meinungsfreiheit ebenfalls energisch auszudrücken - und da unsere Möglichkeiten, das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit zu nutzen, im Vergleich zur gleichgeschalteten imperialistischen Medienlandschaft sehr beschränkt sind, sind wir gezwungen, diesem unseren Recht gegebenenfalls in anderer Weise Gehör zu verschaffen. (Eine Möglichkeit, zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen, nämlich reaktionäre Medien wie z.B. „Charlie Hebdo“ zu treffen und zugleich die eigene Propaganda besser hör- und sichtbar zu machen, wäre es z.B., die Produktion, Auslieferung, Vertrieb solcher Medien zu be- oder verhindern - wie es z.B. in den späten 1960er Jahren in Deutschland mit der Springer-Presse geschah.)

### Zu Islam und „Islamismus“

12. Für eineinhalb Milliarden Menschen ist der Islam in dieser oder jener Form und in diesem oder jenem Ausmaß „ihre“ Religion, jedenfalls ein gewisser ideologischer Bezugspunkt. Über den Islam als Religion gibt es - unter einem politischen Blickwinkel - genauso viel bzw. genauso wenig zu sagen wie über das Christentum. Beides sind falsche Ideologien, Opium des Volkes, und wir bekämpfen sie als Atheisten auf ideologischer Ebene.

13. Wir verteidigen zugleich das Recht der Moslems auf Religionsfreiheit. Angesichts der Hetzjagd aller Ritter der „christlich-jüdischen Kultur“ gegen Islam und Moslems, wofür „Islamismus“ und „Djihadismus“ nur Vorwände sind, ist die Verteidigung der Religionsfreiheit der Moslems eine wichtige Aufgabe, und zwar nicht nur die abstrakte Verteidigung eines abstrakten Rechts, sondern die konkrete Verteidigung ihrer konkreten Rechte, Vereinigungen, Einrichtungen usw. (genauso wie z.B. in Ägypten die Verteidigung der Religionsfreiheit etc. der Christen eine solche Aufgabe ist). Das Terrorisieren der Moslems in den imperialistischen Ländern mit der Forderung, sie müssten sich pausenlos von den „Djihadisten“ distanzieren, mit dem Generalverdacht, unter den sie gestellt werden, mit der infamen Forderung, die „islamische Geistlichkeit“ müsse jetzt wirklich prüfen, ob nicht doch ein Zusammenhang zwischen Islam und Terror bestünde etc. etc. - dieses Terrorisieren ist ein regelrechter Feldzug, der nur der Reaktion und dem Imperialismus dient, um Ingredienzien wie Chauvinismus, Rassismus, Xenophobie aufzuheizen.

14. Wenn sich politische Bewegungen, Strömungen, Organisationen etc. auf den Islam berufen, muss man nicht den Koran studieren, Meinungen dieses oder jenes Mufti oder westlichen „Islamexperten“ einholen und große Debatten führen, was denn nun im Koran „wirklich“ stünde, sondern sich anschauen, was der Inhalt dieser politischen Bewegung ist, ihre sozialen und politischen Triebkräfte, ihre politischen Ziele, ihre Freunde und ihre Feinde usw.

15. Was die heutigen „Islamisten“ (samt den „Djihadisten“) betrifft, handelt es sich um reaktionäre Bewegungen, die dem Imperialismus dienen und meist auch von ihm unterstützt, wenn nicht überhaupt aufgepäpelt werden. Sie stellen dem von ihnen angeprangerten Imperialismus gegenüber ein Gesellschaftsmodell, das sich noch in jedem Fall, wo es zum Zug kam, als Blaupause des neokolonialen „Modells“ erwies, als Regime des Neoliberalismus und des Maximalprofits, des Kompradorentums und des Ausverkaufs an die Imperialisten, der Korruption und Packelei mit ihnen usw. (wir sprechen hier vom sozialen und ökonomischen Gesellschaftsmodell, nicht davon, ob dieses auf politischer Ebene mehr oder weniger reaktionär, faschistisch oder auch „demokratisch“ umgesetzt wird). Wir brauchen nur auf den Iran zu schauen oder die Moslembrüder in Ägypten oder Tunesien, als sie an der Regierung waren - nicht umsonst sind dort große Teile der Bevölkerung trotz anfänglicher Euphorie zu der Meinung gekommen, man hätte sich dann



auch gleich den Mubarak oder Ben Ali behalten können (zu einem sehr erheblichen Teil haben sie die eh noch!). Wir bekämpfen diese Bewegungen wegen ihres Klassencharakters und ihrer politischen Ziele und Methoden. Es interessiert uns nicht, ob sie Moslems sind oder nicht, und schon gar nicht, ob sie „wahre Moslems“ sind oder nicht. Alle diesbezüglichen Expertenfürze, mit denen wir ständig überschüttet werden, dienen nur dazu, den Islam unter terroristischen Generalverdacht zu stellen, und sind Teil der imperialistischen Raubzugs- und Kriegspläne nach innen und nach außen.

16. Wenn jemand sagt, man könne, da der „Islamismus“ eine Reaktion auf Imperialismus und Reaktion sei, ihn „in gewisser Weise verstehen“, so spielt er nur mit der Dop-

pelbedeutung des Wortes „verstehen“, nämlich einmal Ursachen und Entwicklung einer Erscheinung zu begreifen und zum anderen, sie zu rechtfertigen oder zu entschuldigen. Man kann auch den gemeinen Raub- oder Sexualmörder „verstehen“, aber das ändert nichts am Mord. Der reaktionäre, teilweise regelrecht mit faschistischen Zügen behaftete „Islamismus“ ist Wasser auf die Mühlen der Reaktion. Er ist „umgedrehter“ Chauvinismus und Rassismus. Er ist daher zwar aus dem Widerspruch zum Imperialismus heraus zu begreifen - aber nicht zu „verstehen“ in dem zweiten Sinne des Wortes.

17. Man muss in jeder Einzelfrage stets den politischen Gesamtzusammenhang im Auge behalten, d.h. die Klassenkampfsituation insgesamt, und darf sich nicht an isolierten Fragen und formalen Dingen festmachen.

Ein Beispiel dafür ist die Geschichte mit der „Beleidigung des Propheten“, wobei es um das allgemeine Thema der „Herabwürdigung religiöser Lehren“ (§188 Strafgesetzbuch) geht (nur dass im christlich-abendländischen Österreich „Religionsbeleidigung“ gegenüber dem Islam nicht verfolgt wird, solche gegenüber dem Christentum oft schon). Paragraphen gegen die „Blasphemie“ (die das religiöse Gegenstück zur seinerzeitigen „Majestätsbeleidigung“ ist) sind eine Verstümmelung der bürgerlichen „Grund- und Freiheitsrechte“ und gehören abgeschafft. Es darf dem Demokraten nicht verboten werden, die Kirche etc. zu kritisieren, und dem Atheisten nicht, die Religion - solche Paragraphen jedoch sind immer der potentielle oder tatsächliche Knüppel, um genau das zu tun. Die religiösen Fundamentalisten halten jeden, der ihren Glauben als Aberglauben kritisiert, für einen „Gotteslästerer“ - wir Atheisten lassen uns dadurch nicht den Mund verbieten. Die andere Seite der Chose ist, was man mit seinem Recht auf Kritik anfängt. Man muss sich überlegen, was man bewirken will und was nicht und was man tatsächlich bewirkt. Es ist ein großer Unterschied zwischen einer ernsthaften ideologischen und politischen Kritik an einer Religion und der Sorte von „Provokation“, die „Charlie Hebdo“ fabriziert und die nur darauf zielt, Öl ins Feuer bestimmter Widersprüche zu gießen. Einfach gesagt: Obszöne und zotige Mohammed-Karikaturen z.B. gehören zwar nicht von Staats wegen verboten, sollten sich aber von einem demokratischen und antiimperialistischen Standpunkt aus von selbst verbieten. Wieso und zu welchem Zweck muss jemand, noch dazu in der heutigen Situation und auf eine blöde rassistische und sexistische Art, mit Gewalt versuchen, den „Propheten zu beleidigen“? Die Frage ist nämlich: Will man Reaktion und Imperialismus bekämpfen oder will man ihnen durch diese Sorte von „Provokation“ zuarbeiten? „Charlie Hebdo“ hat diese Frage für sich klar beantwortet.

18. Eine andere Frage ist, wieso weltweit Millionen Moslems überhaupt auf solche Provokationen hereinfliegen und sich von ihren Machthabern und religiösen Würdenträgern gegen eine (bis zum 7.Jänner) kleine Pariser Zeitung mobilisieren lassen, als ob es keine anderen Probleme und Feinde gäbe, international und in ihren eigenen Ländern,. Auch hier stellt sich die Frage: Will man Reaktion und Imperialismus bekämpfen oder lässt man es zu, von der islamischen Reaktion aus Staat und Klerus, die noch dazu aufs Engste mit den „ungläubigen“ Imperialisten verbandelt ist, für deren Zwecke eingespannt zu werden, indem Entrüstung und Zorn auf die „Beleidigung des Propheten“ und eine Pariser Zeitung abgelenkt werden? Diese Menschen sind genauso manipuliert wie die „Je suis Charlie“-Leute in Paris und anderswo. Offensichtlich rennen auf beiden Seiten dieses angeblichen „Kampfes der Kulturen“ viel zu viele Menschen hinter ihren reaktionären Machthabern für reaktionäre Zwecke her und merken es nicht einmal.

19. In der „Schleierfrage“ - wir reden hier von den imperialistischen Ländern! - ist unsere Meinung, dass die (über das bäuerliche Kopftuch hinausgehende) Verschleierung, die seit (maximal) zwei Jahrzehnten auch in den imperialistischen Ländern in Mode gekommen ist, einen regressiven und reaktionären Rückgriff bedeutet. Damit wird Patriarchalismus und anderes reaktionäres Gedankengut befestigt und gefördert, Emanzipation von Unterdrückung und Abhängigkeit be- und verhindert, von den wirklichen Problemen und Widersprüchen ab- und auf völlig unbedeutende und abstruse „Probleme“ hingelenkt (wie z.B. das „Burka-Problem“, das praktisch niemanden betrifft außer einige Saudis



und Qataris in den Wiener Luxushotels), dafür aber vielleicht ein abstruses Ventil zur „Lösung“ von Selbstwert- und Identitätsproblemen anzubieten. Allerdings hat auch die Verschleierung die Seite, dass sie „Seufzer der bedrängten Kreatur und Protestation gegen die herrschenden Zustände“ ist - wenn auch hauptsächlich die „Protestation“ junger Männer, die ihr gesellschaftliches Selbstwertgefühl angesichts ihrer Lebensrealität aus nichts anderem mehr gewinnen können als daraus, dass sie ihren Patriarchalismus auf diese Art ausleben. Der imperialistische Staat wiederum nutzt die Schleierfrage, um Teile der Arbeiterklasse und des Volkes zu schikanieren und zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und Spaltung in Arbeiterklasse und Volk zu tragen. Dagegen aufzutreten ist daher die vorrangige Aufgabe im Zusammenhang mit der Schleierfrage. Unsere Haltung zur Verschleierung ist daher: Erstens sind wir dagegen, zweitens aber sind wir entschieden gegen diesbezügliche staatliche Einmischung und Verbote und ebenso gegen die Arroganz und Hetze „aufgeklärter“ christlicher „Herrenmenschen“ und faschistoider „Liberaler“.

## Was hat es mit der „Welle von Antisemitismus“ in Frankreich auf sich?

Die französische Medienlandschaft trieft nur so vor Besorgnis und Warnungen vor einer neuen und noch stärkeren „Welle von Antisemitismus“. Bourgeoisie und Politikerkaste brauchen diese Propaganda zur „Araberhetze“ und zum Ausbau des Polizeistaates sowie zur Rechtfertigung ihrer immer extremer werdenden pro-zionistischen Außen- und Militärpolitik und ihres „Kriegs gegen den Terror“. Jedes kritische Wort zur Kolonialpolitik Israels gilt als „antisemitisch“ - wie wenn ein rassistischer Zionismus der ureigenste Ausdruck des Judentums wäre. Seit den Attentaten vom 7. Jänner hat sich diese Propaganda nochmals enorm verstärkt.

Die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus beruht auf dem bösen Willen, den israelischen Kolonialstaat unter schamloser Instrumentalisierung des historischen sowie heute vorhandenen Antisemitismus zu rechtfertigen und zu verteidigen. Für jeden Menschen

guten (d.h. demokratischen und antiimperialistischen) Willens ist sie absurd. Antisemitismus bedeutet, erstens gegen „die Juden“ zu sein und dies zweitens, weil sie Juden sind. Nichts hingegen hat mit Antisemitismus zu tun, gegen den zum Staat gewordenen Zionismus aufzutreten, und zwar wegen seines Charakters als chauvinistischer und rassistischer Kolonialstaat, nicht etwa weil er ein „Judenstaat“ ist. Im Gegenteil betreibt dieser Staat selbst ethnische Säuberung, ähnelt seine Staatsdoktrin dem „Volk ohne Raum“, führt er sich gegen die Palästinenser auf, wie sich die Faschisten gegen die Juden aufgeführt haben - natürlich in anderer Weise und anderer Dimension, das besetzte, blockierte und terrorisierte Gaza ist ein „Freiluft-KZ“, und bei den Nazifaschisten war ja ebenfalls die „Endlösung“ erst der letzte Schritt und nicht der erste. Andererseits hat es unter Israel's Juden (nicht nur unter israelischen Arabern) immer

wieder antizionistische Organisationen gegeben, allerdings sind sie regelmäßig von der zionistischen Staatsmacht mit Feuer und Schwert bekämpft und meist vernichtet worden. Ebenso gibt es antizionistische jüdische Organisationen im Ausland. Nach dem imperialistisch-zionistischen Sprachgebrauch wären sie alle Antisemiten! Die zionistisch-imperialistische Propaganda, die jede ernsthafte Kritik am israelischen Staatszionismus zum „Antisemitismus“ erklärt, ist ein reaktionäres Manöver à la „Haltet den Dieb!“. Es gehören hingegen für jeden antiimperialistisch und demokratisch gesinnten Menschen der Kampf gegen den antisemitischen und der gegen den zionistischen Rassismus untrennbar zusammen.

Dies wird allerdings in vielfacher Weise verdeckt, verdreht und mystifiziert. Imperialismus und Reaktion, jedenfalls die der westlichen imperialistischen Länder, brauchen

heute den Antisemitismus nicht und könnten nicht viel mit ihm anfangen. Heute steht in punkto Rassismus die Islamophobie im Vordergrund. Sogar ausgesprochene Nazis haben diesen Austausch der Projektionsfläche und der Zielscheibe zwar nicht in ihren tiefsten ideologischen Herzen, aber praktisch mitgemacht. Allerdings - „man weiß ja nie“ - hält sich den Antisemitismus trotzdem weiterhin in der Hinterhand und lässt ihn weiter köcheln. Latenter Antisemitismus ist nach wie vor wichtiger Bestandteil reaktionärer Ideologie. Man braucht gar nicht den berühmten „Stammtisch“ besuchen (der übrigens manchmal auch im Nobelrestaurant steht), um das zu sehen, sondern es genügt, sich z.B. die „Aufarbeitung“ der französischen Kollaboration mit dem Hitlerfaschismus durch die Repräsentanten der „republikanischen Werte“ anzuschauen: die Staatsbahnen (SNCF) - ein gerade aktuelles Beispiel - betrachten ihre Rolle beim Abtransport von Juden in die Vernichtungslager bis heute als unvermeidbare „Pflichterfüllung“. Und was den offenen Antisemitismus und vor allem den, der sich nicht nur in Worten, sondern in Taten ausdrückt, betrifft, braucht man nicht glauben, er habe immer einen „islamistischen Hintergrund“ und er sei den Faschisten des Front National oder den faschistoiden Katholikenfundis oder auch „ganz normalen“ Reaktionären plötzlich ganz fremd geworden.

Während die Imperialisten mit dem Antisemitismus in der derzeitigen Situation nicht viel anfangen können, brauchen sie Israel als ihren Vorposten im Nahen Osten wie einen Bissen Brot. Und da in Israel nun einmal, nachdem die meisten Araber umgebracht und vertrieben worden sind, hauptsächlich Juden leben und es in seinem eigenen Selbstverständnis ein „Judenstaat“ ist, bilden Zionismus und Judentum in den reaktionären Hirnen eine ideologische Einheit. Nahezu jeder westliche Imperialist (außer solchen am ganz rechten Rand) spielt sich heute als Verteidiger des „Judentums“ auf, meint aber das zionistische Israel. Sogar latente Antisemiten haben neuerdings ihre „christlich-abendländische Kultur“ in „jahrhundertealte christlich-jüdische Kultur“ umfirmiert. Außerdem lassen sich ja zur Not Verteidigung und Förderung des Zionismus mit ein bisschen Antisemitismus vereinbaren - wie sich ja auch z.B. der „Kampf gegen den Terrorismus“ mit glänzenden Beziehungen zu Saudiarabien und Qatar verbinden lässt.

Zur perversen Identifikation von Israel und Judentum trägt auch die Rolle der allermeisten jüdischen Organisationen im Ausland bei. Sie sind bedingungslose Anhänger des zionistischen Staatsterrorismus, jedenfalls in jeder zugespitzten Situation, in jedem Fall, wo man konkret Position beziehen müsste, also sozusagen im „Ernstfall“. Besonders schlimm ist das beim französischen

CRIF („Repräsentativrat der Jüdischen Institutionen in Frankreich“), bei dem es sich vielfach um rassistische und faschistische Hetzer handelt, die sich auch bei allen Schandtaten des französischen Imperialismus, von Afrika bis Libyen und Syrien, und bei jeder Kriegstreiberei besonders hervortun, vor allem beim „Krieg gegen den Terror“.

Aber es gibt auch das Gegenteil, nämlich entschieden antizionistische und antiisraelische Juden. Dazu gehört z.B. die „Union juive française pour la paix“ („Jüdische Vereinigung für den Frieden“, [www.ujfp.org](http://www.ujfp.org)), die ihrerseits den „Juifs européens pour une paix juste“ und dem „Réseau international juif anti-sioniste“ („Internationales jüdisches antizionistisches Netzwerk“) angehört - vom CRIF und den Bourgeoismedien klarerweise als „terroristisch“ und „linksradikal“ verschrien. (Die Lächerlichkeit dieser Behauptung wird sichtbar, wenn man bedenkt, dass - neben vielen halben und einigen wirklichen Linken - z.B. auch ein Stéphane Hessel („Empört Euch!“) prominentes Mitglied war, jemand, der sich zwar über dies und das empörte, der zur Palästinafrage vertrat, man dürfe ja nicht kämpfen, sondern unbedingt nur verhandeln, der aber immerhin gegen Zionismus und die Kolonialpolitik Israels auftrat, jemand, der angesichts seiner überaus reformistischen Anschauungen ein verdammt verdeckter „Linksradikaler“ gewesen sein müsste.)

Der Kampf demokratischer, antizionistischer und antiimperialistischer Kräfte gegen den Zionismus hat dem Wesen der Sache nach nichts mit Antisemitismus zu tun - allerdings finden sich bedauerlicher Weise in der Protestbewegung gegen Israel bzw. Solidaritätsbewegung für die Palästinenser in der Tat auch Menschen, vor allem aus der arabisch- und afrikanischstämmigen Bevölkerung Frankreichs, die zwar in erster Linie ganz zu Recht gegen die Verbrechen Israels und des Zionismus auftreten, aber dabei leider oft nicht zwischen dem zionistischen Staat und „den Juden“ unterscheiden. Man stößt dort oder da auf einen Antizionismus, der gegen Israel auch ist, weil es ein „Judenstaat“ ist. Es tauchen bei Demonstrationen und Kundgebungen dort oder da antisemitische Losungen auf und es kommt auch zu antisemitischen Aktionen. Einige dieser Losungen und auch einige der antisemitischen Akte schauen verdammt nach „agents provocateurs“ aus, aber einige sind zweifellos „echt“. Solche antisemitischen Tendenzen in der Protest- und Soli-

daritätsbewegung sind in der Realität, entgegen der bourgeoisen Propaganda, nicht massenhaft verbreitet und schon gar nicht dominierend. Aber es reicht, dass es sie gibt, und man muss ihnen energisch entgegentreten. Auch schon jeder Anflug von Antisemitismus muss scharf kritisiert werden - und die revolutionär-demokratischen Kräfte, wenn sie auf solche Tendenzen stoßen, tun das auch, auch an Ort und Stelle, bei den Manifestationen oder Versammlungen. Antisemitismus ist eine rassistische, zutiefst reaktionäre und klassen- und volksfeindliche Ideologie und dient nur der zionistischen und imperialistischen Reaktion. Antisemitische Tendenzen in der Protest- und Solidaritätsbewegung sind in Wahrheit eine „fünfte Kolonne“ des Zionismus, meist unbewusst, manchmal von den Imperialisten und Zionisten bewusst eingeschleust oder gefördert.

Manchmal hört man die (meist rhetorisch gemeinte) Frage, ob man antisemitische Antworten auf das israelische Kolonialregime nicht „irgendwie verstehen“ könne? Natürlich stimmt es, dass angesichts des schleichenden israelischen Völkermords an den Palästinensern, Hunderttausender massakrierter, verwundeter, gefolterter, eingekerkelter Palästinenser, über einer Million Vertriebener, der völkermörderischen Politik gegenüber Gaza, wo alleine bei der letzten Terrorattacke im Sommer 2014 wieder zweieinhalbtausend

Menschen umgebracht wurden - dass angesichts dieser Gräueltaten all das, was in Frankreich an Antisemitismus vorfällt, ein Witz ist. Aber der zionistische Staat und die jüdischen Menschen Frankreichs sind eben nicht dasselbe (obwohl die Zionisten das unablässig trommeln) und die Verbrechen werden von der israelischen Staatsmacht begangen, nicht von „den Juden“ (wiewohl die meisten Juden in den imperialistischen Ländern heutzutage - im Gegensatz zu früheren Perioden, sogar noch zur Zeit der Staatsgründung Israels - Parteigänger des Zionismus sind). Was allerdings solche antisemitischen Tendenzen in der antizionistischen Bewegung befördert, ist, dass die Identifizierung von Zionismus, dem Staat Israel und dem „Weltjudentum“ Grundlage und Rückgrat der imperialistischen und zionistischen Propaganda und Politik ist. Der Staat Israel hat sich selbst durch seine „Gründungsurkunde“ (Unabhängigkeitserklärung vom Mai 1948), seinen Geschichts- und Gründungsmythos, die Propaganda, er sei die „Heimat“ aller Juden, und durch seine rassistische Praxis als „Judenstaat“ konstituiert. Wundert es unter diesen Umständen, dass er auch als solcher wahrgenommen wird? Es ist die imperialistische und zionistische Propaganda, welche Zionismus und Judentum ident setzt, indem sie Antizionismus und Antisemitismus ident setzt. Manche Leute nehmen eben das, was uns tagtäglich ein-





gehämmert werden soll, ernst - und drehen halt den Spieß um.

Es ist Teil der ideologischen Kriegsführung der französischen (und auch der internationalen) Bourgeoisie, eine gewaltige „Welle von Antisemitismus“ zu behaupten, die - obwohl schlimm genug und sich in jüngster Zeit tatsächlich verschlimmernd! - gar so eine Sturmflut auch wieder nicht ist. Es gab (laut CRIF!) 2013 insgesamt 423 antisemitische „Vorfälle“, davon 105 Akte/Taten (davon 50 gegen Personen und 55 gegen Sachen) und 318 Drohungen, wobei darin Bespucken, Anpöbeln etc. inbegriffen ist. Bedenkt man, dass es 2005 (ebenfalls laut CRIF) noch 974 „Vorfälle“ gegeben hatte, d.h. mehr als das Doppelte, spricht das nicht für eine ansteigende „Welle“. Allerdings sind (laut CRIF) 2014 die „Vorfälle“ wieder erheblich mehr geworden. (Die CRIF-Statistik sagt übrigens auch nichts über die Urheber dieser „Vorfälle“ aus - viele haben sicher keinen „islamistischen Hintergrund“, sondern den altbekannten „christlich-abendländisch“ rassistischen und faschistischen.) Es gab einige schwere Attentate (z.B. die Fälle Merah und Nemmouche, wobei in beiden Fällen Geheimdienste eine zumindest zweifelhafte Rolle gespielt haben, und zuletzt eben die Morde des Coulibaly im „Koscheren Supermarkt“) und viele zwar nicht so schwere, aber trotzdem verabscheuungswürdige Akte, hauptsächlich „Schändung“ von jüdischen Friedhöfen, Ha-

kenkreuz-Schmierereien, Vandalenakte gegen Synagogen, Hetz- und Drohbriefe, Bedrohung von jüdischen Lehrern ... Was von Bourgeoisseite allerdings ganz ausgeblendet wird, ist, dass man, würde man alle vergleichbaren Akte gegen Araber, Afrikaner, Moslems oder überhaupt banlieue-Bewohner aufzaddieren (Anpöbeln, Bespucken etc. wie in der o.a. CRIF-Statistik eingeschlossen), auf ein Dossier käme, demgegenüber sich das des Antisemitismus ziemlich bescheiden ausnimmt. Auch sollte man die Zurechnung von „Vorfällen“ zum Dossier „Antisemitismus“ dort relativieren, wo zwar ein Jude oder eine Jüdin „Adressat“ ist, wo aber eigentlich auf eine konkrete rassistische oder zionistische Provokation gezielt bzw. geantwortet wird. Hat nicht der Katholiken-Papst Franziskus auf dem Flug nach den Philippinen gerade erklärt, dass - wir zitieren aus dem Gedächtnis - einem Christen seine Religion so teuer sei wie seine Mutter und daher auch er gegen Beleidigungen und Angriffe gegen sie „selbstverständlich“ zu einem „Faustschlag“ greifen würde? Wenn z.B. in einer Schule im Norden von Paris eine jüdische Lehrerin (noch dazu in einer Klasse mit überwiegend moslemischen Kindern) rassistische Islamhetze betreibt und die Kinder dazu zwingen will, sich „Je suis Charlie Hebdo“ aufzukleben, nachdem sie ohne hin schon den Schulhof und das Klassenzimmer damit vollgepflastert hat, wun-

dern wir uns nicht, dass einige Kinder oder auch deren Eltern im Sinne des Papstes Franziskus reagieren (wenn sie sich im derzeitigen Klima noch trauen). Sie haben Recht, sich zu wehren, aber sie sollten sich halt in richtiger Weise wehren. Sie sollten gegen die Islamophobie und ggf. gegen den Zionismus auftreten, nicht aber gegen die jüdische Lehrerin als Jüdin. Wenn indes nun einer der Schüler an das Schulgebäude den Namen der Lehrerin, Sarah, schreibt und daneben ein Hakenkreuz schmiert, ist er trotz des berechtigten Anlasses seiner Empörung ein durch seine antisemitischen Scheuklappen verbogener Mensch. Er hilft der Sache des Kampfes gegen Rassismus und Zionismus nicht, sondern schadet ihr. Für die Lehrerin Sarah, sagte sie im Fernsehen, war der Vorfall übrigens Anlass, den Entschluss zu fassen, nach Israel auszuwandern, in so einem Klima wolle sie nicht mehr leben. Sie hat anscheinend (außer sie verstellt sich) keinerlei Bewusstsein, was sie selbst in der Schule betreibt und anrichtet.

In den französischen Medien werden ständig Juden präsentiert, die nach Israel auswandern wollen oder dorthin ausgewandert sind. Zwischen 5.000 und 7.000 (je nach Statistik) seien es 2014 gewesen - das ist 1 bis 1,2% der 500.000 Juden, die in Frankreich leben (sollen - es gibt keine offizielle Statistik, da in Frankreich die statistische Erfassung von Religion, Hautfarbe, Herkunft

usw. verboten ist). Damit nehmen die Einwanderer aus Frankreich in Israel inzwischen den ersten Platz ein und stellen mehr als die Hälfte des „Siedler“-Nachschubs. Für 2015 wird, heißt es, mit 10.000 gerechnet, also auch nicht mit viel mehr - trotz täglicher „Information“, dass ein Jude in Frankreich heute an Leib und Leben bedroht sei, trotz der täglichen Prospekte samt Antragsformularen im Briefkasten, trotz Gratisflugtickets der El Al, trotz Übersiedlungs- und Geldzuschüssen („Startgeld“ von 4.000 € pro Kopf), Stipendien, Sozialversicherung und Wohnbeihilfen, trotz Hilfen bei Job- und Wohnungssuche, trotz der Einrichtung ganzer „französischer Ankunftsörter“ an israelischen Stränden und obwohl Netanjahu in Paris gerade wieder alle französischen Juden herzlich zum Auswandern in ihre „eigentliche Heimat“ eingeladen hat. Die israelische Propaganda- und Anwerbemaschine läuft auf Hochtouren, denn Israel hat ein Problem. Sein Expansionismus braucht einen ständigen Zustrom an Menschenmaterial (und wenn möglich nicht an „minderrassigen“ „orientalischen“ Juden z.B. aus Äthiopien, sondern an „höherrassigen“) - der Zu-

strom hat aber in den letzten Jahren besorgniserregend stark nachgelassen. Als Grund der Auswanderung aus Frankreich wird angeführt, „dass man sich als Jude in Frankreich nicht mehr sicher fühlen könne“. Die allerallermeisten französischen Juden sehen sich allerdings nicht zum Auswandern veranlasst. Viele weisen auch darauf hin, dass die Terrorgefahr in Israel sicher nicht geringer ist als in Frankreich. Darauf antworten manche, aber in Israel sei man in seiner „Heimat“ und dort würde einen die Armee beschützen. Die die auswandern haben wahrscheinlich, sofern sie nicht banal eingefleischte Zionisten sind, die ohnehin in ihre „Heimat“ ziehen und Palästinenserland kolonisieren wollen, selbst antisemitische Akte erlebt. Auf manche wirkt vielleicht, dass sie jeden Abend im Fernsehen mit der angeblichen „Welle des Antisemitismus“ angeschüttet werden: wenn denn doch etwas dran wäre? Es gibt wie gesagt antisemitische Übergriffe und jeder einzelne davon ist einer zuviel, aber es gibt nicht die riesige „Welle“, die jetzt durch die in- und ausländischen Medien geistert. Allerdings kann sich - mehr als verständlich! - ein solcher „Vorfall“ für den betroffenen Men-

schen anders, nämlich sehr viel dramatischer darstellen. Bei Menschen, die den Nazifaschismus und die KZs erlebt haben, wirken zudem vielleicht alte Traumata nach, was den „Vorfall“ noch dramatischer macht.

Trotzdem darf man wie gesagt nicht übersehen, dass die Zahl der antisemitischen Übergriffe in keinem Verhältnis zu den islamophoben und rassistischen Übergriffen auf Araber und Afrikaner steht - bloß besorgt letztere hauptsächlich der französische Staat durch seine Polizei und Gefängnisse (weshalb man sie auch vergeblich in irgendeiner Statistik suchen wird). Antisemitische Übergriffe sind schändlich - und trotzdem: was sind alle diese Vorfälle im Vergleich zur tagtäglichen und nachtnächtlichen Unterdrückung, Verfolgung, Demütigung Hunderttausender arabischer und afrikanischer Menschen? Jedenfalls haben die arabischen und afrikanischen Einwohner der banlieues wesentlich mehr und einen wesentlich handfesteren Grund, sich bedroht und diskriminiert zu fühlen, als jüdische Menschen. Bloß können sie nirgendwohin auswandern.

*(Korrespondenz aus Frankreich, 15.1.2015)*

## Erklärung der IA\*RKP zu den Morden in Paris und anderswo

Der französische Imperialismus führt weltweit Kriege (genau wie die anderen imperialistischen Großmächte einschließlich Russland) mit Dutzend und hunderten Toten jede Woche, was kaum wen kümmert – auch wenn es zum Großteil „Zivilisten“ sind, die mit Bomben, Raketen und Drohnen umgebracht werden. Nur in Einzelfällen, wie am 7.1., wird von den Betroffenen bzw. ihren Sympathisanten der Krieg in die imperialistischen Metropolen zurückgetragen.

In USA wie in Frankreich werden jedes Jahr aus rassistischen Gründen Arbeiterjugendliche getötet und die „Zivilgesellschaft“ rührt kein Ohrwaschel. Vor und nach dem 7. Jänner wurden in Frankreich und Europa zahlreiche Anschläge auf Moscheen und islamische Einrichtungen durchgeführt.

Jeden Tag verhungern 40.000 Kinder, weil das kapitalistisch-imperialistische Weltsystem ihnen

Nahrung und Medizin vor-enthält.

Wir sind empört darüber, dass ultrareaktionäre französische Terroristen mit religiösem Hintergrund die halbe Redaktion einer Satire-Zeitschrift und zufällig anwesende Arbeiter/innen ermordet haben, ebenso wie mehrere zufällig in einem koscheren Supermarkt anwesende Menschen. Wir sehen die Schuld beim französischen Imperialismus und den anderen Imperialisten der Welt, die ein unerträgliches volksfeindliches System installiert und gefestigt haben, das immer mehr Menschen in den Wahnsinn treibt, weil sie keinen fortschrittlichen Ausweg aus ihrer tatsächlich katastrophalen Lebenslage sehen. Die Täter vom 7.1. sind in Frankreich aufgewachsen, unter den unerträglichen Zuständen in den heruntergekommenen Banlieus (Slums) von Paris.

Wir sind empört darüber, dass die CIA und andere

Geheimdienste die Vorläufer der IS/ISIS mit Waffen ausgerüstet und militärisch geschult haben, um unbotmäßige Widersacher wie den syrischen Präsidenten Assad zu stürzen.

Die rassistische Spaltung der Volksmassen auch unter religiösen Vorzeichen geht vom Staat und seinen Ideologen aus, weil das Kapital die Bedrohung durch eine geeinte Arbeiter/innenklasse zu recht fürchtet. Die Terrorattacken in Paris vom 7.1. sind Ausdruck und Ergebnis der von den Herrschenden vorangetriebenen Spaltung und Verhetzung.

Unsere Perspektive ist der Sturz des imperialistischen Unterdrücker- und Ausbeutersystems (in Österreich wie in Frankreich und anderswo) durch die vereinigte Arbeiter/innenklasse unter revolutionär-kommunistischer Führung.

IA\*RKP 9.1.2015

[iarkp.wordpress.com](http://iarkp.wordpress.com) –

[ia.rkp2017@yahoo.com](mailto:ia.rkp2017@yahoo.com), 1070

Wien, Stiftgasse 8

Flugblatt u.a. verbreitet beim „Je suis Charlie“-Regierungsspektakel am Ballhausplatz am 10.1.

## Zwei Erklärungen aus Frankreich

Gemetzel bei Charlie Hebdo:

**Gegen alle Reaktionäre! Revolutionäre Einheit!**

Heute, am 7. Januar 2015, morgens drangen zwei bewaffnete Personen in die Redaktion der Zeitung Charlie Hebdo ein und schossen mit Sturmgewehren auf die anwesenden Personen. Mehrere Journalisten und Zeichner wurden ermordet und ebenso ein unschuldiger Arbeiter

oder eine Arbeiterin der Hausverwaltung. Insgesamt gab es laut Medien 12 Opfer.

Nach den derzeitigen Informationen sei der Angriff auf Charlie Hebdo von religiösen Reaktionären durchgeführt worden, die vorgaben, im Namen des Islam zu handeln, einige

Videos deuten darauf hin, obwohl man Manipulation nicht ausschließen kann.

Wir verurteilen in jedem Fall scharf die religiöse Reaktion, ob sie in Kobane massakriert, ob sie ein Vorwand für die weitere Kolonisierung Palästinas ist oder ob sie in den Straßen Frankreichs defiliert, um

maoistroad.blogspot.co.at

gegen das Recht auf Eheschließung von Homosexuellen zu kämpfen. Wir wissen, dass die religiösen Institutionen reaktionäre Kräfte sind, die stets den Interessen der Mächtigen gedient haben.

Angesichts der sozialen Misere, des Rassismus und der Schwäche des revolutionären Lagers, suchen viele revoltierende und über diese Gesellschaft desillusionierte Menschen eine militante Antwort, ob ohne oder mit einer Religion. Aber wir dürfen uns nicht vor lauter Zorn täuschen lassen. Ausbeutung und Unterdrückung sind Realität und Frucht eines ökonomischen Systems, das nach dem Gesetz des Maximalprofits funktioniert. Es ist die Bourgeoisie, die das Elend erzeugt, und niemand anderer. Wir dürfen nicht warten, dass eine Lösung von woanders kommt, denn gegenüber der Ausbeutung ist die einzige Lösung die, dass diejenigen, die die Gesellschaft am laufen halten, d.s. die Werktätigen, die Macht ergreifen.

Nach den heute begangenen Verbrechen gab es viele Reaktionen, viel Empörung - und das ist gut. Allerdings darf uns ein solcher Akt, und sei er noch so barbarisch und nicht zu rechtfertigen, auf gar keinen Fall auf eine Schiene ohne Ausweg führen.

Nein, es gibt in Frankreich keine große nationale Einheit hinter den republikanischen Werten, die angeblich klassenunabhängig seien. So etwas ist umso falscher, als die Bourgeoisie an der Macht eine Verantwortung trägt, für

das, was wir gegenwärtig erleben. Der französische Imperialismus, der die Völker der Welt ausbeutet und militärisch in den Ländern des Nahen Ostens interveniert, ist verantwortlich für das Elend der Völker, die dort leben. Er hat auch ein gefährliches Spiel gespielt, als er in der Konfrontation zwischen den Imperialisten auf syrischem Boden einige Gruppen unterstützte oder auch, indem er ebensolche in Libyen unterstützte, während er zugleich vorgab, sie zu bekämpfen. All das hat den Hass gegen Frankreich als Symbol der Unterdrückung geschürt und zu dieser bewaffneten Aktion geführt. Es sind die Imperialisten, die die Terroristen produzieren!

Dazu kommt der wachsende Rassismus und der Anstieg faschistischer Kräfte in Frankreich. Es ist sicher berechtigt, sich gegen diesen Rassismus und Faschismus aufzulehnen, aber der Zorn darüber darf nicht dazu führen, sich von feudalen reaktionären Kräften instrumentalisieren zu lassen. Charlie Hebdo, das heute Ziel der Attacke war, ist in dieser Sache nicht unschuldig. Wie alle französischen Medien hat auch Charlie Hebdo mitgeholfen am Anstieg der Islamophobie in Frankreich, indem es Öl ins Feuer goss während der sogenannten "Debatte über die nationale Identität", eine Kampagne islamophoben Charakters. Das tun bedeutet, im Namen der Pressefreiheit die Gesamtheit der islamischen Gemeinschaft oder Menschen in deren

Umkreis in die Gefahr zu bringen, rassistischen Aggressionen ausgesetzt zu werden. Freilich ist die Attacke ebenso wenig zu rechtfertigen wie der Rassismus. Der täglich geschürte Rassismus dient dazu, die Klasse zu spalten und den "sozialen Frieden" aufrechtzuerhalten. Wir kämpfen nicht im Namen einer Religion, welcher auch immer, sondern im Namen unserer Klasse, der Arbeiterklasse, und diese ist multikulturell und international. Die, die uns zu spalten versuchen, seien sie religiöse oder politische Kräfte, sind Verbrecher.

Angesichts des Attentats auf Charlie Hebdo werden wir mit Sicherheit die Wölfe heulen hören. Der Front National und die Reaktionäre werden dieses Verbrechen benutzen, um ihre rassistische Kampagne noch ein wenig zu verschärfen und mit Gefühlen berechtigter Empörung spielen, um ihre faschistischen Ideen unter den Massen zu verbreiten. Die Jagd der Polizei auf "Andersfarbige" wird sich intensivieren. Marine Le Pen hat angekündigt, man müsse die "Freiheit des Wortes verteidigen gegenüber dem islamischen Fundamentalismus", was - aus ihrem Mund und nach unzähligen rassistischen, xenophobischen und moslemfeindlichen Kampagnen - klingt wie "die Freiheit des Wortes gegenüber den Moslems verteidigen". Wir müssen unsere antifaschistische Wachsamkeit verdoppeln, denn wir wetten, dass die Faschisten versuchen wer-



den, dieses Ereignis auszunutzen, um ihre reaktionäre Mobilisierung zu vertiefen - in einem Klima, in dem von der Organisation "Riposte Laïque et Résistance Républicaine" ("Laizistische Antwort und Republikanischer Widerstand") und unterstützt von den Faschisten der Jüdischen Verteidigungsliga bereits zu einer Versammlung unter der Losung "Islamisten raus aus Frankreich!" am 18. Januar in Paris aufgerufen wurde, dies mit Unterstützung einer ähnlichen Organisation in Deutschland, der Pegida, die ebenfalls Neonazi-Parolen aufgenommen hat; in einem Klima, in dem die Faschisten in Lyon ihre "Antwort" selbst in die Hand nehmen wollen; in einem Klima, in dem "Intellektuelle" wie Finkelkraut, Zemmour, Houellebecq und andere uns etwas vermitteln, das die finsternen Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung ruft; in einem Klima, in dem die Sozialistische Partei an der Regierung, in Weiterverfolgung der rassistischen Politik ihres Vorläufers und einer Politik, die der Bourgeoisie ihre Profite auf Basis der immer schärferen Ausbeutung des Proletariats sichert, dem Faschismus den Weg ebnet; in einem Klima, in dem verschiedenen faschistische Parteien, Organisationen und Gruppen, mit dem Front National an der Spitze, ihre Entwicklung vorantreiben. Wir müssen daher unsere antifaschistische Wachsamkeit verstärken und uns allen ihren Manövern

entgegenstellen, denn - nochmals - die Faschisten agieren in voller Bewusstheit, ihr Ziel ist es, uns zu spalten, uns der kapitalistischen Ordnung zu unterwerfen, dem Diktat der Kapitalistenklasse. Es ist berechtigt, den religiösen Feudalismus abzulehnen, es ist berechtigt, empört zu sein über diese Verbrechen, aber der Faschismus ist ebenso verbrecherisch, und die Islamophoben sind barbarische Kriminelle, obwohl die Terroristen das Feuer auf Charlie Hebdo eröffnet haben. Indes, die Faschisten sind noch gefährlicher, denn sie bieten sich als strategische Antwort der Bourgeoisie auf den Kampf des Proletariats an. Was uns für den Kampf gegen den religiösen Feudalismus inspirieren sollte, ist das Beispiel unserer kommunistischen Genossen in Kobane, die an der Seite der kurdischen KämpferInnen, worin letztendlich der Kampf gegen die religiös-feudalen Reaktionäre besteht: im revolutionären Kampf! Andererseits dürfen wir nicht religiöse Gefühle unter den Massen vermischen mit den Faschisten, die sich auf dieses Gefühl stützen, um dem Volk ihre Herrschaft zu oktroyieren.

Unsere Losungen müssen daher sein:  
**Keine nationale Einheit hinter der Republik der Kriegshetzer und Verursachern des Elends!**  
**Weichen wir nicht der faschistischen Propaganda, die die Barbarei für die Interessen der Bourgeoisie instrumentalisiert!**

**Prangern wir die kriminellen religiösen Reaktionäre an, die dazu da sind, unser Kämpfe zu schwächen, das Volk zu spalten und gefährliche feudale Ideen unter den Volksmassen zu propagieren!**  
**Solidarität mit den Volksmassen islamischen Glaubens, die nach dieser Attacke aufs neue einer Welle von Islamophobie ausgesetzt sein werden!**  
**Schließen wir die Reihen um die Arbeiterklasse, die die einzige Festung gegen alle Barbarei darstellt!**

**NIEDER MIT DEN  
 RELIGIÖSEN  
 REAKTIONÄREN!  
 NIEDER MIT  
 IMPERIALISMUS UND  
 FASCHISMUS!  
 FRONT GEGEN DIE  
 REAKTION -  
 DIE REVOLUTION!**

*Bloc Rouge (Einheit der Maoisten), 7. Januar 2015*

*Übersetzung: IA\*RPK*

N°3 - JANVIER 2015 PRIX LIBRE

# PARTISAN

BULLETIN DE L'OCML VOIE PROLÉTARIENNE

APRÈS LE CHOC DES MASSACRES DE CHARLIE HEBDO ET DE L'ÉPICERIE CACHER,

## METTONS-NOUS AU CLAIR !

Le massacre de Charlie Hebdo puis celui de l'épicerie Cacher a sidéré tout le monde, nous y compris. Nous avons réagi rapidement par un communiqué qui allait à l'essentiel et qui a été largement diffusé, et nous ne nous sommes pas trompés quand nous n'avons pas accepté de participer aux manifestations du week-end.

Mais une fois sortis de l'émotion partagée, avec un peu de recul, il nous semble important de revenir sur toutes les questions apparues autour de nous, dans les entreprises, les quartiers, les associations, les débats partout en famille ou avec les amis.

Alors, voici quelques questions, quelques réponses : nous prenons position, pour tenter, à notre modeste échelle d'éclairer le débat que tous les exploités veulent éviter.

**EXÉCUTIONS À CHARLIE HEBDO - CONTRE TOUS LES RÉACTIONNAIRES**  
 #NOUSSOMMESREVOLUTIONNAIRES

[...] "Incrédibles et choqués, nous restons déterminés à dénoncer tous les crimes réactionnaires, et les morts tombés sous les coups des racistes, des fascistes et des balles policières, à Kobané, à Gaza, à Ferguson comme à Paris. Car nous n'avons pas l'indignation sélective." [...]

Extrait de la déclaration de l'OCML Voie Proletarienne, 7 janvier 2015  
 À lire en ligne, en français mais aussi anglais, castillan et italien  
<http://www.vp-partisan.org/article/389.html>

VP - PARTISAN.ORG CONTACT@VP-PARTISAN.ORG

OCMLVP / OCMLVP BP 122 93403 SAINT-OUEN

# Exekutionen bei Charlie Hebdo: Gegen alle Reaktionäre! Für die Revolution!

vp-partisan.org

Was bei Charlie Hebdo passiert ist, ist schrecklich. Wir sind erschüttert durch den tragischen Tod und die Ermordung von Journalisten und Angestellten von Charlie Hebdo. Unsere ersten Gedanken gelten den Familien, Angehörigen und ihren Kollegen. Wir sind fassungslos und schockiert angesichts dieser Exekution. Viele von uns erinnern sich an den Beginn Wolinski's, als er die gaullistischen Reaktionäre anprangerte, oder eines Cabu, als er die machistischen und rassistischen Spießbürger verspottete. Indes teilen wir nicht die heutige Linie von Charlie Hebdo, die rassistischen, sexistischen und homophoben Stereotypen zuarbeitet. Dieses Abgleiten ist Ausdruck und eines der Symptome der Abschottung eines Teils der Franzosen im Namen "weißen Wertegemeinschaft", hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum, die, orientierungslos geworden angesichts der Instabilität der Welt, die Abschottung und die Angst vor dem Fremden kultivieren. Wir sind fassungslos und schockiert angesichts des aufgeregten Klimas, das die Medien in breitem Umfang rund um Themen der extremen Rechten und der angeblichen "Islamisierung" Europas verbreiten. Wir verurteilen die Instrumentalisierung rassistischen Gedanken-

guts, sei es gegen Araber, Moslems oder Immigrant- en gerichtet.

Wir sind fassungslos und schockiert angesichts der Aufrufe zur "Nationalen Einheit" für die Verteidigung der Republik, alle politischen Richtungen Hand in Hand. Es gibt keine solche Einheit, wenn Demokratie nur für die Herrschenden und Ausbeuter existiert, die sich heute in ihrem "Kampf gegen den Terrorismus" sammeln.

Wir sind fassungslos und schockiert angesichts des Schweigens über die Verantwortung des Imperialismus für die gegenwärtige Entwicklung reaktionärer terroristischer Gruppen, die von der Destabilisierung der imperialistischen Besatzungsregime und der militärischen Interventionen der Imperialisten im Nahen Osten profitieren.

Fassungslos und schockiert, bleiben wir entschlossen, alle reaktionären Verbrechen anzuprangern und die Toten, die unter den Schlägen der Rassisten und Faschisten und den Kugeln der Polizei gefallen sind, in Kobane, in Gaza, in Ferguson wie in Paris. Wir haben nämlich keine selektive Empörung.

Fassungslos und schockiert, bekräftigen wir mehr denn je, dass die einzige Alternative zur Barbarei die sozialistische Revolution ist! Die weltweite

Krise des Imperialismus vertieft sich auf allen Ebenen. Der globale Wirtschaftskrieg intensiviert sich. Aber es ist auch eine Krise der Ideen, der Pläne, der Zukunft. Wir leben in einer Periode der Konfusion, in der die Völker einen Ausweg suchen. Für uns liegt die Zukunft an der Seite der revolutionären Volkskämpfe, wie in Indien, auf den Philippinen, aber unter unterschiedlichen Formen auch in Europa, in Griechenland, in Spanien, in den arabischen Ländern, in Kurdistan ... Es ist die Verantwortung aller, die sich Kommunisten, Revolutionäre, Antifaschisten oder fortschrittliche Menschen nennen, das Feld nicht allen diesen reaktionären Varianten zu überlassen, als was immer sie sich ausgeben.

Das Attentat auf Charlie Hebdo ist nur ein Element der Zuspitzung dieser Krise und es wird zu weiteren tragischen Eclats und Zuckungen kommen. Um diese nicht nur über sich ergehen zu lassen und um die aktuelle Lage (und die Risiken, die sie birgt) besser zu verstehen, ist es mehr denn je notwendig, dass wir uns organisieren.

**Für eine andere Zukunft!  
Für den revolutionären  
Kampf!**

OCML-VP, 7. Januar 2015  
(eigene Übersetzung)

**Vorbemerkung der PR-Redaktion:**

*Im Zusammenhang mit der Kritik am reformistischen Projekt Öcalans für eine kulturelle Autonomie innerhalb des reaktionären türkischen Staats (siehe PR-Sondernummer 59s vom Jänner 2015 und in dieser Ausgabe im Folgenden) hatten wir auch einen Artikel zur positiven Rolle der von der PKK beeinflussten Kräfte für die Vernetzung und den Zusammenschluss antifaschistischer und antiimperialistischer Kräfte auf einer demokratischen Plattform, insbesondere im „Demokratischen Kongress der Völker“ (HDK) geplant, der nicht rechtzeitig fertig wurde. Deshalb drucken wir stattdessen auszugsweise eine Erklärung von MLKP-Nordkurdistan/Türkei (Mitglied der ICOR) über den HDK zur Dokumentation und Information ab.*

## Nordkurdistan und Türkei: „Demokratischer Kongress der Völker“ (HDK)

Der Demokratische Kongress der Völker (HDK) und die Demokratische Partei der Völker haben aufeinander folgend am 21. und 22. Juni 2014 den vierten ordentlichen Kongress des HDK und den zweiten außerordentlichen Kongress der HDP verwirklicht.

Diese beiden Organisationen sind frontmäßige Vereinigungen der kurdischen national-demokratischen Bewegung, der kommunistischen, sozialistischen, fortschrittlichen Parteien, der Gewerkschaften, demokratischer Massenorganisationen, der Feministinnen und der LGBT-Bewegung, sowie der demokratischen Bewegungen der unterdrückten nationalen und religiösen Gemeinschaften der Türkei.

Die HDP ist der Parteiarm des HDK. Diese Kongresse sind die ersten Kongresse, nachdem die Abgeordneten und ihre Basis im Westen (türkischer Teil der Türkei) der Partei der kurdischen national-demokratischen Bewegung, BDP, beschlossen haben, der HDP beizutreten.

Seit ihrer Gründung wurde die Rolle der HDK-HDP als

demokratische Bewegung durch ihren frontmäßigen Charakter bestimmt.

Da das eigentliche Programm des HDK als das Programm der HDP übernommen wird, haben die Parteien und Personen sich zwar nicht auf ideologischer Basis, aber auf programmatischer Basis verbündet. (...)

Das Grundziel des HDK und der HDP ist der demokratische Fokus der Massenaktionen der Werktätigen und der Unterdrückten und ihres Wahlkampfes. Dieses Ziel wird nicht mit einem Mal erreicht, sondern durch langsame und schnellere, kleinere und größere Kämpfe. In diesem Kampf können durch Selbstvertrauen, die Einnahme einer Vorhutrolle und durch revolutionäre Kleinarbeit Erfolge errungen werden. Dies kann nur durch die Arbeitsweise, die man von Militanten einer revolutionären Partei verlangen kann, erreicht werden. Man darf nicht in Spontaneität und in „Auf-die-leichte-Schulternnehmen“ verfallen, weil die Entstehung von HDP und HDK der Einigungstendenz der Massen entspricht und deshalb davon ausgehen, dass sich von

alleine große Massen in den Reihen des HDK und der HDP sammeln werden. Durch diesen Kampf wird erreicht werden, dass die wachsenden faschistischen unterdrückerischen Angriffe der AKP-Regierung eine Niederlage erleiden, die Ablenkungsmanöver beim Verhandlungsprozess der kurdischen Bewegung werden bedeutungslos bleiben und darüber hinaus wird eine Organisation geschaffen, die die Kontinuität einer größer werdenden Massenbewegung garantieren kann.

Um dieses große Ziel zu erreichen muss man den Weg des HDK und der HDP gehen. (...)

Zwei Punkte, die die demokratischen und revolutionären Kräfte im Westen von HDK und HDP erwarten, werden sich im Zuge dieser Tätigkeit abhängig vom Erfolg der Arbeit entwickeln.

Erstens: Der HDK und die HDP haben die Aufgabe, die unterdrückten Massen im Westen in den Kampf zu ziehen und sie so in ihre Kampffreiheit zu mobilisieren. Bildet die Kader- und Massenkonzentration nicht ein Hindernis

dafür? Es ist offensichtlich, dass der Führer der kurdischen demokratischen Bewegung, um die Schaffung eines großen Aufschwunges des demokratischen Kampfes unter den Massen im Westen zu erreichen, eine solche vereinigte Front vorgeschlagen hat und dafür gesorgt hat, dass sie ohne Hindernisse gegründet wurde. HDK und HDP müssen auf eine auf Selbstvertrauen und Entschlossenheit basierende Art und Weise arbeiten, damit bezüglich aller demokratischen, ökonomischen, die Umwelt, die Jugend oder die Frauen betreffenden Forderungen,

die gleichzeitig auch die Forderungen der kurdischen demokratischen Bewegung sind, der Kampf organisiert wird. Wenn dies in der Praxis verwirklicht wird, werden die Kader und die Sympathisanten der kurdischen Bewegung diese Begeisterung selbst erleben und werden im neuen Bewusstsein handeln, das durch diese Entwicklung geschaffen werden wird.

Zweitens: Für die Entwicklung ihrer Linie müssen HDK und die HDP auf politisch vollkommen autonome demokratische Initiativ- und Handlungsmechanismen zurückgreifen.

Es gibt hohe Erwartungen und einen hohen Wunsch nach diesen. Jeder Schritt in diese Richtung wird ihre Entwicklung voranbringen. HDK und HDP sollen eine gute Entwicklung und Erfolge vergönnt sein, denn die vereinigte revolutionäre Bewegung unserer Völker benötigen sie. Sie sind nicht nur für die Türkei und Nordkurdistan, sondern auch für den Mittleren Osten notwendig.

[http://mlkp.info/?icerik\\_id=9659&WAS\\_ZEIGEN\\_DIE\\_KONGRESSE\\_DER\\_HDK\\_UND\\_HDP?](http://mlkp.info/?icerik_id=9659&WAS_ZEIGEN_DIE_KONGRESSE_DER_HDK_UND_HDP?)





# Öcalan's „Roadmap für Verhandlungen“ – ein Lehrstück über Verrat und Kapitulation

erschienen auch als PR Sondernummer

Versetzen wir uns in die Lage eines Kurden, dessen ostanatolisches Dorf gerade von türkischen Jagdbombern angegriffen wurde (z.B. Daglica/Provinz Hakkari am 13.10.2014) oder eines Türken, dem (z.B. im Istanbuler Gezi-Park) ein Auge ausgeschossen oder dessen Bruder von der Polizei totgeprügelt wurde und der vielleicht auch die türkische und die US-Politik gegen Palästina, Syrien oder den Irak kritisch verfolgt. Stellen wir uns nun vor, dieser Kurde oder dieser Türke kriegt ein Schriftwerk in die Hand, in dem es heißt: „Die Republik Türkei wandte sich (in den letzten Jahren) Demokratisierungsprojekten zu. Faktoren (die das begünstigen) waren die allgemeinen demokratischen Tendenzen der Gegenwart, Anreize von USA und EU ... und die Tatsache, dass Medien, Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit größtenteils ... in diese Richtung tendieren... Die wichtigsten Institutionen des Staates ... stellen sich nicht gegen Projekte für eine demokratische Lösung (bzgl. Kurdenfrage und der Frage der Demokratie in der Türkei).“ (Roadmap, S.124, Klammerausdrücke von uns) Das Schriftwerk zieht daraus den Schluss, dass man daher gegen den türkischen Staat nicht kämpfen brauche, ja auch nicht dürfe, um den „Friedensprozess“ (schon wieder einer, neben Palästina!) nicht zu gefährden, dass man die USA und die EU als Verbündete bei

der durchaus realistischen Umsetzung seines „demokratischen Lösungsplans“ bräuchte und dass auf der anderen Seite jeder, der sich für die Fortführung des Kampfes um Demokratie und Befreiung entscheidet, ein Bösewicht ist (ein „Terrorist“ würden die „Verbündeten“ sagen). Unser Kurde und unser Türke, die vielleicht gerade wieder bombardiert oder eingesperrt wurden, die die jüngsten Nachrichten über Kobane gehört haben, die über die Rolle der Türkei bezüglich der IS Bescheid wissen, die täglich mit der Militärkamarilla und dem Polizeistaat konfrontiert sind, dürften empört sein. Ist der Autor dieses Gewächs realitätsblind? Glaubt er etwa die salbungsvollen Phrasen der Imperialisten? Oder hat er ein konkretes Interesse, sich an so verlogener Propaganda zu beteiligen, ist er halt wieder so ein Lohnschreiber und Schmierfink der Bourgeoisie und des Imperialismus?

Sei es wie es sei, könnte man sich denken, und wüsste man nichts über den Autor, müsste man kein weiteres Wort über so ein Machwerk verschwenden. Allerdings ist unser Autor Abdullah Öcalan und dieser war in der Vergangenheit die bedeutendste Persönlichkeit des kurdischen Widerstands und sein Wort spielt immer noch eine gewaltige Rolle. Was treibt so einen Menschen zu solchen Anschauungen, wie er sie in seiner „Roadmap für



Verhandlungen“ darlegt? Öcalan sitzt seit Februar 1999 in Isolationshaft, eingekerkert von eben jenem Unterdrückerregime, dem er guten Willen zu Demokratie bescheinigt. Er ist vermutlich inzwischen ein gebrochener Mann, der allen Kampfesmut und alle Zuversicht verloren hat, der unter der Isolation und der Folter, die die Isolationshaft darstellt, eingeknickt ist. Es könnte natürlich theoretisch auch sein, dass der Text gar nicht, jedenfalls nicht in dieser Form, von Öcalan verfasst worden ist, sondern von der Zensur „bearbeitet“ oder ihm abgepresst. Das Zuckerbrot von Versprechen auf Verhandlungen, verbunden natürlich mit seiner persönlichen Befreiung, könnte ihn verlockt und die Peitsche der Isolationshaft ihn so zer-

mürbt haben, dass er bei einem Machwerk wie diesem landete. Allerdings spricht vieles dafür, dass die Roadmap<sup>1</sup> sehr wohl die Ansichten Öcalans zum Ausdruck bringt, wie sie sich heute darstellen<sup>2</sup>; wäre es nicht so, hätte er es durchblicken lassen können, und immerhin ist dies auch nicht sein erstes Schriftwerk in diesem Sinn. Die Roadmap ist jedenfalls blanke Kapitulation und Verrat an der Sache der kurdischen Befreiungsbewegung, aber auch am Klassenkampf in der Türkei überhaupt. Hat man einmal kapituliert, gibt es zwei Wege: entweder die Kapitulation offen einzugestehen und womöglich offensiv zu propagieren, also offenes Renegatentum, auch darin wäre er beileibe nicht der

erste „Marxist“ - oder aber sie zu „theoretisieren“. Er hat den zweiten Weg gewählt. Dabei spielen - neben der Kapitulation als der eigentlichen Triebkraft - auch seit jeher bestimmende reformistische Züge des „Marxismus“ der PKK eine Rolle sowie zutiefst falsche kleinbürgerliche Ansichten über die Welt und die Geschichte und speziell über Kapitalismus und Imperialismus<sup>3</sup>. Auch haben sich in mancherlei Hinsicht die strategischen und taktischen Verhältnisse in der Türkei, in ihrem Umfeld und auf internationaler Ebene geändert, was Auswirkungen auf die Bedingungen des Befreiungskampfes der Kurden hat (nicht auf das Ob, aber auf das Wie!) und unter den türkischen und kurdischen Genossen

diskutiert wird. Aber der Kernpunkt der Roadmap ist, dass sie Verrat an der kurdischen wie türkischen Revolution, ja Verrat an jeglichem revolutionär-demokratischen und nationalen Befreiungskampf bedeutet<sup>4</sup>.

Man muss die Roadmap daher scharf kritisieren und darf nicht - aus Ehrfurcht vor früherer politischer Tätigkeit Öcalan's und weil er von der türkischen Kamarilla maltreatiert wird - den verhüllenden und versöhnenden Mantel des Schweigens darüber breiten. Immerhin steht das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung auf dem Spiel, indirekt auch der Klassenkampf in der Türkei überhaupt (und darüber hinaus der auf internationaler

<sup>1</sup> Die Roadmap wurde 2009 geschrieben. Zuvor hatte der türkische Staat in Form einer Delegation, angeführt vom späteren Geheimdienstchef Hakan Fidan, Öcalan gebeten, „seine Ansichten ausführlich darzustellen“. Der Text war nicht einmal noch fertig, als die türkische Regierung Massenverhaftungen kurdischer Politiker und Aktivisten vornehmen ließ (an die 6.500). Zugleich ließ Ministerpräsident Erdogan erklären, er „stimme mit 95% der Roadmap“ überein (alle Angaben laut Herausgeber der Roadmap, S.5ff.). Und so geht das weiter bis heute ...

<sup>2</sup> Ein anderes Thema ist die Frage, ob die vorliegende Übersetzung immer authentisch und zutreffend ist. Manche Stellen sind dermaßen verkorkst, einige ganz unverständlich, dass man sie kaum bloß mit den Windungen und Verrenkungen eines Kapitulanten mit riesigem Rechtfertigungsbedarf alleine erklären kann. Wir gehen davon aus, dass etliche Übersetzungsfehler oder -mängel vorliegen.

<sup>3</sup> Das Wort „Imperialismus“ kommt in dem Buch nicht ein einziges Mal vor. Eines von Öcalan's Lieblingswörtern ist allerdings das der „kapitalistischen Moderne“, was in dem Buch alles und jedes bedeutet, aber - dem Zusammenhang nach - vermutlich auch manchmal, vielleicht aus Zensur- oder Selbstzensurgründen, mehr oder weniger als Synonym für den Imperialismus steht.

<sup>4</sup> Die paar Stellen, in denen er der türkischen Regierung für den Fall, dass sie nicht im Sinne der Roadmap verhandelt, mit einer neuen Verschärfung des Kriegs droht, sind auf dem Hintergrund der Roadmap als Ganzes völlig unauthentisch und nur hohle Drohgebärden. In diesem Fall könnten, schreibt er, „die Kurden gezwungen sein, auf die Stufe des ‚totalen Widerstandes für die eigene Existenz und Freiheit‘ zu wechseln. Dies ist keine Drohung, ich wünsche mir dies keineswegs. Um dies um jeden Preis zu vermeiden, ...“ (S.126) Er, Öcalan, möchte das nicht, das sei „entgegen seiner Absicht“ und er habe sich „bereits in den 1970er Jahren entschlossen, den Krieg zu begrenzen“ (S.121. Er hat sich entschlossen - sehr demokratisch und sehr kommunalistisch. Allerdings könnte es sein, dass trotz ihm im Falle weiterer drastischer Verschärfung der Unterdrückung der Kurden oder auch im Zusammenhang mit der türkischen Politik gegen die syrischen und irakischen Kurden spontane Revolten und neue bewaffnete Kämpfe aufflammen - aber diese wären zweifellos frontal gegen die Intentionen der Roadmap.

Ebene<sup>5</sup>). Jeder Demokrat und Antiimperialist und erst recht jeder Revolutionär muss den türkischen Staat anprangern und die Enthaftung Öcalan's (und aller anderen politischen Gefangenen, deren Zahl in die Tausende und Abertausende geht) fordern - er muss aber zugleich dazu beitragen, dass die falsche Linie der Roadmap im Klassenkampf nicht Platz greift bzw. zurückgedrängt wird.

Eine Vorbemerkung ist notwendig. Die Roadmap behandelt auf ihren 116 Seiten viele Fragen und man bräuchte ebenfalls so viel Platz, um auf alles einzugehen, was dies durchaus wert wäre. Wir beschäftigen uns hier aber nur mit der ideologischen und politischen Linie der Roadmap und dies arbeiten wir vorrangig entlang der wichtigsten von Öcalan's Schlüsselbegriffe ab (z.B. Staat, Demokratie, Nation, Klasse, Wirtschafts- und Sozialsystem, „Transformation der PKK“, ...), ergänzt lediglich durch einige politische, historische und wissenschaftliche Ausflüge, darunter einen zur Öcalan'schen Geschichtsphilosophie. Wir behandeln nicht die Geschichte der Türkei, noch die der PKK, noch die gegenwärtige Klassenkampfsituati-

on in der Türkei und wir beurteilen nicht das ganze politische Leben Öcalan's, sondern nur die politische Rolle, die er heute spielt. Da wir seine politische Linie für falsch und politisch schädlich halten, erübrigt sich klarerweise die Diskussion einzelner Details seiner „demokratischen Lösung“ und des „Aktionsplans“<sup>6</sup>.

### ***Staat, Macht, Gewalt***

Der Staat ist seinem Wesen nach ein Macht- und Gewaltapparat in den Händen einer Klasse zur Niederhaltung, Unterdrückung und Ausbeutung einer anderen Klasse (ggf. auch mehrerer Klassen). Der heutige Staat, der der „kapitalistischen Moderne“, wie Öcalan sagt, ist dementsprechend ein Apparat der Bourgeoisie zur Unterdrückung von Arbeiterklasse und Volk (einschließlich nationaler Unterdrückung), sowohl im Inneren als auch nach außen. Er ist immer ein Klassenstaat, das Instrument einer Klasse gegen eine andere, und nicht, wie die bourgeoisen Fritzen uns eintrichtern wollen, eine „Organisation“ und Verkörperung der „Gemeinschaft“, also quasi „wir alle“. Er stimmt, dass er die Form ist, „wie sich die Gesellschaft organisiert“,

aber es organisiert sich eben eine ganz bestimmte Klassengesellschaft, also eine bestimmte herrschende Klasse, in Gestalt eines ganz bestimmten Klassenstaates. Der Staat ist Ausdruck der Tatsache, dass die Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, Ausdruck von Klassenwidersprüchen und Klassenkampf. In der Roadmap wird - den Blick in die Vergangenheit gerichtet - an einer Stelle (S. 74f.) sogar richtig gesagt, dass die ursprüngliche Ausbildung eines Staates unter den „Protokurden“ mit dem Entstehen von Klassen und der Entwicklung von Klassenwidersprüchen zusammenhängt - seltsamerweise wird aber - den Blick jetzt in die Zukunft gerichtet - „vergesen“, dass es ganz analog dazu einen Staat geben wird und muss, solange es Klassenwidersprüche gibt. Die Idee, den Staat wenn schon nicht abschaffen, dann wenigstens bei den eigenen Reformprojekten „außen vor lassen“ zu können, ist mit kübelweise Weichspüler versetzte anarchistelnde Hirnweberei. Der Staat besteht und wird bestehen, *solange* es Klassen, Klassenwidersprüche, Klassenkampf gibt. Er schützt die herrschenden Produktions- und sonstigen Gesellschaftsverhältnisse, indem er die herr-

<sup>5</sup> Öcalan hält seine „Vision“ für einen „Lösungsvorschlag für die Ära der westlichen Zivilisation, der sogar darüber hinaus weisen kann“ (S.111). Sein „demokratisches Lösungsmodell“ sollte sich „nach und nach im Mittleren Osten ausweiten und vertiefen“ (S.118). Wie sagt das Sprichwort: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“

<sup>6</sup> Wie z.B. wie wichtig eine „starke Senkung oder völlige Abschaffung der Sperrklausel bei Wahlen“ (S.112) für den Klassenkampf wäre, Details der „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (S.125) oder auch des Plans für den Rückzug der PKK-Verbände aus der Türkei (ebenda) u.a.m.

schende politische Macht schützt. Will man die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, und zwar substantiell ändern, nicht nur an der Oberfläche herumkratzen, muss man diesen Staat mit einer Revolution stürzen, weil die herrschende Klasse mit Hilfe ihres Staates jedes noch so ehrenwerte und noch so gut gemeinte Ansinnen gegen ihr Eigentum und ihre Macht im Ernstfall, wenn man ihr „zu nahe tritt“, gewaltsam verhindern wird, zuerst mit Polizei, Geheimdienst, Armee, faschistischen Banden usw. und wenn das alles nicht reichen sollte, mittels des Faschismus. Auch wäre unbedingt mit bewaffneter ausländischer Intervention zu rechnen. Daher ist jeder Gedanke, dass man den Bourgeoisstaat friedlich weg- oder klein kriegen oder auch nur umgehen könnte, pure Illusion. Die herrschende Klasse, die Monopolbourgeoisie, das Finanzkapital werden sich ihr Eigentum und ihre Macht nicht widerstandslos nehmen lassen.

Auch mit dem Sturz der Bourgeoisie und dem Be-

ginn des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ist die Revolution nicht abgeschlossen. Jetzt muss sich die Arbeiterklasse, muss sich die neue revolutionäre Macht auf rollende Angriffe von innen und außen, insbesondere auch militärische, einstellen, muss die Arbeiterklasse ihre frisch errungene Macht verteidigen. Sie muss sich daher ihrerseits als politische und militärische Macht, also als Staatsmacht organisieren. Der Klassenkampf nach innen und außen geht weiter - und ohne politische Macht, d.h. ohne die neue proletarische Staatsmacht, wäre alle Revolution blitzartig Schall und Rauch und würden die revolutionären Errungenschaften binnen kurzem hinweggefegt.

So wie die alte Macht Klassencharakter hatte, indem sie ein Machtapparat der Bourgeoisie war, hat auch die neue Macht Klassencharakter, indem sie ein Machtapparat der Arbeiterklasse ist. Aber natürlich ist die herrschende Bourgeoisie hochgradig interessiert, zu propagieren, dass der Staat klassenneutral sei, und so den

Menschen, die gegen sie aufbegehren, Flausen in den Kopf zu setzen, man könnte - wenn man das schon unbedingt wollte - die Gesellschaft sozusagen an der Staatsmacht vorbei radikal ändern und neben oder besser: unter ihr „kommunistisch“ herumgründeln. Das ist alles Larifari, wobei es eine breite Palette dieses Larifari gibt, vom spießigen „alternativen“ Krätzelfest bis zur anarchistischen unverzüglichen „Abschaffung des Staates“. Der gewöhnliche Bourgeois meint, dass der Staat, d.h. sein Staat, klassenneutral und „wir alle“ sei (während er dies selbstverständlich niemals über einen proletarischen Staat wie z.B. in der Sowjetunion oder China meinte) - der Anarchist fällt, indem er jeden Staat, unabhängig von seinem Klassencharakter, ablehnt, auf diese Ideologie herein, nur halt mit umgekehrten Vorzeichen.

Die Roadmap trägt in der Frage des Staates (zugleich, wie so oft!) opportunistische und anarchistelnde Elemente<sup>7</sup>. Der Staat ist für sie ein

<sup>7</sup> Es handelt sich hier **nicht** um die „klassische“ Spielart des Anarchismus. Die Anarchisten auf der Linie von Bakunin waren für die sofortige „Abschaffung des Staates“, gingen aber zugleich davon aus, dass man zu diesem Zweck zuerst einmal die bourgeoise Staatsmacht stürzen und die Macht erobern müsse. Wie sie sich das vorstellten und welche Rolle sie in allen wirklichen revolutionären Erhebungen spielten, steht auf einem anderen Blatt. Bakunin selbst, der Stammvater, spielte in allen Revolutionen, an denen er sich beteiligte, und in den Insurrektionen, die er anzuzetteln versuchte, eine „unglückliche“, meistens sehr schädliche Rolle. Kurz vor und während der Pariser Commune (1871) z.B., der historisch ersten proletarischen Revolution, bestand die Rolle Bakunins darin, in Lyon per „Proklamation der revolutionären Föderation der Kommunen“ den Staat „abzuschaffen“, bevor er sich gerade noch rechtzeitig vor den Organen eben dieses Staates aus dem Staub machen konnte, und anschließend die Pariser Commune, das Zentrum der Revolution, unter der Fahne des Föderalismus und des Kommunalismus mies zu machen. Es gibt aber heutzutage auch, ja in erster Linie eine Art von weichgespültem Anarchismus, der nur mehr - ohne und nur zur Not auch gegen den Staat - seine „selbstverwalteten“ Schrebergärten hegt und pflegt, sich über dies und das „empört“ und dies oder das „occupied“, aber jedenfalls seine „Modelle“ im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft umsetzen will. Die Roadmap hat eine starke Affinität mit dieser Strömung.



abstraktes Etwas jenseits der Klassengesellschaft, nicht der Klassenstaat, der er in Wirklichkeit ist. Die Roadmap kennt nur „den Staat“, nicht aber etwa einen bourgeoisen und einen proletarischen Staat. Genauso wie die „Demokratie“ müsse auch der Staat „alle Bereiche der Gesellschaft (Anm.: daher jedenfalls auch alle Klassen) umfassen, ohne den Stempel einer Klasse oder Schicht zu tragen“ (S.22). Die Verfassung ist für ihn das „Zement, das die Gesellschaft zusammenhält“ (S.34), nicht aber wie der Staat insgesamt ein Klassen- und Kampfinstrument. Diese bourgeoisen und opportunistischen Auffassungen braucht Öcalan, um sein reformerisches Wunschkonzert abzuspielen: er stellt sich nämlich vor, man könne die Gesellschaft qualitativ ändern - und das hieße die Herrschaft der Bourgeoisie angreifen - und dabei den Staat unangetastet lassen und die Bourgeoisie und ihre Staatsmacht ließen das zu und nähmen ihre Entmachtung und Enteignung resigniert zur Kenntnis. Solche praktischen Fragen interessieren ihn nicht. „Die demokratische Lösung befasst sich prinzipiell nicht mit der Aufteilung von Macht, sie hält sich sogar von Macht fern.“ (S.35) Die Roadmap geht bei ihrer „Vision“ der wünschenswerten demokratisch-kommunalistisch-konföderalistisch-zivilgesellschaftlichen Gesellschaftsordnung davon aus, dass man diese sozusagen unberührt vom Staat, neben ihm, sozusagen in sei-

nen Poren, verwirklichen könne.

Besonders schwierig wird es, wenn so eine Staatsauffassung mit einer komplexen Realität wie der der Kurden in der Türkei zusammenstößt. Die Roadmap vertritt in der Frage des Staates auf den ersten Blick recht gegensätzliche Positionen. Einerseits mag sie „den Staat“ ganz und gar nicht, d.h. die Abstraktion des Staates, den Staat an und für sich. „Die Idee der demokratischen Zivilisation (beweist), dass der Staat die größte Quelle von Problemen darstellt.“ (S.76). Eine „Idee“ beweist, auch wenn sie noch so verschnörkelt ausgedrückt wird, gar nichts außer sich selbst - was Öcalan indes eigentlich sagen will, ist ganz banal, dass sie „den Staat“ nicht mag. Stattdessen propagiert sie den „demokratischen Konföderalismus der Zivilgesellschaft, der kein Staat ist“ (S.108) als Zukunftsperspektive der politischen Organisation der Gesellschaft. Aha, könnte man sagen, anarchistische Positionen halt.

Aber so einfach ist es nicht, denn abstrakte „Staat an sich“ ist eine Sache, ein konkreter Staat wie z.B. ein kurdischer, eine ganz andere. Öcalan schlägt den Sack und nicht den Esel, nämlich den Sack der Abstraktion, der „Idee des Staates“, und nicht den Esel, nämlich die „Idee“, die Kurden sollten eine selbständige staatliche Organisationsform gewinnen, also einen eigenen Kurdenstaat. Von

dieser Idee hat sich Öcalan längst verabschiedet. Die Polemik gegen „den Staat“ ist in Wahrheit eine Polemik gegen jedweden Kurdenstaat. „Wären die Probleme der Kurden im Mittelalter durch einen kurdischen Staat gelöst worden?“ (S.76) Natürlich nicht, wird einem nahegelegt, und - wird messerscharf geschlossen - heute würden sie durch einen eigenen Kurdenstaat ebenfalls nicht gelöst: „Wir beklagten, dass wir keinen Staat hatten.“ (S.76) Das sei eben falsch und verhängnisvoll gewesen und daher habe er dieser „Idee“ abgeschworen. Das Gemaule über die Schädlichkeit „des Staates“ ist nur die Rechtfertigung, dass man den Anspruch auf staatliche Selbständigkeit der türkischen Kurden nicht mehr erhebt. Was abstrakt und prinzipiell daherkommt, ist ganz konkret nichts anderes als der Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in der Türkei. Nicht einmal mehr die Autonomie im Rahmen des türkischen Staates wird in der Roadmap gefordert. Wie man sich konkret die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes in der Türkei vorstellt (Lostrennung, Autonomie ...) ist eine zweite Sache, darüber müssen sich die beteiligten Völker und/oder Volksgruppen verständigen, aber dass ein solches Selbstbestimmungsrecht besteht, sollte außer Zweifel sein.

Was ist aber demgegenüber mit dem wirklich exis-

tierenden Staat auf dem Boden der Türkei? Dieser darf und soll bleiben wie er ist, er darf und soll nicht angetastet werden - und neben ihm baut man sich unter den Augen seiner Polizei und Sondergendarmerie, seiner Staatsanwälte und Gerichte, ja sogar seines Militärs, der den kurdischen Teil der Türkei weiter besetzt halten darf, usw. in seinem „demokratischen“, „demokratisch-konföderalistischen“, „kommunistischen“ ... Sandkasten eine neue „demokratische Gesellschaft“ auf. Wie soll das gehen? Ganz einfach. „Der Staat muss sich auf die demokratische Gesellschaft stützen... Wesentlich für die demokratische Lösung ist das friedliche Miteinander von Institutionen der Republik (Anm.: d.h. des Staates) und Institutionen der demokratischen Gesellschaft.“ (S.71) Der Staat hat keinen Klassencharakter mehr, aber die „demokratische Gesellschaft“ auch nicht, denn auch sie klappt nicht, „wenn die ideologische Hegemonie der Klassenzivilisation im Allgemeinen und der kapitalistischen Moderne im Speziellen nicht überwunden werden“. Das ist alles etwas geschwollen ausgedrückt, heißt aber nichts

anderes, als dass Staat und Gesellschaft nicht bestimmt sind durch Klassenwidersprüche und Herrschaftsverhältnisse einer Klasse über eine andere und dass ihr Weiterbestehen der Phantasterei der Roadmap nicht im Wege steht. Das ist alles purer realitätsfremder Reformismus. Öcalan sucht seine „demokratische Lösung“ „... außerhalb des Staates. Außerhalb des Staates zu suchen, bedeutet weder, den Staat zu zerschlagen und an seiner Stelle einen neuen zu errichten, noch als verlängerter Arm des bestehenden Staates in ihn integriert zu werden. Die Gesellschaft sucht die Lösung in sich selbst, in ihrem demokratischen Willen“ (S.107) Amen! Das ist alles inhaltsleere Phrase, der Traum (oder nur Augenauswischerei zu Täuschungszwecken?), nicht integriert zu werden, ist pure Hirnweberei. Das einzig Konkrete ist die Erklärung, dass der bürgerliche Staat nicht zerschlagen werden darf und ergo weiterbestehen und dass kein proletarischer Staat errichtet werden soll. Im „praktischen Teil“ der Roadmap wird Öcalan noch konkreter: „Die Institutionen der Republik Türkei ... werden als legitim akzeptiert. Fra-

gen nach ihrer Form (unitär, föderal oder konföderal) werden nicht diskutiert; es wird nicht einmal vorgeschlagen, dies auf die Agenda zu setzen.“ (S.112) Dann wird noch, damit auch alle es wissen mögen, v.a. auch seine vermeintlichen „demokratischen“ „Verbündeten“ im westlichen Ausland, hinzugefügt: „Die Lösung eines proletarischen Staates oder Volksstaates im Namen der Völker und der Werktätigen, ... , ist nur eine Täuschung und ein Betrug.“<sup>8</sup> (S.107) Kurz und gut: Alles bleibt, wie es ist - bloß machen wir uns im Rahmen des bestehenden Systems und des bestehenden Staates (noch dazu des heutigen türkischen!) eine Spielwiese für Demokratismus, Kommunalismus etc. auf.

### **Demokratie**

Wir haben es nicht abgezählt, aber die Wörter „Demokratie“, „Demokratisierung“ und „demokratische(r)...“ kommen in dem Büchlein sicher vielhundertfach vor. Es handelt sich hierbei offensichtlich um den Schlüsselbegriff Öcalans überhaupt, wobei er diesen Begriff - ganz in der Schiene der von ihm immer und

<sup>8</sup> Dort, wo in dem Zitat drei Punkte sind, steht bei Öcalan der Einschub „wie sie der Realsozialismus vorschlug“. Dieser Einschub, für die strikte Ablehnung jeglichen Staates mit proletarischem Klassencharakter ganz überflüssig, ist in Wahrheit selbst nur Täuschung und Betrug. Der „Realsozialismus“ ist ein Unwort und einerseits eine Erfindung der westlichen Reaktionäre und Imperialisten („Seht her, so sieht der Sozialismus real aus!“) und andererseits eine der sowjetischen Staatsbourgeoisie und aller Revisionisten („Der reale Sozialismus hat halt, im Gegensatz zu den Träumen linksradikaler Spinner, auch einige Macken.“) und es spricht Bände, wenn jemand so ein Unwort seinem Wortschatz einverleibt. Tatsächlich werden unter „Realsozialismus“ sowohl die revolutionäre Sowjetunion als auch die revisionistisch-kapitalistische (ab Mitte der 1950er Jahre) in eins gesetzt und damit der Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus bzw. Imperialismus weggewischt.

immer wieder so gerühmten „modernen Sozialwissenschaft“<sup>9</sup> - in oberflächlichster bourgeoiser Weise versteht und benutzt.

Demokratie - wir tragen nichts bei zu dem uralten und urdummen Brechmittel, dass Demokratie eigentlich (eigentlich!) „Volksherrschaft“ hieße, aber leider (leider!) nicht in diesem Sinn realisiert würde usw. usf.. Demokratie ist die politische *Form* eines staatlichen Systems, nicht mehr und nicht weniger, es ist nicht dieses System selbst, sein Wesen, sein Klasseninhalt (wobei es freilich wie bei allem einen dialektischen Zusammenhang zwischen Inhalt und Form gibt). Wenn z.B. gesagt wird, in einem Land ginge es demokratisch oder undemokratisch zu, wird nichts darüber ausgesagt, was dort zugeht. Der demokratische (oder heutzutage eher: Demokratie heuchelnde) Bourgeoisie sieht das natürlich nicht, denn er will ja gerade nicht darüber reden, was in dem betreffenden Land tatsächlich abläuft, sondern nur darüber, ob es nach den Spielregeln der Demokratie, d.h. den Spielregeln seiner Demokratie, der bürgerlichen

Demokratie abläuft, meistens nicht einmal das. Was unter der Maske der Demokratie angerichtet, verbrochen und gerechtfertigt wird, ist egal. Demokratie gilt ihm als Wert an sich und so findet er auch die Wurzeln seiner heutigen bürgerlichen Demokratie bei den alten Griechen vor einigen tausend Jahren und, da er meint, dass mit seinem Bourgeoisregime das „Ende der Geschichte“, will sagen: die höchste Entwicklungsstufe menschlicher Gesellschaft erreicht sei, war alles, was früher war, nur Vorgeschichte des Bourgeoisregimes und wurzelt daher seine Bourgeois-Demokratie in der Demokratie der alten Griechen, obwohl es damals noch keine Bourgeoisie gab.

„Unsere“ Demokratie ist eine Klassendemokratie, Demokratie für die Bourgeoisie (in erster Linie für das Monopol- und Finanzkapital), aber Diktatur gegenüber Arbeiterklasse und Volk. Das Mäntelchen der bürgerlichen Verfassung und des bürgerlichen Rechts verdecken mit ihren Fiktionen von „Gleichheit vor dem Gesetz“, von gleichen „Grund- und Freiheitsrechten“ usw. die Tat-

sache, dass eine winzige Minderheit, die Eigentümer der Produktionsmittel, die überwältigende Mehrheit, die nur ihre Arbeitskraft haben und diese an die Kapitalisten verkaufen müssen, wenn sie nicht verhungern wollen, ausbeutet und von Staat ausplündern lässt sowie niederhält und notfalls offen unterdrückt. Es hilft nichts, wenn der Milliardär und der Tagelöhner oder, um den Kern der Sache zu treffen, wenn der Eigentümer der Produktionsmittel und derjenige, der an eben diesen seine Arbeitskraft verkaufen muss, *rechtlich* „gleich“ sind - sie sind es eben *faktisch* überhaupt nicht, ganz im Gegenteil: gleiches Recht angewendet auf ungleiche Subjekte bedeutet Ungleichheit. Es hilft z.B. nichts, ein Recht auf Arbeit, eine Wohnung usw. zu haben, wenn es keine Arbeit, keine erschwingliche Wohnung usw. gibt. Es hilft nichts, sich und anderen vorzumachen, dass jeder (soweit „mit Unternehmmergeist gesegnet“) Kapitalist werden kann, wenn schon der bloße Gedanke, dass es eine kleine Minderheit an Ausbeutern geben könnte, ohne dass es auch eine riesige Mehrheit an

<sup>9</sup> Öcalan geriert sich häufig ungeniert wie das bourgeoise Professoren-Pack, dessen Beruf in der Rechtfertigung von Kapitalismus und Imperialismus besteht („heutiger Stand der Sozialwissenschaft“). Er glaubt inbrünstig an die bourgeoise Wissenschaft, die Beschäftigung mit ihr, konkret mit bürgerlicher „politischer Theorie und Soziologie“ (S.96), habe ihn schließlich in İmralı (seiner Gefängnisinsel) vom „unwissenschaftlichen“ bewaffneten Widerstand abgebracht. „Neue Erkenntnisse in der Sozialwissenschaft betonen die Flexibilität und das hohe geistige Niveau der gesellschaftlichen Natur. Sie unterstreichen die weite Verbreitung symbiotischer Beziehungen und legen dar, dass antagonistische Widersprüche nicht zwangsläufig sind.“ (S.115) Widersprüche zwischen antagonistischen Klassen wie Bourgeoisie und Proletariat oder zwischen Unterdrückern und national unterdrückten Völkern seien nicht antagonistisch und sollten lieber als symbiotische Beziehungen gelebt werden (Symbiose heißt Zusammenleben zu beiderseitigem Nutzen). Anders gesagt: Schluss mit dem Klassen- und dem nationalen Befreiungskampf - das beweisen „neue (!) Erkenntnisse in der Sozialwissenschaft“ - dazu ist sie ja da.

ausgebeuteten Lohnarbeitern gäbe, abwegig ist. Es hilft das Recht auf Privateigentum nichts und auch nicht das oberste Gebot des bourgeoisen Himmels, das lautet: „Eigentum ist heilig“, wenn man keines hat, nämlich kein Privateigentum an Produktionsmitteln, mittels derer man andere Menschen ausbeuten kann. Es hilft nichts, wenn zwar jeder wählen gehen kann, aber der Ausgang dieser Wahlen ohne jede Relevanz ist, weil der Staat ein Apparat unter Kontrolle der Bourgeoisie jenseits des ganzen Parlamentarismus ist, woran keinerlei Parteiengewusel im Parlament etwas ändern kann. Und sollte dennoch einmal politisch etwas aus dem Ruder laufen, gibt's immer noch den Gewaltapparat samt Militär und diesbezügliche ausländische Helfer (z.B. die EuGendFor und EU- oder NATO-Einsatztruppe) oder, wenn das auch nicht reicht, wird der Staatsapparat auf faschistisch getrimmt.

Unsere bürgerliche Demokratie ist nur der Form nach (und auch das nur bis auf Widerruf und zunehmend ausgehöhlt!) eine Demokratie, dem Inhalt nach ist sie eine Diktatur der Bourgeoisie gegen Arbeiterklasse und Volk. Die Monopolbourgeoisie hält die ganze Macht in ihren Händen und das Volk hat nichts zu reden - außer dass es, frei nach einem Marx-Wort, „alle paar Jahre darüber entscheiden darf, wer es ver- und zertreten soll“. Umgekehrt ist die „Diktatur des Pro-

letariats“, der Gottseibeiuns aller Bourgeois und Revisionisten, umfassende Demokratie für Arbeiterklasse und Volk, aber eiserne Diktatur gegen die gestürzte Ausbeuterklasse. Jedes politische Regime ist also immer zugleich Demokratie und Diktatur, je nachdem von welchem Klassenstandpunkt aus man sie betrachtet. Wer dagegen von Demokratie an sich schwätzt, einer sozusagen klassenlosen Demokratie, ist ein Parteiläufer der Bourgeoisdemokratie.

Von dem allem wird man bei Öcalan nichts finden. Vielmehr geht er geradezu auf in den Lobeshymnen auf die bürgerliche Demokratie. Dementsprechend suhlt er sich in bourgeoisem Geschwätz über die „Demokratie an sich“. Dabei versteigt er sich sogar zu einer Art Sozialbiologismus: Eine Tendenz zur Demokratie sei „stets ein natürlicher Bestandteil von Gesellschaften. Demokratie hat wesentlich mit Eigeninitiative, Orientierung und Selbststeuerung zu tun, die wir bei jedem Wesen (?) beobachten können. Daher gehe ich davon aus, dass es sich um eine universelle Erscheinung handelt.“ (S.16) Abgesehen von der Absurdität, dass er den Freiheitsdrang „jedes Wesens“ (?) mit einer bestimmten politischen Organisationsform der Gesellschaft verwechselt, springt deren „Biologisierung“ ins Auge. Etwas später dichtet er sogar den Einzellern einen Demokratismus an: „Die Wissenschaft lehrt, dass al-

len Existenzformen, selbst einzelligen Lebewesen, ein Selbsterhaltungstrieb eigen ist.“ (S.40) - und rubriziert dies unter die Überschrift „Wehrhaftigkeit von Demokratien“. Ein solcher Biologismus ist schon sehr eigenwillig. Dass Sexualität von verbogenen Eltern ihren Kindern anhand der Schmetterlinge erklärt wird, ist bekannt, aber Demokratie anhand von Einzellern? Demokratie ist hier sozusagen ein biologisches Grundprinzip, kann also a priori unmöglich etwas mit Klassenwidersprüchen und Klassenkampf zu tun haben. Das ist auch der bourgeoise Sinn und Zweck dieses Unsinn. Es geht darum, zu behaupten, dass Demokratie etwas sei, was über den Klassen stünde, mit allen Mitteln den Klassencharakter jeder Demokratie, damit auch den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie zu verwischen bzw. zu bestreiten, jeden Zusammenhang zwischen einer bürgerlich-demokratischen Form einer Gesellschaft und ihrem klassenmäßigen Inhalt zu leugnen und die „Demokratie an sich“ zum bourgeoisen Fetisch zu machen. Dementsprechend projiziert auch er seine Demokratie - zwar nicht gerade bis zu den Einzellern zurück, aber immerhin bis zu den Sumerern, „lange vor Athen“ (S.16). Aber wie bei den alten Griechen handelte es sich auch bei den Sumerern um Sklavenhaltergesellschaften: Demokratie bezüglich der herrschenden Population, diese ihrerseits bestehend



aus den Sklavenhaltern und aus deren privilegiertem „Volks“klientel, aber brutale Diktatur gegenüber den Sklaven<sup>10</sup>. Wie den alten Griechen (von denen wir viel wissen) kam es sicher auch den alten Sumerern (von denen wir deutlich weniger wissen) nicht in den Sinn, die eigentlich ausgebeutete und unterdrückte Klasse, die Sklaven, in die Frage der „Demokratie“ einzu beziehen. Auch die antike Demokratie entpuppt sich - wie unsere heutige - als Klassendemokratie und zugleich Klassendiktatur.

Nichts dergleichen bei Öcalan. Stattdessen unsägliches Palaver, dass leider später „die demokratische Institutionen außen vor gelassen wurden“ (S.17) Nachdem die Frage der Demokratie abstrahiert, verabsolutiert und jedes historischen und Klasseninhalts beraubt und gänzlich von der Staatsfrage abgetrennt wurde, ist der Weg frei für ein abstruses Konstrukt: für die Trennung und Entgegensetzung von Staat und Demokratie als zwei Pole. Für Öcalan gibt es zwar keine Klassen, aber offenbar irgendeine „demokratische Gesellschaft“ (wahrscheinlich das, was andere Bourgeois

als „Zivilgesellschaft“ bezeichnen) und diese stellt er dem Staat gegenüber. Auch nicht gerade sehr originell, aber ganz im kleinbürgerlichen „empörten“ Zeitgeist. „Demokratische Verfassungen sind Ausdruck eines Kompromisses zwischen der demokratischen Gesellschaft mit dem Staat.“ (S.34) „Staat und Demokratie sind zwei Bereiche, die sorgfältig getrennt voneinander behandelt werden müssen“, ja eine „strikte Trennung“ (S.25) sei notwendig und „beide Bereiche müssen gegenseitig ihre Legitimität anerkennen“ (S.25) „Es wäre nicht richtig, den Staat in der Demokratie aufgehen zu lassen, noch die Demokratie im Staat... Als eines der wichtigsten Probleme der Demokratisierung stellt sich die Balance zwischen Demokratie und Staat dar.“ (S.22) Daraus folgt weiter: „Weder ist die Liquidierung des Staates (Anm.: und selbst nicht seine Infragestellung!) im Namen der Demokratie notwendig, noch sollte die Demokratie im Namen des Staates aufgelöst werden.“ (S.35) Damit kommen wir des Pudels Kern schon näher. Die Demokratie, obwohl nur politische Organisationsform der Gesellschaft als

Staat, steht hier anscheinend dem Staat irgendwie äußerlich gegenüber. Diese Absurdität, diese merkwürdige Verdoppelung der staatlichen Organisation, dieser bizarre Widerspruch von Demokratie an sich und Staat an sich, erklärt sich indes vielleicht daraus, dass hier unter Demokratie gar nicht eine politische Organisationsform des Staates bzw. der Gesellschaft verstanden wird, sondern eine Art basisdemokratischen Gewusels - und, das ist der Kernpunkt, dieses Gewusel soll schauen, dass und wie es sich Freiräume schafft, ohne aber den (türkischen) Staat in Frage zu stellen. Damit auch gar niemand auf die Idee kommt, sich gegen den Staat zu stellen, wird „philosophisch“ erklärt: „Die Theorie der demokratischen Lösung ... geht davon aus, dass der Adressat einer Lösung (Anm.: des Problems der Demokratie) nicht der Staat ist, sondern die Gesellschaft, und dass somit die Lösung aus der betreffenden Gesellschaft selbst kommen sollte.“ (S.26) Das hat ein Körnchen Wahrheit, nämlich die Notwendigkeit der Selbstorganisation des Volkes, diese aber muss sich eben gerade zwar nicht

<sup>10</sup> Es gab auch - in frühen Stadien der Entwicklung dieser Gesellschaften, bevor die Sklaverei zu voller Blüte gelangte - einen Klassenwiderspruch zwischen einer Oberklasse (in Rom den „Patriziern“) und einer Unterklasse (in Rom den „Plebejern“, bestehend aus ländlichem und dann zunehmend auch städtischem Arbeitsvolk) und auch Klassenkampf zwischen ihnen, mitunter ziemlich heftigen. Mit zunehmender Ausbildung des Sklavenhaltersystems wurde dieser Klassenwiderspruch zu einem untergeordneten und zunehmend pervertierten. Die Oberklasse hielt auch die immer parasitärer werdende Unterklasse aus mit dem Mehrprodukt, das sie aus der Sklavenarbeit herauspresste. Marx sagte dazu einmal, dass der Unterschied zwischen dem (späten, d.h. spätestens ab Ablösung der Republik durch das Kaisertum) römischen Proletariat und dem modernen darin bestünde, dass heute die Gesellschaft auf Kosten des Proletariats lebe, damals hingegen das Proletariat auf Kosten der Gesellschaft (d.h. der Sklavenarbeit).

an den Staat adressieren, aber gegen den Staat richten, nicht aber glauben, sie könnte ein bisschen Demokratie im Rahmen des bürgerlichen Staates oder in seinen Poren und Rändern verwirklichen. Vielleicht, wenn man es gut mit dem Autor meint, ist mit dem Gewusel ein demokratischer Kampf gegen den Staat gemeint (oder wenigstens demokratische Bemühungen der „demokratischen Gesellschaft“ im Staat und um den Staat), aber dann gilt erst recht, dass der Kampf um Demokratie gegen den bürgerlichen Staat geführt werden muss, ohne „gegenseitige Anerkennung ihrer Legitimität“, nicht „strikt getrennt“, nicht im Hinblick auf einen „Kompromiss“, und dass er auf dessen Sturz und Zerschlagung, also auf seine „Liquidierung“ gerichtet sein muss. Dann heißt der Widerspruch erst recht: Demokratie oder besser: revolutionäre Demokratie gegen den bürgerlichen Staat.

Last but not least bleibt uns nur mehr, den wahren Beweggrund solch bizarrer Hirnweberei beim Namen zu nennen, das, was Öcalan eigentlich sagen will: Die Kurden sollten sich damit begnügen, ein klitzekleines Bisschen „Demokratie“ (nur keine „radikalen“ Forderungen

nach Selbstbestimmung und revolutionärer, gegen die herrschenden Klassen gerichtete Demokratie!) zu beanspruchen - und das ja nicht gegen „den Staat“, der natürlich in Wahrheit - jenseits aller „staatsphilosophischen“ Darmverschlingungen - nicht ein „Staat an sich“ ist, sondern der ganz konkrete türkische Unterdrückerstaat ist, gegen den man gekämpft hat, aber nicht mehr kämpfen will. Stattdessen sei „ein würdevoller Frieden“ notwendig und dieser könne „nur dann verwirklicht (werden), wenn die Frieden schließenden Kräfte gegenseitig ihr Recht auf Existenz und Entwicklung anerkennen“ (S.26).

### **Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell**

Während Öcalan in Fragen Staat und Demokratie bourgeoises Gedankengut teils in sehr gewundenen Girlanden und Pirouetten ausdrückt, ist er in der Frage, welche Gesellschaftsordnung ihm eigentlich vorschwebt, also welcher *Inhalt* hinter seinem „demokratischen Lösungsplan“ steckt bzw. wozu dieser überhaupt dienen soll (außer sich selbst, dem „demokratischen Lösungsplan“ selbst), deutlich offener. Er ist frank und frei für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus - bloß soll dieser (wie bei jedem Weltverbesserer) ein „menschliches Antlitz“ verpasst kriegen und soll es (wie bei jedem Kapitulant) ein dergestalt reformierter Kapitalismus sein, dass

das den Kapitalisten nicht weh tut, ein Kapitalismus ohne Auswüchse halt, einer zwar nicht ganz ohne, aber doch mit einer in die „demokratischen“ Schranken gewiesenen Gier. Wir kennen ja diese Geschichten bis zum Erbrechen, heutzutage mehr denn je. Öcalans „Projekt der demokratischen Lösung“ wird „die Gesellschaft gegen die destruktiven Effekte von Profitmaximierung und Umweltzerstörung durch die kapitalistische Moderne verteidigen. Dies wird sie durch nicht profitorientierte Einheiten wie ökonomisch-ökologische Kommunen leisten (Anm.: durch Kommunen gegen Kapital und Imperialismus!), welche die grundlegenden Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen und die Umwelt schützen. Sie werden monopolistische Beutezüge auf den gesellschaftlichen Märkten verhindern.“ (S.115/16) So weit, sehr fein! Aber wie? Möchte er etwa doch den Kapitalismus beseitigen oder wenigstens ankratzen? „Die kapitalistischen Elemente werden nicht vernichtet, aber weitgehend (?) eingeschränkt (?) werden. Die Arbeit wird aufhören, eine Qual zu sein und zu einem geschätzten Zentrum des Lebens gemacht werden. Die Wände der Entfremdung zwischen Arbeit und Leben werden eingerissen werden. Anstelle eines Systems, das alles in der Gesellschaft zur Ware macht und die Gesellschaft in Waren ertränkt, wird ein System bevorzugt (!) werden, das auf Gebrauchswert und notwendigem (?)



Tauschwert beruht... Eine Ethik, die in der Arbeit Befreiung anstrebt, wird die verbreitete Arbeitslosigkeit genauso beseitigen wie alle wesentlichen Sehnsüchte und Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen.“ (S.115/16) Etwas weiter vorne wird betont: „Die hier angedachten Elemente der demokratischen Lösung schlagen nicht die Liquidierung der kapitalistischen Moderne (Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus<sup>11</sup>) durch eine Revolution vor.... Der Vorschlag lautet, dass die beiden Hauptentitäten (Anm.: das sind die „kapitalistische Moderne“ und die „demokratische Lösung“) ihre Legitimität gegenseitig anerkennen, friedlich koexistieren und in einen konfrontationsfreien (!) Wettbewerb (!) eintreten.“ (S.111) „Zwar gibt es Märkte, doch der Einfluss des Monopolismus auf sie wird begrenzt und sie befinden sich unter der ethischen Kontrolle der Gesellschaft. Die ethischen und moralischen Werte der Gesellschaft haben Vorrang.“ (S.108/09) Fehlt nur noch, dass „bei uns der Mensch im Mittelpunkt steht“. Wie kann man ein solches Blabla und noch dazu in einer so pfäffischen Ausdrucksweise zusammenschreiben! An anderer Stelle lässt Öcalan die Katze aus dem Sack: Er akzeptiert den Status quo in der Türkei - und als Gegenleistung dafür „akzep-

tieren die Elemente der kapitalistischen Moderne in der Republik Türkei - was immer ihre Strukturen, Institutionen und der dahinter stehende ideologische Monopolismus sein mögen - die Existenz einer demokratischen, nationalen Gesellschaft und somit das Vorhandensein (!) einer Lösungschance (!) und deren Legitimität (!).“ (S.111) Viel erwartet er sich nicht für seine Kapitulation, viel bleibt nicht von den großen Weltverbesserungsplänen.

Das ist der wer-weiß-wievielte Aufguss des bourgeoisen Seichs, den Kapitalismus auf dem Boden bzw. im Rahmen des Kapitalismus überwinden zu wollen bzw. zu können. Diese Sorte von Lohnschreibern der Bourgeoisie träumen von einem Kapitalismus - ohne Kapital, ohne bzw. nur mit „gerechter“ Ausbeutung (d.h. mit moderierter Mehrwertaneignung), ohne Streben nach Profitmaximierung, ohne kapitalistische Konkurrenz, ohne Akkumulation von Kapital, ohne Konzentration und Zentralisation des Kapitals, ohne Monopole oder wenigstens „Übermonopole“ und wenn schon, dann unbedingt „regulierte“, ohne Geldkapital („Finanzhaie“), ohne Arbeitslosigkeit und ohne Entfremdung und ohne Imperialismus. Und das alles ohne Beseitigung der kapitalistischen Produkti-

onsverhältnisse (bzw. im Fall der Entfremdung auch ohne restlose Überwindung der Warenproduktion). Als ob nicht alle diese Übel gesetzmäßig aus der Warenproduktion und dem frühen Kapitalismus der „freien Konkurrenz“ herausgewachsen wären und sich immer aufs Neue auf dieser Grundlage reproduzierten. Als ob sich keiner dieser Schreiberlinge je die Frage gestellt hätte, wie das alles gehen soll ohne Kampf gegen und Beseitigung des Kapitalismus. Oder doch? Öcalan hat die Lösung: „Gemäß dieser Definition müssen die Monopole von Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus friedlich mit den demokratisch-konföderalistischen, ökonomischen und ökologischen Institutionen der demokratischen Gesellschaft auf der Basis eines Kompromisses eine friedliche Koexistenz akzeptieren.“ (S.71) So weit alles super klar, jetzt kann man halt nur hoffen, dass diese Monopole, d.h. der bourgeoise Staat und das Kapital, diese „Definition“ kennen und sich auch daran halten und dass es der „demokratischen Gesellschaft“ und den Monopolen gemeinsam, in „friedlicher Koexistenz“ und „symbiotisch“ gelingt, herauszufinden, worin ein solcher Kompromiss zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bestehen könnte.

<sup>11</sup> Beiläufig sei erwähnt, dass sich durch die ganze Roadmap auch ein reaktionärer Zug gegen den „Industrialismus“ und für die Kleinproduktion zieht - kein Wunder, lässt sich diese doch wesentlich leichter „kommunal selbstverwalten“ und „konföderalistisch“ fragmentieren.

### **Nation, Nationalismus, Nationalstaat**

Nation und Nationalstaat sind historische Kategorien, nicht unhistorische. Nationsbildung findet statt oder, aus welchen Gründen immer, auch nicht. Nationen bilden sich und vergehen. Ihr fortschrittlicher Charakter bzw. ihre fortschrittliche Seite verliert den fortschrittlichen Charakter oder schlägt um ins Reaktionäre. Sie sind nicht „an und für sich“ gut oder schlecht. Die historische Nationsbildung im Europa des 19. Jahrhunderts war in der Regel fortschrittlich, weil sie immer gegen überkommene feudale oder halbfeudale Verhältnisse und/oder ausländische Beherrschung bzw. Einmischung erfolgte. Auch wenn *heute* Völkerschaften in abhängigen Ländern zu einer Nation zusammengeschießt werden, was ohnedies nur im antiimperialistischen Befreiungskampf erfolgt, richtet sich das immer gegen Imperialismus und Neokolonialismus, während letzterer an Spaltung und Zersplitterung interessiert ist. Die Herausbildung des französischen Nationalstaats z.B. erfolgte in der Französischen Revolution und war fortschrittlich (während sich z.B. klerikalreaktionäre „nationale“ Kräfte in der Bretagne im Solde Englands als Kon-

terrevolutionäre betätigten). Die Herausbildung der deutschen Nation erfolgte im 19. Jahrhundert, bedeutete gegenüber der früheren Zersplitterung, Überbleibsel der Feudalzeit, einen Fortschritt und war nicht zufällig eine der wichtigsten Lösungen der Revolution von 1848. Die Herausbildung der italienischen Nation und die Schaffung eines italienischen Nationalstaates erfolgten in den Unabhängigkeitskriegen (Garibaldi!) gegen Österreich und waren fortschrittlich. Die slawischen Nationalstaaten auf dem Gebiet der früheren Habsburgermonarchie entstanden 1918 mit der Zerschlagung dieses Völkerkerkers. Die Nationsbildung und das Entstehen von Nationalstaaten in Europa, im Wesentlichen im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, war durchwegs fortschrittlich und die diesbezüglichen Volksbewegungen immer eng verknüpft mit dem Kampf um Demokratie. Diese Entwicklung entsprach der Entwicklung des Kapitalismus, der ebenfalls die Beseitigung feudaler Schranken und Zersplitterung erforderte - und auch die Entwicklung des Kapitalismus, gegenüber dem Feudalismus, war fortschrittlich. Das alles war in einer Zeit, in der sich der Kapitalismus zwar nicht mehr ökonomisch,

aber sehr wohl politisch noch in einer Aufwärtsentwicklung befand. Es herrschte noch nicht Monopolkapitalismus und Imperialismus.

Seit dem vollen Sieg des Kapitalismus über den Feudalismus, der Beseitigung der feudalen Überreste und insbesondere seit der Ausbildung des Imperialismus hat sich das geändert. Im 20. oder 21. Jahrhundert war und ist natürlich ein deutscher oder französischer Nationalismus nur ideologische Begleitmusik zum deutschen oder französischen Imperialismus. Dafür waren die antikolonialen Befreiungskämpfe in Afrika z.B. begleitet von Prozessen der Nationswerdung und dies war fortschrittlich und extrem wichtig für die Siege in den Unabhängigkeitskriegen. Die Völkerschaften des Kongo könnten froh darüber sein, eine Nation zu bilden gegen die Umtriebe des Neokolonialismus.

Nation und Nationalstaat sind wie gesagt historische Kategorien und ob sie „gut“ oder „schlecht“ sind, hängt von der jeweiligen historischen Situation ab<sup>12</sup>. Man muss schon äußerst wenig von der Geschichte beleckt sein und ziemlich borniert, wenn man wie Öcalan glaubt, Nationsbildung und Na-

<sup>12</sup> An manchen Stellen dämmert ihm der Widerspruch: „Die Begriffe ‚Türken‘ und ‚Kurden‘ haben erst im vergangenen Jahrhundert einen Hauch von Realität gewonnen.“ (S.30) Stimmt, aber inzwischen haben sie einen sehr heftigen „Realitätsbezug“ gewonnen, vornehmlich durch die „reale“ Unterdrückung der Kurden (und zwar als Kurden!) durch den türkischen Staat. Ist das so schwer zu begreifen? Wer heute das Recht der Kurden auf nationale Selbstbestimmung leugnet unter Hinweis darauf, dass diese Fragestellung in früheren Jahrhunderten keinen Sinn gemacht hätte, ist in wissenschaftlicher Hinsicht ein bornierter Tropf und in politischer ein Reaktionär.



tionalstaat seien immer und überall der Inbegriff des Bösen. „Ein Staat kann nicht gleichzeitig Nationalstaat und demokratischer Staat sein.“ (S.33) Das ist kompletter historischer Blödsinn, für den - außer der Kurdenfrage in der Türkei - keinerlei Beweis geliefert wird. Dabei kann man leicht das Gegenteil beweisen, denn es zieht sich ein weiter Bogen nationalrevolutionärer demokratischer Bewegungen durch die Geschichte, beginnend mit dem „Prototyp“ des revolutionären Nationalstaats, des Frankreich der Großen Revolution, wo die Revolution *ihren* Nationalstaat in zahllosen revolutionären Kriegen nach innen und außen herausbildete und *zugleich* der Demokratie, allerdings einer revolutionären Demokratie gegen die feudale und absolutistische Diktatur, zum Durchbruch verhalf<sup>13</sup>.

Vermutlich dient Öcalan aber auch hier das unhistorische und unwissenschaftliche Geschreibsel einem ganz anderen politischen Zweck. Er meint wahrscheinlich mit „Nation“ immer eine Unterdrückernation, sei es im regionalen Umfeld, sei es nationalen Minderheiten im eigenen Land gegenüber. „Nationalstaat“ ist für ihn wahrscheinlich ein Staat, der sich „national“

(im Sinne der herrschenden Nation) geriert und dabei andere Teile des Volkes (andere Nationalitäten) unterdrückt. Das wäre bzw. ist (in der Türkei, im Iran ...) berechnete Kritik, hat aber nichts mit der Frage des Nationalstaats zu tun, sondern mit der Frage der Demokratie. Auch in einem „Nationalstaat“ kann und wird es häufig nationale Minderheiten geben, die ja deshalb nicht unterdrückt werden müssen. Öcalan's historische-„wissenschaftliche“ Erörterungen zur Frage sind wieder einmal, wir kennen es schon, engstirnige Projektion heutiger Probleme in der Türkei in die Vergangenheit, in die Welt und in die Wissenschaft. Seine Roadmap ist es, die in Wahrheit alles nur aus „nationaler“ kurdischer oder ggf. türkischer Sicht betrachtet. „Allen Kulturen wurde der Nationalismus aufgedrängt, und auch die Kurden hatten Anteil an dieser Katastrophe, und zwar nicht zu knapp!“ (S.77) Das ist überhaupt nicht wahr, es wurde doch nicht vom englischen oder französischen oder deutschen Kolonialismus ihren Kolonien oder vom russischen oder dem Habsburgerreich ihren „inneren Kolonien“, also „allen Kulturen“, der Nationalismus aufgedrängt. Er möchte aber ohnedies nur sagen, dass es eine falsche

Politik sei, sich auf den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu orientieren, weil Nation und Nationalstaat erstens überhaupt abzulehnen und zweitens dem kurdischen Wesen fremd seien. „Wären die Probleme der Kurden im Mittelalter durch einen kurdischen Staat gelöst worden?“ (S.76) Natürlich nicht, denn damals gab es überhaupt noch keine Staaten im heutigen Sinn, schon gar nicht auf Grundlage nationaler Zugehörigkeit. „Man dachte (Anm.: in den 1920er Jahren, nach der Oktoberrevolution), die Probleme der Völker und Identitäten würden zu einer endgültigen Lösung gelangen, sobald sie einen eigenen Staat bekämen.“ (S.76) Nur Bourgeois konnten so etwas denken, denn die Zerschlagung der habsburgischen, russischen, osmanischen etc. Völkerkerker und der Kolonialreiche und die Erringung nationaler Befreiung konnte natürlich keine „endgültige Lösung“ bringen, denn diese bestand auch schon damals in der Beseitigung von Kapitalismus und Imperialismus, aber es erleichterte den Klassenkampf. Es wird doch wohl auch ein Öcalan nicht bestreiten, dass die Zerschlagung der Habsburgermonarchie gut und nicht schlecht war. Jedenfalls kann sich nur ein

<sup>13</sup> Ein paar viel spätere Beispiele: Der albanische Befreiungskampf vor und während des Zweiten Weltkriegs war ein nationalrevolutionärer Kampf gegen den italienischen Faschismus. Auch die Herausbildung von Ansätzen einer jugoslawischen Nation während des Zweiten Weltkriegs im Partisanenkrieg gegen den Faschismus war fortschrittlich, wurde aber leider zuerst durch den Tito-Revisionismus unterminiert und dann durch die westlichen Imperialisten umgebracht - mit den bekannten Folgen und dem Ergebnis einer Handvoll Zwergstaaten, deren „nationale Besinnung“ keinerlei fortschrittlichen Charakter trägt, sondern imperialistisches Artefakt ist.

Reaktionär gegen diese Zerschlagung stellen, bloß weil er Nationen und Nationalstaaten für pfui hält.

Sogar der türkische „Nationalismus“ von 1920 bis vielleicht 1924 hatte eine fortschrittliche Seite, soweit er Kampf um die „nationale Rettung“ zur Durchkreuzung der imperialistischen Pläne war - ohne ihn wäre die Türkei vielleicht zerschlagen und aufgeteilt worden wie heute Libyen. Und umgekehrt war der von oben geschürte und nicht aus den Völkern heraus entwickelte Nationalismus des Sultanats seit Abdülhamid II., der sich in die Jungtürkenbewegung und in das Ittihad-Komitee hinein fortsetzte, sich mit den Balkankriegen 1912-1913 radikalisierte und in den Völkermord an den Armeniern und später in die blutige Unterdrückung der Kurden mündete<sup>14</sup>, als letztes Mittel zur Rettung des Osmanischen Reiches oder jedenfalls von Teilen davon gedacht und verfolgte in jeder Hinsicht einen reaktionären, unterdrückerischen Zweck.

Auch wenn sich die Jungtürkenbewegung und Ittihad in den Staatsapparat Mustafa Kemal's hinein fortsetzten, sind er und Abdülhamid II doch nicht, da beide „Nationalisten“, zu vergleichen.

Aber lassen wir die Geschichte, denn es steckt hinter dem Ganzen ja nur der Sinn, die Kapitulation und den Verrat am nationalen kurdischen Befreiungskampf zu rechtfertigen. Öcalan ist inzwischen zu einem geharnischten Gegner des kurdischen Befreiungskampfes geworden und lehnt das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung, da „aufgedrängt“, unsinnig, „undemokratisch“, „Gewalt erzeugend“ usw. usf., ab.

(Nur der guten Ordnung halber sei erwähnt, dass die „demokratische Nation“, die bei Öcalan strapaziert wird, mit einem sinnvollen Begriff der Nation gar nichts zu tun hat, sondern nur ein verbales Zugeständnis an die „türkische Staatsnation“ ist, die bekanntlich immer

wieder sogar die Leugnung der bloßen Existenz von Kurden mit einschloss. Es verhält sich hier ähnlich wie mit der „gemeinsamen demokratischen Heimat“. Aber ein Gebilde, das „sich definiert (wegen des offenen und flexiblen Identitätsbegriffs) durch Individuen und deren Zugehörigkeit zu Kulturen, Ethnien und Religionen, wobei sie Grundrechte und -freiheiten teilen“ (S.70), ist keine Nation, sondern allenfalls ein Staat.)

### **Klassen und Klassenkampf**

Die Frage nach dem Subjekt einer revolutionären Umwälzung stellt sich für Öcalan klarerweise nicht, da er ja keine revolutionäre Umwälzung anstrebt. Öcalan kennt in seiner Roadmap auch keine Klassen, die die Gesellschaft bilden, und deren Widersprüche untereinander. Das Wort „Klasse“ findet sich zwar ein paar Mal, aber nur in weit zurückliegender Geschichte, aber er hat nicht den geringsten Begriff davon<sup>15</sup>. Es wun-

<sup>14</sup> Öcalan hat hinsichtlich der Unterdrückung der Kurden und Armenier eine unausgewogene Position. „Zwischen 1925 und 1950 wurde gegen die Kurden eine ähnliche Säuberungspolitik- und Entkurdisierungspolitik betrieben wie zuvor gegen die Griechen und Armenier Anatoliens.“ (S.68) An anderer Stelle (S.99) spricht er von „kulturellen und physischen Genoziden“ an den Kurden. So brutal die Kurden verfolgt, zwangsausgesiedelt und viele massakriert wurden, so stellt doch der Genozid an den Armeniern nochmals eine andere Qualität dar, weil dabei in zwei Jahren (1915-1917) etwa eine Million (von insgesamt etwa 1,5 Millionen!) auf grausamste Weise umgebracht wurden, sodass dieser Genozid in gewisser Weise mit der „Endlösung der Judenfrage“ vergleichbar ist. Übrigens spielten kurdische Verbände im Auftrag des Sultans, der Ittihad und des deutschen Imperialismus eine wichtige Rolle bei diesem Völkermord und taten sich häufig als besonders üble Folterer und eifrige Kurdisierer armenischen Eigentums hervor - und in einem von einem Kurden geschriebenen Buch, das von dieser Zeit handelt, kann und muss man verlangen, dass die Dinge richtig dargestellt und auch die damalige Rolle kurdischer Verbände beim Namen genannt wird. Oder schlägt auch hier wieder der Öcalan'sche Opportunismus durch, der dem türkischen Staat auch in dieser Frage nicht allzu nahe treten möchte?

<sup>15</sup> Es ist allerdings der Begriff, der allenfalls hinter dem Wort „Klasse“ steckt, sehr verwaschen und verworren und die Geschichte wird ganz schön vergewaltigt. Z.B. ist es unmöglich, dass sich Klassen unter den sumerischen „Protokurden“ im fünften Jahrtausend v.u.Z. (S.74), aber unter den „Prototürken“ von nebenan erst im 11. Jahrhundert n.u.Z. (S.46) ausgebildet hätten.

dert daher nicht, dass man nach den Hauptklassen aller kapitalistischen (oder auch kapitalistisch dominierten) Gesellschaften, d.h. Proletariat und Bourgeoisie, vergeblich sucht. Dafür wird als Träger der Demokratie etc. - der Mythos einer „Mittelklasse“ aufgebaut, der sich von der französischen Revolution bis zur heutigen Türkei zieht, und diese findet bei Öcalan ihren staatlichen Ausdruck in einer „Oligarchie“ und „Bürokratie“ mit unkenntlichem Klassenprofil. Aber für den Ersatz der Klassenwidersprüche durch den zwischen denen unten und denen oben bzw. zwischen „Oligarchie“ oben und „Projekt der demokratischen Lösung“ unten reicht's.

Lassen wir die Französische Revolution einmal beiseite<sup>16</sup> und wenden wir uns der Analyse des türkischen

Gesellschaft zu. Er glaubt, die (halb)faschistischen und rassistischen Scharfmacher in der Türkei seien nicht die Monopolbourgeoisie bzw. eine Fraktion von ihr, sondern eine Mittelklasse. „Die wichtigste soziale Kraft hinter der militärischen Gewaltlösung ist die durch die Elemente der Moderne geschaffene Mittelklassenbourgeoisie und ihre Bürokratie. Diese Klasse entstand auf der Grundlage der Verleugnung der Existenz der Kurden.“ (S.102) Allerdings habe selbst diese Chancen, zum Partner des „Projekts der demokratischen Lösung“ zu werden: „Möglicherweise wird sich die türkische Mittelklassenbourgeoisie und -bürokratie ... von ihrer verleugnenden, assimilationistischen Mentalität befreien.“ (S.106) Es stünden sich also in der Türkei eine extremistische Mittel-

klasse und eine gemäßigte Bourgeoisie gegenüber, wobei letztere über weite Strecken der türkischen Geschichte gegenüber der Mittelklasse nichts zu sagen gehabt hätte. Das ist kompletter Humbug. Was es gibt, sind verschiedene Fraktionen der türkischen Bourgeoisie, auch mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen etc. Es ist aber überall und immer eine beliebte Masche des Bourgeoisideologen, auch in Europa, den Faschismus einem radikalisierten Kleinbürgertum anzuhängen, obwohl er von der Monopolbourgeoisie eingeführt wurde und nur deren äußerst reaktionären Flügel repräsentierte<sup>17</sup>. Ein Öcalan müsste das doch wissen und nicht solches Zeug nachplappern. Warum tut er es dann? Weil sein „Projekt der demokratischen Lösung“ sich natürlich leichter tut,

<sup>16</sup> Öcalan hat Klassen- und Triebkräfte sowie Etappen der Französischen Revolution nicht verstanden. Diese Revolution war selbstverständlich ihrem Klasseninhalt nach eine bürgerliche Revolution, aber ohne die zunehmende Radikalisierung der Revolution hätte das absolutistische Regime nicht gestürzt und der feudale Grundbesitz nicht zerstört werden können, sondern hätte auch die französische Bourgeoisie eine Niederlage erlitten. Im Zug dieser Radikalisierung und von ihnen vorangetrieben spielten „proletarische“ Elemente ein wachsende Rolle, wobei sich die fortgeschrittensten sogar bis zum Kommunismus vorarbeiten konnten (Babeuf, ein ganz kleines bisschen auch schon die Enragés) - bis schließlich die Ziele der (bürgerlichen!) Revolution erreicht waren, die Konterrevolution (der Thermidor) einsetzte und man sich der „proletarischen“ Elemente entledigen konnte. Der „Jakobinismus“ war eine Etappe in der Radikalisierung der Revolution. Öcalan dagegen meint: „(Der Jakobinismus) repräsentiert die an die Macht drängende Mittelklasse, die Bourgeoisie, und darin den radikalsten Teil der revolutionären Bourgeoisie“ (S.49) und es handelt sich bei ihm „im Wesentlichen um eine radikale Bewegung für die Macht der Mittelklasse“ (S.51) Was aber hat so ein Begriff von Mittelklasse für einen Sinn in einer Revolution, in der sich in erster Linie Bourgeoisie und Feudalregime gegenüberstehen? Wieso erklärt man diese Bourgeoisie zur Mittelklasse, wo doch die Unterklasse, das zukünftige Proletariat zwar ideologisch und politisch schon im Keim herausgebildet war, aber ökonomisch noch nicht? Ohne den Jakobinismus der Französischen Revolution zu begreifen, schreibt Öcalan, kann man die Türkei nicht begreifen (S.49). Ersteren hat er selbst jedenfalls nicht begriffen.

<sup>17</sup> Öcalan schaut oft nur auf gewisse Äußerlichkeiten - ganz im Stile der „modernen Sozial- und Geschichtswissenschaft“. Er sieht z.B. im Ittihad-Komitee, das 1889 gegründet wurde, weil der rassistischen Denkweise und den Methoden nach irgendwie „faschistisch“, einen Vorläufer der NSDAP und hält Ittihad überhaupt für die ersten Faschisten (S.54). Es ist aber Humbug, das Osmanische Reich, das sich nicht auf einem modernen Kapitalismus und Imperialismus gründete, mit dem Hitlerfaschismus zu vergleichen - selbst wenn vielleicht „sich Hitler nicht ohne Grund später daran ein Beispiel genommen hat“ (Öcalan hat im Auge die „Organisierung eines Staates im Staat“).

wenn es bloß eine extremistische Mittelklasse loswerden muss, nicht aber die Bourgeoisie, auf deren Einsicht man vielmehr durchaus setzen könne<sup>18</sup>. Wenn man einen weiten Bogen um den Klassenkampf und die nationale Befreiung des kurdischen Volkes schlagen will, nützt es, sich so eine Aufplustierung der Mittelklasse auszu-denken - und sich den Weg des „Kompromisses“ mit der Bourgeoisie freizuhalten.

Dieses Konstrukt wird dann in die Geschichte zurückprojiziert. In der revolutionären Phase ab Sturz des Sultanats und der Ausrufung der Großen Volksversammlung der Türkei 1920 habe diese auf einem Bündnis von „ideologisch der Mittelklasse entstammenden, türkischstämmigen Nationalisten“ (S.57)

mit anderen Kräften (kurdischen Stammesführern, der islamischen umma-Hierarchie und „Sozialisten aus der Unterschicht, die mit dem Bolschewismus sympathisierten“) basiert und sei von den angeführten Mittelklasslern dominiert worden<sup>19</sup>. „(Das Parlament) war von der Mittelklasse geprägt“ (S.56). Mustafa Kemal<sup>20</sup> sei „ideal geeignet (gewesen), in dieser Situation die Führungsrolle zu übernehmen“ (S.55), war also Führer der Mittelklassler und nicht der Bourgeoisie. Wo war aber dann die türkische Bourgeoisie bzw. ihre politische Repräsentanz?

### **Die Verbündeten der „demokratischen Lösung“: USA und EU**

Öcalan setzt alles auf die Karte der USA und der EU. Die EU ist überhaupt sein

Ideal insofern, als: „Individuelle Rechte und Freiheiten sowie der Rechtsstaat bilden den Wesenskern und den Rahmen der Demokratie. Die Europäische Union stellt den systematisierten Zustand dieser Grundlagen dar (Anm.: Zustand der Grundlagen?).“ (S.43/44) Er sieht in den „Bemühungen seit den 1950er Jahren, die EU als eine die Nationalstaaten transzendierende demokratische Konföderation aufzubauen“ (S.17) „Dass die USA und auch die EU nicht länger auf die Oligarchie setzen, ..., sondern sich demokratischen Lösungen öffnen, erhöht erstmals die Chancen auf eine wirklich demokratische Lösung in der türkischen Geschichte.“ (S.19) Sein „Begriff der demokratischen Nation“ käme, schreibt er, „derjenigen Definition sehr nahe, die

<sup>18</sup> Vielleicht erscheint das heute, angesichts der Politik der Türkei gegenüber Syrien und dem Irak, selbst einem Öcalan schon wieder in einem etwas weniger rosigen Licht.

<sup>19</sup> Diese Situation, also dieses „Bündnis“ der „vier Kräfte“ habe bis 1923 angehalten (S.57). Wurden nicht schon 1921 die „mit dem Bolschewismus sympathisierenden“ Kommunisten umgebracht, darunter der Parteivorsitzende Mustafa Suphi und weiterer führender Kader?

<sup>20</sup> Sehr widersprüchlich übrigens, wie Öcalan die Rolle Mustafa Kemal's beschreibt. Er betont zu Recht seine fortschrittliche Rolle bei der Beseitigung des osmanischen Sultanats, beim Wegräumen der feudalen Schlacken und nicht zuletzt bei der Rettung der Türkei (ihres heutigen Territoriums) vor imperialistischer Zerstückelung und Aufteilung, beschönigt aber seine reaktionären Seiten und sucht nach Rechtfertigungen dafür. Z.B. wenn er schreibt: „Das Parlament stand dem Kommunismus nicht feindlich gegenüber, sondern pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Lenin und seiner (!) III. Internationale.“ (S.56) Das stimmt nur für die zwischenstaatlichen Beziehungen zur Sowjetunion, aber in der Türkei musste die Bourgeoisie, deren Vertreter Mustafa Kemal war, die Kommunisten so schnell wie möglich eliminieren und ließ deren Führer schon 1921 umbringen. Zur Kurdenfrage heißt es: „Die Ausgrenzung der Kurden war keine bewusste Entscheidung Mustafa Kemals mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung ...“ und acht Zeilen weiter: „Die Entscheidung war kein historischer Fehler, sondern eine bewusste Wahl. Man glaubte, die Allianz mit den Kurden nicht mehr zu benötigen.“ (S.58) Dass sich in weiterer Folge ein „extremer Nationalismus“ durchsetzte und es mit der Demokratie nicht mehr weit her war, liegt laut Öcalan auch wieder an der sich falsch entwickelnden Mittelklasse, während „Mustafa Kemal entgegen landläufiger Meinung hierin nicht führend war ... Ab 1926/27 befand sich Mustafa Kemal eingeschlossen in Çankaya und zugleich gefangen zwischen den Zahnrädern der Bürokratie.“ (S.60). Anscheinend vermutet Öcalan, nicht zu Unrecht, dass man in der Türkei lieber nicht zu viel am Staatsgründer und „Vater der Türken“ kritisieren soll, wenn man nicht unten durch sein will. Die Geschichte der Republik Türkei einschließlich der widersprüchlichen Rolle Mustafa Kemal's ist aber hier nicht unser Thema, obwohl es eine lohnende Aufgabe wäre, insbesondere für die türkischen und kurdischen Genossen, diese mit der sehr ausführlichen von Öcalan gelieferten Geschichtsschreibung zu konfrontieren.



die EU aus den blutigen nationalen Kämpfen der Moderne der letzten 500 Jahre abgeleitet hat“ (S.113) „Nicht umsonst treibt die EU gleichzeitig mit der staatlichen Konföderation zivilgesellschaftliche Konföderationen in gleichem Maße voran (?).“ (S.118) Das ist alles pures bodenloses Geschwätz, das aller Realität brutal ins Gesicht schlägt. Bosnier, Kosovaren, Montenegriner, Rumänen, Bulgaren, Griechen ... , die unter imperialistischer Knechtung durch die EU leiden, aber auch Deutsche, Italiener und Franzosen, auf die eingepregelt wird und die eingesperrt werden, wenn sie aufmucken, dürften sich wundern. „Erwarten können wir auch konstruktive Beiträge von Mächten wie der USA und der EU, die in vielen Dimensionen einer Lösung geradezu Partei sind (Anm.: Aufforderung zur imperialistischen Einmischung?!), und anderen internationalen Mächten, die über entsprechende Erfahrungen (!) verfügen.“ (S.119) Sollte es zu einem Waffenstillstand und Friedensschluss entsprechend der Roadmap kommen, soll der Rückzug der illegalen Strukturen der PKK aus der Türkei „unter der Kontrolle einer Institution, die aus Vertretern der USA, der EU, der UN, der irakisch-kurdischen Regionalregierung und der Republik Türkei ... gebildet wird“ erfolgen (S.125) Und auch die Freilassung Öcalan's selbst soll „gemeinsam mit den oben genannten Vertretern der USA, EU, UN ...“ erfolgen (S.125). Mit Hilfe der Imperialisten zu

Demokratie und Freiheit - ein superdemokratisches Projekt gegen die „kapitalistische Moderne“!

### ***Verleumdungen des Bolschewismus und der Sowjetunion***

Zu den „Spitzenleistungen“ der Roadmap, die unbedingt erwähnenswert sind, gehört der plumpe Antikommunismus. Wie jeder Renegat fällt Öcalan in übler Weise über die revolutionäre Sowjetunion nach der Oktoberrevolution und über „Lenin und seine (!) III. Internationale“ her. Er faselt über den „Zusammenhang von Faschismus und Bolschewismus mit dem Jakobinismus“, über die „gemeinsame jakobinische Wurzel“ beider: „Durch beide wurden Nation und Nationalstaat in extremer Weise ausgedrückt und aufgebaut, jedoch im Namen (im Namen!) verschiedener Klassen.“ (S.52). Der „Jakobinismus der Bolschewiki“, d.h. „ihre Ausrichtung auf die Macht und ihr klassenorientierter Nationalismus (?)“ führten dazu, dass sie selbst einen Nationalstaat anstrebten. Der Nationalstaat ist jedoch die grundlegende Staatsform des Kapitalismus.“ (S.52) Das ist eine ungeheuerliche Verleumdung, wenn man bedenkt, dass einer der ersten Akte des Rats der Volkskommissare nach der Machtergreifung das „Dekret über die Rechte der Völker Russlands“ war, das in der Folge konsequent umgesetzt wurde. Auch der Kampf der Kommunistischen Internationale gegen Krieg und Faschismus

wird verleumdet: „Die Erfahrungen der in der Moderne verhafteten III. Internationale, die in den 1930er Jahren versuchte, eine antifaschistische Front der Werktätigen und Völker aufzubauen, bedeuteten für die Demokratie keinen großen Gewinn.“ (S.48) Es dürfte Öcalan entgangen sein, dass nicht zuletzt auch wegen dieser Bemühungen der Komintern der Faschismus besiegt wurde und dass nach dem Zusammenbruch des Faschismus volksdemokratische und sozialistische Revolutionen in einer Reihe von Ländern siegten. Es gehört schon viel Ignoranz und Niedertracht zu solchen Verleumdungen.

Wir dürfen natürlich nicht vergessen, dass sich diese schmutzige Brühe in der „Selbstkritik“ Öcalans im Namen der PKK an der eigenen Vergangenheit gesammelt hat, in der Abrechnung des Renegaten mit sich selbst. Z.B.: „Ziel der PKK war es, die Türkei in einen sozialistischen Staat zu verwandeln, in Kurdistan eine sozialistische Republik zu errichten und anschließend zwischen beiden eine internationalistische Allianz zu schmieden. Innerhalb dieses Paradigmas gab es wenig Platz für Demokratie und eine demokratische Gesellschaft (Anm.: Warum? Weil sich Sozialismus und Demokratie grundsätzlich widersprechen?) ... Wie Karl Marx glaubte, dass sich eine rein kapitalistische Gesellschaft errichten lasse (??), so glaubte man, dass ein reiner Klassenstaat errichtet wer-

den könnte.“ (Gemeint ist banal „ein Klassenstaat“ und das Wörtchen „rein“ dient nur der Vernebelung der Fragestellung.) Dabei ist sowohl ein reiner Klassenstaat wie auch eine rein kapitalistische Gesellschaft phänomenologisch (?) unmöglich.“ Mit den eigenen Sozialismus-Phantasien, noch dazu jakobinischen, wird jetzt abgerechnet und daher muss auch mit Kommunismus abgerechnet werden.

### **Zur „Transformation der PKK“**

Die Roadmap zeigt nur allzu deutlich, dass bei Öcalan weder vom „Marxismus“, noch von der Arbeiterpartei etwas übrig ist, die die PKK wenigstens laut ihrem Namen einmal war oder zu sein glaubte. Statt nationaler Befreiung, revolutionärer Demokratie und Sozialismus wird in dem Buch ein windiges bürgerliches Kapitulantensprojekt zum Programm erhoben. Statt den Kampf gegen den Imperialismus und den türkischen Staat zu propagieren, zählt man darauf, eine friedliche symbiotische Koexistenz zu erbeteln, und dass einem die westlichen Freunde von „Freiheit und Democracy“ dabei helfen - auch in ihrem eigenen Interesse, wie mehrfach betont wird. Der „schmerzhafteste Prozess, die demokratisch-nationale Gesellschaft zu begreifen“ (S.108), den Öcalan bzw. die PKK, soweit sie ihm folgte, seit ihrer Gründung 1978 durchlief, um dort zu landen, wo die Roadmap heute ist, muss erklärt und gerechtfertigt werden.

Das ist alles und es ist dazu eigentlich nicht viel zu sagen, denn es versteht sich von selbst, dass der Renegat sich von dem, was er renegiert, distanzieren und es sogar in gewisser Weise schlecht machen muss. Wer das im Detail lesen will, kann es ja lesen. Nur ein paar Punkte verdienen es, näher beleuchtet zu werden.

Da ist einmal der „Realsozialismus“. „In der Atmosphäre des Kalten Kriegs der 1970er Jahre wurde auch die PKK dem realsozialistischen Lager zugeordnet. Zumindest war das beabsichtigt. Auch die Stellungen, die sie bezog, drückten das aus.“ (S.95, auch die weiteren Zitate) Der „Realsozialismus“ war aber in den 1970er Jahren längst zu einem Kapitalismus und Imperialismus degeneriert und man rechnete sich also dem „Lager“ des sowjetischen Sozialimperialismus zu. Dementsprechend dürfte auch der damalige „Marxismus“ der PKK schon ausgeschaut haben.

Dann wird die damalige PKK heruntergemacht. „Ihr intellektuelles Niveau reichte kaum über die Ebene der revolutionären Gefühle und Begriffe hinaus.“ Also - abgesehen von den „Begriffen“ - primitive Revoluzzer. „Der revolutionäre Wille war viel bestimmender (Anm.: als die Analyse, Strategie etc.) ...ihre Inspiration war weniger die Ideologie als die Vision eines freien Lebens... Sie ähnelte eher einer auf Moral und Glauben gegründeten Bewe-

gung als einer modernistischen (!?) linken Partei.“ Allerdings lag das sozusagen auch in der Natur der Sache, denn ohnehin war „die gesellschaftliche Natur der Kurden von ihrer materiellen Situation her nicht mit modernen Begriffen und Theorien zu erklären“. Ein dumpf dahinlebendes und von Gefühlen gesteuertes Hirtenvolk in den Bergen halt, das man nicht verstehen und nicht erklären kann. „Als der Realsozialismus sein Ansehen einbüßte“, also mit Zusammenbruch des sowjetischen Sozialimperialismus, wurde die PKK, laut Öcalan, gerade wegen dieser Beschränktheiten, dadurch nicht besonders „beeinträchtigt“ und es begann die „eigentliche Transformation der PKK“ in Form der „Abkehr von der staatsfixierten Ausrichtung und Hinwendung zu einer demokratisch-politischen Formation“, was schlussendlich beim Öcalan'schen „demokratischen Lösungsplan“ endete. Soweit zur immer weiter gehenden Abkehr von den Zielen der nationalen Befreiung (und des Sozialismus sowieso). Für die wahre Kapitulation im Sinne der Roadmap müssen aber nicht nur die Ziele aufgegeben werden, sondern auch der Kampf, vor allem der bewaffnete. Daher wird auch dieser schlecht geredet, obwohl die PKK den bewaffneten Kampf energisch geführt, dabei viele Opfer gebracht, aber auch dem türkischen Staat manchmal seine Grenzen vor Augen geführt und manchmal sogar das Fürchten gelehrt

hat. „Wir können nicht von einem meisterhaften Guerillakampf (?) sprechen, es handelte sich eher um eine Karikatur von Guerilla.“ (S.90) Die türkische Polizei, Gendarmerie und Armee und auch große Teile des kurdischen Volkes dürften das anders sehen.

„Renegaten“ sind für Öcalan nicht die, die den Kampf aufgeben, sondern die, die weiterkämpfen und die „umfassende Transformation“ nicht mitmachen wollen. Dafür werden sie beschimpft und sogar bedroht. Diese Renegaten hätten „lange Zeit diese Entwicklungen nicht begriffen und sie nur für taktische Manöver gehalten... Manche sahen in ihnen den Beginn einer Art Prozess der Liquidierung... Unverantwortliche und triebgesteuerte (!) Personen scheuten nicht davor zurück, den Moment dieser Transformation zum Vorwand für Renegatentum zu nehmen. Das entscheidende Moment für die Renegaten nach 2000 waren moralische Schwächen im Angesicht der Ernsthaftigkeit der Transformation.“ (S.96, auch die weiteren Zitate) Die

Renegaten dürften freilich bloß der Meinung gewesen sein, dass eigentlich Öcalan ein Renegat und sein „demokratische Lösungsplan“ bzw. dessen Vorläufer“modelle“ ein Holzweg und eine Falle waren. Sie haben Recht behalten und Öcalan Unrecht. Er hat dazu nur zu sagen: „Wenn der Staat sich verantwortungsbewusster verhalten hätte, dann hätte es nach 1999 zu demokratischen Veränderungen historischen Ausmaßes kommen können.“ Hat er aber nicht und kam es aber nicht. Wenn meine Tant' ein Pimpferl hätt', sagt ein Wiener Sprichwort, dann wär' sie mein Onkel. „Dass die einseitigen Bemühungen ohne angemessene Antwort blieben, kommt tatsächlich einer vergebenen historischen Gelegenheit gleich.“

Warum und wie aber kommt man heute, ein gutes Jahrzehnt später, ein Jahrzehnt, in dem die türkische Bourgeoisie und der türkische Staat sicher nicht „besser“, demokratischer oder friedliebender geworden sind, auf die Idee, dass die Chose nicht wieder genauso abläuft?

Wir maßen uns nicht Klugscheisserei über taktische Situationen und Kampfformen an, aber sicher ist, dass alle Projektemacherei nach der Art der Roadmap sinnlose Schaumschlägerei ist, dass auch alles Sichanbiedern an die „moralischen und religiösen Institutionen“, die „über Jahrtausende hinweg den Bezugsrahmen für die Suche nach Lösungen der Probleme ihrer jeweiligen Gesellschaften bildeten“ (S.31), an die „unverzichtbaren historischen Institutionen“ (ebenda), an Ideologie und Tradition der umma, der großen und alle Ethnien umfassenden islamischen Gemeinschaft, und eben auch an die AKP nutzlos sind <sup>21</sup>, dass nationale und soziale Befreiung der Kurden wie der Türken nur im revolutionären Klassenkampf und durch die proletarische Revolution zu erreichen ist und dass - auf dem Wege dorthin - jede auch noch so geringe ernsthafte Verbesserung in puncto Demokratie oder Autonomie der reaktionären halbfaschistischen Staatsmacht abgetrotzt werden muss.

<sup>21</sup> Ebenfalls nutzlos sind Appelle an den türkischen Staat wie dieser: „Die Republik besitzt das Potenzial, ein eigenes Demokratiemodell zu schaffen. Wenn sie das reiche Erbe früherer Zivilisationen antritt und sich der tausendjährigen Geschwisterlichkeit und dem Geist der Einheit der umma würdig erweist, wird sie nicht nur ihr eigenes Modell präsentieren, sondern sogar zum Vorbild der unglücklichen Völker der Region werden.“ (S.97/98) Der letzte Teilsatz klingt angesichts des türkischen Regionalhegemonismus für die anderen unglücklichen Völker sogar wie eine gefährliche Drohung.

## Anhang 1:

# Bemerkungen zu Öcalans Philosophie und speziell Geschichtsphilosophie

### „Positivistischer Szientismus“:

Öcalan verrät nicht, was genau er damit meint, aber nach den Zusammenhängen meint er zweifellos das, was man gemeinhin als „Aufklärung“ bezeichnet, zumal Öcalan ihm das Attribut „französisch“ zumisst. Diese war ideengeschichtlich ein gewaltiger Fortschritt: Abrechnung mit dem Obskurantismus, neuer Anlauf des Materialismus, Wegbereitung der bürgerlichen Revolutionen, sogar schon Frühformen kommunistischer Ideen. Bis heute stellen einige von ihnen Heroen der europäischen Geistesgeschichte dar, wenn auch nicht gerade diejenigen, die von den Bourgeois heute am meisten verehrt werden (Rousseau, Voltaire z.B.), aber z.B. Meslier, de LaMettrie, Diderot, d’Holbach, Helvetius. Selbstverständlich ging es aber damals nicht um die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus, sondern um die Beseitigung des Feudalismus (und des religiösen Obskurantismus) und um die bürgerliche Revolution, die ihrerseits wiederum die Entwicklung des

Kapitalismus begleiten würde. Ihr historischer Beruf war die restlose Beseitigung des Feudalismus. Öcalan dagegen, gänzlich unwissenschaftlich und unhistorisch, kennt keine Geschichte, jedenfalls keine materialistisch betrachtete, sondern allenfalls eine Abfolge von „Ideen“, seine Darstellung ist im wahrsten Sinn des Wortes geschichtslos. „Der positivistische Szientismus ist das Hauptprinzip der europäisch-hegemonistischen Zivilisation. Ohne dieses Prinzip zur Maxime zu erheben, könnte (evt. konnte?) sie ihre anderen Elemente - den Kapitalismus, den Industrialismus und den Nationalstaat - nicht in von sich selbst abhängiger Weise (?) weltweit errichten und betreiben.“ (S.37) Die Abscheu vor dem „Szientismus“ passt übrigens auch zusammen mit dem - ob ehrlich gemeinten oder nur aus Opportunismus vorgespiegelten - Liebäugeln mit Religion, reaktionärer Moral und „jahrtausendealtem“ Obskurantismus<sup>1</sup>. Dieser „französische Szientismus oder Positivismus“ nun, der Öcalan nicht als geschichtlicher Fortschritt gilt, sondern als böses

Vorspiel seiner „kapitalistischen Moderne“, entfaltet anscheinend 200 Jahre später überraschende Wirkungen. Z.B. sei er schuld an Genozid und Unterdrückung der Kurden und Armenier. Der rassistische Nationalismus unter Abdülhamid II. „bot keinen Platz für die Kurden und Armenier. Die Armenier würden entweder den Boden, auf dem sie lebten, verlassen müssen, oder sie würden auf die eine oder andere Art vernichtet werden. Der französische Positivismus war es, der diese Politik förderte. Nur der Starke besaß ein Lebensrecht; der darwinsche Determinismus (?) des survival of the fittest sollte auf die Gesellschaft angewendet werden... Diese starre positivistische Ideologie hatte nicht nur zur Folge, dass außer für Armenier, Griechen, Aramäer und Kurden auch für Türken und Araber das Leben unerträglich wurde, das Ittihat-Komitee vernichtete durch sie auch das (Osmanische) Reich.“ (S.82) Einmal ganz abgesehen von der Ignoranz Öcalan’s bezüglich der Aufklärung - hatte der Genozid an den Armeniern nicht eher mit der allmählichen Verschär-

<sup>1</sup> Nachdem Öcalan erklärt hat, dass Jakobinismus, „Realsozialismus“ und Bolschewismus sowie auch der Faschismus alle aus demselben Holz geschnitzt sind und alle zur „Moderne“ (?) gehören (deren „gemeinsame“ Philosophie der positivistische Szientismus und deren „gemeinsame“ Leitideen Kapitalismus, Industrialismus und Nationalstaat seien) und irgendwie mit dem Liberalismus verwandt sind und dass mit dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ „eigentlich“ auch der Liberalismus in die Krise kam usw., entdeckt er die Geistesverwandtschaft seines Gedankenguts und des Katholizismus: „Es gibt nur zwei Bewegungen, die der Liberalismus nicht aufgesogen hat: den Katholizismus und die demokratisch-kommunistische Bewegung.“ (S.53) (Die Finanzimperien des Vatikan und der Kirchen darf man in dieser „Definition“ natürlich nicht dem Katholizismus zurechnen.)



fung aller Widersprüche im Reich, mit dem Verfall des Sultanats, mit dem Druck des Imperialismus, mit dem Ersten Weltkrieg zu tun und war nicht der wichtigste Treiber dieses Genozids der deutsche Imperialismus<sup>2</sup>, der dem British Empire den Nahen Osten streitig machte und dafür eine zuverlässige und gesäuberte Türkei, sowohl gegen Großbritannien als auch Russland, brauchte und schon damals ethnische Säuberung für unabdingbar hielt? Öcalan erzählt wirklich habebüchene Geschichtchen, die nur der Vernebelung, nicht aber der Klärung irgendeiner Frage dienen. Auch der „israelisch-arabische Konflikt“ ist die Schuld des „französischen Positivismus“. „Als Beispiel, wie positivistische Begriffe mehr Probleme schaffen können als sie lösen, ist der sogenannte ‚israelisch-arabische Konflikt‘ zu nennen. Die positivistischen Begriffe einer israelischen und einer arabischen Nation führen in die Sackgasse...“ (S.29/30) Würden beide Seiten dem „Begriff“ abschwören und nicht mehr behaupten, sie seien eine Nation, wäre das Problem anscheinend gelöst.

„In ähnlicher Weise können wir auch die Begriffe ‚Türken‘ und ‚Kurden‘ betrachten. Je mehr Wert

und Bedeutung wir ihnen zumessen, desto mehr verschärfen sich die Probleme um diese Begriffe herum.“ (S.30) Der „Begriff“ macht also vermeintlich die Weltgeschichte. Vielleicht sollten die Kurden endlich aufhören, sich Kurden zu nennen und stattdessen den „Begriff“ „Bergtürken“ akzeptieren, zumal - „wissenschaftliche“ Untermauerung - das sumerische „kurti“ ohnehin Bergvolk bedeutet (S.74). Ein durch und durch idealistischer Ansatz, in dem „Begriffe“ und „Kategorien“ ihr Eigenleben führen, liegt der ganzen Roadmap zugrunde.

### **Geschichtsphilosophie:**

Öcalan hat sich eine eigenwillige „Geschichtsphilosophie“ zurechtgebastelt, die nicht nur jeder materialistischen Geschichtsbeurteilung Hohn spricht, sondern vielfach auch jeder Vernunft und die häufig lächerliche Züge annimmt. „Wir können das Heute in der Geschichte suchen oder die Geschichte im Heute. Beide Methoden haben ihre Richtigkeit.“ (S.30) Beide Methoden sind indes falsch und laufen nur auf Projektionen hinaus - des Heute in die Vergangenheit und der Vergangenheit in das Heute. Stattdessen ginge es darum, Gesellschaften in ihrer Entwicklung zu

betrachten und historische Gesetzmäßigkeiten aufzuspüren und zu erforschen. Wir sind über die Öcalan'sche Methode der unhistorischen, voluntaristischen und abstrakten Projektion, von den Sumerern vor 10.000 Jahren bis zur NSDAP, schon mehrfach gestolpert. Auch den biologischen Zusammenhang zwischen Einzellern und der Demokratie haben wir schon gesehen. Es gibt in der Roadmap aber einige Beispiele, die nicht nur absurd, sondern, wie wohl absurd, auch politisch (oder vielleicht eher kulturell) relevant sind.

Ein solches Beispiel sind die „Protokurden“. So wie „bekanntlich“ die Franzosen von den Galliern (Asterix, Obelix usw.) abstammen und die Österreicher von den Illyrern oder allenfalls Kelten (und, beiläufig, die Israelis vom Stamme Juda), so stammen bei Öcalan die Kurden von den Protokurden ab. So weit so unsinnig, aber auch so bedeutungslos, könnte man sagen - aber daraus leiten sich für ihn ganz bestimmte Eigenschaften und politische Haltungen der heutigen Kurden in der Türkei ab. Immerhin konzidiert Öcalan: „Natürlich wäre es unwissenschaftlich, die neolithische (!) Gesellschaft mit dem heutigen Kurdentum gleichzusetzen. Doch sind die Ähnlichkeit

<sup>2</sup> Der deutsche Imperialismus, damals des Deutschen Kaiserreichs, kommt in Öcalan's Buch nur an einer Stelle und dort nur beiläufig vor. Imperialismus damals ist für ihn praktisch nur das British Empire, dessen imperialistische Verbrechen er völlig zu Recht anprangert, dessen Rolle aber nicht alles erklärt. Ohne die Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Mächten kann man gar nichts am 19. und 20. Jahrhundert verstehen, auch nicht die Geschichte der Türkei.

ten zwischen dem immer noch lebendigen Erbe der neolithischen Gesellschaft und der Gesellschaft vor 10.000 Jahren kein Zufall. Die Geschichte lehrt uns, dass beide eng miteinander verbunden sind. Auch Archäologie und Etymologie<sup>3</sup> verweisen auf eine große Ähnlichkeit. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Gesellschaft an den Hängen der Taurus-Zagros-Bergkette als protokurdisch gelten kann.“ (S.74) Und um was geht es jetzt, nach diesem kühnen, aber sehr fragwürdigen Rückgriff in die Geschichte? Damals „lösten (die Protokurden) ihre Pro-

bleme im Wesentlichen, indem sie sich dem Ackerbau und der Viehzucht zuwandten und sich, um ihren Feinden zu entkommen, in die hohen Berge flüchteten. Diese beiden Besonderheiten (Anm.: Besonderheiten? War das nicht überall so gegenüber einem stärkeren Feind?) sind selbst heute noch die wesentlichen Faktoren für das Überleben der Kurden (!!!).“ (S.74/75) Und jetzt der Sprung ins 20. Jahrhundert: „Das Bestreben der Kurden für einen Nationalstaat war nicht von Erfolg gekrönt. Die Oberschicht nahm erneut Platz in den Nationalstaaten

ihrer Nachbarn. Sie übte einmal mehr Verrat an der traditionellen Kultur ihres Volkes.... Das Kurdentum hingegen glaubte durch die Zuflucht zu seinen Ursprüngen, den Feldern und Herden sowie in den Bergen, die eigene Existenz sichern zu können.“ (S.77) Und natürlich auch in den Städten wie z.B. Istanbul, Eskisehir oder Izmir, würden wir gerne ergänzen. Aber im Ernst: Was sollen solche „historischen“ Analogien? Was möchte Öcalan den Kurden sagen, außer dass sie immer schon ... und daher auch heute ... was eigentlich tun sollten?

Proletarier/innen aller Länder, vereinigt euch!

# Proletarische Revolution

Revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich  
Sondernummer 59a, Jänner 2015

## Öcalan's "Roadmap für Verhandlungen" - ein Lehrstück über Verrat und Kapitulation

Venezien wir uns in die Lage eines Kurden, dessen ostentatives Dorf gerade von türkischen Jagdbomben angegriffen wurde (z.B. Dagestan/Thrace/Italien am 13.10.2014) oder eines Türken, dem (z.B. im hiesigen Grot-Park) ein Auge eingeschossen oder dessen Bruder von den Polizei angegriffen wurde und der vielfach auch die türkische und die US-Politik gegen Palästina, Syrien oder den Irak kritisch vorhält. Stellen wir uns nun vor, diese Kurde oder dieser Türke kriegt ein Schriftwerk in die Hand, in dem es heißt: "Die Republik Türkei wandte sich in den letzten Jahren Demokratisierungsprozessen zu. Faktoren (die das legitimieren) waren die allgemeinen demokratischen Tendenzen der Gegenwart, die von den USA und der EU ... und die Tatsache, dass Medien, Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit größtenteils ... in diese Richtung tendieren. Die wichtigsten Institutionen des Staates ... stellen sich nicht gegen Projekte für eine demokratische Lösung (wie: Kantonisierung und die Frage der Demokratie in der Türkei)" (Roadmap, S.124, Klammersatzdrucke von uns) Das Schriftwerk ziele darauf ab, dass man dabei gegen den türkischen Staat nicht kämpfen brauche, ja auch nicht dürfe, um den "Friedensprozess" (den wieder einer, neben Palästina) nicht zu gefährden, dass man die USA und die EU als Verbündete bei der überaus realistischen Umsetzung eines "demokratischen Lösungspaketes" betrachte und dass auf der anderen Seite jeder, der sich für die Fortführung des Kampfes um Demokratie und Befreiung entscheidet, ein Überläufer sei (ein "Terrorist", wobei dieser "Verbündete" eigentlich Unser Kurde und unser Türke, die vielleicht gerade wieder bombardiert oder eingesperrt wurden, die die jüngsten Nachrichten über Kobane gehört haben, die über die Rolle der Türkei bezüglich der IS Besetzung wissen, die täglich die Militäranwärter und den Palastkonzert kundentun sind, dürfen empört sein. Ist der Autor dieses Geschwätz realitätsfremd? Glaubt er etwa die subangewiesenen Phrasen der Imperialisten? Oder hat er ein lockeres Interesse, sich an so vorliegenden Propaganda zu beteiligen, ist er halt wieder so ein Lohnschreiber und Schmierfink der Bourgeoisie und des Imperialismus?

Sei es wie es sei, könnte man sich denken, und wüsste man nichts über den Autor, müsste man kein weiteres Wort über so ein Machwerk verschreiben. Allerdings ist unser Abdallah Öcalan und dieser war in der Vergangenheit die bedeutendste Persönlichkeit des kurdischen Widerstands und ein Wort spielt immer noch eine große Rolle. Was treibt es einen Menschen zu solchen Anschauungen, wie er sie in seiner "Roadmap für Verhandlungen" darlegt? Öcalan sitzt seit Februar 1999 in Isolationshaft, eingekerkert von oben jenseits Unterdockungen in der Güterkammer des Damaskus besichtig. Es ist vermutlich inzwischen ein gebrochener Mann, der alles Kampfmotiv und alle Zuversicht verloren hat, der unter der Isolation und der Folter, die die Isolation mit sich bringt, eingestürzt ist. Es könnte natürlich theoretisch auch sein, dass der Text gar nicht, jedenfalls nicht in dieser Form, von Öcalan verfasst worden ist, sondern von der Zensur "be-



<sup>3</sup> Der Verweis auf die Etymologie (Wissenschaft von Ursprung und Entwicklung der Sprachen) ist unrichtig. In politischer Hinsicht wäre das der Sache nach nicht wahnsinnig bedeutend, aber sehr wohl zur Beurteilung der „Wissenschaftlichkeit“ der Aussage (und leider sind viele historische Behauptungen der Roadmap, welche als „moderne Wissenschaft“ und historische Wahrheit daherkommen, ähnlich seriös). Etymologie einer Sprache kann erst betrieben werden, wenn es eine ausreichend differenzierte Schrift gibt, die diesen Namen verdient. In der „aufstrebenden sumerischen Zivilisation“ (S.74) war das die Keilschrift, die einen revolutionären Durchbruch der Menschheit in der Schrift darstellte, der sich allerdings erst um 2.700 v.u.Z.. ereignete, als die Keilschrift die frühere piktographische „Schrift“ ablöste. Die Keilschrift war in den frühen Formen eine Silbenschrift, entwickelte sich aber bald in einigen Verästelungen zu einer bereits alphabetartigen Schrift. Dank der Keilschrift kennen wir daher auch die Sprache. Die Roadmap behauptet nun durch den Hinweis auf die Etymologie, das Sumerische sei mit dem Kurdischen zumindest verwandt (und die Sumerer somit Proto-Kurden). Jedoch sagt die „moderne Sprachwissenschaft“: „Das Sumerische ist ... eine isolierte Sprache, d.h. es ist bisher keine Verwandtschaft mit irgendeiner anderen untergegangenen oder lebenden Sprache festgestellt worden.“ (z.B. H.Haarmann: Geschichte der Schrift“, München 2011, aber unter allen Etymologen unbestritten) Das Kurdische gehört dagegen der iranischen Sprachfamilie an.

## Anhang 2: Die „Kategorien“ und Ängste des Herrn Professor Immanuel Wallerstein

Das Vorwort des Herrn Professor Wallerstein zur Roadmap hat an und für sich nichts mit letzterer zu tun (außer allenfalls dass Öcalan vermutlich diesem Vorwort zugestimmt hat)<sup>1</sup>, ist aber durchaus für sich genommen bemerkenswert. Wallerstein entfaltet dort seine „Kategorien“, die seelenverwandt sind mit denen Öcalan's. Das „kapitalistische Weltsystem“<sup>2</sup>, schreibt er, sei gekennzeichnet durch vier „Widersprüche“ oder - in der Sprache der bisherigen Menschheit ausgedrückt - „Begriffe“<sup>3</sup>: Souveränität oder nicht, Nationalstaat oder nicht, Demokratie oder nicht und „die Methoden, durch welche der Kapitalismus sein Gleichgewicht aufrecht hält“ oder eben nicht.

Zur „Souveränität“ (von Staaten) fällt ihm ein, dass das der ideelle Anspruch des „modernen Weltsystems“ sei, es aber „natürlich offensichtlich (ist), dass kein einziger Staat diese Souveränitätskriterien erfüllt“. Es sei dies ein „Ziel, dem manche Staaten mehr, andere weniger gerecht werden, das jedoch keiner vollständig erreicht“. Also z.B. die USA werden ihm mehr und Haïti wird ihm weniger gerecht (Haïti wird dem Ziel seiner Souveränität weniger gerecht!), Frankreich mehr und Niger weniger, Österreich mehr und Bosnien weniger usw. Der tatsächliche Widerspruch zwischen Imperialismus und abhängigen bzw. neokolonisierten Staaten ist damit vollständig wegkamotiert.



Zum „Nationalstaat“ fällt ihm ein, dass dessen „grundsätzlicher Mechanismus“ (?) der „Jakobinismus“ sei und dass dieser wegen des Zwangs zu „nationaler Loyalität“ grundsätzlich die Unterdrückung kleinerer Nationalitäten usw. bedeute. Zur Französischen Revolution, wo das Wort ja herkommt, fällt ihm nichts ein und dazu, welchen Sinn und Nutzen die Einführung der Kategorie „Jakobinismus“ in seinem Zusammenhang

<sup>1</sup> Wallerstein schreibt in seinem Vorwort weder etwas über die Türkei, noch über das Buch Öcalan's. Er schwebt wie immer auf einer „Metaebene“, er geistert durch das „Weltsystem“. Aber er scheint sich auf der Ebene der „Kategorien“ mit Öcalan zu verstehen. Nur in den letzten paar Zeilen gibt er zu bedenken, dass man „den Nutzen politischer Aktionen innerhalb der Türkei“ nur „im Kontext dieser (seiner) vier Widersprüche“ beurteilen könne und er rekapituliert dieselben nochmals mit Blickrichtung Türkei. Zu den „Widersprüchen“ „Nationalstaat“ und „Demokratie“ vermerkt er, dass die einen, die nationalistischen Türken, die „Implementierung und Anwendung der jakobinischen Option“ betreiben, zu deutsch: den Kurden die nationalen Rechte verweigern wollen, und die anderen, die Kurden und die nicht-chauvinistischen Türken, „nach einem höheren Maß an Demokratisierung“ streben, zu deutsch: solche nationalen und demokratischen Rechte haben wollen. Ob überhaupt das eine oder andere bzw. was davon jeweils gut und was schlecht ist, kann er leider nicht sagen. Auch gebe es das „fortgesetzte Streben des türkischen Staates nach Festigung seiner Souveränität“, aber auch dazu erfährt man nichts Konkretes. Wahrscheinlich ist ihm das alles banal völlig egal. Der „Nutzen politischer Aktionen“ ist ja auch nicht so wichtig, wenn sowieso der ganze „Prozess“, wenn auch in „Fluktuationen“, seiner „Asymptote“ zustrebt - wozu braucht dann irgendjemand einen Klassenkampf?

<sup>2</sup> Es spricht Bände, dass einer das Wort „Imperialismus“ nicht in den Mund nehmen kann, ohne Halsschmerzen zu kriegen, dafür aber als Ersatz den Ausdruck „asymmetrische Struktur der Interaktionsbeziehungen zwischen den globalen Zentren und den Peripherien des Weltsystems“ erfindet. Der Professor spricht, weil es nicht mehr anders geht, den Widerspruch zwischen Imperialismus und abhängigen und neokolonialen Ländern an, aber er muss ihn ins Abstrakte drehen und so weichspülen.

<sup>3</sup> Es ist nämlich kurios, z.B. zu sagen, es gäbe einen Widerspruch namens Demokratie. Gut, es gibt den Widerspruch, dass die einen dafür sind und die anderen dagegen. Aber wäre ist nicht nutzvoller, zu sagen, wer diejenigen sind, die dagegen sind, und warum sie es sind, aus welchen Interessen heraus, und wer andererseits diejenigen sind, die dafür sind. Aber dann müsste man ja auf Klassen zu sprechen kommen und dann ginge es in Richtung Politik und womöglich Parteinahme - und das will man natürlich nicht.

haben soll (außer der „nationalen Loyalität“), auch nicht. „Jakobinismus“ riecht halt, wenn man auch sonst nichts weiß, irgendwie immer noch nach Revolution, Diktatur, Guillotine („hehre Ziele, aber blutige Praxis“) und kann daher jedenfalls nichts Gutes sein (selbst wenn man sich nicht auch gleich offen gegen die Errungenschaften der Französischen Revolution überhaupt stellen möchte). Neuerdings habe der „Jakobinismus“ „seinen Glanz verloren, und in vielen Staaten gibt es die Forderung nach ‚Plurinationalität‘“. Allerdings: „Allein durch die Behauptung, dass ein Staat plurinational sei, wird das Problem nicht gelöst.“ Wie wahr!

Zur „Demokratie“ fällt ihm ein, dass diese heute - im Unterschied zur Zeit ab der Französischen Revolution (die nämlich, Einschub von uns, erstmals in der Geschichte der Menschheit Demokratie verwirklichte, nämlich Demokratie für das „gemeine Volk“ und gegen die Herrschenden) - allgemein anerkanntes (natürlich nur abstrakt anerkanntes) Prinzip des „Weltsystems“ sei und „so blieb kaum ein Staat übrig, der nicht behauptet hätte, ‚demokratisch‘ zu sein“. Allerdings: „Ich persönlich (!) glaube nicht daran, dass es heute irgendeinen Staat gibt,

der meiner Definition von Demokratie entspricht, obwohl einige sicherlich schlimmer sind als andere.“ Ob faschistisch, halb-faschistisch-polizeistaatlich oder noch halbwegs bürgerlich-demokratisch - alles entspricht nicht der Definition des Professors. Ob durch einen faschistischen Putsch oder eine US-Militärintervention an die Macht gekommen oder immerhin von einer antiimperialistischen oder demokratischen Volksbewegung getragen - alles entspricht nicht der Definition des Professors. Mit solchen Details des „Weltsystems“ gibt er sich nicht ab, Demokratie nach seiner Definition gibt's so wieso nirgends. Die imperialistischen Umtriebe in puncto Demokratie sind vor dem Glanz der professoralen „Kategorien“ und angesichts der Weiten des „Weltsystems“ verschwunden. Nur wenn es (heute oder irgendwann einmal wieder) irgendwo einen sozialistischen Staat gäbe oder wenn auch nur die Gefahr einer wirklichen Revolution dieses Gespenst am Horizont erscheinen ließe, und sei auch nur ganz vage, dann würden alle unsere imperialistischen „Demokraten“ geifernd über diese Bedrohung ihrer „Freiheit“ herfallen und der Professor bekäme auch eher Nierensteine, als sich mit einer Revolution

„von unten“, also mit einer wirklichen Revolution, einer des ungebildeten Pöbels, abzufinden.

Zum „Kapitalismus“ stellt er fest, dass „unser modernes Weltsystem ein kapitalistisches System (ist)“. Das ist wahr. Es folgen ... „variable Systeme“, „fluktuierende Prozesse“, „zyklische Rhythmen“ ... Fluktuationen ... Gleichgewicht oder auch nicht ... Asymptoten<sup>4</sup>, denen sich die Prozesse annähern ... Nach diesem Geschwätz kommt endlich, warum der Professor in gewissen „systemkritischen“ Kreisen so beliebt ist: „Langfristig gibt es den Trend, dass Punkte erreicht werden, an denen die Fluktuationen sich zu weit vom Gleichgewicht entfernen, ... und das System kann die relativ stabile Umwelt ... nicht länger aufrechterhalten.“ Der Trend (nur der langfristige übrigens!) erreicht Punkte, an denen die Fluktuationen dem Gleichgewicht sozusagen entkommen... Das „Weltsystem“ ist dann (aber nur asymptotisch!) in oder kurz vor der „tödlichen Krise“ und „dem Untergang geweiht“ - und in den kommenden „zwanzig bis vierzig Jahren“ muass was g'schehn. Aber was? Wohin führt der „systemische Übergang“? Dazu kann der Professor gar nichts sagen - und wir geben ihm in diesem Punkt

<sup>4</sup> „Langfristig“ und „langsam, aber unerbittlich“ nähern sich diese Prozesse (Anm.: die Fluktuationen des Kapitalismus aus dem Gleichgewicht heraus und wieder hinein) Asymptoten an.“ Was sind Asymptoten? Asymptoten, ein Begriff aus der Geometrie, sind „Tangenten (d.h. an Kurven angelegte Gerade) mit unendlich fernem Berührungspunkt“. Das heißt, langsam, aber unerbittlich geht der Kapitalismus der Asymptote seiner Implosion zu, aber es wird - Endlichkeit der „Prozesse“ vorausgesetzt - nie dazu kommen. Hinter Geschwollenheit und kategorialem Larifari - die „intrinsische“ Überzeugung, dass der Kapitalismus ewig ist.



ausnahmsweise Recht, es ist dies nämlich, sagen jetzt wir, eine Frage des Klassenkampfes. Das ahnt auch der Professor, denn, wenn man zwischen den Zeilen liest, macht er kein Hehl daraus, dass er sich vor „Chaos“ und Revolution fürchtet und er kann nicht umhin, davor zu warnen, dass die Krise des Kapitalismus womöglich zu einem „neuen System (führt), das in einem nicht-kapitalistischen System die schlimmsten Merkmale des kapitalistischen Systems nachahmt, ... das vielleicht noch schlimmer ist als das kapitalistische.“

Diese Warnung, die unablässig bei jedem Vortrag und in jeder Publikation getrommelt und die ebenso unablässig von seinen Adepten wiederholt wird, ist das einzig Konkrete an der ganzen „Endzeit-Vision“. Unschwer erkennt man die Angst des Professors vor seinen eigenen Zerrbildern der „Revolution“ und des „Kommunismus“. Es ruft wieder einmal ein mäßig „Empörter“, aber sehr über das Schicksal des Kapitalismus Besorgter zu „gemäßigtem Fortschritt im Rahmen der Gesetze“ (Karel Capek) auf.

Zuletzt noch ein Tipp an Wallerstein als Professor. Wir legen ihm ans Herz, die intrinsische systemi-

sche Logik seiner fluktuierenden „Kategorien“ zu überprüfen: Inwiefern ist ein nicht-kapitalistisches System, das den Kapitalismus reproduziert, dann noch „nicht-kapitalistisch“? Und vielleicht sollte man sich auch bei der Definition von „Kapitalismus“ und „Kapital“ nicht mit dem Hinweis auf das „Streben nach endloser Akkumulation von Kapital“ begnügen und dabei die Ausbeutung der Lohnarbeit vergessen - der Professor meint ja, dass diese Akkumulation nicht zwingend der Ausbeutung der Lohnarbeit bedürfe, der „Kapitalbegriff“ daher nicht zwingend Lohnarbeit einschließe<sup>5</sup> und dass außerdem die „Dichotomie von Arbeit und Kapital“ in den Hintergrund getreten sei gegenüber der zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“.

Aber kann man den Professor nicht auch ein bisschen verstehen? Es ist doch verständlich, dass er in seinem tiefsten Inneren der „intrinsischen“ Meinung ist, sein muss, dass die Beibehaltung seines Professorenlebens an der Yale University nicht verdient, durch revolutionäre Turbulenzen gestört zu werden. Die Bourgeoisie lässt sich nämlich, liberal wie sie nun einmal ist, die professorale Freiheit

durchaus etwas kosten. Für alle diese professoralen Wasserträger des Kapitals, ob „Marxisten“ oder nicht, gilt das Wort Upton Sinclairs: „Es ist schwierig, einen Wissenschaftler dazu zu bringen, etwas zu verstehen, wenn sein Einkommen davon abhängt, es nicht zu verstehen.“

### Wallerstein's „tributär- aristokratisches Weltreich“

Wallerstein meint (nicht im Öcalan-Vorwort, aber an anderen Stellen): „In dreißig Jahren wird es keinen Kapitalismus mehr geben.“ (Bei manchen Gelegenheiten, je nach Publikum, ergänzt er: „...wie wir ihn heute kennen“ - was natürlich die angebliche Jahrhundertleistung des Zusammenstoppels des „Weltsystems“ erheblich schmälert.) Er prophezeit also nicht weniger als einen irgendwie gearteten und irgendwie verlaufenden „Untergang“ des Kapitalismus. Wir erfahren zwar nichts über das Wie dieses Untergangs, aber wir wissen, dass es in den nächsten dreißig Jahren sein wird. Obwohl sehr vage und nur plakativ, ist das dennoch eine starke Ansage. Zumal Wallerstein unmissverständlich sein vollständiges Desinteresse an und seine direkte Ablehnung des revolu-

<sup>5</sup> Im Gegenteil waren nach des Professors Meinung auch die auf Sklaverei beruhenden und die Feudalgesellschaften „eigentlich“ ebenfalls kapitalistisch (auch dort wurde etwas akkumuliert, was er „Kapital“ nennt) - womit glücklich aller Unterschied zwischen Gesellschaftsordnungen und Produktionsweisen ausgelöscht ist und es den Kapitalismus „immer schon“ gab. Er glaubt auch, dass im sich entwickelnden und frühen Kapitalismus Kapital nicht durch die Methoden der ursprünglichen Akkumulation sowie Ausbeutung der Lohnarbeit geschaffen wurde, sondern durch „steigende Preise bei sinkenden Löhnen“, also durch Ausnutzung des „Marktes“ und Prellerei. Er hat den Marxismus durch gewöhnlichste bürgerliche Soziologie und Geschichtsschreiberei ersetzt.

tionären Klassenkampf zum Ausdruck bringt. Er ist - trotz zur Schau getragener Endzeitstimmung - durchaus für Reformen von oben und appelliert an die Weltbourgeoisie, sie möge doch dringend etwas ändern, auch in ihrem eigenen Interesse, wie immer betont wird, vielleicht kann sie so ihren „Untergang“ doch ein bisschen hinausschieben. Politisch gesehen (nicht auf dem Büchermarkt) ist sein Adressat die Bourgeoisie und nicht Arbeiterklasse und Volk. Wie soll sich aber ohne Klassenkampf und Revolution der „Untergang“ des Kapitalismus bewerkstelligen? Kein Problem für den Professor, denn der Kapitalismus wird, sobald der Trend einen entsprechenden Punkt im Verhältnis zur Asymptote erreicht hat, „intrinsisch unmöglich werden“, also „zusammenbrechen“ (vermutlich weil er nicht mehr so akkumulieren kann wie bisher). Der Kapitalismus wird nicht beseitigt, sondern er „stirbt“. Er stirbt einfach, einfach so ... gestorben, weg....

Was auf ihn folgen würde, denn irgendetwas muss ja folgen, allein schon um die Professorengehälter der Yale-Universität weiter zu zahlen, wäre (sofern nicht doch sozialistische Revolutionen stattgefunden haben, was aber ganz außerhalb des Gesichtskreises des Professors ist) - was eigentlich? Die Lösung des Rätsels liegt wahrscheinlich darin, was Wallerstein unter „Kapitalismus“ versteht. Meint er mit Kapitalismus tatsächlich Kapi-

talismus - oder doch nur die „Überspekulation“, „schrakenloses Wachstum“, „Hypertrophie des Zentrums“ o.ä. ? Als hypothetisches Nachfolgemodell des Kapitalismus kann man sich in seinem Hirn alles Mögliche „vorstellen“ - aber die Kernfrage bleibt: Ist die Staatsmacht der Kapitalistenklasse gestürzt und ihr Eigentum beseitigt? Ist sie entmachtet und die Ausbeutung beendet? Das freilich ginge ganz und gar nicht ohne sozialistische Revolution. Wenn sie aber nicht beseitigt ist, dann herrscht nach wie vor Kapitalismus, ein etwas anders aussehender halt als heute. Der Professor, um diese Zwickmühle zu umgehen, hat sich vorsorglich wenigstens bereits einen Namen für das Nachfolgemodell ausgedacht: „tributär-aristokratisches Weltreich“, also, soweit das überhaupt etwas heißt, die schrankenlose Herrschaft wahrscheinlich nur mehr einer imperialistischen Macht, die den Rest des „Weltsystems“ tributpflichtig gemacht hat. Aber wieso soll - wenn es denn dazu käme und die zwischenimperialistischen Widersprüche plötzlich in den Tiefen des „Weltsystems“ verschwunden wären - diese tributäre Ausbeutung nicht mehr kapitalistisch funktionieren? Beziehungsweise wie denn sonst, auf Basis welcher Produktionsverhältnisse? Er wird ja wohl nicht etwa an die Tributpflichten der antiken Sklavenhaltergesellschaften oder der Feudalzeit denken. Über den Kapitalismus hinaus führt der Weg

nur mehr zum Sozialismus - jeder andere „Weg“ ist Hirnweberei. (Allenfalls gäbe es noch die Option, dass „die kämpfenden Klassen gemeinsam untergehen“ (Kommunistisches Manifest), aber das streben weder wir an noch die Bourgeoisie.)

Ach ja, à propos Sozialismus, das hätten wir fast vergessen, Wallerstein hat noch eine zweite Option im Köcher, den „sozialistischen Weltstaat“. Das wäre natürlich, abhängig klarerweise was man sich darunter vorstelle, eine feine Sache - aber in nur 30 Jahren und ganz ohne Klassenkampf und Revolutionen? Es wäre allenfalls denkbar, dass das „tributär-aristokratische Weltreich“ in einem Anfall von schlechtem Gewissen ein paar Sozialreformen einführt und sich kurzerhand „sozialistisch“ nennt - das wäre nicht zum ersten Mal. Damit wäre zwar nichts geholfen und auch der Kapitalismus nicht angerührt, aber die „Kategorien“ des „Weltsystems“ wären damit immerhin gerettet (und auch die Professorengehälter der Yale-Universität würden weiter gezahlt werden)

Aber vielleicht ist das ganze „Weltsystem“ mitsamt seiner „historischen Weggabelung“ sowieso nur ein aufgeblasener Popanz, hinter dem sich nicht viel mehr verbirgt als die übliche kleinbürgerliche Unruhe über die Krise des Kapitalismus. Schaut man sich nämlich die nahende „tödliche Krise“ näher an, erkennt man nur die

Umriss einer zukünftigen massiven (viel massiver als zuletzt!) Wirtschafts- und Finanzkrise. Wir teilen durchaus die „Prognose“ zunehmend schwererer Krisen, die dem Kapitalismus inhärenten Widersprüche werden sich verschärfen, ein kapitalistischer Ausweg ist nicht in Sicht. Aber es dreht sich trotzdem „nur“ um eine außerordentlich schwere Wirtschaftskrise, vielleicht auch um den Zusammenbruch dieses oder jenes Landes oder politischen Systems. „Tödlich“ ist sie deshalb für den Kapitalismus insgesamt nicht und er „stirbt“ auch nicht daran, zumal er wie alle Vampire überhaupt nicht stirbt, solange das Weltproletariat ihm nicht den Garaus macht (und das geht bekanntlich wie bei allen Vampiren nur durch den Pfahl mitten ins Herz). Dafür braucht es aber eben eine Revolution (nicht viele

„individuelle Initiativen“ von Menschen, sprich: Intellektuellen, wie er Professor glaubt). Und genau dies hat er nun wirklich überhaupt nicht im Sinn. Er fürchtet die unabsehbaren Folgen dieser Krise, das „politische Chaos“, die „Unbeherrschbarkeit“ der Welt, der daraus folgende „Kampf aller gegen alle“ (nicht so sehr Arbeit gegen Kapital, wie er nicht müde wird, zu betonen) usw. Eigentlich fürchtet er - den Klassenkampf.

**Nachbemerkung:**

Wenn ein fortschrittlicher Mensch in Widerspruch zu Kapitalismus und Imperialismus gerät, Kritik artikuliert und dabei nicht weiter kommt als z.B. zu den „Zwölf Vorschlägen...“ von Porto Allegro und meinetwegen auch auf diese oder jene windige Theorie, dann ist das eine Sache und durchaus

eine gute, denn er bewegt sich immerhin in der richtigen Richtung und man wird mit ihm diskutieren und ihm vielleicht erklären können, warum diese Art von Kritik nicht ausreicht. Wenn aber jemand behauptet, irgendwie (auch) von Marx „inspiriert“ zu sein, wenn er (um in dieser geschwollenen Sprache zu bleiben) als ein die intrinsische kapitalistische Logik potenziell transzendierender post-marxoider Überdrüber-Denker daherkommt, obwohl er hauptsächlich platteste Gemeinplätze darbietet (z.B. seine Kernthese vom Zentrum und der Peripherie) und dafür von vielen geschätzt und verehrt wird - dann ist das eine andere Sache und man muss sich mit dieser Sorte von Kapitalismuskritik, die auf Verhinderung von Klassenkampf und Revolution gerichtet ist, in der gebotenen Deutlichkeit auseinandersetzen.

# Was hat es mit der US-„Normalisierung“ gegenüber Kuba auf sich?

Sensationell und positiv sei laut imperialistischen Medien die „historische“ Entscheidung (besser: Ankündigung) des Präsidenten Obama vom 17. Dezember 2014, die Sanktionen gegen Kuba - nein, nicht etwa aufzuheben, sondern - schrittweise zu lockern. Selbstverständlich waren und sind die Sanktionen des US-Imperialismus gegen Kuba ein imperialistisches Verbrechen, eines der vielen gegen das Land, das seine Wirtschaft erheblich geschädigt hat, und jeder fortschrittliche antiimperialistisch gesinnte Mensch musste und muss weiterhin für deren Aufhebung eintreten. Aber darum geht es der imperialistischen Öffentlichkeit gerade nicht. Vielmehr freuen sich viele Kapitalisten banal darüber, dass damit noch viel mehr und noch profitableren Geschäften in und mit Kuba politisch nichts mehr im Weg stünde. Endlich, denken sie, kriegen sie ihren Handels-, Investitions- und auch Kreditstiefel in das Land; was der über ein halbes Jahrhundert währende Boykott nicht erreicht hat, erreicht jetzt - unter den veränderten inneren Bedingungen in Kuba - ein „Tauwetter“ vielleicht in ein paar Jahren. Der politische Nutzen der Isolierung Kubas wirkt demgegenüber längst nicht mehr so

wie früher, vor allem nicht in Süd- und Mittelamerika, und irgendeine politische „Gefahr“ geht von dem längst zu einer Allerwelts-Staatsbourgeoisie degenerierten kubanischen Regime, das nicht einmal mehr „revolutionäre“ Phrasen absondert, auch nicht mehr aus. Auch viele inzwischen während der letzten Jahre wieder hochgekommene kubanische Kleinbourgeois freuen sich und noch viel mehr freut sich die dortige Staatsbourgeoisie, die an der imperialistischen Durchdringung der kubanischen Wirtschaft kräftig mitzuschneiden gedenkt. Letzteres ist wahrscheinlich überhaupt der Kernpunkt aus kubanischer Sicht.

Aber auch viele (wirkliche und vermeintliche) Antiimperialisten freuen sich, als ob das tatsächlich ein „Rückzieher“ des US-Imperialismus wäre, und manche von ihnen glauben in ihrer Verblendung sogar, dass das ein Sieg des (für sie immer noch, zumindest ein bisschen) sozialistischen oder jedenfalls „antikapitalistischen“ oder allermindestens „antiimperialistischen“ Kuba sei. Zur richtigen Beurteilung der Angelegenheit muss man den Klassencharakter der Widersprüche und der handelnden Akteure beurteilen. Was den US-Impe-

rialismus betrifft, braucht hier kein weiteres Wort verloren werden. Aber wie ist die Lage in Kuba und wie wirkt der Konflikt mit dem US-Imperialismus auf diese Lage?

Kuba, einst ein hoffnungsträchtiger Vorposten der Revolution, hat nicht erst in jüngster Zeit Maßnahmen in Richtung Kapitalismus gesetzt, sondern beschritt bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre den Weg des Revisionismus und der kapitalistischen Restauration: zuerst eines bürokratischen Staatskapitalismus, seit einigen Jahren zusätzlich den der Förderung eines ganz ordinären Privatkapitalismus. Die Weichen, ob Kapitalismus oder Sozialismus, wurden schon in der Zeit der sogenannten „Planungsdebatte“ 1961-63<sup>1</sup> gestellt, in der der Widerspruch zwischen revisionistisch-kapitalistischem und revolutionärem sozialistischem Weg ausgetragen wurde. Guevara war damals der Hauptprotagonist des revolutionären Wegs<sup>2</sup>, Castro selbst hielt sich damals offiziell aus den Kernpunkten der „Debatte“ mehr oder weniger heraus und ließ andere Vertreter des Revisionismus auftreten, alle Sorten von Revisionisten und Trotzisten waren für den angesichts der Unterentwicklung Ku-

<sup>1</sup> Für näheres Interesse: „Wertgesetz, Planung und Bewusstsein. Die Planungsdebatte in Kuba“, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1969 mit Beiträgen von Castro, Guevara, Mora, Bettelheim, Mandel sowie mehrere Schriften Guevaras zur Ökonomie in „Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewusstsein“, Rotbuch 8, Wagenbach, Berlin 1969.

<sup>2</sup> Camillo Cienfuegos war schon 1959 nach Konflikten mit den Castro-Brüdern und nachdem man ihn als Generalstabschef in seinen Funktionen beschränkt, indem man ihm Raoul Castro vor die Nase gesetzt hatte, durch einen „Flugzeugabsturz“ aus dem Weg geräumt worden. Sein Flugzeug wurde offenbar durch ein Jagdflugzeug der kubanischen Luftwaffe über dem Meer abgeschossen und anschließend wurden alle Zeugen und Spuren dieses Komplottes durch eine Reihe weiterer Morde beseitigt bzw. vertuscht.



bas einzig „realistischen“, den bourgeoisen Weg und hielten - ebenso wie Castro (der zugleich mit Phrasen über Kommunismus usw. nicht geizte) - die guevaristischen revolutionären „Phantasien“ und „Illusionen“ für absurd und arbeiteten eifrig dagegen. Der Linienkampf endete für die revolutionären Kräfte mit einer Niederlage. Schritt für Schritt wurden sie ausgebootet, einige sogar umgebracht, und es kam zur Machtergreifung durch den inzwischen voll herausgebildeten und mit dem alten verschmolzenen Revisionismus. Kuba verließ den sozialistischen Weg, bevor es ihn noch richtig betreten hatte, und beschritt den kapitalistischen Weg. Die nationaldemokratische Revolution, die 1959 gesiegt hatte, war an ihrem Scheideweg nicht vorwärts in Richtung Sozialismus, sondern in Richtung eines bürokratischen Staatskapitalismus marschiert. Das fiel nicht vom karibischen Himmel. Inzwischen war Kuba - natürlich auch vor dem Hintergrund der

ständigen US-Aggression gegen das Land - zu einem Vasallen des sowjetischen Sozialimperialismus geworden. Die sich rasch entwickelnde neue neokoloniale Abhängigkeit und die revisionistisch-kapitalistische Strömung in Partei und Staat trieben sich gegenseitig an. Statt Schritte in Richtung des Aufbaus sozialistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse, auch einer eigenständigen Industrie, basierend auf der Zurückdrängung kapitalistischer und kolonialer Elemente, gestützt auf die eigenen Volkskräfte, zu unternehmen, steuerte die kubanische Führung unter Castro ab 1964 eine Zuckermonokultur im Dienste des sowjetischen Sozialimperialismus an, vertagte die eigenständige Entwicklung auf den Sanktimmerleinstag („um mindestens zehn Jahre“), verkaufte das Revolutionsziel der nationalen Souveränität, warf alle sozialistische Orientierung bezüglich der Revolutionierung der Produktionsverhältnisse über Bord (speziell in der

„Arbeitsverfassung“ durch Forcierung „materieller Anreize“, Aufdifferenzierung der Löhne ...), ordnete sich immer mehr der Sowjetunion unter und begann, mit den konterrevolutionären Revisionisten der „KP Kubas“<sup>3</sup>, fünfte Kolonne Chruschtschows, zu koalieren. Guevara geriet in immer schwereren Widerspruch und Konflikt mit Castro, sah schließlich 1964 in Kuba keine sinnvolle Rolle mehr für sich und betrachtete die kubanische Revolution als gescheitert oder wenigstens in einer ausweglosen Sackgasse. Er legte alle seine Funktionen zurück und ging 1965 verdeckt ins Ausland, zuerst nach Afrika (Kongo) und dann nach Bolivien, um vielleicht durch Durchbrüche an anderen Frontabschnitten der Weltrevolution auch der kubanischen Revolution einen neuen Schwung zu verleihen. 1967 wurde er in Bolivien - unter Mithilfe des kubanischen Regimes sowie des KGB und des DDR-Auslandsgeheimdienstes - aufgespürt und umgebracht<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Die sogenannte „Kommunistische Partei Kubas“ hatte sich am Guerillakrieg und der Revolution nicht nur nicht beteiligt, sondern war gegen diese aufgetreten und hatte die Revolutionäre bekriegt. Sie war eine offen konterrevolutionäre Kraft und fünfte Kolonne des sowjetischen Sozialimperialismus. Sie wurde dementsprechend auch nach der Revolution ausgeschaltet, kam aber ab 1964 durch Castros Orientierung an der Sowjetunion zu neuen Ehren.

<sup>4</sup> Dies ist keine Vermutung oder „Verschwörungstheorie“, sondern war seit den späten 1960er und 1970er Jahren die einhellige Einschätzung der südamerikanischen Marxisten-Leninisten und wurde von der bolivianischen, aber z.B. auch der uruguayischen Partei mit Fakten bzw. Indizien belegt. Guevara konnte vom bolivianischen Militär nur aufgespürt werden, weil jemand die Spur zu ihm legte. (Eine verhängnisvolle, wenn auch wahrscheinlich eher traurige als absichtlich böse Rolle spielte in dieser Sache die berühmte „Genossin Tanja“, Tamara Bunke, Deutsch-Argentinierin, trotz revolutionärer Gesinnung zugleich SED-Mitglied und Agentin des KGB und des DDR-Auslandsgeheimdienstes, dann auch des kubanischen Geheimdienstes, Dolmetscherin für Guevara 1960 in der DDR, ging auf ihren Wunsch und Beschluss der SED nach Kuba, war dann in Absprache mit Guevara zur Unterstützung der Guerilla tätig, und zwar sollte sie die Verbindung der bolivianischen mit der argentinischen Guerilla stärken und Nachschub nach Bolivien organisieren, reiste aber schließlich befehlswidrig nach Bolivien und schloss sich unabgesprochen der Guerilla an, wobei die damit verbundenen schweren Disziplinverletzungen und Unvorsichtigkeiten zu ihrer Enttarnung führten und das Aufspüren Guevaras erleichterten, wenn nicht erst ermöglichten, kam bei damit zusammenhängenden Gefechten selbst ums Leben. Guevara schrieb, bevor noch Schlimmeres folgte, in sein Bolivianisches Tagebuch, das Fehlverhalten der Gen.Tania hätte die Guerilla in Bolivien um zwei volle Jahre des schwierigen Aufbaus zurückgeworfen.)

Trotz faktischer Konterrevolution wurde die „revolutionäre“ Phrasendrescherei beibehalten und dadurch wurde Castro für den Sowjetrevisionismus ein besonders wertvoller, wenn auch dem Anschein nach manchmal etwas unbequemer nützlicher Idiot. Über viele Jahre noch wurde Revolutionären auf der ganzen Welt damit das Hirn vernebelt, während in der Tat die auf Expansion, Kriegsvorbereitung und Zugrunderichten revolutionärer Bewegungen gerichtete Politik des sowjetischen Imperialismus von Kuba tatkräftig unterstützt wurde. Castro war z.B., zwar vorgeblich mit Bauchweh, für die Invasion in der CSSR 1968 und für den Afghanistanfeldzug, für die sozialimperialistischen Einmischungen in Afrika, wobei das kubanische Regime für letztere Massen an Soldaten<sup>5</sup> und sonstiges Menschenmaterial zur Verfügung stellte. (Dies erfolgte durchaus oft in Form „brüderlicher Hilfe“ für antikoloniale und antiimperialistische Befreiungsbewegungen, aber es war eben Hilfe von einem Imperialisten mit naturgemäß imperialistischen Ambitionen oder unter dem Oberkommando dieses Imperialisten, bloß gerichtet gegen einen oder mehrere rivalisierende Imperialisten, und im Inneren immer auch gerichtet auf das revisionistisch-kapitalistische „Modell“ statt auf die volksdemokratische und sozialistische Revolution, was regelmäßig zum

Zugrunderichten und Verbürgerlichen der revolutionären Bewegungen führte und z.B. dazu, was in Angola, dem Schwerpunkt kubanischer Militärität, heute ist: böse kapitalistische Verhältnisse, in denen sich der chinesische Imperialismus statt dem portugiesischen festgesetzt hat.)

Mit dem Sozialismus war es also 1964 in Kuba schon wieder zu Ende. Die Castroclique hatte nach kurzem Liebäugeln mit dem revolutionären Sozialismus den bourgeoisen Weg in revisionistischer Verkleidung eingeschlagen, einen Weg, der klassenmäßig betrachtet der Weg einer „nationalen Bourgeoisie“ ist, die es zwar in Kuba bis zur Revolution nicht gab, die sich aber als staatskapitalistisch-bürokratische Bourgeoisie nach der Revolution rasch herausbildete und in der Partei- und Staatsführung ihr Hauptquartier fand. Und wie - unter den gegebenen „globalisierten“ imperialistischen Umständen, wo in aller Regel bei jeder „nationalen Bourgeoisie“ die Angst vor dem eigenen Volk rasch die Widersprüche zu den Imperialisten überwiegt - zu erwarten, war sie so „national“ auch wieder nicht, dass sie sich nicht gegen ihren historischen US-Hauptfeind mit einem anderen Imperialisten ins Bett legte.

Dazu muss man bedenken, dass die kubanische Revolution, d.i. der Sturz des

Batista-Regimes und die Machtergreifung durch die „Bewegung des 26.Juli“ (benannt nach dem wenn auch damals gescheiterten ersten Anlauf, dem historischen Angriff auf die Moncada-Kaserne am 26.Juli 1953), keine proletarische Revolution und auch keine volks- oder neudemokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse war, sondern eine nationaldemokratische Revolution diffusen, also noch unentschiedenen Klassencharakters. Die Revolution stand nicht unter proletarisch-revolutionärer Führung, es gab keine kommunistische Partei auf der Höhe ihrer Aufgaben, es gab überhaupt keine kommunistische Partei, keine Führung, die die schwierigen Fragen der Sicherung und Weiterführung der Revolution hätte in Angriff nehmen können. Der Revolutionarismus von der Art Castros reichte nicht aus, um die nationaldemokratische Revolution weiterzuführen zur sozialistischen und damit zur wirklichen sozialen Befreiung. Guevara erzählte später einmal, wie es dazu kam, dass er Wirtschaftsminister geworden war: in der Runde der revolutionären Kommandanten hätte Castro gefragt, wer „economista“ (Wirtschaftsfachmann) sei, er habe aber verstanden, wer comunista sei, und habe sich gemeldet. Vielleicht ist das eine Anekdote, aber wahr ist, dass die revolutionären Kommunisten unter den Revolutionären eine

<sup>5</sup> Insgesamt (insgesamt, nicht gleichzeitig!) kämpften 381.482 (dreihunderteinundachtzigtausend!) kubanische Soldaten in Afrika, über 50.000 standen alleine 1988 in Angola, wobei 2.077 fielen. Am 25. bis Mai 1991 wurden die letzten abgezogen. (Angaben aus *Afrique Asie*, Dezember 2014, im Zusammenhang eines Interviews mit Hector Igarza, kubanischer Botschafter in Paris, vorher lange Jahre in Afrika)

Minderheit waren, die im Laufe der Folgejahre rasch eliminiert wurde. Trep-penwitz der Geschichte, dass die Eliminierung der wirklichen Kommunisten einherging mit der Mutation Castros und großer Teile der kubanischen Führung in „Kommunisten“ von der Art der Chruschtschow-Revisionisten. Aufgrund dieser historischen Schwächen und Probleme der kubanischen Revolution, vor allem mangels einer revolutionär-kommunistischen proletarischen Führung, konnte es geschehen, dass die Partei- und Staatsführung - unter den Bedingungen der massiven ökonomischen, politischen, militärischen Aggression des US-Imperialismus - den Lockrufen des Sowjetrevisionismus folgte und in Richtung Verrat an der Revolution und auf den kapitalistisch-revisionistischen Weg gezogen wurde.

Zwar hatte damit Kuba schon in der ersten Hälfte der 1960er Jahre den falschen Weg beschritten und landete in einem Staatskapitalismus revisionistischer Prägung, allerdings war es dem amerikanischen und

europäischen Kapital weiterhin nicht zugänglich und für dieses daher weiterhin ein „kommunistischer“ Feind. Die westliche imperialistische Bourgeoisie zieht natürlich stets und überall alle Register, wenn es darum geht, ein Regime, das ihr den Zugang zur Kapitalverwertung und Ausbeutung versperrt, zu denunzieren und zu bekriegen - und bei Kuba war die Begründung halt - wie damals so oft - der „Kommunismus“. Das kubanische Regime wurde daher weiterhin energisch bekämpft (wenn auch in den letzten Jahren kaum mehr mit militärischen Überfällen (Landung von Invasionstruppen in der „Schweinebucht“ 1961!), Terroranschlägen und bewaffneter Sabotage). Jetzt aber, seit das Regime das durch den Staatskapitalismus verrottete und heruntergefahren Land für Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung geöffnet hat und angesichts des eigenen Bankrotts um imperialistisches Auslandskapital buhlt, wäre die Fortführung der Boykottpolitik ein Schuss ins eigene Knie und man würde sich lukrativer Profitchancen bege-

ben. Daher musste früher oder später der Zeitpunkt der „Normalisierung“ kommen. Das, was als „Sensation“ und „Durchbruch“ gefeiert wird, ist nur der Schlusstrich unter diese Entwicklung und sozusagen die US-amtliche Bescheinigung, dass die Entwicklung des Kapitalismus in Kuba einen Punkt erreicht hat, wo es tendenziell keine nennenswerten Hemmnisse mehr gibt für die imperialistische Kapitalverwertung und die volle Wiedereingliederung Kubas in den „Weltmarkt“ und in die Netze neokolonialer Abhängigkeit<sup>6</sup>. Und es ist auch die US-Interessensbekundung, sich Kuba endlich wieder selbst schnappen und imperialistische Rivalen hintanhalten zu wollen; keinesfalls möchte man womöglich aufgrund einer kontraproduktiv gewordenen Boykottpolitik das Nachsehen haben, wenn sich andere Imperialisten Teile der kubanischen Wirtschaft unter den Nagel reißen. Kuba unterhält nämlich heute Wirtschaftsbeziehungen hauptsächlich mit Venezuela, Russland und China<sup>7</sup>.

<sup>6</sup> Keinesfalls handelt es sich aber darum, dass in Kuba etwa erst jetzt (seit den Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen) der Kapitalismus restauriert würde und bis vor kurzem Sozialismus geherrscht hätte, was die meisten Revisionisten und Trotzisten propagieren. Es ist immer der alte Seich: Solange ein Regime sich selbst „sozialistisch“ nennt und zumindest in gewissem Umfang formelles Staatseigentum und irgendeine bürokratische Planung bestehen und wenn es dann noch dazu gegen die USA auftritt oder auch nur gegen sie poltert oder sogar nur mault, glauben manche Leute halt wider alle offensichtliche Realität von Ausbeutung und Unterdrückung, es handle sich um „Sozialismus“. Wirft ein bezeichnendes Licht darauf, was diese Leute sich unter Sozialismus vorstellen.

<sup>7</sup> Venezuela liefert Öl und kriegt dafür im Austausch medizinisches Personal und Dienstleistungen. Russland hat Kuba unlängst 90% der Schulden aus der UdSSR-Zeit nachgelassen und versprochen, den Gegenwert der restlichen 10% in Kuba zu investieren. Mit China gibt es enge Handelsbeziehungen und China gibt Kuba Kredite. Kuba sucht vor allem Auslandskapital, sei es in Form von Direktinvestitionen, sei es in Form von Krediten, um seine über weite Strecken marode Wirtschaft (was natürlich auch - auch, wohlgemerkt, nicht nur! - mit der US-Blockade zu tun hat) zu modernisieren. Ein neues Gesetz betreffend ausländische Investitionen zielt auf einen Zustrom an Auslandskapital in Höhe von 2,5 Mrd. \$; alle Sektoren einschließlich der Zuckerindustrie wurden dafür „geöffnet“, außer - bis jetzt! - Bildungs- und Gesundheitswesen, Rüstung und (das formelle juristische Volleigentum an) Grund und Boden. (Quelle: Interview mit Hector Igarza, Botschafter Kubas in Paris, Afrique Asie, Dezember 2014)

Dass dieser „Kurswechsel“ von den westlichen Imperialisten (von den russischen und chinesischen selbstverständlich nicht!) als „neu aufgeschlagene Seite in den Beziehungen“ gefeiert wird ist kein Wunder. Für das kubanische Volk und die kubanische Arbeiterklasse bedeutet es, „vom Regen in die Traufe“ zu kommen, wobei freilich die Traufe, eine noch rasantere Verschlechterung der Lebensverhältnisse, sowieso unvermeidlich gekommen wäre, wenn auch vielleicht in anderen Formen. Nicht einmal nationale Unabhängigkeit ist unter einem bourgeoisen Regime (wie auch die kubanische Regierung eines ist) vorstellbar, die kubanische Staatsbourgeoisie wird ruckzuck zu einer gewöhnlichen Kompradorenbourgeoisie werden. Sogar in Venezuela, das ganz andere wirtschaftliche Voraussetzungen be-

sitzt, hat sich unter Chavez an der neokolonialen Abhängigkeit vom Imperialismus nichts geändert und die Reformen und Verbesserungen in einigen Sozialbereichen werden schon wieder zurückgedreht. In Kuba, dessen ökonomische Ressourcen wesentlich bescheidener sind, ist selbst so etwas nicht möglich. So sehr man die US-Sanktionen und alle imperialistische Boykottpolitik gegen Kuba aus prinzipiellen Gründen bekämpfen musste und muss, so wenig darf man sich Illusionen machen, dass deren Wegfall unter den heutigen Umständen etwas an der Lage der kubanischen Arbeiterklasse und des Volkes verbessern oder dass dadurch etwa die Position des US-Imperialismus geschwächt würde. Auf der subjektiven Seite fiele immerhin eine wichtige Ausrede der kubanischen Regierung zur Rechtfertigung des

Herunterwirtschaftens des Landes weg, was der Entfaltung des Klassenkampfes nur helfen kann.

Zur nationalen und sozialen Befreiung braucht es auch in Kuba eine neue Revolution - und mit Blickrichtung auf eine solche neuerliche und diesmal wirklich sozialistische Revolution in Kuba sowie auf die weltweite revolutionäre Perspektive, kann es nur gut sein, wenn in einem ohnedies schon längst kapitalistischen System der noch vorhandene „sozialistische“ Schutt weggeräumt wird und sich die Menschen nicht länger mit nostalgisch verklebten Augen ein X für ein U vormachen, sondern die tatsächlichen Widersprüche, tatsächlichen Freund und Feind, die tatsächlichen Aufgaben und Perspektiven der nationalen und sozialen Befreiung besser erkennen können.



## Ernesto Che Guevara

Guevara war ein bedeutender Revolutionär und der revolutionären Sache konsequent ergeben. In Kuba war er nach der Machtergreifung der wichtigste Repräsentant des revolutionären und Gegner des revisionistisch-kapitalistischen Wegs. Er stemmte sich auch gegen eine neuerliche Neokolonisierung Kubas, diesmal durch die Sowjetunion (und hatte z.B. 1960 als klare Geste - mit großer diplomatischer „Verstimmung“ als Konsequenz! - seinem Protest gegen den Chruschtschow-Revisionismus durch eine Kranzniederlegung am Sarg Stalins Ausdruck verliehen). Aber Guevara machte auch Fehler. Sein Hauptfehler bestand zunächst darin, die militärische Seite der Revolution - wir reden über die vorrevolutionäre Zeit, nicht über den Aufbau der neuen Gesellschaft - zu überschätzen, die ideologisch-politische aber zu unterschätzen.



Dementsprechend unterschätzte er erstens die elementare Wichtigkeit des umfassenden Kampfes gegen den Revisionismus. Bezüglich des Kampfes um die „Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ um 1963 herum, also des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus, verbarg er zwar nicht seine Abneigung gegenüber diesem und seine Sympathie für China, vertrat aber dennoch auch die Meinung, man solle diesen Kampf öffentlich nicht zu sehr zuspitzen, dies nütze nur dem US-Imperialismus, stattdessen solle man die praktische Revolution, sprich den Guerillakrieg vorantreiben. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, die internationale Rolle der Sowjetunion bezüglich vieler revolutionärer Bewegungen und Revolutionen in dieser Zeit des „Trikont“ im Aufruhr zu kritisieren. Zweitens überschätzte er die rein militärische Seite der Revolution. Während Mao das Prinzip „Die Politik kommandiert die Gewehre“ propagierte, vertrat Guevara de facto die Linie, dass die Gewehre alles seien. Man braucht bloß die militärischen Schriften Lenins oder Maos mit den militärischen Schriften Guevaras (z.B. das „Bolivianische Tagebuch“) zu vergleichen. Dies schwächt unweigerlich den Widerstand gegen den Revisionismus. Dann machte er auch noch in militärischer Hinsicht den Fehler, die militärischen Erfahrungen der kubanischen Revolution, einer Machtergreifung unter spezifischen Bedingungen, zu verallgemeinern und überallhin „übertragen“ zu wollen. Das strategische Konzept der „revolutionären Brennpunkte/Herde“ (foco), die sich mehr oder weniger spontan wie Schneebälle ausbreiten sollten, scheiterte.

Dessen ungeachtet war Guevara ein Revolutionär, was man von erheblichen Teilen der kubanischen Führung nicht sagen kann, obwohl diese sich später im Fahrwasser des Sowjetrevisionismus ein marxistisches Vokabular, aber eben nur ein Vokabular, zu Eigen machte. Das gilt für den Linienkampf in Kuba und es gilt auch international: Während Guevara versuchte, die Revolution in Afrika voranzubringen, schickte Castro wenige Jahre später - natürlich unter „revolutionärem“ Vorwand - viele Zehntausende kubanische Soldaten zur Unterstützung der Ambitionen des sowjetischen Sozialimperialismus zur Deroutierung der afrikanischen Revolutionen, speziell der in Angola. Natürlich wird Guevara heute nach wie vor in Kuba als Held der Revolution gefeiert, aber das ist nur zur Verdeckung des historischen Linienkampfes, der seinerzeit tobte, und hat ungefähr dieselbe Relevanz wie die vielen Menschen, die heutzutage mit Guevara-T-Shirts herumlaufen, entweder ohne überhaupt zu wissen, wer das war, oder mit obskuren Anschauungen darüber, was das zum Ausdruck bringen soll

# Es lebe die demokratische Erhebung in Burkina Faso!

## Keine Einmischung des französischen Imperialismus!

(Flugblatt der französischen OCML Voie Proletarienne vom 9. November 2014, Übersetzung und erläuternde Fußnoten für nicht-französische LeserInnen von uns)

Das Volk von Burkina Faso hat Ende Oktober 2014 nach 27 Jahren des Kampfes Blaise Compaoré von seinem Thron gestürzt. Das ist ein politisches Ereignis von großer Bedeutung und ein sehr harter Schlag für das, was man „Françafrique“<sup>1</sup> nennt. Compaoré war der treueste Söldling Frankreichs in Westafrika, seit er 1987 Thomas Sankara - übrigens ermutigt vom Frankreich Mitterand's - gestürzt und ermordet hatte. So kommt Frankreich ihm jetzt auch zur Hilfe, schützt ihn im Exil in Côte d'Ivoire<sup>2</sup> und ermöglicht ihm, wie auch vielen anderen von dieser Sorte, sich nicht vor seinem Volk verantworten zu müssen.



Compaoré war der Repräsentant der bürokratischen und Kompradorenbourgeoisie des Landes, von Natur aus parasitär und servil, vom Imperialismus an die Macht gebracht und an der Macht gehalten - wie in den anderen Ländern der Region. Er hat die ökonomische und politische Beherrschung des Landes zugunsten des Imperialismus, in erster Linie des französischen, organisiert. Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder Afrikas. Seine Bodenschätze<sup>3</sup> sind in der Hand im-

perialistischen Auslandskapitals. Auf der Flucht vor der Armut mussten mehrere Millionen Burkinabé nach Côte d'Ivoire emigrieren, wo sie überausgebeutet werden und Opfer eines gewalttätigen Rassismus sind. Das Land ist von französischen Truppen in Stärke von mehreren hundert besetzt, ohne dass man die genaue Zahl wüsste, und diese können dort - unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus“ - tun, was sie wollen. Das alles dank geheimer Militärabkommen zwischen dem Regime und dem französischen Staat. Compaoré zögerte nicht, demokratische Opposi-



<sup>1</sup> Konzept und Wort wurden im Zuge der „Entkolonisierung“ um 1960 herum erfunden, um - außer der formellen „Unabhängigkeit“ - an der tatsächlichen Abhängigkeit von Frankreich nichts zu ändern. Als sich ein paar Jahrzehnte später auch dieses neokoloniale Unwort ausreichend diskreditiert hatte, wurde auf das Wort offiziell verzichtet - aber nur um das Konzept beizubehalten. Auch alle Verträge, von den Militärabkommen bis zur Zuständigkeit der französischen Zentralbank für die Währungs- und Budgetpolitik, wurden unverändert beibehalten. Hollande, seit er Präsident ist, baut den Würgegriff der französischen Krake nicht nur aus, sondern stellt ihn auch demonstrativ öffentlich zur Schau - das zielt auf die imperialistischen Rivalen.

<sup>2</sup> Ende November 2014 wurde die Kartoffel dem Ouattara aus Côte d'Ivoire offenbar zu heiß und Compaoré wurde nach Marokko weitergereicht.

<sup>3</sup> Am Wichtigsten ist die Goldproduktion. Burkina Faso ist zum viertgrößten afrikanischen Goldproduzenten aufgestiegen. Der Goldexport (32 Millionen Tonnen im Jahr 2014) steht für 20% des BIP und 80% des Exports. 18 ausländische Gesellschaften (bzw. deren inländische Ableger) kontrollieren 98% der Bodenschätze des Landes. Die Konzessionseinkünfte werden „seltsamerweise“ von Jahr zu Jahr geringer und der Anteil davon, der dem offiziellen Staatshaushalt zufließt, etwa ein Siebentel (!), ebenfalls. Der „Rest“ landet irgendwo anders. Ein wichtiger „Pate“ dieses „irgendwo“ und zugleich Bergbauminister war François Compaoré, der Bruder. (Quelle: Afrique Asie, Jänner 2015)

onelle umzubringen, z.B. den Journalisten Norbert Zongo, der 1998 von der Leibgarde des Präsidenten ermordet wurde. Dieser Mörder, wie alle seinesgleichen, ist niemals bestraft worden. So sieht die Sorte von Individuen aus, die alle aufeinanderfolgenden französischen Regierungen anderen gegenüber als „große Demokraten“ und „Beispiel für Stabilität“ priesen.

Compaoré hat sich auch immer wieder als Kriegstreiber in der Region betätigt. Er hat sich massiv in die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone<sup>4</sup> und zuletzt vor allem in Côte d'Ivoire eingemischt - dort hat er im Auftrag und auf Rechnung Frankreichs die Rebellen, die Alassane Ouattara an die Macht gebracht haben, bewaffnet<sup>5</sup>.

Das alles versuchte das Regime zu verdecken, indem es schamlos behauptete, Burkina Faso sei ein aufstrebendes „Schwellenland“ und das Regime der beste Garant für Frieden und Fortschritt in der Regi-

on<sup>6</sup>. Was für ein Hohn und welche Missachtung für sein Volk! Die Burkinabé ließen sich nicht düpiieren. Seit der seitens Frankreich „zugestandenen“ Pseudounabhängigkeit (1960) kämpften die demokratische und revolutionäre Bewegung, ihre politischen, gewerkschaftlichen, Frauen- und Jugendorganisationen, die Organisationen zur Verteidigung demokratischer Rechte hartnäckig für Gerechtigkeit, die Rechte des Volkes und die Unabhängigkeit des Landes.

Die Burkinabé haben sich so als Volk organisiert - und ihre Entschlossenheit hat sich gelohnt<sup>7</sup>. Dank ihres Kampfes war das Regime seit langem schon zum schwachen Kettenglied der „Françafrique“ geworden. 2011 war es ihnen schon fast gelungen, dieses verfaulte Regime zu stürzen. 2014 brachte Compaoré das Fass zum Überlaufen durch seine Anmaßung einer Verfassungsänderung, die ihm für eine weitere Mandatsperiode (von fünf Jahren) die Präsidentschaft gesi-

chert und damit seine Autokratie in Stein gemeißelt hätte.

Jetzt versucht der Imperialismus, die Revolte in seinem Interesse zu manipulieren. Er half Compaoré bei der Flucht nach Côte d'Ivoire. Dann schob er Pseudoooppositionelle in den Vordergrund wie Zéphirin Diabré, Leute, die tausend Mal mit Compaoré gepackelt hatten. Diabré ist niemand anders als der frühere Afrikadirektor des (französischen Nuklearkonzerns) Areva, welche die Uranminen im benachbarten Niger ausbeutet. Nach vielversprechender Änderung schaut das nicht gerade aus! Tatsächlich hat Frankreich nur im Sinn, die herrschenden Cliquen der lokalen Bourgeoisie zu seinen Diensten zu austauschen - bloß mit einer frischen demokratischen Lackschicht überzogen.

Nachdem die Massen das Regime gestürzt hatten, konfiszierte die Armee den Sieg des Volkes. Ein Militär, der Oberstleutnant Isaac Zida, proklamierte sich selbst zum Staatschef

<sup>4</sup> Die Bürgerkriege in den beiden Ländern tobten zwischen 1989 und 2003 und forderten 400.000 Todesopfer. Während der Spez'1 Compaoré's in Liberia, Charles Taylor, 2012 vom UNO-Sondergericht über Kriegsverbrechen in Sierra Leone zu 50 Jahren Haft verurteilt wurde, wurde Compaoré nicht einmal vernommen, obwohl er mit 3.500 Soldaten in diese Kriegsverbrechen verwickelt war.

<sup>5</sup> Außer in Liberia, Sierra Leone und Côte d'Ivoire mischte Compaoré seinerzeit auch in Angola mit, indem er die UNITA Savimbi's unterstützte. Das Compaoré-Regime war auch eng mit Gaddafi liiert, der das Regime finanzierte und auch sonst stützte und sich an dessen Auslandsaktivitäten in verschiedener Weise beteiligte. Das Regime wurde allmählich zu einer „strategischen Plattform der Aggression und Ausbeutung der Völker der Region“ (PCR.V). Der chinesische Imperialismus ist ebenfalls sehr umtriebig und der weitaus wichtigste Exporthandelspartner (mit etwa 30%).

<sup>6</sup> wikipedia - anscheinend ein bisschen in Rückstand - hält Burkina Faso für den „sicheren und stabilen internationalen Mittelpunkt Westafrikas“. Damit dürfte es seit den „Ausschreitungen“ Ende Oktober allerdings vorbei sein.

<sup>7</sup> Wendepunkt waren die Hungerrevolten 2008. Seither halten die Kämpfe an und immer wieder kommt es zu regelrechten Insurrektionen. Die Volksbewegung hatte seither aufsteigende Tendenz, die zum Sturz Compaoré's führte.



und versprach, wie üblich, die Macht dem Volk zu übergeben<sup>8</sup>. Erinnern wir uns, was in Ägypten passierte: das Volk verjagte Mubarak, dann stürzte die Armee seinen Nachfolger Mursi unter dem Vorwand, die Revolution zu verteidigen, aber mit dem Ziel, ihre eigene Macht zu stärken und die Volksbewegung zu zerschlagen. Ein Militärregime kann nur zur Fortführung, ja Verstärkung des neokolonialen Regimes führen. In Burkina Faso (wie überall sonst) muss die Macht in die Hände des Volkes übergehen, nicht in die opportunistischer Politiker oder putschistischer Militärs.

Heute verständigen sich die zwei Cliquen und lassen auf das Volk schießen, um zu versuchen, es dabei zu hindern, den Aufstand weiterzutreiben. Es gibt viele tödliche, aber hinter verführerischen Luftblasen versteckte Fallen auf dem Weg der sozialen und nationalen Befreiung. Fallen, die das Volk vermeiden kann, wenn es sich im Bewusstsein seiner revolutionären Ziele zusammenschließt und sich selbständig und unabhängig von den Ausbeuterklassen organisiert.

Die OCML Voie Proletarierne unterstützt das Volk von Burkina Faso in sei-

nem Kampf um nationale und soziale Emanzipation. Wir unterstützen die Völker Afrikas in erster Linie, indem wir unseren Kampf gegen den französischen Imperialismus fortsetzen und intensivieren. Unser Imperialismus, der französische Imperialismus, ist sicher der schlimmste Feind der Völker Afrikas. Die OCML unterstützt die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Burkina Faso und ihre Kampforganisationen, die sich den inneren und äußeren Feinden entgegenstellen mit dem Ziel der Er kämpfung eines demokratischen Systems in ihrem Land<sup>9</sup>.

**Frankreich - raus aus Afrika!**  
**Rückzug aller französischen Truppen, Schließung aller Militärbasen!**  
**Gegen die Umtriebe des französischen Imperialismus in Afrika (Areva, Bolloré usw.)!**  
**Es lebe das Volk von Burkina Faso und sein Kampf**  
**für die soziale und nationale Emanzipation!**  
**Es lebe die Revolution!**

<sup>8</sup> Inzwischen regiert - auf Druck des französischen Imperialismus - das Duo Michel Kafando, alter Parteigänger von Compaoré, dessen Außenminister und UNO-Botschafter, plötzlich zum „Oppositionellen“ umgefärbt, als Präsident und Isaac Zida, stellvertretender Kommandant der Leibwache von Compaoré, bekannt für ihre Brutalität gegen das Volk, als Ministerpräsident.

<sup>9</sup> Eine dieser Organisationen und die wichtigste am linken Rand der wirklich demokratischen und antiimperialistischen Opposition ist die Parti Communiste Révolutionnaire Voltaïque (PCRV, [www.pcrv.net](http://www.pcrv.net) - allerdings nur zeitweise und bruchstückhaft zugänglich), eine relativ starke und einflussreiche Partei, klarerweise in der Illegalität, aber mit legalen Massenorganisationen, z.B. die „Bewegung für Menschen- und Volksrechte“ (MB-DHP), die Gewerkschaft CGT-B, der „Allgemeine Studentenverband“ (UGEB), die „Demokratische Jugendorganisation“ (ODJ), das „Manifest der Intellektuellen für die Freiheit“, wobei alle diese Massenorganisationen zusammengefasst sind in der „Nationalen Koalition des Kampfes gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheiten“ (CCVC). Die PCRV betrachtet sich als marxistisch-leninistisch, ist es aber nicht. Sie hat keine klare Vorstellung von der volksdemokratischen Revolution, die in Burkina Faso - auf dem Weg zur sozialistischen Revolution - auf der Tagesordnung steht, ihr Programm für die Volksbewegung unterscheidet sich nicht trennscharf von reformistischen Programmen, sie überschätzt das revolutionäre Potential der spontanen Massenbewegung. Sie glaubt z.B., dass „sich die revolutionäre Krise, die unser Land erschüttert, seit der Ermordung des Journalisten Norbert Zongo und dreier seiner Kollegen am 13. Dezember 1998 vertieft“ - das hieße eine „revolutionäre Krise“, die seit 16 Jahren andauert, aber dann handelt es sich „nur“ um eine schleichende Krise des Regimes, nicht um eine tatsächliche „revolutionäre Krise“, d.h. eine Krise am Vorabend einer revolutionären Situation. Auch die Ziele der Erhebung, die sie in ihrer Propaganda hervorstellt, sind sehr schwammig: eine „Revolutionäre Provisorische Regierung und eine Verfassung im Hinblick auf die Schaffung einer modernen (?) demokratischen Republik (?)“ und „Brot und Freiheit für das Volk“ - denn was heißt „Freiheit“ und warum „für das Volk“ statt Freiheit und Demokratie des Volkes? Eine „nationaldemokratische Volksrevolution“, wie die PCRV sie grundsätzlich proklamiert, sieht anders aus. Trotzdem ist die PCRV eine bedeutende demokratische antiimperialistische Kraft, die die Volksbewegung aufruft, „sich ihren Sieg nicht stehlen zu lassen“, und die sich „dem militärischen Staatsstreich entgegenstellt und die Massen (aufruft), die Kämpfe weiterzuführen, um den revolutionären Prozess zu vertiefen“ (alle Zitate aus einem Flugblatt der PCRV vom 1. November 2014).





# Lohnkampf gegen Preissteigerung!

## Sturz der Kapitalisten - für eine sozialistische Gesellschaft!

IA \*RKP zur Demo am 21.11.2014

Die Zeit des Aufschwungs ist vorbei, als auch die Reallöhne und Sozialversorgung immer besser wurden. Die Krise des Kapitals dauert ununterbrochen seit 2008 an, und die Herrschenden drücken uns Arbeiter/innen und kleinen Angestellten immer neue Kürzungen und Verschlechterungen aufs Aug. Dagegen müssen wir uns in Basisgewerkschaftsgruppen zusammenschließen und betriebsübergreifende Aktionseinheiten bilden. Nur wenn wir von reinen Verteidigungskämpfen auch zu offensiven wirtschaftlichen und politischen Forderungen übergehen, werden wir in Protestversammlungen, Demonstrationen und Streiks weiterkommen. Solche (basis)gewerkschaftlichen Kämpfe sind eine Grundlage dafür, dass wir

langsam auch in Österreich wieder eine revolutionäre Arbeiter/innenbewegung aufbauen, die sich darauf orientiert, nicht nur einzelne Mängel in unserer „Wirtschaftsordnung“ zu beseitigen, sondern das ganze kapitalistische System in einer proletarischen Revolution zu überwinden.

Schon Karl Marx hat darauf hingewiesen, dass „die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion dahin geht, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken.“ Und er hat weiters betont: „Die Gewerkschaften verfehlen

ihren Zweck, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des Systems zu führen, statt ... ihre Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Anschaffung des Lohnsystems.“ (Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW16, S.152).

Unser Ziel ist nicht die Wiederherstellung der „goldenen Siebzigerjahre“, die bald wieder vorbei waren, sondern der Sozialismus.

### ES REICHT! LÖHNE UND GEHÄLTER RAUF! MIETEN UND PREISE RUNTER!

Das reichste 1 % besitzt 38% des Vermögens! - aber die Preise sind hierzulande weit höher als z.B. in Deutschland. Die unteren 50% besitzen keine Häuser oder Wohnungen - Aber die Mieten sind seit 2005 stärker gestiegen als die Einkommen Die Unternehmen horten Milliarden und schütten Gewinne an Aktionäre aus - Aber mindestens seit 2010 sinken die netto Reallöhne/gehälter!

Österreich ist ein reiches Land. Nur haben die wenigsten etwas davon. Dass sich „Leistung lohnt“ ist eine Lüge: KindergärtnerInnen, Handelsangestellte, Krankenpflegepersonal – sie alle leisten viel, verdienen aber wenig. Überall werden Jobs abgebaut, auf jede offene Stelle kommen 13 Arbeitslose. Eine brauchbare Lehrstelle – oder überhaupt eine – zu bekommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher und bedienen sich auf unsere Kosten wie die Korruptionsskandale zeigen. Und wenn sie sich verspekulieren, dann springt der Staat ein und rettet sie mit unseren Steuergeldern. Um davon abzulenken, dass sie alle – PolitikerInnen, UnternehmerInnen, BankerInnen – zusammenhalten und sich auf unsere Kosten bereichern, spielen sie das alte Spiel „Teile und Herrsche“. Sie behaupten „die Ausländer“ wären schuld, oder sie könnten halt nicht anders, als bei uns zu kürzen.

Alles Lüge! Wir sollen für die kapitalistische Krise bezahlen, die wir nicht verursacht haben. Doch es geht auch anders: Sogar in den USA (in Seattle) wurde durch eine Kampagne von unten der höchste Mindestlohn der Welt erkämpft. In Wien wurden in den 20er Jahren billige Gemeindewohnungen mit dem Geld der Reichen gebaut und damit die Wohnungsnot wirklich bekämpft. Selbst heute, in einer Wirtschaftskrise können Verbesserungen für die „normalen“ Leute erreicht werden – wenn wir sie gemeinsam erkämpfen. Denn es kann nicht sein, dass wir unsere Zukunft und unsere Gesundheit für ein System opfern sollen in dem es nur um die Profite weniger geht. Wir wollen ein ordentliches Leben, eine Zukunft, ein System, in dem die Menschen und nicht die Profite im Zentrum stehen!

[www.aktionsbuendnis.at](http://www.aktionsbuendnis.at) | [fb.com/12stundentag](https://fb.com/12stundentag) | [info@aktionsbuendnis.at](mailto:info@aktionsbuendnis.at)



**21.11. | WIEN**  
**17:00 |** Sternmärsche: Keplerplatz, Praterstern, Wallensteinplatz  
**19:00 |** Abschlusskundgebung Schwedenplatz

Unterstützt von: AITGF (Föderation der ArbeiterInnen und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich), DIDF (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine), GKK (Gruppe Klassenkampf), GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock), KJÜ (Kommunistische Jugend Österreichs), KOMintern (Kommunistische Gewerkschaftsinitiative - International), KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs), KSV (Kommunistischer StudentInnenverband), PdA (Partei der Arbeit), SLP (Sozialistische Linkspartei), Solidarwerkstatt, RKOB (Revolutionär-kommunistische Organisation BEFREIUNG), YDG (Neue Demokratische Jugend)

# Demokratisches Recht auf Asyl für alle vom Imperialismus Verfolgten!

Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht, der Großteil von ihnen sind Arbeiter/innen und Kleinbäuer/innen. Ein Hauptgrund dafür, dass sie ihre Heimat verlassen, sind die Kriege, die von den imperialistischen Mächten in allen Erdteilen angezettelt, gesteuert und geführt werden.

Mit kriegerischen Auseinandersetzungen, Interventionen, Putschen usw. wollen die Großmächte ihre Einflusszonen auf Kosten ihrer Gegner erweitern oder festigen.

Derzeit finanzieren und betreiben vor allem USA, Deutschland, Frankreich, Britannien und Russland offene Kriege, während der chinesische und japanische Imperialismus vor allem (noch) auf wirtschaftliche Expansion setzen. Aber auch kleinere Imperialisten sind mit ihren Truppen in verschiedenen Ländern unterwegs. So z.B. der österreichische Imperialismus am Balkan, dem traditionellen Kolonialgebiet seit dem Zeiten der Habsburger Monarchie und Prinz Eugen.

Eine weitere Folge der Kriege sind Hungersnöte in den vom Krieg verwüsteten Ländern, die breite Teile der Volksmassen zur Flucht zwingen.

Aber auch ohne Krieg erzeugen die vom Imperialismus geschaffenen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in den neokolonialen Gebieten Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas unerträgliche Lebensbedingungen für die

Arbeiter/innen und Kleinbäuer/innen.

Aber wegen der unglaublichen Armut der Betroffenen und der nahezu vollständigen Abschottung der Festung EU (und der Festung USA) endet die Flucht meist in Flüchtlingslagern ein paar hundert Kilometer weiter, eventuell in einem Nachbarland, wo die Situation fast ebenso trostlos und elend ist wie in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Nur ein winziger Prozentsatz der weltweiten Flüchtlinge schafft es bis an die Grenzen der EU und ein noch viel kleinerer Teil erreicht erfolgreich ein EU-Land. Tausende sterben auf dem Weg hierher, viele davon im Mittelmeer.

Seit 1991 wurden alle Gesetze, von denen Flüchtlinge betroffen sind, wesentlich verschärft. Ein Grund dafür ist, dass damals der von den Herrschenden akzeptierte Fluchtgrund „Antikommunismus“ (für Ostblockflüchtlinge) gefallen ist. Seither ist auch die Fluchthilfe (vorher von den Massenmedien oft bejubelt!) zu einem kriminellen Delikt im Strafrecht geworden, das mit Gefängnisstrafe bedroht ist.

Die seither durchgeführten Strafverfahren zeigen deutlich, wie die österreichische Bourgeoisie mit den von ihr und ihren Kumpanen ins Elend gestürzten Volksmassen in den Neokolonien umspringt. In den Investitionsgebieten des österreichischen Imperialismus lassen sich traumhafte Ex-

traprofite mit der Not und dem Elend der dortigen Arbeiter/innen erzielen. Deswegen gibt es für die vom Imperialismus Betroffenen aus bürgerlich-kapitalistischer Sicht keinen „Fluchtgrund“. Und wer es wagt, seinen Landsleuten zur Flucht und Einreise zu verhelfen, wird mit der vollen Härte der bürgerlichen Unterdrückungsgesetze niedergeschmettert. Im sogenannten „Schlepperprozess“ von Wiener Neustadt, dessen 1. Runde am 4. Dezember mit 7 unbedingten Haftstrafen endete, konnte keinem der Angeklagten Fluchthelfer „Gewerbsmäßigkeit“ nachgewiesen werden; d.h. sie haben für ihre Hilfsdienste an Landsleuten keinerlei Geld oder höchstens geringe Summen für Benzin und Lebensmittel usw. genommen. Nach den Haftstrafen droht ihnen wegen der Kriminalisierung die baldige Deportation.

Es ist ein Skandal, dass in einem der reichsten fünf Länder der Welt Flüchtlinge so kriminalisiert und abgeschoben werden, und es ist notwendig, sich dagegen zu stellen. Aber eine moralische Empörung ist nicht genug, denn der Fehler liegt im System.

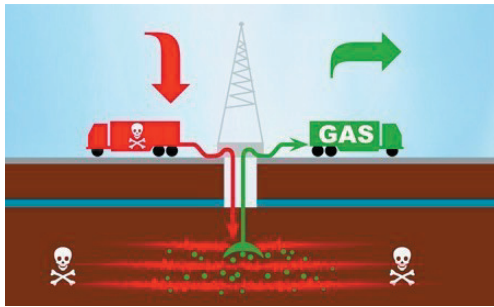
Um das Flüchtlingsproblem zu beenden, muss das ganze Gesellschaftssystem des Kapitalismus gestürzt werden. Auf dem Weg dorthin müssen wir uns mit den Betroffenen solidarisieren, sie unterstützen und uns für ein demokratisches Asylrecht einsetzen.

Flugblatt der IA\* RKP zur Flüchtlings-Demo Dezember 2014



# Umweltkatastrophe für den Profit der Multis: Schiefergas-Fracking im Weinviertel und am Bodensee?

*Fracking ist eine Methode multinationaler Konzerne, durch das Einleiten von giftigen Chemikalien in den Boden unter hohem Druck das Gestein zu sprengen und Erdgas herauszupressen. Das Ergebnis für die kapitalistischen Konzerne sind hohe Profite, für die Bevölkerung zerstörte Landschaften, Erdbeben, verseuchtes Trinkwasser und Polizeirepression.*



*Lange Zeit war diese gefährliche Gasgewinnung in der EU verboten, aber vor zwei Jahren wurde in Britannien als erstem EU-Land das Fracking-Verbot auf Druck von Exxon, Chevron, Halliburton und anderen Energiekonzernen teilweise aufgehoben. Seither drängen die Multis auch in anderen EU-Ländern, darunter Österreich auf Probebohrungen und „probeweise“ Fördergenehmigungen.*

Flugblatt der IA\*RKP zum Internationalen Umwelttag am 5. Dezember

Die in Österreich bekannt gewordenen Probebohrungen für die Schieferölge-  
winnung (Fracking) fanden 2013 im Weinviertel (bei Poysdorf und Herrnbaumgarten und möglicherweise Prinzendorf) sowie in Vorarlberg (bei Konstanz und Biberach) statt. Dazu hatte der jetzige ÖVP-Chef und damalige Wirtschaftsminister Mitterlehner deutlich erklärt: „Europa und vor allem Österreich (wird) um die Gewinnung von Erdgas durch Fracking nicht herumkommen“, deshalb „müsse man zuvor Akzeptanz und Verständnis bei der Bevölkerung schaffen“.

Doch in Gegenteil bildeten sich in den betroffenen Gebieten sofort mehrere Bürgerinitiativen, die gegen die Probebohrungen mobil machten. In einem Aufruf von „Weinviertel statt Gasviertel“ heißt es dazu: „Der internationale Ölkonzern OMV plante im Weinviertel jahrzehntelang riesige Mengen an Schiefergas mit einer weltweit umstrittenen Methode - dem sogenannten „Fracking“ -

abzubauen. Aufgrund von Bürgerprotesten wurden der OMV von den Gemeinden Poysdorf und Herrnbaumgarten die Bohrungen auf deren Grund verwehrt. ... Laut jüngsten Medienberichten hat die OMV im Weinviertel die umstrittene Fracking-Methode bereits 30mal angewandt und beim Bohren nach herkömmlichen Gas- und Ölvorkommen auch jede Menge Chemie eingesetzt. Dies wurde bekannt, als LH Pröll eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) forderte.“

(<http://www.weinviertel-stattgasviertel.at>)

Beim Fracking wird Erdgas aus tiefem Gestein gewonnen. Dabei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, um Risse zu erzeugen, damit das Gas austreten kann. Die Frack-Flüssigkeit enthält krebserregende, hormonverändernde und stark wassergefährdende Gifte, nämlich: Tetramethylammoniumchlorid, Petroleumdestillate, Octyl-

phenol und Biozide aus der Gruppe der Isothiazolinone.

Kürzlich wurde auch durch seismografische Untersuchungen nachgewiesen, dass Fracking zu Erdbeben führt: So wurden die 77 Erdbeben bis zur Stärke 3 in Poland, Ohio im März 2014 eindeutig durch Fracking verursacht.

Die Weinviertler Bürgerinitiative fasst die Gefahren für die Bevölkerung so zusammen:

„Fracking birgt beträchtliche und großteils noch unerforschte Risiken für Umwelt und Gesundheit (z.B. Mitfördern von mit Schadstoffen kontaminiertem Frackwasser, erhöhte Erdbebengefahr). Fracking bedeutet Verschwendung und Gefährdung von Ressourcen (Millionen Liter Wasser pro Bohrung im wasserarmen Weinviertel). Fracking bringt die nachhaltige Zerstörung der Landschaft in der Umgebung von Poysdorf und Herrnbaumgarten und in weiterer Folge im ganzen Weinviertel mit sich (großflächiges Zubetonieren von Grünland



für Bohrfelder, viele ca. 60 m hohe Bohrtürme alle 5 km, die bei ca. 25 Frackbohrungen pro Bohrfeld bis zu 13 Jahre lang das Landschaftsbild schwer beeinträchtigen, entsprechend viele Zufahrtsstraßen, hunderte Kilometer Pipelines für Zu- und Ableitungen, LKW-Verkehr, Lärm, Feinstaub.“ (<http://www.weinviertelstattgasviertel.at>)

Was dazu kommt ist, dass das aufwändige Fracking überhaupt nur dadurch zu einem profitablen Geschäft für Konzerne wird, weil die gesamten Folgekosten und Spätschäden von den Steuerzahler/innen und der Bevölkerung getragen werden müssen. Ähnlich wie bei der Atomkraft wird ein Großteil der Kosten vom bürgerlichen Staat übernommen und den späteren Generationen aufgelastet.

Nachdem sich 2013/14 die Proteste besonders im Weinviertel ausbreiteten und auch Filme wie „Gasland“ die katastrophalen Auswirkungen von Fracking am Beispiel von USA, Kanada und Südafrika bekannt machten, gaben sowohl die OMV und Halliburton als auch die verantwortlichen Politiker das Ende des Fracking-Projekts in Österreich öffentlich bekannt.

Angeblich sei die umstrittene Fracking-Technik bei der Erdgasförderung in Europa nicht wirtschaftlich, weil das Erdgas aus Russland und Westasien/Nahost deutlich billiger ist. Aber eine Sprecherin des deutschen Gasgiganten

ExxonMobil betonte: „Unsere Investitionsentscheidungen hängen nicht von den aktuellen Gaspreisen ab.“ Ausschlaggebend sei vielmehr die Nähe zum Markt und zu den Kunden und die gut ausgebaute Infrastruktur. Das seien Argumente für Investitionen. Wenn heute investiert werde, dann fließe das Gas für Jahrzehnte.

Reinhold Mitterlehner meinte dazu, die Bevölkerung müsste vermehrt über das Thema Schiefergas aufgeklärt werden, dann könnten auch Projekte in Österreich Erfolg haben. Und zum Problem der Multis mit der Gegenwehr der Bevölkerung sagte Mitterlehner: Das Problem der „sozialen Akzeptanz liegt bei den Unternehmen, liegt aber auch bei der öffentlichen Hand. Wir werden versuchen, hier einen Bewusstseinsbildungsprozess einzuleiten.“ und er beginnt gleich damit: „In Österreich entwickelten Forscher Fördermethoden, die weit umweltschonender seien

als die derzeitigen.“ „Prof. Hofstätter an der Montanuni in Leoben arbeitet daran, Fracking-Möglichkeiten zu entwickeln – ohne Chemikalien. Wir können Maissubstrate verwenden, mit denen vermieden wird, dass das Grundwasser verunreinigt würde ...“ (Mitterlehner-Zitate aus: Kurier, Presse, orf.at, news 2013 und Anfang 2014)

Was der heutige Vizekanzler damit sagen will ist einfach: Wir bürgerlichen Politiker werden dafür sorgen, dass die multinationalen Energiekonzerne – vor allem die in Österreich beheimatete OMV – auch gegen den Willen der Arbeiter/innen und Werk tätigen hochprofitable Investitionen durchführen können. Wenn es zu viel Widerstand gibt, dann werden wir den Leuten halt mithilfe der Massenmedien Sand in die Augen streuen und von „umweltschonenden Fördermethoden“ schwafeln. Dass die Landschaft dabei groß-



durch Fracking verwüstete Landschaft in Kanada

flächlich zerstört wird, die Erdbebengefährdung wesentlich erhöht wird und andere Gefahren blenden wir einfach aus und übergehen sie. Und wenn einmal die Stacheldrähte um die Abbaugelände fertig sind, dann werden wir mit Polizeieinsätzen die Proteste schon zerschlagen können - wie in Amerika bisher.

Die österreichischen Arbeiter/innen und Werkstätigen haben eine jahrzehntelange Erfahrung im Kampf gegen die sogenannte „Umweltzerstörung“, d.h. die Vergiftung und Vernichtung von Lebens- und Erholungsräumen, der Luft, des Wassers, der Au- und Waldlandschaften. Diese Bewegungen richteten sich wiederholt direkt gegen die Bundes- (oder Landes-) Regierung als geschäftsführenden politischen Ausschuss der Kapitalistenklasse. So war es gegen die Atomkraftwerke in Zwentendorf und St. Pantaleon 1977-78, das Donaukraftwerk bei Hainburg 1984, das Speicherkraftwerk im Dorfertal 1989, das Speicherkraft-

werk im Reichraminger Hintergebirge 1986, das Kohlekraftwerk in Voitsberg und das Innkraftwerk bei Telfs 2011, das Gas- und Dampfkraftwerk in Klagenfurt 2012 usw.

Diese demokratischen Volkskämpfe für die Verteidigung der Lebensbedingungen im Umweltbereich sind zusätzlich zu den Kämpfen der Arbeiter/innen für die Verteidigung (und Verbesserung) ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen und der Lebensbedingungen im Bereich sozialer Absicherung eine wichtige Kampffront. Das heute herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, der imperialistische Kapitalismus, baut darauf auf, den Einfluss der Arbeiter/innen auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen möglichst klein zu halten. Je stärker sich die Arbeiter/innenklasse in verschiedene Staatsfragen einmischt, die über ihre unmittelbaren Interessen hinausgehen, desto weniger können die Kapitalisten ungehindert schalten und walten, wie es ihren Profi-

tinteressen entspricht. Je mehr die Arbeiter/innenklasse sich in die „Politik“, d.h. auch Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik direkt einmischt, desto weniger kann das Kapital den Schein der (angeblichen) Neutralität seines Staates aufrechterhalten. Und umso deutlicher müssen die wirklich Herrschenden ihre Unterdrückungsorgane, v.a. die Polizei und Gerichte gegen eine erstarrende Volksbewegung einsetzen – wie z.B. vor 30 Jahren in der Hainburger Au. Aber umso mehr Menschen erkennen dadurch auch, in wessen Staat wir leben und die fortschrittlichsten und klassenbewusstesten werden sich Gedanken machen, wie dieser bürgerliche Unterdrückerstaat beseitigt werden kann. Wir Revolutionären Kommunist/innen sehen als einzige Perspektive eine proletarische Revolution zum Sturz der Ausbeuterklasse und Ersetzung ihres Staates durch einen Staat der unumschränkt herrschenden Arbeiter/innenklasse in der Form der Rätedemokratie.



LKW von Halliburton in Prinzendorf, Bohrstelle Hohenau, Schiefergas im Waldviertel bei Prinzendorf 2013

„Akademiker“-Ball 2015

## Hinter den Faschisten steht das Kapital

Flugblatt der IA\*RP, Jänner 2015

Auch dieses Jahr demonstrieren wir wieder gegen den FPÖ-Burschenschaftler-Ball in der Hofburg. Wie andere faschistische und halbfaschistische Parteien und Bewegungen in Europa versucht die FPÖ in den letzten Jahren, ihr Image von einer Partei der „Ewig-gestrigen“ - d.h. deutschnationalen Hetzer und Hitler-Sympathisanten – zu einer „sozialen Heimatpartei“ zu verändern.

Heimat heißt in diesem Zusammenhang: deutschsprachig, „weiß“, christlich, egoistisch, patriarchal und schuld sind immer „die anderen“! Sozial heißt dabei: Leistung muss sich lohnen, aber nur für die „echten Österreicher“, weil die „anderen“ sind die „Schmarotzer“ unserer Leistungsgesellschaft. Mit „wir“ meint die FPÖ die „Volksgemeinschaft anständiger Österreicher“, die keine Klassenunterschiede anerkennt – Fabrikdirektoren, Bankenchefs, Großaktionäre und Arbeiter, Angestellte, Pensionisten sitzen in einem Boot gegen die „Scheinasylanten“, „Islamisten“ und EU-Konzerne.

Die seit 2008 andauernde kapitalistische Weltwirtschaftskrise hat die Situation auch in der EU wesentlich verschärft. Die Zeiten sind vorbei, wo große Teile der Arbeiter/innenklasse mit ständigen Lohnerhöhungen und Verbesserung der sozialen Leistungen ruhig gestellt werden können. Die weltweite Konkurrenz der Imperialisten zwingt diese auch zu Lohnsenkung und Sozialabbau in ihren Metropolen.

Zu Recht beginnen sich die Arbeiter/innen gegen diese kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen zu wehren und bringen mit ihren Abwehrkämpfen die Pläne der Herrschenden durcheinander. Die Bourgeoisie hat mehrere Wege aus der Krise, die alle auf stärkere Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse und Abladen der Krise auf die Volksmassen hinauslaufen.

Seit den 1980er Jahren hat das Monopolkapital in der EU hauptsächlich auf „neoliberale Deregulierungen“ der Arbeitsschutzgesetzgebung und Sozialversorgung und auf „Bankenrettungspakete“ gesetzt, um seine Maximalprofite zu sichern - Sozialabbau, Lohndruck abwechselnd von Sozialdemokraten und Konservativen (Thatcher/Blair, Schröder/Merkel, Schüssel/Faymann, ...)

Gegen die zunehmenden Massenproteste der Verarmten diskutieren die Herrschenden jetzt wieder andere Methoden: Keynesianismus oder Faschismus? Also: Kaufkrafthebung durch Subventionen mit dem ausgepressten Mehrwert der Arbeiter/innen oder Zwangsarbeit unter offenem Staatsterror gegen die Arbeiter/innenbewegung.

Wenn der Widerstand der Arbeiter/innenklasse weiter zunimmt, und die Bourgeoisie keine weiteren Zugeständnisse mehr machen kann oder will, werden Faschisten in die Regierung gehoben. Das bedeutet nicht unbedingt sofort brutalen Faschismus als neue Regierungsform, sondern kann auch als beschleunigte Faschisierung erfolgen.

Die FPÖ ist heute in Österreich die einzige Großpartei mit einem stabilen faschistischen Flügel, der eng mit den Burschenschaften verbunden ist. Deshalb spielt sie auch eine besondere Rolle im Kampf gegen die Faschisierung, die immer vom Staat (und nicht von den Stammtischen) ausgeht, und heute von SPÖ und ÖVP vorangetrieben wird: Staatsrassismus, Abschiebungen, Aushöhlung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte, Polizeieinsätze, Vorbereitung von Militäreinsätzen gegen rebellierende Volksmassen,...

Dagegen sind die demokratischen Kämpfe an den verschiedenen Fronten wichtige Mittel, um neue Angriffe abzuwehren, neue Kräfte in die Bewegungen einzubeziehen und eine demokratische Offensive einzuleiten.

Die Verhinderung des Faschismus als terroristische Herrschaft der reaktionärsten Teile des Monopolkapitals ist nur möglich, wenn die Arbeiter/innenklasse den unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen einen glaubwürdigen Weg aus dem zunehmenden Elend weisen kann. Deshalb ist die Orientierung auf eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig um im Kampf gegen den Faschismus wirklich weiter zu kommen.

Wir orientieren uns auf eine proletarische Revolution, in der die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt, ihr bürgerlicher Unterdrückerstaat zerschlagen und durch eine Rätewacht unter unbeschränkter Herrschaft der Arbeiter/innenklasse ersetzt wird, die heute in Österreich die große Mehrheit der Bevölkerung umfasst.

**Kein Fußbreit den Faschisten!  
Kämpfen wir international gegen Faschismus und Reaktion!**



# Im Gedenken an die Opfer des NSU-Terrors: Nichts vergeben – nichts vergessen!

## Gegen Staat & Nazis - Hand in Hand

4. November 2014 jährt sich das „Auffliegen“ der NSU-Mörderorganisation 2011 zum dritten Mal. Von September 2000 bis April 2006 zieht die Nazi-Organisation NSU eine Blutspur durch Deutschland. 9 Migranten werden brutal hingerichtet, zwei verheerende Bombenanschläge in Köln verübt und 2007 eine Polizistin ermordet.

Seit einem Jahr führt der deutsche Staat den Prozess gegen das angeblich „einzige überlebend Mitglied des NSU“, Zschäpe und vier Unterstützer in München. Die NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in den Bundesländern Thüringen und Sachsen haben in tausenden von Seiten ihre Ergebnisse vorgelegt.

Was ist das Fazit aus dem Prozessverlauf und den Untersuchungsausschüssen?

### ***Der Staat nicht nur „verstrickt“, sondern direkter Akteur im NSU-Komplex***

Prozess und U-Ausschüsse haben erwiesen, dass alle entscheidenden Schaltstellen des Verfassungsschutzes (VS) in Bund und Ländern, im MAD (Militärischer Abschirmdienst), im Innenministerium mit Personal und Verbindungen in der Naziszene aktiv tätig waren. Sie hatten Kenntnis von der NSU-Organisation und ihren Taten. Ein Beweis ist, die an allen Tatorten gezielte Ermittlung gegen die Opfer und ihre Angehörigen und nicht gegen die Täter und Hintermänner. Der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Temme war nicht zufällig am Tatort des 9. Mordes in Kassel, sondern mitbeteiligt.

### ***NSU breit aufgestelltes Netzwerk***

Der NSU ist nie eine 3-Personen Organisation gewesen. Ihr Organisationsprinzip faschistischen Terror auszuüben durch nicht direkt vernetzte Nazi-Gruppen, die aber eine gemeinsame Koordinierung haben. Die NPD konnte nicht verboten werden, weil sie nicht staatsfern sei, da über ein Drittel der leitenden Mitglieder V-Leute (Vertrauens- und Verbindungsleute des Verfassungsschutzes) sind. Das trifft auch für das NSU-

Netzwerk zu. Es wird nicht ermittelt, weil die Mitäter und Mitwisser V-Leute sind. Im weiteren Umfeld der 3 bekannten NSU-Mörder befanden sich mindestens 24 V-Leute und mindestens 4 die direkten Kontakt hatten, d.h. z.B. über deren Aufenthaltsort etc. immer informiert waren.

### ***Zielsetzung des NSU und der Staatsorgane***

Durch die NSU-Morde an MigrantInnen sollten Flüchtlinge, schwarze, islamische, jüdische Menschen, Homosexuelle, AntifaschistInnen bedroht und eingeschüchtert werden. Rassistische Klischees innerhalb der deutschen Bevölkerung verstärkt und das Klima des Rassismus weiter geschürt werden. Eine Entsolidarisierung innerhalb der migrantischen Community wurde von den staatlichen Stellen gezielt herbeigeführt, indem alle Angehörigen und MigrantInnen pauschal verdächtigt wurden.

### ***Hintergründe der „NSU-Selbstmorde“***

Die staatliche Selbstmordtheorie von Mundlos und Böhnhardt ist unglaubwürdig. Die beiden Nazis haben sich im Caravan nicht selbst umgebracht. Es waren mindestens noch eine weitere oder mehrere Personen vor Ort. Zschäpe war über den angeblichen „Selbstmord“ der zwei NSU-Mitglieder in Eisenach informiert, bevor die Medien berichteten. Ihr Handy wurde mehrfach vom sächsischen Innenministerium aus angewählt. Der zuständige Polizeichef hat am Tatort Eisenach Beweismittel, wie Fotoaufnahmen der Feuerwehr unterschlagen.

Das Kanzleramt tagte am Tag der Ermordung der beiden Nazis in Erfurt. In zwei bundesweiten großen Vernichtungswellen wurden vom Verfassungsschutz, BKA, MDA, usw. sofort Akten, digitale Daten und Tonaufzeichnungen beseitigt. Warum? Um Beweise über die Zusammenarbeit, von Verfassungsschutzämtern und NSU Netzwerk zu vernichten.

Das alles legt vielmehr nahe: Da wurden zwei Nazis, die ihr Werk getan hatten, die aber nicht mehr



ausreichend zu kontrollieren waren, „ausgeschaltet.“

### **Im Prozess keine Wahrheitsfindung**

Zahlreiche Beamte der verschiedenen „Dienste“ sind vorgeladen, aber erhalten keine bzw. nur eingeschränkte „Aussagegenehmigungen“. Zentrale Fragen über die gezielte Untätigkeit staatlicher Organe, über Vernichtung von Beweismaterial, über direkte Zusammenarbeit vom Verfassungsschutz und NSU werden nicht beantwortet. Zwei wichtige V-Männer sind unter dubiosen Umständen, bevor sie in München vor Gericht als Zeugen aussagen konnten, „verstorben“.

Das Gericht verwehrt den Nebenklägern Fragen über die Hintergründe der NSU-Taten zu stellen und weitere Ermittlungen zu fordern.

Die Bundesanwaltschaft zeichnet sich durch völlige Ignoranz aus. Sie geht Nachfragen gezielt aus dem Weg und erklärt sich für nicht zuständig. Sie ermittelt nicht gegen die Angeklagte, was ihre Aufgabe wäre, sondern schweigt überwiegend.

Vielfach unbekannt ist, die Bundesanwaltschaft arbeitet auf direkte Anweisung aus dem Innenministerium und dem Kanzleramt. Diese geben die Richtung vor: Auf keinen Fall soll gegen den bundesdeutschen Staat und seine Organe ermittelt werden.

### **Was tun?**

Im Münchner-Prozess Unterstützung und Solidarität für die überlebenden Opfer und Angehörigen demonstrieren. Das können wir alle praktisch tun: Vor Ort an dem Prozess teilnehmen, den Nazis entgegentreten und Öffentlichkeit herstellen. In den nächsten Monaten wird der Bombenanschlag in der Keupstrasse in München verhandelt. Viele der bei diesem Anschlag betroffenen Keupstrassen-AnwohnerInnen müssen vor Gericht als Zeugen aussagen. Unsere Solidarität

kann bewirken, dass die Familien und FreundInnen der Opfer sich nicht allein fühlen!

Jetzt ist schon klar weder der Prozess noch die Untersuchungsausschüsse werden die ganze Wahrheit

ans Licht bringen. Wir unterstützen den Vorschlag ein Internationales Tribunal zu organisieren, wenn der Prozess beendet und das Urteil gesprochen wird. Ziel des Tribunals ist: Die Wahrheit über die BRD und ihren vermeintlichen Rechtsstaat aufzuzeigen, die systematische Vertuschung und Vernichtung vieler Beweismittel aufzudecken, die Mittäterschaft wichtiger staatlicher BRD-Instanzen offenzulegen. Der Nachweis soll geführt werden wie der deutsche Staat mit all seinen Institutionen Teil des NSU-Komplexes ist. Die überlebenden Opfer und die Angehörigen sowie ihre Anwälte, die verschiedenen Unterstützer Antifa-Gruppen und Organisationen könnten damit ein Forum schaffen, um ihre Wahrheit und ihre Fakten der Öffentlichkeit vorzulegen.

Wir als KommunistInnen von *Trotz Alledem!* sagen, die NSU-Mordserie und die Zusammenarbeit von Nazis und Staat beweisen: **Der Rassismus und die Faschisierung gehen vom deutschen Staat aus!** Nazi-Organisationen sind seine Stoßtrupps. Faschisierung und Rassismus ist ein Wesenszug dieser bürgerlichen Herrschaft. Das ist für uns der Dreh- und Angelpunkt.

***Wir streiten für eine Alternative zur Barbarei - für den Sozialismus!***

**VS-BKA-NPD-NSU:**

**Der braune Terror geht vom Staat aus!**

**Der Widerstand von UNS!**

**Gemeinsam sind wir stark genug den Rassismus und die Faschisierung zu stoppen.**

**Im Andenken an  
Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü,  
Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar,  
Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat  
Kampf dem Rassismus und der Faschisierung!**

***TROTZ ALLEDDEM!***

Neue mail-Adresse: [trotzalledem1@gmx.at](mailto:trotzalledem1@gmx.at) + [www.trotzalledem1.tk](http://www.trotzalledem1.tk)

Postfach 48, 73550 Waldstetten + November 2014

V.i.S.d.P: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln

# Einheit im Kampf gegen den indischen Staat!

## *Gemeinsame Erklärung der KP Indiens (Maoistisch) und der Maoistischen Kommunistischen Partei von Manipur*

Der Weltimperialismus hat unter dem Motto „Globalisierung, strukturelle Anpassung und offene Marktwirtschaft“ seinen globalen Plan für die weitere Intensivierung der Beherrschung, Ausbeutung und Unterdrückung der Völker verkündet. Die gegenwärtige globale Krise des Weltimperialismus hat seine Angriffe weiter verschärft und erzeugt damit unvermeidlich noch mehr Elend, Horror, Zerstörung und Krieg in weltweitem Ausmaß. Das Proletariat und die unterdrückten Völker der Welt wehren sich weiterhin gegen diesen Plan und führen revolutionäre Kämpfe gegen den Imperialismus und seine botmäßigen reaktionären herrschenden Klassen der verschiedenen Länder, wodurch sie eine neue Welle von Volkskämpfen in der ganzen Welt, insbesondere in den unterdrückten Ländern hervorrufen. Wie Mao es formuliert hat, bilden die unterdrückten Länder die Sturzcentren der Weltrevolution und die Revolution ist die Haupttendenz in der heutigen Welt.

Die Region Südasien stellt weiterhin einen konzentrierten Ausdruck dieser Wahrheit dar. Südasien mit mehr als einem Fünftel der Weltbevölkerung ist, wie die Imperialisten selbst bemerken, ein blubbernder Vulkan. Alle wichtigen Widersprüche in der Region verschärfen sich und rufen nach revolutionären Lösungen.

In Indien gehen die Befreiungsbewegungen in Kaschmir, Assam, Nagaland und Manipur

weiter. Der langandauernde Volkskrieg tobt in Zentral- und Ostindien und eröffnet gerade eine neue Front im Südwesten. Verschiedene Volkskämpfe gegen Imperialismus und die reaktionären herrschenden Klassen kommen ebenfalls voran. Indien hält die unterdrückten Nationalitäten gewaltsam unter seiner Vorherrschaft. Die indische Besatzungsarmee zertritt nicht nur mit äußerster Brutalität deren gerechte Forderungen unter ihren Stiefeln, sondern sie hetzt auch einen Teil des Volkes gegen den anderen, um ihre gerechten Kämpfe in einem Meer von Blut zu ertränken. Das kann man in Nagaland, Manipur, Assam, Kaschmir und Zentral- und Ostindien sehen. Naga-Regimenter werden in jenen Gebieten gegen den Volkskrieg eingesetzt und die indische Armee wird in Nagaland, Manipur, Assam, Tripura und Meghalaya eingesetzt, um die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.

Der indische Staat agiert immer mehr als regionaler Gendarm des US-Imperialismus und erfüllt so seine expansionistischen Bestrebungen bei der Unterdrückung der Volksbewegungen auf dem Subkontinent. Die indischen Herrscher mischen sich immer barbarischer in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer wie Nepal, Bangladesch, Bhutan, Sri Lanka und Malediven ein. Die jüngsten Besuche des indischen Premierministers in verschiedenen Ländern Asiens und die intimen Beziehungen zu den

us-amerikanischen und anderen Imperialisten sind ein neuer Schritt zur Bewahrung und Festigung seiner politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft in

der Region Südasien, wobei er damit im Wettstreit mit China steht. Barack Obama, der Präsident der USA, kommt am 26. Jänner als Hauptgast zur Angeber-Parade der Expansionisten um sie zu fördern und die US-Kontrolle zu verstärken. Der indische expansionistische Staat stellt mit Rückendeckung des Weltimperialismus, insbesondere des US-Imperialismus, den gemeinsamen Feind der Völker Südasiens dar.

Das Modi-Regime der BJP verwandelt den Staat in einen faschistischen Apparat um alle Arten von demokratischen Bewegungen in Indien zu zerschmettern, und es übertrifft dabei alle seine Vorgänger. Es greift die Rechte der Arbeiter/innen an und vertieft radikal die imperialistische Durchdringung der Wirtschaft. Es setzt brahmanische faschistische Werte (d.h. der hinduistischen Priesterkaste) in allen Bereichen der Gesellschaft durch. Der Hauptstoß dieser Offensive ist eine neue Phase des „Kriegs gegen das Volk“ (Operation Grüne Jagd / Green Hunt), was darauf abzielt den aktuellen langandauernden Volkskrieg zu zerschlagen und die Unterdrückung der verschiedenen nationalen Minderheiten zu verstärken. Das bedeutet noch mehr erfundene Gefechte (sowohl gegen Revolutionär/innen als auch gegen die einfachen Leute), mehr Plünderungen, Zerstörung, schwere Körperverletzungen, Foltern und Grausamkeiten gegen das Volk, mehr Angriffe, politische und körperliche gegen jede Art von Opposition, mehr Zertrampeln von Staatsbürgerrechten und mehr brutale Unterdrückung in verschiedener Form gegen die politischen Gefangenen in den Gefängnissen im ganzen Land.





Die staatliche Gewalt ist in Indien durch die verfassungsrechtliche Immunität der Polizei, der Paramilitärs und der Armee institutionalisiert. Die ärgste Form davon ist das Gesetz über die Sonderrechte der Streitkräfte (Armed Forces Special Powers Act, AFSPA) aus dem Jahr 1958. Das AFSPA hat seine Wurzeln in der britischen Kolonialgesetzgebung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es gründet sich direkt auf einen britischen Kolonialerlass unter der Bezeichnung Erlass über die Sonderrechte der Bewaffneten Streitkräfte, Armed Forces (Special Powers) Ordinance, der 1942 verlautbart wurde, um die Unterdrückung der „Raus aus Indien Bewegung“ (Quit India Movement) zu unterstützen, die einen Teil des Kampfes gegen den britischen Kolonialismus ausmachte. Das AFSPA ist seit Jahren in großen Teilen der nordöstlichen Region von Indien und in Jammu-Kaschmir in Einsatz. Das AFSPA ermächtigt die Sicherheitskräfte zur Festnahme und zum Betreten von Gebäuden ohne Vollziehungsbefehl, zum tödlichen Schusswaffengebrauch sogar unter Umständen, wo sie sich nicht in einer unmittelbaren Gefahr befinden. Es ist eine Lizenz zum Töten und Vergewaltigen, wannimmer sie wollen. Es ermöglicht schwere Verstöße gegen die Menschenrechte, einschließlich außergerichtlicher Hinrichtungen, „Verschwindenlassen“, Vergewaltigung und Folter. Durch die Erklärung eines Gebiets zum „Unruhegebiet“ und die Ermächtigung des Militärs zur Ausübung umfangreicher Gewaltmaßnahmen wird in der Praxis eine inoffizielle Notstandsgesetzgebung eingeführt. Das AFSPA erlaubt den Mitgliedern der Streitkräfte, ungestraft Misshandlungen zu begehen. Sie werden durch Klauseln im AFSPA geschützt,

die eine gerichtliche Verfolgung ohne Genehmigung der Zentralregierung verbieten. Solche Genehmigungen werden selten bewilligt.

Wenn das AFSPA die hinterhältigsten Repressionen durch verfassungsmäßige Grundlagen des indischen Staates legitimiert, dann wird dies alles und noch viel schlimmeres als Teil der „Operation Green Hunt“ in den Kampfzonen des Volkskriegs unter Führung der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) in Zentral- und Ostindien ohne irgendeine angebliche Legalität und sogar unter offener Verletzung gesetzlicher Bestimmungen durchgeführt. Hier sind die Opfer hauptsächlich die Adivasis (Stammesangehörigen) und Dalits (Kastenlosen), die die untersten Schichten der Gesellschaft ausmachen. In einem Zeitraum von zehn Jahren wurden fast zweitausend getötet und zahllose mehr brutal gefoltert und eingesperrt. Diese brutale ständig verlängerte landesweite Offensive gegen die verschiedenen Widerstandsaktionen des Volkes, die insbesondere gegen die maoistische Bewegung gerichtet ist, wütet ununterbrochen seit ihrem Beginn durch die 2. UPA-Regierung (Koalitionsregierung der Kongresspartei, d.Ü.) Mitte des Jahres 2009 bis zum heutigen Tag. Die Vorbereitungen zu ihrer 3. Phase werden unter der faschistischen NDA-Regierung mit schnellen Schritten durchgeführt.

Die Völker von Manipur, Nagaland, Mizoram, Assam, Tripura, Meghalaya und Jammu-Kaschmir sind seit langem die Opfer des Aufstandsbekämpfungsfeldzugs des indischen Staates. Tausende wurden von den herzlosen indischen Streitkräften getötet. Allein in Manipur wurden unter dem AFSPA nach groben Schätzungen 8983 ge-

liebte Menschen getötet. 1,6 Millionen Menschen der einheimischen Bevölkerung in Manipur leben unter den Stiefeln von 100.000 Killern der indischen Streitkräfte, die mit modernsten Waffen ausgerüstet sind.

Das ist das wirkliche Gesicht der indischen „Demokratie“. Das ist die Realität der indischen Republik. Es ist ein Völkergefängnis. Es ist eine Schwitzbude (Arbeitshaus) des Imperialismus und seiner Kompradoren-Knechte. Es ist eine Folterkammer für die Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Wir rufen das Volk, die unterdrückten Nationalitäten und die Ausgebeuteten in ganz Indien auf:

**Schließen wir uns zusammen, um den indischen Staat zu stürzen und dieses Monster zu zerstören!**

**Unterstützen wir uns gegenseitig in unseren Kämpfen!**

**Schreiten wir voran entlang dem Pfad des langandauernden Volkskriegs unter Führung des Marxismus-Leninismus-Maoismus!**

**Schüren wir die Flammen der neudemokratischen Revolution und dienen wir so der Sache der sozialistischen Weltrevolution!**

*Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) und Maoistische Kommunistische Partei von Manipur, 26. Jänner 2015*

Anlässlich der internationalen Aktionstage zur Unterstützung des Volkskriegs in Indien vom 29.-31.1.2015 hat die IA.RKP diesen Aufruf aus dem Englischen übersetzt und verbreitet. <https://icspwindia.wordpress.com/>

## Vorwärts mit der national-demokratischen Propaganda-Bewegung anlässlich des 45. Jahrestags des First Quarter Storm von 1970

30. Jänner 2015



*Eigene Übersetzung der PR aus dem Englischen, philippinerevolution.net*

Die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) schließt sich mit der philippinischen Volk und der Jugend anlässlich des 45. Jahrestags des First Quarter Storm (FQS, „Sturm des ersten Quartals“) von 1970 zusammen. Ehren wir die Zehntausenden Student/innen, Arbeiter/innen, Stadtarmen und bäuerlichen Massen, die an dieser gewaltigen Protestwelle teilnahmen, die das herrschende System und das faschistische US-Marcos-Regime erschütterte, die dem Ruf nach einer volksdemokratischen Revolution folgte und als Anstoß zur Ausdehnung des Volkskriegs am Land führte.

Der FQS von 1970 war eine wichtige Wendung in der Entwicklung der philippinischen revolutionären Massenbewegung. Er war gekennzeichnet durch eine Serie gewaltiger Protestaktionen von Jänner bis März 1970 in Manila und anderen Stadtgebieten des Landes. Am 30. Jänner 1970 befahl Marcos seiner Polizei und seinen Streitkräften, eine Protestversammlung der Student/innen und Arbeiter/innen vor dem Kongressgebäude anzugreifen, wo er eine Rede an die Nation hielt, was zu breiter Empörung und weiteren Protestaktionen in den folgenden Wochen führte.

Der FQS von 1970 ist eine der herausragendsten Perioden in der Geschichte des demokratischen Massenwiderstands des philippinischen Volkes. Er setzt die Tradition der gewaltigen Massenaktionen der Arbeiter/innen aus den 1920er und 1930er Jahren fort, wo höhere Löhne und ein Ende der us-amerikanischen Kolonialherrschaft gefordert wurden. Er ging dem Wiederaufblühen der Protestaktionen unter dem Kriegsrecht in den Jahren 1991-1981 und der Protestwelle ab 1983 voraus, die im EDSA-Aufstand von 1986 seinen Höhepunkt erreichte und zum Sturz der US-Marcos-Diktatur führte.

Der FQS von 1970 bezog seine Inspiration aus der internationalen Welle anti-imperialistischen Widerstands und den Erfolgen der sozialistischen Revolution in China. Jugendliche und Student/innen erhoben sich auf der ganzen Welt gegen die US-Intervention in Vietnam und anderswo und stellten sich auf die Seite der sozialistischen und nationaldemokratischen Kämpfe in den Kolonien und Halbkolonien.

Der FQS von 1970 ist das direkte Ergebnis der breiten Propaganda und Agitation gegen die drei Grundprobleme die das philippinische Volk bedrücken, nämlich: Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus. In den vergangenen Jahren wurde die nationaldemokratische Propagandabe-

wegung von den Massen der Jugendlichen und Student/innen mit Kabataang Makabayan (KM) an der Spitze zu neuen Höhepunkten geführt. Im Auftrag der Partei gelang es KM, das patriotische und demokratische Feuer der Jugend und Student/innen anzufachen und sie zu einer gewaltigen Kraft für die Durchführung der Propaganda und Kulturarbeit unter den Arbeiter/innen und Bäuer/innen, Stadtarmen und jungen Freiberuflern zu machen.

Die CPP ruft die philippinische Jugend und das Volk auf, sich die Lehren des FQS anlässlich seines 45. Jahrestags zu Herzen zu nehmen. Die CPP wendet sich insbesondere an die revolutionäre Student/innen- und Jugendbewegung, die eine immer zuverlässige Kraft der Propaganda und Kultur in der volksdemokratischen Revolution darstellt.

Die Anstrengungen der revolutionären Kräfte für gesamt-nationale Fortschritte im Volkskrieg zu einer höheren strategischen Stufe, dem strategischen Gleichgewicht, muss von einem starken Aufschwung in der Propaganda und Kultur unter den Student/innen und der Jugend, und dem Volk im allgemeinen begleitet sein. So ein Aufschwung wird dazu dienen, die Einheit des philippinischen Volkes in seinem Streben nach nationale r und sozialer Befreiung zu stärken und eine moderne



und fortschrittliche Gesellschaft aufzubauen.

Angesichts der sich immer weiter verschlimmernden Krise des herrschenden Systems sind die Bedingungen außerordentlich günstig für die Student/innen und die Jugendbewegung, einen offensiven Propagandakrieg gegen reaktionäre, konterrevolutionäre und reformistische Vorstellungen zu führen. Seit den Zeiten, als die USA den Philippinen im Jahr 1946 die nominelle Unabhängigkeit zugestanden, scheitern die herrschenden reaktionären Klassen daran, die grundlegenden Probleme des philippinischen Volkes zu lösen und in den drei Jahrzehnten der von den USA erzwungenen neoliberalen Politik verschlechterten sich die Bedingungen der unteren Massen der Arbeiter/innen und Bäuer/innen; das zeigt deutlich, wie verrotten und rückständig das halbkoloniale und halbfeudale herrschende System ist, und wie notwendig es ist, eine volksdemokratische Revolution durchzuführen.

Die CPP mahnt die revolutionäre Student/innen- und Jugendbewegung, ihre Möglichkeiten zur Durchführung von Propaganda-, Erziehungs- und Kulturarbeit zu erhöhen. Die reaktionären Kultur- und Propagandastellen verfügen über gewaltige finanzielle Mittel und über die großen Medien, um ihren Einfluss auf das Volk auszuüben. Sie nutzen ihre Ressourcen, um das Internet und die sozialen

Medien mit pro-imperialistischer Propaganda zu überschwemmen. Sie bezahlen wissenschaftliche und Forschungsprogramme, um reaktionäre Ideen in der Philosophie, Soziologie, Ökonomie, Geschichte und in anderen Bereichen endlos fortzusetzen. Sie wenden sich direkt an die Jugend in der Hoffnung, sie zu Konsumismus, Individualismus und sogenannter postmoderner Philosophie zu verleiten, um so ihre gesellschaftliche Entfremdung vom Volk und ihre Desorganisation herbeizuführen.

Die Aktivist/innen an der vordersten Front des FQS waren in ihrer Propaganda- und Kulturarbeit mit denselben Herausforderungen konfrontiert. Auch sie standen einer gigantischen Kultur- und Propagandamaschinerie gegenüber, die das ganze Erziehungssystem und die staatlich-kontrollierten Medien kontrollierten und über gewaltige staatliche Mittel verfügten. Aber damals wie heute konnte diese reaktionäre Maschinerie nicht die sozialökonomische Krise und das Leiden der breiten Massen der Arbeiter/innen und Bäuer/innen verdecken. Es kam auf die revolutionären Kräfte an, die Wurzel der Krise aufzudecken und das Volk unter der Fahne der volksdemokratischen Revolution zu vereinigen. Die revolutionären Kräfte unter den Student/innen und der Schuljugend müssen die Universitäts- und Schulgelände in Zentren des Protestes und der Kulturrevolution verwandeln.

Die Student/innen und Jugendlichen müssen sich zusammenschließen, um ihre demokratischen Rechte zu verteidigen und zu erweitern und inmitten der umfangreichen Bestrebungen, die Bildung zu kommerzialisieren, ihren Kampf für ein kostenloses, wissenschaftliches und massenorientiertes Ausbildungssystem vorantreiben. Sie müssen sich mit dem Kampf gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienste verbinden und sich mit der Bevölkerung zusammenschließen, die gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, die viel zu geringen Zuschüsse zum öffentlichen Gesundheitssystem, die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, die Landlosigkeit, die Militärübergriffe, die Korruption und die Plünderung der Staatskassa protestieren.

Sie müssen den Patriotismus unter den Student/innen und der Jugend wiederbeleben und überall das Geschichtsstudium vorantreiben, insbesondere der Periode der brutalen US-Kolonisierung des heroischen philippinischen bewaffneten Widerstands an der Wende zum 20. Jahrhundert. Das ist eine wichtige Periode in der philippinischen Geschichte, und die Reaktionäre haben immer versucht, diese aus dem Bewusstsein der Jugend und des Volkes zu löschen.

Die Student/innen und Jugendlichen müssen mit der Massenlinie und der bescheidenen Einstellung, dem Volk zu dienen, erfüllt

sein. Durch diese Einstellung können sie ermutigt werden, vom Volk zu lernen, um ihr gesellschaftliches Bewusstsein zu erhöhen und ihren Entschluss stärken, den revolutionären Kampf zu führen. Die Aktivist/innen müssen dauernd die marxistisch-leninistisch-maoistische Theorie studieren und dabei Forschungsarbeiten und soziale Untersuchungen durchführen.

Die Aktivist/innen der Student/innen und Jugendlichen müssen dauernd Propaganda und Agitation im Volk durchführen. Sie müssen die Region der Hauptstadt und die anderen urbanen Zentren mit Propaganda erfüllen und dazu mit Propaganda-Teams auf den Universitäten, auf Marktplätzen,

Bahnhöfen, Standplätzen von Bussen und Sammeltaxis, in und um Fabriken, Büros, Einkaufszentren, Parks, Wohnvierteln und in den Straßen auftreten. Die Propaganda-Teams müssen überall präsent sein, Ansprachen halten, Plakate und Pickerl anbringen Zeitungen verkaufen, Flugblätter verteilen, Diskussionsgruppen anregen, Schulungen durchführen, Kommentare in den sozialen Medien posten usw. Sie müssen die Millionenmassen des Volkes erreichen.

Wir schenken der Rolle von Aktivist/innen aus den Reihen der Student/innen und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit, weil sie es sind, die die Aufgaben der Propaganda- und Kulturarbeit

in breitem Umfang durchführen können. Auch die Parteikader und Aktivist/innen der verschiedenen Sektoren, sowie die Roten Kämpfer/innen der Neuen Volksarmee (NPA) müssen von diesem Geist der unermüdlichen Propaganda und Organisationsarbeit unter den breiten Volksmassen erfüllt sein.

Lernt aus den Erfahrungen und bewahrt den Geist des First Quarter Storm von 1970! Vorwärts mit der nationaldemokratischen Propaganda-Bewegung! Führt beharrlich die Propaganda- und Organisationsarbeit weiter! Mobilisiert die Millionen des philippinischen Volkes!

*Kommunistische Partei der Philippinen, Jänner 2015*



*Trotz heftigen Regens, großer Entfernungen und der Versuche von Spezialeinheiten der "Streitkräfte der Philippinen", die Bevölkerung von einer Beteiligung abzuhalten, beteiligten sich mehr als 15.000 Menschen an der Friedensberatung und Feier des 46. Jahrestags der Gründung der KP Philippinen (CPP) am 26. Dezember 2014 in Marihatag, Surigao del Sur.*

## Rede der afghanischen Genoss/innen auf der Gedenkveranstaltung für Akram Yari in Wien

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
unsere lieben Kinder,  
Genossinnen und Genossen!**

Zuerst möchte ich Sie als Vertreter der National-Demokratischen Union der Afghaninnen und Afghanen in Österreich (Huriet) sowie der SympathisantInnen der Kommunistischen Partei (Maoistisch) Afghanistans begrüßen.

Wir sind heute zusammengekommen, um unserer revolutionären gefallenen Genossinnen und Genossen von Shola-e-Javid (Ewige Flamme – maoistisch) zu gedenken. Insbesondere gedenken wir des Genossen Akram Jari, dem Gründer der maoistische Bewegung und seiner MitkämpferInnen.

Es sind bereits mehr als vier Jahrzehnte seit dem Massaker an den Führern und der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse unseres Landes vergangen. Wir führen diese Gedenkveranstaltung seit zwei Jahren durch, um ihre Verdienste zu würdigen. Heute ist der Todestag von Akram Jari und seinen MitstreiterInnen.

Dieser Tag wurde als Tag der gefallenen Märtyrer von Shola-e-Javid festgelegt und es wird jedes Jahr zu einer Erinnerungsfeier aufgerufen.

Ihr wisst alle, dass die Putschisten von der Volkspartei und der Flagge-Partei als Lakaien der Sowjetrevisionisten nach dem Putsch gegen den Despoten Dawud-Khan mehr als zwei Jahrzehnte unsere Völker verachtet und unterdrückt haben. Dabei ist anzumerken, dass sie alle beide in der Regierung von Dawud-Khan mitregiert haben. Danach haben sie alle ihre politischen Gegner, sowohl die nationalen und religiösen, vor allem aber die revolutionären Shola-e-Javid-AnhängerInnen, die unermüdlich am ideologischen Kampf gegen sie festhielten, verhaftet und getötet, unter ihnen Akram Jari und viele andere GenossInnen.

Wir ehren sie heute mit den Vorträgen und Analysen ihrer Werke und Taten, sowie durch den Vortrag von revolutionären Liedern, Gedichten und Musik, und werden ihre revolutionären Ideen und Taten für unseren Kampf nutzbar machen.

### **Liebe Gäste!**

Die letzten 1970er-Jahre und das ganze 1980er-Jahrzehnt waren eine katastrophale politische und soziale Phase in unserer Region. Die Lakaien der Sozialimperialisten, die beiden Parteien „Volk“ (Khalgh) und

„Flagge“ (Partscham) haben Tausende Revolutionäre und KommunistInnen ermordet und scharenweise in Massengräber geworfen, und so ihre Feindschaft gegen die Arbeiterklasse und das Volk gezeigt. Dabei muss man sagen, dass das Fehlen einer revolutionären Partei des Proletariats, bewaffnet mit der maoistischen Ideologie sowie die Tat-



sache, dass die Shola-e-Javid-Kräfte nicht genügend organisiert waren, einige der Gründe für diese Massaker war. Die Volkspartei und die Flagge-Partei, die im Dienst der Sozialimperialisten zu jedem Verbrechen bereit waren, arbeiten nun heute genauso wie damals unverschämt mit den Lakaien des US-Imperialismus und ihren Verbündeten, den Modjahedin – Taliban, Hand in der Hand gegen die Interessen der afghanischen Völker zusammen.

Parallel zur diesen konterrevolutionären Ereignissen in Afghanistan fand auch in Iran dieselbe Tragödie statt. Die reaktionären Revisionisten, wie die Tudeh-Partei und die Fedajin-Mehrheit und manche verräterische linke Organisationen haben Khomeini und seiner Clique geholfen, an der Macht zu gelangen. Im Dienste der imperialistischen Konterrevolution haben sie es ermöglicht, den revolutionären Prozess unter den Volksmassen zu stoppen und ihn schließlich zu zerschlagen. Die neuen Lakaien des Imperialismus begannen auch, genauso wie in Afghanistan, ein Blutbad unter Revolutionären und KommunistInnen und allen Andersdenkenden anzurichten. Wieder einmal waren Folter und Gefängnisse an der Tagesordnung. Und so wurden mit Hilfe der Revisionisten und durch die direkte Intervention des USA- und Sowjet-Imperialismus die reaktionären islamischen Kräfte sowohl im Iran als auch im Afghanistan an die Macht gehievt, und wurden leider Tausende geschulte und erfahrene kommunistische Kader sowohl in Afghanistan als auch im Iran ermordet oder massenweise in Gefängnisse gesteckt. Auf diese Art und Weise wurden die wahren Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker in dieser Region abgeschmettert.

**Liebe Anwesenden!**

Wir gedenken heute des Genossen Akram Jari und seiner MitkämpferInnen sowie aller Frauen und Männer, die ihr Leben für die Befreiung der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen im Kampf gegen Sowjetrevisionisten und ihre Lakaien geopfert haben. Wir gedenken heute wieder einmal jener, die ihrer politischen und ideologischen Überzeugung bis zum Ende treu geblieben sind. Genauso gedenken wir auch jener Genossinnen und Genossen, die als Internationalisten gegen den Imperialismus und seine Kettenhunde ihr Leben gelassen haben. Halten wir ihre Fahne hoch und setzen wir ihren roten Weg fort. Wir unterstützen auch den Kampf aller ArbeiterInnen der Welt, vor allem der bewussten ArbeiterInnen und revolutionären KommunistInnen, die gestützt auf die revolutionäre Ideologie für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, das heißt für ein sozialistisches System eintreten.

**Liebe Damen und Herren!**

Unser Land befindet sich im Moment unter fremder Besatzung. Unsere Völker sind seit Jahren das Opfer der imperialistischen Räuber und ihrer lokalen Knechte, sowie der linken Renegaten, die sich nun vollständig auf die Seite der Reaktion geschlagen haben. Sie beuten unsere Reichtümer aus, lassen unser Volk verhungern, töten die Menschen und zwingen Abertausende aus dem Land zu fliehen und unter unmenschlichen Bedingungen ihr Leben zu fristen. Sie verseuchen unseren Boden und unser Wasser mit atom-angereicherter Munition.

Nun, trotz all dieser Verbrechen und Ungerechtigkeiten, stellt sich die Frage: Sollen wir weiterhin einfach zuschauen und nicht in Klassenauseinandersetzungen eingreifen und der Befreiungsbewegung beistehen? Sollen wir uns mit dem verlogenen bürgerlichen Demokratiespiel zufrieden geben, und dies alles als vorgegebenes Schicksal akzeptieren und auf die Hilfe und den Willen Gottes warten? Ist es nicht nötig, selbst zu denken und aktiv werden, und unsere Zukunft und die unserer Kinder selbst zu bestimmen? Ist es nicht notwendig, für die Befreiung der großen Mehrheit der Weltbevölkerung zu kämpfen, die in Armut und Elend lebt?

Ist es nicht notwendig, aktiv zu werden und zu kämpfen für die Rettung unserer Mutter Erde, die durch die kapitalistische Profitwirtschaft und Dutzende imperialistische Kriege, wie im Fall Afghanistan, zerstört wird? Ist es nicht notwendig, unser Bewusstsein über das kapitalistische Ausbeutungssystem zu erhöhen, damit wir dagegen besser kämpfen können?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir unsere Erkenntnisse über dieses in jeder Hinsicht reaktionäre System vertiefen und bewusst für eine bessere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen! Es ist wohl unsere Aufgabe, gegen die imperialistische Raub- und Besatzungspolitik konsequent Widerstand zu leisten und ihre Lakaien zu entlarven, egal in welcher Form sie auftreten. Dafür ist die internationale Solidarität, die Zusammenarbeit der bewussten ArbeiterInnen und die der revolutionären und kommunistischen Organisationen auf Grundlage eines konsequenten ideologischen Kampfes, notwendiger denn je.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Feinde im Moment stark und wir schwach sind. Wie die Geschichte aber gezeigt hat, bleibt es nicht wie es ist. Wenn heute eine kleine Minderheit, die Kapitalistenklasse, ausgerüstet mit allen Vernichtungswaffen über die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung herrscht, ist das kein Anzeichen ihrer Stärke. Es liegt nur daran, dass wir im Moment so schwach sind. Sobald aber die Unterdrückten sich bewusst organisieren und zum Kampf aufstehen, wird sich zeigen, wie schwach die Imperialisten und ihre Knechte sind und worin unsere Stärke besteht. Daher vorwärts in der Überzeugung, dass die Vernichtung der Unterdrücker und Ausbeuter unvermeidbar ist, und der Sieg der ArbeiterInnen und Werktätigen eine historische Notwendigkeit ist.

**Liebe Anwesenden!**

Nun am Beginn der Veranstaltung bitten wir alle, mit geballter Faust aufzustehen. Wir halten eine Gedenkminute für alle, die im Kampf für Freiheit und Sozialismus gefallen sind, an deren Spitze der Genosse AKRAM JARI.

*Übersetzung der Rede aus dem Englischen für die Veranstaltung: IA\*PKP*





KP Griechenland (marxistisch-leninistisch):

## Presseerklärung zu den neuesten Wahlergebnissen

Die Wahlen am 25. Jänner wurden inmitten intensiver Anstrengungen zur Neuorganisation der politischen Landschaft in Griechenland abgehalten. Diese Anstrengungen dauern schon vier Jahre, seit die großen Mobilisierungen des Volkes und Streiks gegen die verschiedenen „Memoranden“ und die imperialistischen Kontrollen den lokalen politischen Machtblock erschütterten. Diese Anstrengungen haben zu keiner Stabilisierung geführt, die notwendig für Fortschritte im Interesse der Imperialisten wäre. Diese Anstrengungen waren auch mit der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche sowohl weltweit als auch in der östlichen Mittelmeerregion konfrontiert. Die Wahlen vom 25. Jänner waren von allen Elementen gekennzeichnet, die sich in der vorangegangenen Periode auf politischer Ebene entwickelt hatten:

- Der frühere Block von ND (Neue Demokratie) und PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) wurde wegen der Empörung des Volkes gegen die ständigen Angriffe auf seine Rechte und sein Einkommen entscheidend geschlagen. Dieser hohe Preis, den das Volk zahlen musste, hat die schwere Niederlage verursacht. Aber diese beiden Parteien bleiben im Spiel und sind die Grundpfeiler des Systems der imperialistischen Abhängigkeit.

- Die ND Partei hat ein Resultat erreicht, das sogar

noch unter dem von Juni 2012 liegt, und erhielt mit einem Abstand von 8,5% zur SYRIZA einen schweren Schlag, der zu einer innerparteilichen Krise führte. Diese Krise konzentriert sich derzeit auf den Parteiführer, aber sie spiegelt auch die allgemeine Krise in der Orientierung der herrschenden Klasse wider. Trotz ihrer Krise ist die ND Partei immer noch ein fester Pfeiler des Systems und es ist sicher, dass sie zu einem Mittelpunkt der Reorganisation wird, die rechte und rechtsaußen stehende Kräfte umfassen wird, die bei den Wahlen immer noch stark sind.

- Die PASOK wurde ebenso entscheidend geschlagen. Die Schöpfung einer neuen Partei (Bewegung Demokratischer Sozialisten) unter George Papandreou in letzter Minute ist nichts als ein Alibi für diese Niederlage und zeigt die Orientierungskrise der Sozialdemokratie.

- Die Gewinnerin der Wahlen war die SYRIZA, der es gelungen ist, den gewaltigen Volkszorn auszunutzen und die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Sie missbrauchte den Zerfall der Volksbewegung und die Enttäuschung und Verzweiflung der breiten Massen, nutzte die Selbsttäuschung hinsichtlich der Wahlen, der einfachen Lösungen und des „Retters“, der sie aus der kapitalistischen Krise führen wird. Zugleich gelobte sie Treue zum alten Dogma der „Zugehörigkeit zum Westen“.

Die Koalitionsregierung mit der rechten nationalistischen ANEL Partei ist charakteristisch für ihren Rechtsschwung, ihre ständige Anpassung an imperialistische Befehle und ihre Bereitschaft, zu einem Grundbestandteil der lokalen bürgerlichen politischen Landschaft zu werden.

Die sogenannte Regierung der nationalen Rettung ist nichts als eine Fassade einer Politik, die dem imperialistischen Kommando der USA, der EU und des IWF gehorcht und zugleich dem Volk ein bissl was gibt.

Ein negatives Ergebnis ist wieder einmal der hohe Prozentsatz der Nazi-Partei Goldenes Morgengrauen. Dies zeigt einerseits die ideologische Auflösung und Desorientierung der breiten Volksmassen und der Jugend und andererseits die Schwäche des rechten Blocks, diese auszunutzen. Jedenfalls bleibt diese Nazi-Gruppe ein volksfeindliches Element und wird in Zukunft gegen das Volk eingesetzt werden.

Die neu gebildete Partei „Der Fluss“ steht für die kapitalistischen Zentren bereit und erklärt ihren Nutzen für die Bildung eines neuen Gegengewichts gegen die Rechte der Arbeiter/innen und des Volkes.

Ein positives Element dieser Wahlen war der Widerstand großer Teile der Linken gegen die wahnhaftige Rhetorik der SYRIZA. Ein bedeutender Teil des Volkes und der Linken unterstützte die kämpfenden

Eigene Übersetzung der PR aus dem Englischen, <http://www.kkeml.gr/press-release-about-the-recent-election-results/>

kommunistischen Kräfte. Die Wahlzusammenarbeit der KP Griechenlands (m-l) und der ML-KP Griechenlands griff entschieden in den politischen Kampf ein. Unsere zwei Organisationen hatten in der Vergangenheit gemeinsame Schritte unternommen und im ganzen Land gegen die Wahlerpressung und die Täuschung gekämpft. Sie zeigten, dass der richtige Weg der des Kampfs gegen die Entwaffnung der Bewegung ist. Sie zeigten, dass wir gegen das Regime der imperialistischen Abhängigkeit kämpfen müssen, gegen die Linie der „Verhandlungen“ mit unseren Unterdrückern,

dass wir die revolutionäre kommunistische Arbeiter/innenbewegung gegen die Wahnvorstellungen eines „logischen Managements“ der kapitalistischen Krise reorganisieren müssen. Wir hatten eine kleine Steigerung des Prozentsatzes seit Juni 2012 und das ist positiv. Ohne die Herausforderungen, die Schwierigkeiten und die Besonderheiten dieser Periode zu ignorieren glauben wir, dass diese Steigerung eine bedeutende Grundlage für die Fortsetzung unserer Zusammenarbeit der zwei Parteien ist, für die Stärkung breiterer gemeinsamer Aktivitäten, für die Schaffung einer breiten

Widerstands- und Forderungsfront und die Reorganisation der Bewegung der Arbeiter/innen, Volksmassen und Kommunist/innen. Es ist klar, dass in den „nächsten Tagen“, auch mit einer neuen Regierung das Volk gegen die kapitalistischen und imperialistischen Kräfte aufstehen und für die Verteidigung unserer Errungenschaften und Rechte kämpfen wird. Wir dürfen das nicht aufschieben und uns nicht täuschen.

*Internationales Büro der Kommunistischen Partei Griechenlands (marxistisch-leninistisch), 3. Februar 2015*

## Syriza hat die Wahlen gewonnen

Erklärung der Maoistischen Kommunistischen Partei Italiens (PCm Italia)

maoistroad.blogspot.co.at; proletarikomunisti.blogspot.com  
(Übersetzung von uns aus der inoffiziellen englischen Übersetzung,  
Original in Italienisch von Proletari Comunisti – PCm Italia)

Sie erhielten die Zustimmung der Massen, die der Politik der Opfer und des Elends müde waren, die von der Troika in den letzten Jahren durchgesetzt wurde, dem brutalen Abladen der Krise, das die Griech/innen dazu verdammt, immer ärmer zu werden und bisher die Banken und zum Teil die Herren Kapitalisten gerettet hat. Eine tiefe Krise, die als Antwort der griechischen Massen zu allgemeinen Kämpfen, Besetzungen und Angriffen auf das Parlament und andere Institutionen geführt hat. So stehen hinter dem Erfolg von Syriza vor allem die Massen. Deshalb sehen „Proletari Comunisti“ und MKP Italien (PCml) dieses Ergebnis in erster Linie als

Frucht der Massenkämpfe ein. Es war weder einfach noch sicher. Die korrupten, mit dem europäischen und einheimischen Finanzkapital, der Spekulation und Korruption verbundenen politischen Kräfte haben versucht, dieses Ergebnis zu behindern und verhindern. Sie förderten die gefährlichsten faschistischen Formationen Europas, das Goldene Morgenrauen, die mit Demagogie und gegen Migrant/innen und Linke gerichteter Gewalt versucht hatten, eine bedeutende Stellung in der politischen Landschaft einzunehmen und den faschistischen Ausweg aus der Krise des Landes aufzudrängen. Es sind die Massen, vor allem die Proletarier/innen, Student/in-

nen, rebellischen Jugendlichen, die in vorderster Front gegen die Faschisten kämpften, während die Polizei sie durchsetzte und der Staat sie verteidigte. Syriza nutzte die radikalen Aktionen der Massen und der Jugendrebellion, setzte sich an die Spitze und benützte sie in der Wahlarena. Das Ergebnis der Wahlen in Griechenland ist bedeutsam, wenn beachtet wird, dass auch die „kommunistische“ Liste einen beachtlichen Prozentsatz erreicht hat, was in einem Klima der starken Polarisierung nicht selbstverständlich war. Jedenfalls ist der aus Griechenland kommende Wind ein Wind der Veränderung, der das Großkapital und den europäischen

Imperialismus in Frage stellt.

Natürlich sind wir jetzt an einem Kreuzungspunkt angelangt. Tsipras und Syriza sind keine revolutionären Kräfte, sondern eine neue Sozialdemokratie. Ihr Programm ist hinsichtlich der für die Massen günstigen Gesichtspunkte illusorisch und nur in seinen sozusagen pragmatischen Teilen umsetzbar, mit denen Tsipras prahlt und das erkannt wird als Versöhnung der Interessen der griechischen Bourgeoisie mit denen der europäischen Bourgeoisie unter Führung Deutschlands (Tsipras hat in einer Erklärung seine völlige Offenheit gegenüber den neuesten Entscheidungen von Draghi und der EZB erklärt). Diese Versöhnung kann außer in kleinen Einzelheiten nicht die Lebensbedingungen der Massen verändern. Sie kann ihnen weder Arbeit noch ein Haus geben, keinen Lohn, der zum Leben reicht, keine ausreichende Gesundheitsversorgung, und noch viel weniger kann sie ihnen die wirkliche Macht geben, über ihre Gegenwart und Zukunft zu entscheiden.

Deshalb ist der Sieg von Tsipras, der wie das Ergebnis eines Kampfes ausschaut, nur eine Etappe dieses Kampfes und muss ein Neuanfang sein. Wenn der Wahlsieg die Kämpfe

beendet, werden die Massen und in erster Linie die Proletarier/innen, die Jugend die Verlierer sein, und das Schicksal von Syriza wird das aller Sozialdemokratien sein, nämlich, das Kapital zu decken, dem Kapital zu dienen, das Kapital im Kampf zwischen dem bürgerlichen Staat und den Massen zu vertreten.

Aber ein neues Problem zeigt sich langsam und mit dem Aufstieg von Syriza immer deutlicher. Im internationalen Zusammenhang einer neuen Tendenz zum Krieg wird Griechenland zu einem Land in den Schützengräben der Auseinandersetzung zwischen den westlichen imperialistischen Ländern unter Führung der USA und Russland, das bereits mit einer Krise an seiner Türschwelle in der Ukraine zu kämpfen hat. Griechenland grenzt an eine der erbittertsten aufsteigenden Regionalmächte, die Türkei, die einerseits eine Stütze der NATO ist und andererseits als ein eigenständiger Kapitalismus immer eine Rolle als einflussreiche und aggressive Macht gegenüber Griechenland gespielt hat. So verbindet sich die innere Auseinandersetzung mit der internationalen Situation und verbindet den Gesichtspunkt des Klassenkampfes, des revolutionären Kampfes für den So-

zialismus mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf. Die putschistischen und faschistischen Traditionen, die von der NATO unterstützt werden, sind ein andauerndes Merkmal in Griechenland. Angesichts all dieser Bedrohungen ist Syriza ein Boot in stürmischer See, ein irdener Topf unter Eisentöpfen. Die Proletari Comunisti - PCm Italia unterstützen die Arbeiter/innen und die Massen, die heute jubeln wie alle Kräfte, die den Kampf fortsetzen wollen, die Rebellion fortsetzen wollen gegen Imperialismus, Kapitalismus und Reaktion. Die bevorstehenden Tage in Griechenland werden schwierig sein. Sie benötigen das Vertrauen in die Massen, den Aufbau der marxistisch-leninistisch-maoistischen Partei im Feuer des Klassenkampfes in enger Verbindung mit den Massen, den Aufbau einer Einheitsfront, die die Massen zusammenfasst, die Syriza gewählt haben, den Aufbau einer kämpfenden Kraft, die die faschistische Reaktion, den bürgerlichen Staat, die offenen und verdeckten Truppen den NATO-Imperialismus und ihres Auftragskillers in der Region, die Türkei von Erdogan, herausfordert.

*Maoistische Kommunistische Partei Italiens (PCm Italia),  
26. Jänner 2015*

## Unterstützen wir die Kämpfe der griechischen ArbeiterInnen, Arbeitslosen und der sozialen Bewegungen Gegen das arbeiterInnenfeindliche „Sanierungspaket“ der Troika (EU, EZB, IWF)!

Der Großteil der Bevölkerung in Griechenland hat genug von den brutalen Sparmaßnahmen, die hinter ihrem Rücken getroffen werden. Deshalb hat die Mehrheit, insbesondere die Arbeiter/innen, Arbeitslosen, Jugendlichen, Frauen und MindestpensionistInnen die Syriza Ende Jänner zur stärksten Partei gewählt, obwohl alle EU-Großmächte, allen voran der deutsche Imperialismus, mit einer Katastrophe gedroht hat. Es reicht! Wir wollen nicht mehr weiter für die von der EU-Marionetten-Regierung, den Großkapitalisten und Banken gemachten Schulden bezahlen. Diese haben uns in eine Katastrophe geführt, dann Sanierungswunder versprochen und dabei unsere Lebensbedingungen massiv verschlechtert und Griechenland zu einer Kolonie der Troika gemacht. Noch selten hat sich in Griechenland so deutlich gezeigt, wer auf wessen Kosten „saniert“ werden soll und wird.

Nach wie vor zahlen die GroßkapitalistInnen, insbesondere die Reedereien und die Kirche, (nahezu) keine Steuern. Zugleich mit dem ersten „Rettungspaket“ (2010) der Mächtigen in der EU haben Deutschland und Frankreich bereits als Vorbedingung eine Erhöhung (!) der Rüstungsausgaben auf 7,1 Mrd. € und Waffenkäufe in diesen beiden Ländern erzwungen. Damit wurde Griechenland – trotz drohendem Staatsbankrott – zum EU-Land mit den höchsten Rüstungsausgaben im Vergleich zum BIP. Als ein Eckpfeiler der NATO im Osten spielt Griechenland für die westlichen Großmächte eine wichtige Rolle in der zwischenimperialistischen Konkurrenz vor allem mit Russland.

Große Teile der ehemals verstaatlichten Betriebe wurden in den letzten Jahren (zu ständig sinkenden Preisen!) vor allem von ausländischen, v.a. deutschen Konzernen billig aufgekauft – z.B. Telekom.

Trotz angeblichem „Schuldenschnitt“ 2011 sind die Staatsschulden bei den deutschen, französischen usw. Banken weiter gestiegen. Die deutschen, aber auch die österreichischen Banken usw. borgen sich bei der EZB Milliardenbeträge zu 1% Zinsen und verleihen sie an den griechischen Staat mit 3% und mehr weiter – zugleich wurden Mindestlöhne, Pensionen, Sozial- und Bildungsausgaben drastisch gesenkt.

Bis vor kurzem regierten die Kommissare der „Troika“ in Athen wie eine Überregierung.

Das alles dient der „Rettung“ der Profite der Großbanken auf Kosten der ArbeiterInnen und Massen. Frech droht die deutsche Regierung jetzt mit „Maßnahmen“ wegen ausständiger Schulden, obwohl Deutschland sich bisher geweigert hat, über Reparationen für die im 2. Weltkrieg angerichteten Verwüstungen auch nur zu verhandeln.

Als kleines aber imperialistisches Land sind auch Österreich, seine Regierung, Banken und Konzerne an der Ausplünderung der griechischen Bevölkerung mitbeteiligt. Wenn dabei in den Massenmedien immer wieder versucht wird, die österreichische Bevölkerung gegen die „uneinsichtigen und sturen GriechInnen“ aufzuhetzen, geht es nur darum, die internationale Solidarität mit den griechischen ArbeiterInnen zu sabotieren und zu spalten, und darum, in Österreich einen Schulterchluss mit den österreichischen Banken und Konzernen herzustellen. Wir hier sind nur dann von der „Schuldenkrise“ betroffen, wenn wir zulassen, dass die Banken und Konzerne auf unsere Kosten saniert werden – sei es durch Reallohnsenkungen, Kürzungen im Sozialbereich usw. Was uns mit den Kämpfen in Griechenland verbindet, ist das gemeinsame Interesse gegen die österreichischen und internationalen Krisengewinnler, gegen das Kapital in verschiedenster Form, in Österreich wie Griechenland und anderswo. Wir hier sind nur dann „Opfer der Griechenlandkrise“, wenn wir nichts dagegen unternehmen, dass österreichische Banken ihre Verluste aus unserer verschärften Ausbeutung ersetzt bekommen.

Den größten Beitrag, den wir hier in Österreich zur Unterstützung leisten können, ist der Kampf gegen die eigene, österreichische Regierung, sowohl gegen die Erpressungsmaßnahmen gegenüber der neuen griechischen Regierung als auch gegen alle Versuche, die Lasten der seit über 6 Jahren andauernden kapitalistischen Krise hier wie in Griechenland auf die ArbeiterInnen und Arbeitslosen abzuladen.

Am 18.3. wird in Frankfurt anlässlich der Neueröffnung der Europäischen Zentralbank ein Aktionstag mit Blockaden stattfinden. Auch aus Österreich werden AktivistInnen teilnehmen, weil die EZB (nicht zuletzt wegen ihrer Rolle in Griechenland) zu einem Symbol des EU-Imperialismus geworden ist.

*Initiative gegen Militarisierung und Krieg, Wien 12.2.2015*



## Seit 2010 wurden unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen und weitgehend ungesetzt:

### **Öffentlicher Dienst:**

Senkung der Löhne/Gehälter um bis zu 20% (plus anschließendes Einfrieren aller Löhne/Gehälter über 2.000 Euro)

Abschaffung des 13. und 14. Lohns/Gehalts

Streichung von 150.000 Stellen (von insgesamt 700.000) bis 2015

### **Pensionen:**

Senkung der Pensionen um durchschnittlich 7%

Anhebung des Regelpensionsalters von 60 auf 67 Jahre bis 2014

### **Arbeitsrecht:**

Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes

Kürzung der gesetzlichen Abfertigungen

Aushöhlung und teilweise sogar Abschaffung von Kollektivverträgen

### **Soziales, Gesundheit, Ausbildung:**

Streichung der „Solidaritätszulagen“ für Langzeitarbeitslose, NiedrigverdienerInnen, PensionistInnen, Bauern/ Bäuerinnen etc.

Kürzungen bei Sozialleistungen z.B. bei Menschen mit Behinderungen

Drastische Schnitte im Gesundheits- und Ausbildungs-/Erziehungswesen

Flächendeckende Leistungskürzungen im Sozialbereich

### **Steuersystem:**

Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% (vor der Krise) auf 23%

Erhöhung weiterer Massenverbrauchssteuern (u.a. für Benzin, Tabak und Alkoholika)

Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer zwischen 1% und 4% (je nach Einkommen)

Zuschlag auf die Einkommensteuer von 3% für den Öffentlichen Dienst

Senkung der Steuerfreigrenze von 12.000 auf 8.000 Euro im Jahr

### **Privatisierungen:**

Öffentlicher Grundbesitz in Tourismuszonen

Verkauf weiterer 10% plus 6% der griechischen Telekom OTE (30% bereits 2011 im Besitz der Deutschen Telekom)

Verkauf von 34% der Postbank

Verkauf von 75% der Häfen von Piräus und Thessaloniki

Verkauf der verbliebenen 55% des Flughafens Athen (27% bereits 2011 im Besitz der deutschen Baufirma Hochtief)

Teilprivatisierungen der Nationalen Lotterie, des staatlichen Gaskonzerns DEPA, des Elektrizitätskonzerns DESMIE, der Bergwerksgesellschaft, der Post, einiger Autobahnen, der Staatsbahnen OSE

Quelle: [prolevo.wordpress.com](http://prolevo.wordpress.com) - Jänner 2015

### **Initiative gegen Militarisierung und Krieg:**

*Wir diskutieren und organisieren Aktionen gegen Militarisierung und Krieg. Wir wollen politische und soziale Zusammenhänge bzw. Gruppen vernetzen. Die Inhalte dieses Flugblatts spiegeln unsere Auseinandersetzungen mit den aktuellen Entwicklungen wider. Wir planen für den 13.3. eine Diskussionsveranstaltung gegen die Militarisierung in Österreich (mit einer VertreterIn der Solidarwerkstatt) im Amerlinghaus; für den 14.3. eine Veranstaltung mit Podiums- und Kleingruppen-Diskussion zum Krieg in der Ukraine (mit einem Vertreter von Borotba und einer KennerIn aus Österreich, T.Eipeldauer angefragt; für den 18.3. eine Demonstration (anlässlich Tag der politischen Gefangenen und EZB-Blockade) vor der deutschen Botschaft; für den 11.4. eine Antikriegsdemonstration.*

*Kontakt und aktuelle Infos: <http://ligmk.wordpress.com>, facebook: Initiative gegen Militarisierung und Krieg*

## Plattform gegen den imperialistischen Krieg

Wir sind eine linke Plattform, die sich als Gegenbewegung zur steigenden Kriegshetze und den zunehmenden Aggressionen versteht. Wir vertreten einen konsequenten Antiimperialismus und lehnen jedes Bündnis mit den imperialistischen Mächten ab. Deshalb verurteilen wir auch alle so genannten „humanitären Interventionen“ und anderen militärischen Aggressionen, die sich mit einem liberalen oder „humanitären“ Deckmäntelchen tarnen.

Unabhängig davon, wie wir zu den jeweiligen Regierungen stehen, betonen wir die Souveränität der überfallenen oder bedrohten Länder und ihr Recht, ihre Führung selbst zu bestimmen. Wir unterscheiden zwischen einem legitimen Widerstand und den reaktionären, gekauften, prowestlichen oder für externe Interessen missbrauchten Oppositionsbewegungen in diesen Ländern. Wir unterscheiden auch zwischen tatsächlichen Revolutionen der Unterdrückten und einem von Todesschwadronen und Söldnerbanden inszenierten subversiven Krieg, wie er derzeit etwa in Syrien stattfindet. Revolutionen finden immer gegen und niemals mit dem Imperialismus statt.

Wir sehen auch die Gefahr eines neuen Weltkrieges, der durch die aktuellen regionalen Aggressionen, durch die Kriegshetze der Medien und Politiker und durch die Provokationen der Geheimdienste vorbereitet wird. Genau genommen hat der dritte Weltkrieg um die Neuaufteilung der Welt längst begonnen, auch wenn er derzeit noch in Form von so genannten Stellvertreterkriegen, von Sanktionen und Hungerblockaden oder durch Wirtschaftskriege geführt wird und damit seine wahre Natur verschleiert.

Wir sehen deshalb die Notwendigkeit einer neuen Friedens- oder Antikriegsbewegung, die ihren Eurozentrismus ablegt und sich auch nicht mehr für die Ziele der eigentlichen Kriegstreiber instrumentalisiert. Wir wollen uns in der Plattform über mögliche untergeordnete Differenzen hinweg miteinander vernetzen, um der aktuellen westlichen Mobilmachung entgegenzutreten und uns außerdem der imperialistischen Propaganda mit unserer Gegenöffentlichkeit zu widersetzen. Wer die grundlegende Haltung gegen den imperialistischen Krieg mit uns teilt, ist herzlich eingeladen, sich an unserer Plattform zu beteiligen.

November 2014



Kundgebung  
gegen die OSZE-Konferenz in Basel  
Freitag 5.12.2014 um 15 Uhr  
am Heldenplatz, Kongresszentrum Hofburg Wien

**Gegen imperialistischen Krieg und  
gegen imperialistischen Frieden!**

Wir solidarisieren uns mit der Initiative „OSZE-angreifen!“ gegen das Ministerratstreffen in Basel (Schweiz) und unterstützen ihren folgenden Aufruf:

### **Widerstand gegen die OSZE-Konferenz in Basel!**

Am 4. und 5. Dezember dieses Jahres findet in der Messe Basel das Ministerratstreffen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) statt. Erwartet werden rund 1200 Delegierte aus insgesamt 57 Ländern, darunter mehrere Dutzend AußenministerInnen. Dieses Megaereignis wird von einem riesigen Polizei- und Militäraufgebot flankiert: Mit rund 1000 PolizistInnen, Einheiten der Grenzwaache sowie rund 5000 Armeeinghörigen wird die Konferenz in einer abgeschotteten und streng überwachten «roten Zone» stattfinden. Unerwünschte, wie zum Beispiel die AnwohnerInnen der betroffenen Quartiere haben in diesem Szenario keinen Platz. Die Regierung der Stadt möchte Basel als gesäuberten und internationalen Standort für die Mächtigen und Reichen präsentieren.

### **Die OSZE als Werkzeug der Imperialisten**

Die OSZE hat sich erfolgreich das Image einer Sicherheits- und Friedensorganisation angeeignet. Das ist eine bewusste Täuschung. Das Jahr des Schweizerischen OSZE-Vorsitzes steht unter dem Motto „Eine Sicherheitsgemeinschaft im Interesse der Menschen schaffen“. Schon ein kurzer Blick auf die Mitgliederliste der OSZE-Staaten entlarvt,

wessen Sicherheit und was für ein Frieden da gemeint sind. Es versammeln sich darin die grössten Waffenexporteure und Kriegstreiber der Welt, um über Frieden und Abrüstung zu sprechen. Dabei engagiert die OSZE sich auch im sogenannten „Kampf gegen den Terrorismus“. Wie dieser „Kampf“ konkret aussieht, können wir in Afghanistan, Irak, Syrien und der militärischen Zusammenarbeit mit Israel zur Genüge sehen. Die OSZE ist vor allem eines: Eine Plattform und ein Instrument der untereinander konkurrierenden herrschenden Klassen, um eine ihnen nützliche „Sicherheits-“ und Wirtschaftspolitik durchzusetzen. In Anbetracht des globalen Kräfteverhältnisses ist klar, dass es einmal mehr die VertreterInnen der reichsten und aggressivsten Staaten (USA, Deutschland, Frankreich usw.) sind, die dabei den Ton angeben.

### **Die OSZE und der Neoliberalismus**

Der Charakter der OSZE zeigt sich etwa an der Beteiligung der OSZE an der Grenzschutzagentur Frontex. Mit Überwachungssystemen, Drohnen und einem riesigen Militäraufgebot ist Frontex seit Jahren darum bemüht, Europa vor „unerwünschter“ (sprich nicht profitabler) Migration abzuschotten. Dass sie dadurch jährlich den Tod Tausender Flüchtlinge in Kauf nimmt und gar fördert, ist eine traurige Realität, die kaum zur Kenntnis genommen wird. Die OSZE fördert laut eigenen Aussagen das „Investitionsklima“ der Teilnehmerstaaten. Dabei vertritt sie eine durch und durch neoliberale Politik, denn das Investitionsklima lässt sich in kapitalistischer Logik nur durch die Schwächung der Arbeiterrechte, durch Lohnkürzungen und durch Privatisierungen stärken. Derzeit sind es vor allem die ArbeiterInnen der Peripherie Europas, die schwer unter den Folgen dieser Politik leiden.

### **OSZE angreifen!**

Der Widerstand gegen die OSZE verbindet den Kampf gegen die lokale Säuberung und Vertreibung in der Stadt Basel mit dem internationalen Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre imperialistischen Projekte, deren ExponentInnen sich hier einmal mehr treffen. Doch der Widerstand darf nicht bei der OSZE aufhören, sie ist nur ein Teil der Maschinerie zur Verschärfung des Status Quo. Um den Kampf für eine bessere Welt für alle Menschen zu gewinnen ist es notwendig, den Kapitalismus als solchen abzuschaffen.

### **Kapitalismus beenden - für die soziale Revolution!**

#### **Grußadresse aus Basel an die Kundgebung in Wien**

Am 4. und 5. Dezember dieses Jahres findet in der Messe Basel das Ministerratstreffen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) statt. Erwartet werden rund 1200 Delegierte aus insgesamt 57 Ländern, darunter mehrere Dutzend AussenministerInnen. Dieses Megaereignis wird von einem riesigen Polizei- und Militäraufgebot flankiert: Mit rund 1000 PolizistInnen, Einheiten der Grenzwaache sowie rund 5000 Armeeangehörigen wird die Konferenz in einer abgeschotteten und streng überwachten «roten Zone» stattfinden. Unerwünschte, wie zum Beispiel die AnwohnerInnen der betroffenen Quartiere haben in diesem Szenario keinen Platz. Die Regierung der Stadt möchte Basel als gesäuberten und internationalen Standort für die Mächtigen und Reichen präsentieren.

Bereits im Vorfeld dieses imperialistischen Treffens haben wir mit Info Veranstaltungen und mit Aktionen gegen die Kriegstreiber, die angeblich Frieden schaffen, wollen unsere Stimmen erhoben.

Heute gehen wir gemeinsam auf die Strasse um in Solidarität mit allen Unterdrückten weltweit gegen all das zu protestieren, was sich in der OSZE manifestiert: Krieg, Heuchelei, Unterdrückung, Imperialismus, Kapitalismus und Zionismus.

Mit grosser Freude hören wir von eurer Solidaritätsdemo in Wien die sich unseren Anliegen anschliesst: Gemeinsam gegen Kapitalismus und Imperialismus, für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg! Wir grüssen unsere Genossinnen und Genossen in Wien, welche diese Anliegen gemeinsam mit uns auf die Strasse tragen!

**Hoch die internationale Solidarität!**

# Plattform der Initiative gegen Militarisierung und Krieg – für konsequente Friedenspolitik

Stand 28.1.2015

*Die Initiative gegen Militarisierung und Krieg diskutiert, plant und organisiert Aktionen und Veranstaltungen gegen Krieg und die damit einhergehende permanente Militarisierung unserer Gesellschaft.*

*Unser Anspruch ist es, unterschiedliche politische und soziale Zusammenhänge zu vernetzen sowie eine Zusammenführung der politischen Kräfte aus dem antirassistischen, antifaschistischen, feministischen, basisgewerkschaftlichen und friedenspolitischen Spektrum.*

*Die unten angeführten Inhalte sind Teil eines Diskussionsprozesses und spiegeln unsere Auseinandersetzungen wieder (Stand Jänner 2015), sind diskutier-, ergänz- und veränderbar.*

## **Sie sagen aufrüsten - wir sagen abrüsten!**

**Gegen** ein Europa, das „die westlichen Werte“ mit Feuer und Drohnen „verteidigt

Die abscheulichen Morde in Paris werden von allen möglichen Kräften instrumentalisiert, um u.a. die Militarisierung der EU für weitere Kriege voranzutreiben. Vor allem geht es um geostrategische Ziele und die Durchsetzung von Machtinteressen, um Ressourcen (Öl, Wasser ...), die Sicherung von Energie und Transportwegen. Ein weiterer Aspekt ist die Erschließung neuer Absatzmärkte um eine neoliberale Entwicklung durchzusetzen wie es schon bei der Zerschlagung Jugoslawien oder im Irak der Fall war.

Gleichzeitig werden hart erkämpfte demokratische Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien abgebaut. Die Stimmung wird auch von der österreichischen Regierung genutzt, um die Polizei mit einem 400 Millionen Paket aufzurüsten.

Anstatt ein solidarisches Miteinander durch ökonomische strukturelle Veränderungen zu unterstützen, werden weltweit die Weichen auf Krieg gestellt.

Anstatt auf einen herrschaftsfreien Dialog zu setzen, wird Rassismus geschürt und ein „Kampf der Kulturen“ propagiert und eine rassistische Debatte über „religiöse Werte“ inszeniert, anstatt die tatsächlichen Probleme der Weltwirtschaftskrise zu lösen.

## **Es braucht Maßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise anstatt Kriegserklärungen**

Wir klagen die Regierungen der westlichen Staaten und ihren Militärapparat sowie die Rüstungsindustrie, die führenden Konzerne und deren Medien wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an.

IHR Krieg bedeutet Mord, Folter, Vertreibung, Ausbeutung, Zerstörung und schürt Hass und Rassismus zwischen den „Völkern“.

Die jahrzehntelange Kolonialpolitik und die

aktuellen militärischen Interventionen gegen Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien und die Ukraine sind verantwortlich für den „Terror“, der sich jetzt in Europa in Form von so genannten „islamistischen Bewegungen“ organisiert. Dass aber die Verarmung und die ökonomische Perspektivlosigkeit, die in Frankreich z.B. durch die brutale Kolonialpolitik mit verursacht worden ist, den Nährboden für die Radikalisierung liefert, wird einfach ausgespart. Stattdessen wird das Feindbild gegen „den Islam“ genährt, das sich im antimuslimischen Rassismus – konkret in Angriffen gegenüber unseren muslimischen FreundInnen und KollegInnen – äußert.

Weder die Mehrheit der Menschen im „Norden“ bzw. in den Metropolen, noch die Mehrheit in den vom Krieg zerstörten Ländern, haben oder werden je davon profitieren. Wir sind alle VerliererInnen ihres globalen Krieges.

IHR so genannter, seit 9/11 ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ soll die andauernde Weltwirtschaftskrise vertuschen, die eine rasanten Verarmung der Massen und Arbeitslosigkeit hervorbringt. Die Geschichte zeigt, dass gerade in „Krisenzeiten“ die Weichen Richtung Krieg und Militarisierung gestellt werden.

Lassen wir das nicht zu! Lassen wir nicht zu, dass sich die Geschichte immer wieder wiederholt. Setzen wir dem eine gesellschaftliche Perspektive, nämlich eine konsequente Friedenspolitik, entgegen.

## **Stopp den imperialistischen Kriegen gegen Afrika, den asiatischen Raum, den Mittleren und Nahen Osten und Südamerika**

– USA und Verbündete/ EU/ NATO raus aus Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien und der Ukraine

– Auflösung des Militärpaktes NATO, ihrer bewaffneten Privatarmeen, Söldnerkommandos und Geheimdienste

– Abschaffung aller militärischen Foltergefängnisse (Guantanamo, Abu Ghraib)

## **Für eine weltweite militärische Abrüstung - Stopp der Waffenproduktion**

– EU – Waffenlieferungen stoppen

– Keine Steuergelder für die Rüstungsindustrie – Stopp der österreichischen Waffenproduktion

## **Stopp dem Krieg gegen Flüchtlinge an den EU - Grenzen und die weltweite Finanzierung von Migrationskontrolle der EU**

– Stopp der grenzüberschreitenden Polizeikooperationen gegen Flüchtlinge



- Für offene Grenzen und stopp der permanenten Repression gegenüber migrantischen FreundInnen, KollegInnen und NachbarInnen im Inland
- Fluchtursachen bekämpfen heißt Kriege hier stoppen
- Aufnahme frauenspezifischer Fluchtgründe in die Genfer Konvention

#### **Stopp dem „selbstinszenierten Terrorismus“**

- „Antiterrorgesetzgebung“, Vorratsdatenspeicherung und „Terrorlisten“ richten sich gegen uns alle und setzen demokratische Grundrechte außer Kraft.
- Schluss mit der flächendeckenden Überwachung im öffentlichen Raum und in unserer „Privatsphäre“

#### **Gegen den rassistischen Medienkonsens**

- Für eine Medienberichterstattung ohne „Euro“zentrismus, die uns aufklärt, wie viele Opfer ständig durch diese Kriege produziert werden und wer dafür verantwortlich ist, anstatt uns ständig neue Feindbilder (vom Antikommunismus zum Antiislamismus...) zu präsentieren, um nur die Gewaltspirale zu bedienen.

#### **Sozialpaket statt so genanntes „Sicherheitspaket“**

- KEINE 400 Millionen Euro für die Ausrüstung der Polizei, sondern für Pflege, Bildung und Soziales
- Keine Ausweitung von polizeilichen – und militärischen Befugnissen in den zivilen Bereich

#### **Schulter an Schulter gegen (staatlichen) Rassismus - am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und überall!**

##### **Stopp der antimuslimischen Hetze!**

- Antisemitismus bekämpfen!
- Solidarität und kulturelle Vielfalt statt Ausgrenzung und Rassismus
- Rassistische AusländerInnengesetze abschaffen!

#### **Für eine befreite Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung jenseits westlich demokratischer Scheinfreiheiten im neoliberalen Patriarchat**

#### **Für eine Ökonomie ohne Ausbeutung und ohne Profite, statt Kapitalismus und neokoloniale Kriegspolitik**

#### **Für konsequente Friedenspolitik - Antikriegspolitik statt Kriege, permanente Militarisierung und Rassismus!**

Schweigen wir nicht zu den Millionen, die Opfer der Kriege und Interventionen westlicher Großmächte geworden sind! In

Gedenken an die zahllosen und tagtäglichen Opfer ihres Systems - Ihr seid nicht vergessen!

**In Gedenken an** (und an die vielen, die hier nicht aufgelistet werden konnten): ...die ca. 260.000 IrakerInnen, die im Jahr 1991 dem Bombenhagel des „Wüstensturms“ der US-Streitkräfte und ihrer Alliierten zum Opfer fielen.

...die rund 500.000 irakischen Kindern, die wegen des verbrecherischen, in den 90er Jahren von USA und EU gegen den Irak durchgesetzten UNO-Embargos wegen Unterernährung, fehlender medizinischer Versorgung und des Zusammenbruchs der humanitären Infrastruktur verstorben sind.

...die bis zu 200.000 Toten in Afghanistan, denen die westliche Militärintervention und ihre Folgen seit 2001 das Leben gekostet hat.

...die rund 80.000 Menschen, die der Ausweitung des Afghanistan-Krieges nach Pakistan seit 2004 zum Opfer gefallen sind, nicht wenige von ihnen im Raketenhagel ferngelenkter Drohnen.

...die tausenden Menschen, die im NATO-Bombenterror gegen Jugoslawien im Jahr 1999 ums Leben kamen – ein Krieg, der schließlich zur völligen Vertreibung der Roma, Sinti und Juden aus dem Kosovo führte. ...an die 16 Journalisten, die bei einem NATO – Angriff auf den serbischen Sender RTS getötet wurden

...die rund eine Million Toten, die der Krieg der westlichen Mächte gegen den Irak im 2003 und in den Jahren danach forderte und das Land bis heute in einem Meer von Blut und Fundamentalismus versinken lässt.

...die Toten in Faludscha 2004, als die US – Militärs ein Krankenhaus stürmten

...die 90.000 geschätzten Opfer des Krieges, der 2011 von EU-Mächten und den USA gegen Libyen geführt wurde

...die 200.000 Toten des Krieges in Syrien seit 2011, bei dem von Anfang an westliche Mächte – oft über die verbündeten Despoten am Golf – „djihadistische“ Gruppen finanziell, militärisch und politisch unterstützt haben

...die über 2000 getöteten PalästinenserInnen bei den Bombardierungen von Gaza 2014

...die vielen Ermordeten in Raqqa, in Deir ez-Zor, in Qamischli, in Mayadin, in Ha-

sakha, Antakya und Aleppo, wo die IS und andere Terrormilizen gewütet haben.

...die tausend JezidInnen, die durch den Terror der IS ermordet, vergewaltigt und vertrieben worden sind.

...die vielen Toten im kurdischen Rojava, das besonders ins Visier dieses von USA und EU geförderten „dijhadistischen“ Terrors in Syrien geraten ist.

...die Vielzahl an Opfern in der Ukraine, nachdem mit tatkräftiger Hilfe des EU-Auswärtigen Dienstes und der NATO im Vorjahr äußerst rechte Kreise an die Macht in Kiew geputscht wurden und seither wichtige Regierungsämter bekleiden.

...die ca. 20.000 Flüchtlinge, die in den letzten Jahrzehnten an den EU-Außengrenzen im Mittelmeer ertrunken sind,

weil sie Krieg, (sexuelle) Gewalt und Elend in ihrer Heimat entkommen wollten – oft ausgelöst durch westliche Militärinterventionen und hemmungslose EU-Freihandelspolitik, die den Menschen die wirtschaftliche Existenzgrundlage raubt.

...die unzähligen Frauen, die im Rahmen der brutalen Kriegsführung vergewaltigt und „versklavt“ wurden

***Es ist eine Minderheit, die von dieser Politik profitiert. Die Mehrheit sind wir!***

***Organisieren wir uns gemeinsam und kämpfen wir Schulter an Schulter für eine Welt deren Grundwerte auf Solidarität und Gerechtigkeit beruhen.***

*igmk.wordpress.com*

## Grußwort von Georges Ibrahim Abdallah an die Soli-Demo vorm Gefängnis Bagnole vom 13.11.2014

(Auszug)



Nach so vielen Jahren in Gefangenschaft bin ich natürlich gerührt, euch heute ein paar Worte darüber sagen zu können, was die Wärme und Stärke eurer solidarischen Mobilisierung mir bringt, hier hinter diesen schrecklichen Mauern.

Etwas mehr als ein Vierteljahrhundert an so finsternen Orten ist wirklich lang genug. Könnte man wenigstens meinen. Über diese ganzen Jahre hinweg hat es mit nie an eurer Solidarität gemangelt, sie war mir immer von größter Wichtigkeit und ist es mir heute noch mehr. (...)

In dieser Krisenzeit und Zeit der großen Kriege ist die revolutionäre Aktivität und die Entschlossenheit bedeutend... Die Krise des Systems hört nicht auf, sich immer mehr zu vertiefen.

Die objektiven Bedingungen der Volksmassen hier in den Zentren oder dort in den Peripherien werden immer schlechter. Prekarisierung, Arbeitslo-

sigkeit und Krieg sind im Alltag banale Realität und nichts was die Anhänger des globalisierten Systems in seinem fortgeschrittenen Stadium noch verstecken könnten. Die imperialistische Bourgeoisie verstärkt immer weiter ihr Repressionsarsenal.

Sie schürt zweifelhafte Debatten, um neue Kategorien von Gesellschaftsschichten zu stigmatisieren, sie erlässt neue und immer absurdere Gesetze.

Sie lassen schamlos ganze Bevölkerungen, die irgendwie „über-

flüssig“ sind, verhungern, sie erklären Krieg und Embargos gegen dieses oder jenes Land, das sich gegen die Pläne der multinationalen Konzerne stellt.

Die Bourgeoisie unternimmt jede Repression und Manipulation, um der Mobilisierung der Volksmassen entgegen zu stehen und die Protagonisten des Krieges gegen die Barbarei des Kapitals zu terrorisieren. (...)

Die Barbarei des Kapitals und ihre verheerenden Kriege in den Peripherien des Systems und das Elend, das sie verursacht und noch überall verursacht wird, kann nur zu größerer Mobilisierung und Kampfbereitschaft der Volksmassen führen und überall auf dem Planeten Proteste und Revolten hervorrufen.



Fs von S. 94

Das was heute in Palästina passiert, Genossinnen und Genossen, kann uns nicht kaltlassen. Seit über 60 Jahren, mit solchem Heroismus und solcher Entschlossenheit bieten die palästinensischen Volksmassen und ihre Avantgarden einer kolonialen Besiedlung die Stirn.

Vertrauen wir den Volksmassen und ihren diversen Ausdrücken des Kampfes, die sich, wie wir heute sehen, immer mehr verstärken, zusammen mit der Verstärkung der Krise überall auf der Welt: vom mittleren Osten bis Afrika und auch in Ostasien, von Europa zu den Antillen und bis Südamerika. Genossinnen und Genossen, angesichts diverser imperialistischer Aggressionen verbinden sich diverse solidarische Initiativen zu einer globalen Bewegung, die gleichzeitig regional und weltweit ist. Indem man Solidarität mit den Volksmassen zeigt, zeigt man die beste Solidarität mit den revolutionären Gefangenen.



Nieder mit dem Imperialismus, seinen zionistischen Wachhunden und ihren reaktionären arabischen Komplizen!  
Ehre den Märtyrern der kämpfenden Völker!  
Zusammen, Genossinnen und Genossen, werden wir gewinnen!

Euch allen meine wärmsten Grüße.  
Georges.

(gefangenen.info nr.389 – nov./dez. 2014)



## Für neue Leser/innen:

Die „Proletarische Revolution“ erscheint seit 2001. Sie greift mit revolutionär-kommunistischen Positionen in aktuelle Kämpfe und in damit verbundene praktische und theoretische Auseinandersetzungen ein. So setzt sie die Tradition der von den Marxisten-Leninisten Österreichs 1963 gegründeten „Rote Fahne“ und der 1972 bis 1980 erschienen österreichischen (Wochen-) Zeitung „Klassenkampf“ fort. Das Kollektiv Proletarische Revolution stellt sich die Aufgabe, durch die Verbindung der Erfahrungen und Lehren von nahezu 200 Jahren revolutionärer, internationaler Arbeiter/innen-Bewegung mit dem aktuellen Klassenkampf in Österreich und weltweit einen Beitrag zu leisten zur Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiter/innenklasse im heutigen Österreich.

Die „Proletarische Revolution“ kämpft in der Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung. Diese hat sich vor einem halben Jahrhundert intensiv mit den Fehlern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinandergesetzt und ab Anfang der 1960er Jahre einen scharfen Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion geführt. Die theoretische und praktische Verteidigung einer marxistisch-leninistische Generallinie für die Weltrevolution hat damals zur Gründung neuer, revolutionär-kommunistischer Zeitungen und Parteien geführt, die sich an der chinesischen Kulturrevolution unter Mao Zedong orientierten. Das Kollektiv Proletarische Revolution geht davon aus, dass ohne positive Berücksichtigung der theoretischen und praktischen Leistungen der chinesischen Kulturrevolution die Theorie und Praxis der revolutionären kommunistischen Bewegung nicht entsprechend den aktuellen Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes weiterentwickelt werden können.

Die „Proletarische Revolution“ bringt in 4 bis 6 Ausgaben jährlich sowohl agitatorische und propagandistische Aufrufe, Stellungnahmen und Redebeiträge zu aktuellen Kämpfen als auch wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Thesen von österreichischen und international relevanten Parteien und Organisationen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung.

Die „Proletarische Revolution“ ist unabhängig von Staat und Kapital und finanziert sich ausschließlich aus Spenden, Abo-Einnahmen und anderen freiwilligen Beiträgen. Abo-Bedingungen siehe Umschlag hinten!

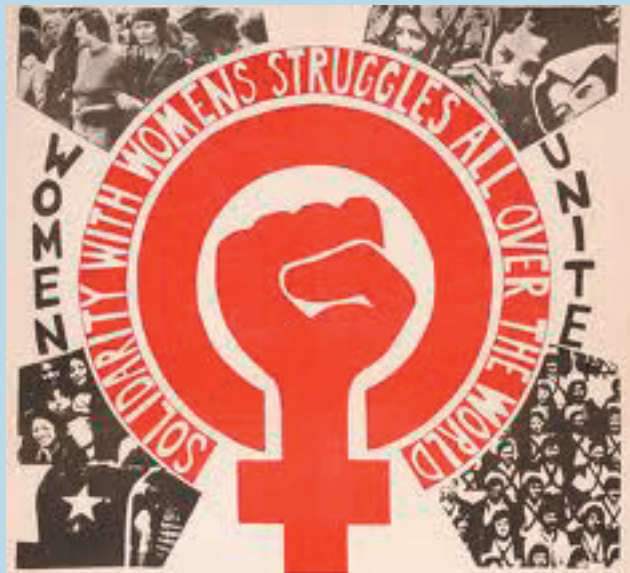
Die „Proletarischen Revolution“ kann als pdf-Datei im Netz unter <prolevoil.wordpress.com> heruntergeladen werden.

Kollektiv Proletarische Revolution



17. Februar 19:30 Stadtkino im Künstlerhaus  
 10. März 18:30 Filmhauskino Spittelberg  
 07. April 16:30 Filmhauskino Spittelberg  
 28. April 16:30 Filmhauskino Spittelberg  
 12. Mai 21 Uhr: Stadtkino im Künstlerhaus

Weitere Infos und Programm:  
<http://opre-roma-film.org/>



und am 8. März:  
 Internationaler Frauenkampftag

**Impressum:**  
 Medieninhaber, Herausgeber,  
 für den Inhalt verantwortlich

**Kollektiv ★ Proletarische Revolution**

c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien  
[www.prolrevol.wordpress.com](http://www.prolrevol.wordpress.com)

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden  
 Buchhandlungen / Vereinslokalen auf (und ist dort  
 auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung Frick, 1010 Wien, Schulerstraße 1-3
- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien,  
 Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Literaturcafe Buchhandlung Lhotsky, 1020 Wien,  
 Rotensterngasse 4/Ecke Taborstraße
- Marxer Lesestube, 1030 Wien, Marxergasse 18
- Buchhandlung Jauker, Sampogasse 4, 1140 Wien
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hacek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7
- Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, D-10179 Berlin
- M 99, Manteuffelstraße 99, D-10997 Berlin
- Aufbau Buchvertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich

**Im Abo**

kostet die PR  
 für 1 Jahr

im Inland 20,-  
 Sozialabo 15,-  
 im Ausland 30,-  
 Euro